Michael Grandt

Die Grünen

Zwischen Kindersex, Kriegshetze und Zwangsbeglückung

KOPP

1. Auflage Juni 2015

Copyright © 2015 bei
Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Ulrich Wille, Düsseldorf
Satz und Layout: Stefanie Müller
Umschlaggestaltung: Stefanie Müller
Umschlagmotive: Copyright © Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen; Philipp Breu von Vienna, Österreich; Paula Schramm
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-86445-218-5

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis
Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (0 74 72) 98 06-0
Fax: (0 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www.kopp-verlag.de

Michael Grandt

Die Grünen

Zwischen ⊘ Kindersex, ⊘ Kriegshetze und ⊘ Zwangsbeglückung

KOPP VERLAG

»Entlarvt die Grünen, demaskiert sie!«[1]
(Horst Seehofer, CSU)

»Die Grünen sind Meister in der Kunst des Verrats.«[2]
(Jutta Ditfurth, ehemalige Vorstandssprecherin
Bündnis 90/Die Grünen)

**»Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf.
Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.«**[3]
(Bertolt Brecht)

**»Für einen Politiker ist es gefährlich, die Wahrheit
zu sagen. Die Leute könnten sich daran
gewöhnen, die Wahrheit hören zu wollen.«**[4]
(George Bernard Shaw)

»Heute bist du schon Rebell, wenn du bei deiner Meinung bleibst.«[5]
(Wolfgang Bosbach, CDU)

Anmerkung: Offiziell heißt die Partei »Bündnis 90/Die Grünen«, der Einfachheit halber werde ich in diesem Buch jedoch ausschließlich von den »Grünen« sprechen.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort ... 13

1 Wer sind »Die Grünen«? ... 21

1.1 Grün ist die Hoffnung ... 21

1.2 Linke, Ökos und Protestler - die Gründung der Grünen 26

1.2.1 Die 1960er-Jahre ... 26

1.2.2 Die 1970er-Jahre ... 27

1.2.3 Die 1980er-Jahre ... 28

1.2.4 Die Gründung der grünen Parteien ... 29

1.2.5 Die Gründung der Partei »Die Grünen« ... 30

Hintergrund: Die Struktur der Grünen in der Gründungsphase ... 33

1.2.5.1 Linke-Rechte »Ewiggestrige«? ... 33

Hintergrund: Die Grünen und ihr »rechtes« Problem ... 36

1.2.6 Wer sind die Grünen? - Die Mitgliederstruktur ... 39

1.2.7 Wer wählt »grün«? - Die Wählerstruktur ... 41

1.3 Grüne Zwangsbeglückung ... 44

1.4 Grüne und ihre Wahlergebnisse ... 47

1.4.1 Die Bundestagswahlen ... 47

1.4.2 Die Europawahlen ... 48

1.4.3 Regierungsbeteiligungen der Grünen (Bündnis 90/Die Grünen) ... 48

1.5 Grüne und Gewalt ... 49

1.5.1 Gewaltbekennung ... 50

Hintergrund: Grüne »Sitzblockaden« sind Nötigung mit Gewalt ... 51

1.5.2 Brokdorf ... 54

Hintergrund: Die »Kämpfe« um Brokdorf ... 55

Hintergrund: Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf ... 60

1.6 Grüne und Terrorismus ... 61

1.6.1 Brigitte Heinrich ... 62

1.6.2 Gerald (»Gerd«) Klöpper ... 62

1.6.3 Hans-Christian Ströbele ... 69

Fragen an die Grünen: Mail an Hans-Christian Ströbele ... 75

1.6.4 Antje Vollmer ... 78
Fragen an die Grünen: Mail an Antje Vollmer ... 81
1.6.5 Otto Schily ... 84
1.7 Grüne und »Gefangene« ... **86**
1.8 Grüne und Feminismus ... **87**
Hintergrund: Grüne Standpunkte zum Feminismus ... 90

2 »Kindersexpartei Grüne«? - Über Moralapostel und Scheinheilige 93
2.1 Der grüne Kindersex-GAU ... **94**
Hintergrund: Pädophilie und sexueller Kindesmissbrauch ... **98**
2.2 Linke Intellektuelle und Kindersex ... **100**
2.3 Pädophilenbewegungen ... 103
Hintergrund: Die Indianerkommune ... **104**
2.4 Grüne Aktivisten und ihre pädophilenfreundlichen Taten ... **107**
Hintergrund: Ein Herz für Sittenstrolche ... **108**
Hintergrund: Gesetzentwurf der Grünen zur Änderung des Sexualstrafrechts ... 114
2.5. Die Entschuldigung ... **118**
2.6 Sex zwischen Geschwistern legalisieren? ... **119**
Hintergrund: § 173 StGB Beischlaf zwischen Verwandten ... **120**

3 Wasser predigen und Wein trinken: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? ... 123
3.1 Über Scheinheilige und Gutmenschen ... 123
Hintergrund: Am grünen Wesen soll die Welt genesen? ... 123
3.2 »Ja« zu völkerrechtswidrigen Kriegen ... **125**
3.2.1 Afghanistan I (1979) ... 126
3.2.2 Jugoslawien (1990-1995) ... 126
3.2.3 Kosovo (1999) ... 129
Hintergrund: NATO-Bomben auf Jugoslawien ... 129
Hintergrund: Krieg als Preis fürs Mitregieren? ... 130
3.2.4 Afghanistan II (2001) ... 132
3.2.5 Kampf gegen den Islamischen Staat (seit 2014) ... 137

3.2.6 Irak (2015) 138
3.2.7 Ukraine (2015) 138
Hintergrund: Nazis und Antisemiten im ukrainischen Parlament und in der Regierung *139*
3.3 Castor-Transporte und die Doppelmoral 142
Hintergrund: Dank SPD und Grünen durften manche AKWs länger laufen 144
3.4 Grüne Lobbyisten 145
3.5 Hartz IV 146
Hintergrund: Agenda 2010 146
3.6 Neue Griechenland-Hilfen 149
Hintergrund: Auch die Grünen unterstützen griechische Ultranationalisten 151

4 Abstruse Grünen-Chefs 153
4.1 Cem Özdemir - der Überflieger 153
4.1.1 »Dreck am Stecken« 155
4.1.2 »Komische Mischpoke« 157
Hintergrund: Political Correctness 158
Fragen an die Grünen: Mail an Cem Özdemir 160
Hintergrund: »Bio-Deutsche« und eine »grüne Kanzlerin« 162
4.1.3 Özdemir und der Hanf 162
Hintergrund: Cannabis und die Grünen 163
4.1.4 Özdemir-Joke 165
4.2 Katrin Dagmar Göring-Eckardt - die Scheinheilige 166
Hintergrund: Freie Deutsche Jugend (FDJ) 167
4.2.1 Die Protestantin und Bundeswehreinsätze 168
4.2.2 Die Abgehängten der Gesellschaft 169
4.2.3 Das Vokabular alter und neuer Nazis 172
Fragen an die Grünen: Mail an Katrin Göring-Eckardt 173
4.3 Claudia Benedikta Roth - die Heulboje der Nation 175
4.3.1 Die Friedensaktivistin? 177
4.3.2 Ausraster 178
4.3.3 Dresden 179
Hintergrund: Die Bombardierung Dresdens **179**
Fragen an die Grünen: Mail an Claudia Roth **180**

Hintergrund: Grüne fordern Beseitigung des Trümmerfrauen-Denkmals ... 184
4.4 Renate Künast - die Verfassungsschutzbekannte ... 185
Fragen an die Grünen: Mail an Renate Künast ... 186
Hintergrund: Freie Republik Wendland ... 188
4.5 Jürgen Trittin - der »Salonbolschewist« ... 190
Hintergrund: K-Gruppen ... 191
4.5.1 Den »Arsch versohlen« ... 191
Hintergrund: Trittin und die Kindersex-Debatte ... 194
4.5.2 Der Häuptling der Linken ... 195
Fragen an die Grünen: Mail an Jürgen Trittin ... 196
4.5.3 Der Grüne und die Bilderberger ... 199
4.6 Volker Beck - der »Entkriminalisierer« der Pädosexualität? ... 200
4.6.1 Becks politische »Highlights« ... 200
4.6.2 Der »gute« Gutmensch ... 201
4.6.3 Die Zerstörung des traditionellen Familienbildes ... 203
4.6.4 »Alternative« Drogenpolitik ... 204
4.6.5 Verständnis für Kinderschänder? ... 206
Hintergrund: Der pädosexuelle Komplex ... 208
Hintergrund: Volker Becks umstrittener Aufsatz und seine Veränderung ... 210
Fragen an die Grünen: Mail an Volker Beek ... 211
4.7 Hans-Christian Ströbele - der unmoralische Moralprediger? ... 214
4.7.1 Der »Unbequeme« ... 216
4.8 Marc Daniel Cohn-Bendit - der Kinderlieber? ... 219
Hintergrund: Cohn-Bendit über Auschwitz, den Holocaust, Nationalsozialismus und Stalinismus ... **219**
4.8.1 Eine »kriminelle« Karriere ... 221
4.8.2 Eine politische Karriere ... 225
4.8.3 Schlimmes tun, um Schlimmes zu verhindern ... 226
4.8.4 Der »Kinderlieber«? ... 227
Hintergrund: Klarstellung verlangt ... 227
4.8.5 »Heuss-Preis für Kindersex« ... 230
Hintergrund: Affront gegen alle Opfer sexueller Gewalt ... 230

4.9 Joseph (»Joschka«) Martin Fischer - der Kriegsminister ... 234
4.9.1 Vom »Schulabbrecher« zum Vizekanzler ... 235
4.9.2 Die »Jugendsünden« ... 235
Fragen an die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main ... 238
Hintergrund: Befragung im Deutschen Bundestag: »Glauben Sie, Sie könnten uns alle hier für dumm verkaufen?« ... **243**
4.9.3 Joseph Kardinal Fischer ... 249
4.9.4 »Verräter« und »Handlanger« ... 250
4.9.5 Fischer, Fischer über alles ... 252
Hintergrund: Joschka Fischers neue Art von Auschwitzlüge? ... 253
4.9.6 Fischer, das Judentum und Israel ... 256
4.9.7 Joschka und das große Geld ... 257
4.10 Otto Schily - der Terroristenverteidiger ... 259
4.10.1 Der »grimmige« Otto ... 260
4.10.2 Der »Polizeiminister« ... 261
Fazit ... 262

5 Und die Moral von der Geschieht': Traut den Grünen nicht! ... 263

Quellen ... 267

VORWORT

I.

Im Vorfeld des Buches und während meiner Recherchen habe ich mit vielen Menschen gesprochen. Natürlich auch mit Sympathisanten und Wählern der Grünen. Fast *alle* von ihnen entschuldigten ein kritisches Buch über »ihre« Grünen damit, dass es doch in jeder Partei »Unregelmäßigkeiten« gebe und warum ich das ausgerechnet bei den Grünen an die große Glocke hängen würde?

Dieser Argumentation kann ich zum Teil zustimmen. Aber nur zum Teil. Richtig ist, dass in jeder anderen Partei ebenfalls »Leichen im Keller liegen«. Doch die Grünen präsentieren sich in der öffentlichen Wahrnehmung als *die* **Moralpartei.** Und zwar so, wie keine andere.

Ihre **schulmeisterliche Art,** die **Selbstgerechtigkeit** in ihrem Auftreten, ihre **Überheblichkeit,** ihr **missionarischer Eifer** und ihre **erziehungsdiktatorische Neigung** unterscheiden sie für mich exorbitant von anderen Parteien. Ihr **eigener moralischer Anspruch** scheint (und ich denke nicht nur mir) viel höher zu sein als die der politischen Konkurrenz.

Und genau deshalb habe ich dieses Buch geschrieben. Die Kernfrage lautet: Wie **»glaubwürdig«** ist die grüne **»Moralpartei«** in Wirklichkeit?

Anderen Wasser predigen und auch Wasser trinken oder
Wasser predigen und selbst Portwein »saufen«?

Die Richter in diesem Fall sollen Sie als Leser sein und sich zum Schluss ein eigenes Urteil bilden. Wenn dieses Buch Anstoß zu einer lebendigen Diskussion gibt, hat es seinen Zweck voll und ganz erfüllt.

»Grüne lebten ja in den vergangenen Jahren vom Anspruch
und der Aura, anders zu sein als all die anderen, nicht
allein in Opportunitäten zu denken, sondern auch Prinzipien
der politischen Moral hochzuhalten.«[6]
(Professor Franz Walter)

II.

Wie konnte es geschehen, dass eine **kleine grüne Bewegung,** eine **Minderheitenpartei** (manchmal auch als *»Griinis«*[7] verspottet) in den letzten 30 Jahren so viele bis dato gesellschaftlich anerkannte Werte und Normen in ihrem Sinne **umdeuten** konnte?

Wie konnte es **geschehen,** dass im Namen der »Grünen« **manche Fortschrittsgedanken geächtet,** die **Mobilität verteufelt** und das **Strafrecht liberalisiert** werden konnte?

Wie konnte eine grüne Partei, die **nie die Legitimierung durch die Mehrheit des Volkes** hatte, der **gesamten** Gesellschaft ihre (oft) obskuren Werte und Ziele aufdrängen und sich zur ***Moral- und Empörungspartei*** par excellence aufschwingen, die uns immer wieder mit **erhobenem Finger zurechtweist?**

Wie konnten wir zulassen, dass in Deutschland eine **grüne Gesinnungs- und Meinungsherrschaft etabliert** wurde, in der **selbsternannte »Gutmenschen« jene denunzieren, die nicht ihrer Meinung sind?**

III.

Wer ist diese Partei, die **Urlaubsgeld für Sozialhilfeempfänger** forderte, sich für die **Abschaffung der Gefängnisse** einsetzte, **weiche Drogen** legalisieren, **straffreie Abtreibungen** und **Kiffen** erlauben will und sich für **Islamunterricht an staatlichen Schulen** einsetzt?

Wer ist die Partei, die **Kritikern zufolge Umweltprobleme** »missbrauche«, **um mit medienwirksamen Katastrophenmeldungen** ***»auf Stimmenfang zu gehen«?****

Wer ist die Partei, bei der manche Autoren in der **Gründungsphase sogar Parallelen zu faschistischen Bewegungen** zogen?[9]

Wer ist diese Partei, die ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei sein wollte, diesem Anspruch aber für viele nicht gerecht wird?

Wer ist diese ***»Betroffenheitsbewegung«[10],*** diese ***»Partei des sozialen Gewissens***«", die ***»Partei der Anklage«[12],*** mit ihrem ***»Hang zum Apokalyptischen, zur Endzeit«[13],*** die einen ihr eigenen, **oppositionellen Hochmut gepachtet** zu haben scheint?

Wer ist die Partei, der **Schuldkonstruktionen** offensichtlich dazu dienen, **Gegner und Feinde zu markieren,** um sie dann **moralisch zu diskreditieren und herabzusetzen?**[14]

Und vor allem: **Wer sind ihre Funktionsträger?**

Wer ist die Partei, über die Professor Manfred Güllner, Gründer und Chef des Meinungsforschungsinstitutes *forsa,* schreibt:

»Viele Anhänger der grünen Bewegung sind bis heute in ihrer ***Selbsteinschätzung*** *der festen Überzeugung,* ***nicht nur gute,*** *von allen akzeptierte Ziele zu verfolgen, sondern auch* ***selbst >gute< Menschen zu sein.*** *Und die Führungskader der grünen Bewegung tun alles, um diese in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft verbreitete Einschätzung aufrechtzuerhalten.* ***Eine sachliche Debatte mit >Gut-Menschen< ist dementsprechend schwierig,*** *zumal die Grünen wegen ihrer* ***>guten< Ziele der diese guten Ziele verfolgenden >guten< Menschen kaum kritisiert werden können,*** *ohne als Kritiker selbst ins moralische Abseits zu gelangen.«*[15]

Aber **genau *das* will ich tun!** Ich **will** kritisieren, ich **will** hinterfragen und befragen, ich **will** aufklären und Hintergründe der Moralapostelpartei beleuchten.

IV.

Und noch etwas: Gerade die Grünen sind es, die sich immer wieder vehement *»gegen das Vergessen«*[16] aussprechen.

»Gegen das Vergessen« spreche ich mich mit diesem Buch aber auch gegen die Umtriebe der Partei und einzelner Funktionsträger aus. Deshalb sollen - neben aktuellen Aspekten - auch kriminelle Vergangenheiten, Gewaltambivalenzen, Terroristen-Nähe und Pädophilenverteidigung aufgedeckt werden.

Das Argument: »Das ist schon so lange her, das interessiert doch keinen mehr« schlage ich folgerichtig mit dem »grünen« Argument »gegen das Vergessen«.

In diesem Buch werden Sie deshalb Folgendes erfahren:

- Wie **schwer** es **den** Grünen fiel, sich von **Gewalt loszusprechen und** sich vom **Terrorismus** zu **distanzieren.**
- Wie die Grünen uns **zwangsbeglücken** und einen **Tugendstaat** errichten wollen.
- Wie sie **traditionelle Familiensysteme zerstören** und einen **»gemischtgeschlechtlichen Einheitsmenschen«** schaffen wollen.
- Welch **großen Einfluss Pädophilen-Aktivisten** auf die Partei ausübten.
- Was der ***eigentliche* Grund** dafür war, das **Pädophilen-Thema** plötzlich **aufzuarbeiten.**
- Wie sie von der **Friedens-** zu einer **Kriegspartei** geworden sind.
- Wie sie **Menschen** durch die Hartz-IV-Reformen **ärmer** machten.
- Welche **Doppelzüngigkeit bei den Castor-Transporten** herrschte.
- Wie sie **Drogen und Inzest legalisieren** wollen.
- Wie viel **»Dreck am Stecken«** manche **Grünen-Funktionäre** haben.
- Wie sie **Demonstranten diffamieren.**

Und:

- Wie sich die grünen **Funktionsträger gewunden** haben, meine **kritischen Fragen** zu beantworten, und was sie mir untersagt haben zu veröffentlichen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass es mich richtiggehend »angeekelt« hat, mich wieder[17] mit dem Thema »Pädophile« auseinanderzusetzen, »Angeekelt« auch deshalb, weil der freie Sex mit Kindern zu einer politischen Forderung werden sollte oder in Teilen sogar war. Diese kranken Gedanken kann ich nach wie vor nicht nachvollziehen, allen links-libertären Gutmenschen zum Trotz.

V.

Ich bin meinem Verleger Jochen Kopp dankbar für die Anregung, dieses Buch zu schreiben. **Da** ich **Gesellschafts- und Politik-Kritiker** bin, passt dieses Thema von Haus aus gut zu mir.

Aber auch noch aus einem anderen Grund: Zehn Jahre lang habe ich als **investigativer Journalist in Pädophilenkreisen recherchiert.** Zusammen mit Guido Grandt und Petrus van der Let entstand das sehr erfolgreiche Buch *Ware Kind.* Der gleichnamige Film[18] zum Buch wurde in *3Sat* ausgestrahlt. Die englische Version *Kidsfor Sale* ist über das *National Film Network,* USA, erhältlich.[19]

Da ein großer Teil des vorliegenden Buches ebenfalls »Pädophilie« im Zusammenhang mit den Grünen zum Thema hat, war eine Affinität mehr als gegeben.

VI.

Ich muss Ihnen zu Beginn ein Geständnis machen: Ich konnte das Buch - nach allem, was die Grünen so »abziehen« - nicht ***ohne*** einen Schuss Sarkasmus, Ironie und Polemik schreiben.

Vielleicht wären Sie dazu in der Lage und Sie dürfen das natürlich gerne in Ihrer eigenen Publikation beweisen, aber die vielen Monate, die ich mit den Grünen »verbrachte«, hätte ich nicht anders aushalten können.

Sollte der eine oder andere Leser der Auffassung sein, dass der Nachdruck, welchen ich verschiedenen Aspekten geliehen habe, unzureichend oder zu weitschweifend ist, so kann ich mich nur darauf berufen,

dass jeder Autor ein Buch auf seine eigene Weise schreiben muss. Deshalb ist es unangebracht, wenn Kritiker sich darüber beklagen, wenn ein Autor nicht das Buch verfasst hat, welches sie selbst geschrieben hätten, wenn sie sich mit den Grünen auseinandergesetzt hätten.

Also verzeihen Sie mir als Grünen-Sympathisant, wenn ich nicht das Buch geschrieben habe, das Sie vielleicht erwarten und als Anti-Grüner, dass ich vielleicht nicht so »draufgehauen« habe, wie Sie sich das vorstellen. Und noch etwas: Bitte widerlegen Sie zuerst meine Quellen, bevor Sie über mich herfallen - und zwar konstruktiv.

VII.

Trotzdem versuche ich immer wieder, **beide Seiten zu hören.** So gibt es viele **Gegendarstellungen** und **Hintergrundinformationen.** Ich habe vielen grünen **Funktionsträgern die Möglichkeit** gegeben, **Stellung** zu den einzelnen kritischen Aspekten zu beziehen. Die meisten haben es nicht getan und sind so selbst dafür verantwortlich, wie dies in der Öffentlichkeit ankommt. Ich jedenfalls habe meiner journalistischen Sorgfaltspflicht genüge getan und nachgefragt, wo ich den Eindruck hatte, nachfragen zu müssen.

Zudem habe ich **Gegenpositionen** der betroffenen Grünen-Politiker in das Buch mit aufgenommen. Wertungen darüber sollten Sie als Leser selbst vornehmen.

Die Auswahl des Materials und die Zusammenstellung ist jedoch meine subjektive Entscheidung. Wie bei jeder Recherche erhebe ich nicht den Anspruch auf absolute Vollständigkeit.

Dieses Buch soll keine Pauschalverurteilung der Partei, ihrer Mitglieder, Anhänger oder Wähler sein. **Aber sehr wohl eine kritische Auseinandersetzung,** belegt mit über 1150 Quellen.

VIII.

Liebe Leserinnen und Leser, ich kann Ihnen jetzt schon skizzieren, was mir nach Erscheinen dieses Buches drohen **kann:**

- Verächtlichmachung
- Unterstellen von extremistischen Gedanken
- Persönliche Angriffe und Diffamierungen
- Drängen in die »rechte« Ecke
- Versuche, mich finanziell zu ruinieren
- Juristische Attacken.

Ich werde Sie auf meiner Homepage (www.michaelgrandt.de), auf *Facebook,* mit Artikeln, Interviews und Vorträgen darüber auf dem Laufenden halten. Es wird bestimmt nicht das letzte Mal sein, dass Sie mich im Zusammenhang mit den Grünen hören werden.

Ihnen alles Gute und: **Bleiben Sie mutig!**

Ihr
Dr. *Michael Grandt*

Info

Alle Aussagen in diesem Buch entsprechen meiner freien Meinung und sind allein meine Ansichten. Meine Werturteile stellen daher eine bloße Meinungsäußerung dar. Fremdbehauptungen werden durch Quellen belegt.

1 Wer sind »Die Grünen«?

Was Sie in diesem Kapitel erwartet:

- **Es gibt sie tatsächlich, die »grünen Männlein«**
- **Über den grünen Tugendstaat zur Zwangsbeglückung**
- **Grüner Wunschtraum: Der »gemischtgeschlechtliche« Mensch**

1.1 GRÜN IST DIE HOFFNUNG

Es gibt sie tatsächlich, die »grünen Männlein«!

Nein, ich meine damit nicht Aliens von einem anderen Stern, sondern die Mitglieder und Anhänger der »Grünen«. Denn genauso unbedarft, wie man sich vielleicht Außerirdische vorstellt, die unseren Planeten betreten, vertreten die »Ökos« für viele Kritiker ein lebensfremdes Weltbild und sind praktisch gegen vieles, für das man mit einem normalen Menschenverstand sein müsste.

Einige Ideen und Vorstellungen der Grünen, wie die **»schöne neue Welt«** gestern und heute aussehen sollte:

- Keine Truppenübungsplätze mehr (1980er-Jahre)[20]
- Für Kriegsdienstverweigerung (1980er-Jahre)[21]
- Für Multi-Kulti I (1980er-Jahre)[22]
- Gefängnisse abschaffen (1982)[23]
- »Schusswaffenlose« Polizei (1980/1985)[24]
- Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten, inklusive Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz (1987)[25]
- Freigabe von Cannabisbesitz (1987)[26]
- Ladendiebstahl wie Mundraub beurteilen (1987)[27]

- Auflösung der Verfassungsschutzämter (1987)[28]
- Solidarität mit jenen, *»deren Verweigerung und Widerstand die Regierungen und ihre Parlamentsmehrheiten so fürchten«* (1987)[29]
- Streichung des gesamten politischen Strafrechts (1989)[30]
- Weitgehender Stellenabbau bei der Polizei (1989)[31]
- Obrigkeitsstaatliche Tatbestände des Landfriedensbruchs abschaffen (1989)[32]
- Einseitige Abrüstung (1989)[33]
- Vorbehaltslose Anerkennung der DDR und Verzicht auf Wiedervereinigungsoptionen (1989)[34]
- 30-Stunden-Woche (1989)[35]
- Verdopplung der Sozialhilfe (1989)[36]
- Urlaubsgeld für Sozialhilfeempfänger (1989)[37]
- Anhebung der Gewerbesteuer und Erhöhung der Staats Verschuldung (1989)[38]
- Abschaffung der Gefängnisse (1989)[39]
- Offene Grenzen (1990)[40]
- Für Multikulti II (1990)[41]
- Mülltrennung (1994)[42]
- Fünf D-Mark je Liter Benzin (1998)[43]
- Ökosteuer (1999)[44]
- Einführung Dosenpfand (2000)[45]
- Entkriminalisierung von Bagatelldelikten (2002)[46]
- »Gender Mainstream«: Unser *biologisches* Geschlecht soll durch ein soziales und psychologisches Geschlecht ersetzt werden. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau sollen keine Rolle mehr spielen.[47] Kurz: Unsere unterschiedlichen Geschlechter sollen »gleich« gemacht werden.[48] Schluss mit Werten, Traditionen, Kulturen und religiösen Überzeugungen,[49] und das alles für einen geschlechtsneutralen »neuen« Menschen. Aus »Mutter« könnte dann »die Elter«, aus »Vater« »der Elter« und aus »Eltern« »das Elter« werden.[50] (seit 2002)
- Legalisierung weicher Drogen wie Haschisch und Marihuana (2002)[51]
- Legalisierung von Prostitution (2002)[52]
- Homo-Ehe (2002)[53]
- EU-Beitritt der Türkei (2004)[54]

- Deutschland als ein Einwanderungsland (2005)[55]
- Mehr Türkischunterricht an deutschen Schulen (2008)[56]
- Tempolimit auf Autobahnen (2011)[57]
- Ökostrom (2011)[58]
- Abschaffung der Gymnasien (20II)[59]
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent (20II)[60]
- Einheitsschule (2012)[61]
- Mindestlohn von 8,50 Euro (2013)[62]
- Bürgerversicherung für alle (2013)[63]
- Kapitalerträge wie Arbeitseinkommen versteuern (2013)[64]
- Schrittweise Abschaffung des Ehegattensplittings (2013)[65]
- Mini-Jobs schon ab 100 Euro statt wie bisher ab 450 Euro besteuern (2013)[66]
- »Veggie Day«, ein fleischloser Tag in der Woche (2013)[67]
- *Für* straffreie Abtreibungen (2014)[68]
- Kostenfreie Verhütungsmittel für Hartz-IV-Empfängerinnen (2014)[69]
- Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und gemeinschaftliches Adoptionsrecht (2014)[70]
- Kiffen erlauben, Marihuana besteuern (2014)[7']
- Entschädigung russischer Kriegsgefangener (2014)[72]
- Willkommenskultur statt Abschottung (2014)[73]
- Pille »danach« rezeptfrei (2015)[74]
- Schuldenschnitt für Griechenland (2015)[75]
- Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen (2015)[76]

Achtung!

Grün: *Für* einen geschlechtsneutralen »neuen« Menschen?

Eine quasi wehrlose Polizei, Abschaffung von Gefängnissen, Freigabe von weichen Drogen, straffreie Abtreibungen, Verdopplung der Sozialhilfe, Urlaubsgeld für Sozialhilfeempfänger, durch immer höhere Steuern der Mittelschicht finanziert, offene Grenzen und Multikulti über alles.

Lassen Sie sich jeden einzelnen dieser Punkte auf der Zunge zergehen! Überlegen Sie, wie anarchistisch unsere Gesellschaft aussehen würde und was das für Ihre Kinder und Kindeskinder bedeuten würde, wenn andere Wähler den Grünen nicht Einhalt gebieten würden.

Und wenn Ihnen das nicht reicht, noch ein paar **Grünen-Zitate** zum Thema Deutschland, Islam & Co.:

»Der Islam gehört zu Deutschland ist eine Tatsache.«[77]
(Volker Beck, 2015)

»Ich verteidige das Kopftuch vehement.«[78]
(Katrin Göring-Eckardt, 2015)

»Es muss endlich klar sein, dass Deutschland unumstritten ein Einwanderungsland ist. (...)Wir brauchen diese Regelungen für den inneren Frieden in unserem Land. Dazu gehört vor allem die Integrationsbereitschaft, und zwar vor allem die der bundesrepublikanischen Gesellschaft.«[79]
(Claudia Roth, 2010)

»Wir müssen den Islam einbürgern. (…) Der Islam muss hier eine Religion werden wie jede andere. (…) Wir brauchen Islamunterricht auf Deutsch an den Schulen (...).«[8°]
(Renate Künast, 2010)

»Wir brauchen mehr Zuwanderung.«[81]
(Renate Künast, 2010)

»Was unsere Urväter vor den Toren Wiens nicht
geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen!«[82]
(Cem Özdemir, 1998)

»Wer öffentliche Gelöbnisse veranstaltet, muss sich
selbst über Rechtsradikale und Neonazis in
der Armee und in der Gesellschaft nicht wundern.«[83]
(Jürgen Trittin, 1998)

»Deutschland ist ein in allen Gesellschaftsschichten und
Generationen rassistisch infiziertes Land.«[84]
(Jürgen Trittin, 1993)

»Das Beste wäre für Europa, wenn Frankreich bis
an die Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.«[85]
(Sieglinde Frieß[86], 1989)

Unglaublich, was unsere grünen ***Volksvertreter so*** alles über unser Land, unsere Kultur und unsere Religion gesagt haben, oder? Und das Schlimmste: Sie meinen es auch noch ernst damit!

Die Grünen wollen mit ihren Forderungen, Ansichten und Visionen also festlegen, was politisch korrekt ist, und unsere moralische Ausrichtung, unsere Werte und unsere Kultur bestimmen. Ein *sehr* hoher Anspruch. Denn er bedeutet, sollte er umgesetzt werden, einen rigorosen Eingriff in unser alltägliches Leben und unsere Selbstbestimmung.

Grund genug also, sich die selbst ernannte »Moral- und Saubermannpartei« einmal genauer anzusehen und vor allem auch ihr Führungspersonal unter die Lupe zu nehmen. Doch zunächst zur Geschichte der Partei.

1.2 UNKE. ÖKOS UND PROTESTLER - DIE GRÜNDUNG DER GRÜNEN

Wie konnte es dazu kommen, dass eine Partei mit einem solch »verqueren« Weltbild überhaupt entstehen konnte? Um diese Frage zu klären, müssen Sie mit mir kurz in die Vergangenheit eintauchen.

1.2.1 Die 1960er-Jahre

Westintegration, Wiederbewaffnung, Arbeitsmarktreformen und Steigerungen der Arbeitsproduktivität schürten bei vielen Menschen der ersten Nachkriegsgeneration Ängste.

Linksliberale und neomarxistische Gruppierungen warnten vor einer »kapitalistischen« Wirtschaftsordnung und der Zentralisierung der politischen Macht von Großkonzernen sowie deren Ausbeutung der Beschäftigten zur Erzielung immer höherer Gewinne: Das alles könne zu einem »neuen« Faschismus führen. Diese marxistische Analyse der Wirtschaftsordnung fand gerade bei der akademischen Jugend immer mehr Anhänger.[87]

Info

Die Politik der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD (1966-1969) und die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahr 1968[88] schienen diese Befürchtungen zu bestätigen und tatsächlich den Weg in eine autoritäre Gesellschaft zu ebnen.

Demzufolge wurde die linke Gesellschafts- und Kapitalismuskritik, die sich auf die linke Frankfurter Schule[89] und die Gedankengänge des Neomarxismus[90] stützte, schnell zum Allgemeingut vieler Intellektueller[91] (siehe dazu auch das Kapitel 2.2 »Linke Intellektuelle und Kindersex«).

1.2.2 Die 1970er-Jahre

Die 1970er-Jahre brachten dann noch eine Verschärfung von regionalen Krisen, die meist aus politischen Entscheidungen entstanden:

- Bau von Großflughäfen
- Bau von Straßen und Autobahnen
- Bau von Müllverbrennungsanlagen
- Bau von Freizeitzentren
- Fehlende Kindergartenplätze
- Übergroße Schulklassen
- Verödung der Innenstädte
- Umweltverschmutzungen
- Zerstörung von Lebensräumen

Als Reaktion darauf gründeten sich überall »neue soziale Bewegungen«, wie etwa Bürgerinitiativen, die auf Politik und Verwaltung Einfluss nehmen wollten.[92] In den darauffolgenden Jahren schlossen sich viele dieser Gruppierungen zusammen.[93] Dies hatte zur Folge, dass sich ihre Kritik regionaler Missstände auf globale Probleme ausweitete.

Zwar blieben die verschiedenen Initiativen weitgehend heterogen, viele ihrer Mitglieder wandten sich jedoch den Phänomenen der Naturzerstörung und dem Atomstaat zu. Die »Ökologiebewegung« entstand.[94]

1.2.3 Die 1980er-Jahre

Auch die »Friedensbewegung« wandelte sich Anfang der 1980er-Jahre zu einer Massenbewegung. Auslöser dafür war die Aufstellung der amerikanischen *Pershing-II-Raketen* und Crui'se-Missi/e-Marschflugkörper auf deutschem Hoheitsgebiet.[95]

Info

Die Krisenstimmung, die durch den Verlust von Glaubens- und Wertorientierungen sowie mangelndes Feingefühl seitens der politisch Verantwortlichen ausgelöst wurde, begünstigte die Auffassung, dass Volksbewegungen den Plänen des Establishments Einhalt gebieten könnten.[96]

Neben der »neuen« Frauenbewegung, die sich in den 1970er- und 1980er-Jahren etablierte und sich durch einen radikalfeministischen und linkssozialistischen Flügel unterschied, entstanden auch vielfältige Psycho- und New-Age-Bewegungen.[97] Andere subkulturelle Strömungen dieser Zeit waren:

- »Hausbesetzer« (Aktivisten, die Hausbesetzungen vornehmen)
- »Spontis« (Angehörige undogmatischer linksgerichteter Gruppen)[98]
- »Anarchos« (Menschen, die sich gewaltsam gegen die bestehende bürgerliche Gesellschaft und deren Ordnung auflehnen)[99]
- »Stadtindianer« (Aktivisten, die ihre Ablehnung der bestehenden Gesellschaft durch auffällige Kleidung und Gesichtsbemalung zum Ausdruck bringen)[100]

- »Lebensreformer« (Menschen, die ihr Leben besonders durch natürliche und gesunde Ernährung reformieren wollen)[101]
- »Landkommunarden« (Einwohner von Wohngemeinschaften, die bürgerliche Vorstellungen hinsichtlich Eigentum, Leistung, Konkurrenz und Moral ablehnen)[102]

Darüber hinaus gab es noch eine Vielzahl anderer Strömungen und Bewegungen, auf die ich aber nicht näher eingehen möchte. All diese Kräfte hatten eines gemeinsam: die Ablehnung der Wirtschafts-, Sozial- und Verteidigungspolitik sowie eine teilweise aggressive Distanz zum Staats- und Gesellschaftssystem, seinen Parteien, der Verwaltung und der Bürokratie.[103] Diese »Alternativen« verband schließlich nur ein Wunsch: die Gründung einer eigenen Partei als Sammelbecken all dieser Strömungen.[104]

1.2.4 Die Gründung der grünen Parteien

Die erste grüne Partei wurde nicht in Deutschland, sondern in Neuseeland gegründet. Dort nämlich entstand schon Anfang der 1970er-Jahre die *Values Party*, eine Umweltschützerpartei.[105]

Doch der »Atom-«, »Überwachungs-« und »Industriestaat« veranlasste die Aktivisten auch hierzulande, eine Alternative zu den außerparlamentarischen Aktions- und Demonstrationsformen zu finden, die eine *»ökologische Systemwende«*[106] verlangte. Demzufolge entstanden 1977 auf regionaler Ebene und auf Landesebene die ersten grünen Parteien und Listen.[107]

Der wertkonservative Flügel der Ökologiebewegung rief unter anderem die »Grüne Aktion Zukunft« und die »Grüne Liste Schleswig-Holstein« ins Leben.[108] 1977 und 1978 konstituierten sich wertkonservative grüne Parteien auch in den anderen Bundesländern. Die Berliner »Alternative Liste« als »bunte« Liste verstand sich hingegen als Sammelbecken unterschiedlichster Initiativen, Selbsthilfegruppen und linksorientierter Bewegungen. Die »Bunte Liste Hamburg« war ein radikaldemokratischer und erheblich kommunistisch beeinflusster Zusammenschluss.[109]

Die »Sonstige Politische Vereinigung - Die Grünen«, ein Bündnis grüner Listen und Parteien, erzielte bei den Europawahlen im Jahr 1979 mit 3,2 Prozent der Wählerstimmen einen ersten Achtungserfolg.

1.2.5 Die Gründung der Partei »Die Grünen«

Davon angespornt gründeten ein halbes Jahr später (am 12. und 13. Januar 1980) Abgesandte der grünen und bunten Landesparteien und -listen in Karlsruhe die Bundespartei »Die Grünen«. Allerdings gab es von Anfang an (zum Teil) heftige Auseinandersetzungen zwischen dem wertkonservativen und dem linksorientierten Parteiflügel.[110] Die Rechten wollten Ökologie in eine naturalistisch-konservative Ideenwelt integrieren, die Mitte in die linksliberale und die Linken in ihre sozialistische Ideenwelt."[1]

Das schlug sich auch in der grünen Programmatik nieder. Diese zeichnete sich in bestimmten Teilen durch *»einen hohen Grad an Allgemeinheit und Unbestimmtheit«*[112] aus. Dadurch wurden aber Kompromisse gefunden, denen alle zustimmen konnten, egal welchem Parteiflügel sie sich zugehörig fühlten."[3]

Die Programmatik der Grünen zeichnete sich durch einen hohen Grad an Allgemeinheit und Unbestimmtheit aus.

Der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg spricht in diesem Zusammenhang von *»deutliche(n) Spuren einer anarchistischen Mentalität«,* von *»sehr deutliche(n) sozialistischein) Komponenten«* und einem klaren *»emanzipatorischen«* und *»pazifistischen«* Zug."[4] Die Autoren Karltheodor Huttner und Alois Glück beschreiben die Grünen als Partei mit einer *»Sammelsuriums-Programmatik, die sich in der Aufzählung der Einzelanforderungen der verschiedenen innerparteilichen Interessengruppen erschöpft und alles allen zu bieten versucht«."*[5]

»Die grüne Wahlbewegung fragte nicht nach der Herkunft ihrer Leute, sondern nach den Zielen und Methoden.«"[6]
(Ludger Volmer)

Es waren also viele verschiedene Gruppierungen und **Strömungen** an der Etablierung der Grünen beteiligt.

Etwa die **»konservativen Grünen«,** denen es **um** die **Bewahrung** der natürlichen Lebensgrundlagen ging. Dann die **»Gemeinschaftsdenker«,** die spezifische Gemeinschaftsvorstellungen hegten, die sie dem westlich-liberalen Begriff von Gesellschaft gegenüberstellten. Die **»antiautoritären Anthroposophen«[117],** die **»undogmatische Linke«,** die auf Dezentralität, Selbstorganisation und Basisbezug setzte, und die **»dogmatische Linke«,** ehemalige kommunistische Kader, die bei den Grünen ein neues Forum suchten und Marxismus und Ökologie miteinander in Einklang bringen wollten."[8]

Zu **dem** Einfluss **der** Anthroposophen **auf die Parteigründung schreibt der ehemalige grüne** Staatsminister im **Auswärtigen** Amt, Ludger Volmer:

»Nicht parteiförmig organisiert war der >Achberger Kreis<, der ausdrücklich für einen Dritten Weg eintrat. Hier sammelten sich anthroposophische Geister und solche, deren Vordenker in den sozialphilosophischen Debatten der letzten hundert Jahre zu kurz gekommen waren. Die Anthroposophen fühlten sich mit ihrer monistischen Lehre von gemeinsamer Natur- und Gesellschaftserkenntnis bei den Grünen gut aufgehoben. Es dürfte nicht falsch sein, Otto Schily in dieser Umgebung einzuordnen. Während die Anthroposophen mit ihren Ideen der biodynamischen Landwirtschaft oder der Waldorf-Bildung auf fruchtbaren Boden trafen, stießen ***ihre spirituellen und esoterischen Neigungen auf Skepsis; ihr elitärer Anspruch, auf einer höheren Bewusstseinsebene angekommen zu sein, erntete krasse Ablehnung.«"***[9]

Und dennoch signalisierte das Grundsatzprogramm, dass sich das Protestmilieu der 1970er-Jahre mehrheitlich »links« fühlte.[120]

So flössen auch Forderungen der links-alternativen und sozialistischen Kräfte, der Neuen Linken, der anarchistisch-spontaneistischen Subkulturen und der radikalen Frauenbewegung in die Programmatik mit ein.[121] Dies führte schließlich zum Auszug des wertkonservativen Parteiflügels[122] (siehe weiter unten).

In den darauffolgenden Jahren verließen auch viele andere Mitglieder die Partei. **Ihre Kritik: Die Grünen seien keine Umweltpartei mehr, sondern durchsetzt mit *»Pöstchetijägerti«* und *»selbst ernannten Besserwissern«*.[113]** Damit war die Partei innerhalb kürzester Zeit in der politischen Realität angekommen. Gegner der Grünen argumentierten zudem, dass die Partei Umweltprobleme *»missbrauche«*, um mit medienwirksamen Katastrophenmeldungen *»auf Stimmenfang zu gehen«*.[11]*

»Die Grünen missbrauchen Umweltprobleme,
um mit medienwirksamen Katastrophenmeldungen
auf Stimmenfang zu gehen.«[125]
(Bernd Schmidbauer)

Das Parteiprofil von der Bundeszentrale für politische Bildung liest sich dagegen neutraler:

»Die Prinzipien der 1980 auf Bundesebene gegründeten >Grünen< waren ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Ihre Aktivitäten richteten sich gegen Umweltzerstörung, die Gefahren der Kernenergie, die damalige Aufrüstungspolitik und den Einsatz militärischer Mittel in internationalen Konflikten. In der Folgezeit erweiterten sie ihre Programmatik auf alle politischen Felder, wobei sie der Frauenfrage, den Bürgerrechten, der Bildungspolitik und einer ökologischen Marktwirtschaft besondere Bedeutung beimaßen. Die Partei >Bündnis 90/Die Grünent entstand 1993 durch die Fusion der westdeutschen Grünen mit dem ostdeutschen >Bündnis 90<. Von 1998 bis 2005 beteiligten sie sich erstmals an einer Bundesregierung. Dabei revidierten sie ihr außen- und sicherheitspolitisches Programm.«[116]

Hintergrund

Die Struktur der Grünen in der Gründungsphase:

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Grünen das *»Produkt über 30-jähriger Protestbewegungen«*[127] in Deutschland sind. Und: *»Die grüne Partei war von Beginn an eine Assoziation unterschiedlicher Interessen und Gruppen; gerade das machte ihre Stärke aus«.*[128]

Dabei standen sich zwei Ausrichtungen gegenüber: der aus dem fundamentalistischen, eher aus dem bürgerlichen Lager kommende **»radikalökologische« Flügel** und der nicht minder fundamentalistische **»ökosozialistische« Flügel**[129]**,** ebenfalls aus dem Bürgertum kommend und Erbe der kommunistischen Sekten aus **den 1970er-**Jahren.[130]

Das Parlament dazu: *»Die Radikalökologen hatten nicht selten ein gebrochenes Verhältnis zu der Idee von Demokratie und offener Gesellschaft; die Ökologie ist ihnen eine normative Leitwissenschaft, aus der die Regeln des richtigen Verhaltens zwingend ableitbar sind; mit ihrer Vorstellung von Naturalisierung der Politik neigen sie dazu, die Ökologie über die Demokratie zu stellen. (...) Eine auf apokalyptischer Drohung basierende Politik hat auf Dauer nie eine Chance.«*[1*1]

Zwei Themen waren bei der Gründung der Partei besonders bestimmend: die Umweltfrage und die Friedenssicherung.

1.2.5.1 Linke-Rechte »Ewiggestrige«?

In der Aversion der Grünen gegen staatliche und wirtschaftliche Machtblöcke, im Streben nach dem Erhalt der Natur und überschaubarer Arbeits- und Lebensverhältnisse zogen manche Autoren in der Gründungszeit der Partei sogar Parallelen zu **faschistischen** Bewegungen und **nationalsozialistischen** Gewalttätern.[132]

Politiker von **CDU** und **CSU** verglichen **»grüne«** mit »braunen« **Schlägern**[133] und die Europäische Arbeiterpartei schrieb in einer ihrer

Publikationen von *»ganz typischen Merkmale(n) einer **faschistischen Massenbewegung«.***[134] Die Begründung: Die ***»tragende** Rolle«,* die die *»organisierte **radikale Rechte** in allen Schattierungen (...) beim **Aufbau der grünen Bewegung** und ihrer Parteien (...) gespielt hat und immer noch* **spielt«.**[135]

Auch in der jüngeren Zeit gab es entsprechende Vergleiche, etwa die eines hessischen FDP-Bundestagskandidaten, der die Grünen mehrfach als ***»Ökofaschisten«*** bezeichnete.[136]

»Grüne« Schläger und Parallelen zu faschistischen Bewegungen?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Broll aus Niedersachsen bezeichnete das **Parteiprogramm der Grünen** in einer Aktuellen Stunde im Bundestag (1986) als *»das **brutalste und zynischste Programm,** das **jemals** geschrieben wurde, - **im Gegensatz zu den Grünen hätten die Nazis ihre Ziele vor der Machtergreifung wenigstens nicht laut verkündet.** Die Geschichte zeige, dass die Menschen auch die brutalsten Ziele zu verwirklichen in der Lage seien.«*[137]

Rudolf Seiters, damals Parlamentarischer Geschäftsführer der Union, ergänzte, das Wahlprogramm der Grünen sei ein *»Rezept«, »wie man auf schnellstem Wege eine freiheitliche Demokratie, einen Rechtsstaat, eine soziale Gesellschaft und ein reiches Land ruinieren kann«.*[13*]

Grünes Rezept, wie man eine Demokratie,
einen Rechtsstaat und ein reiches Land ruinieren kann

Auch die CSU schlug auf die Grünen ein. Beispielsweise der Abgeordnete Sauter: *»Wenn man heute Angst haben muss, dann vor den **Grünen. Wenn eine Gefahr für Recht und Freiheit droht, dann von ihnen.** Wenn es darum geht, dass totalitäre Gedanken Wiederaufleben, die wir nach schmerzlichen Erfahrungen in diesem Jahrhundert überwunden glaubten, dann bei ihnen, den Grünen«.*[139]

Das CSU-Mitglied Alfred Auter ging noch einen Schritt weiter: *»Mit wem stecken die Grünen **unter einer Decke? Mit Terroristen, Busengrabschern und Kinderschändern.«***[140]

Der FDP-Abgeordnete Hirsch warf den Grünen vor: *»Sie spielen mit der Sehnsucht der Menschen nach Gewaltlosigkeit, und Sie führen mit Ihren Forderungen zu einer chaotischen Gesellschaft, in der Gewalt das Recht ersetzt.«*[141]

In dasselbe Horn blies auch Otto Graf Lambsdorff, zur damaligen Zeit wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, in einem Artikel in der *Quick: »Unter dem Deckmantel der Sorge um die Umwelt will diese Partei den **Rechtsstaat demolieren.** Im nun schon ziemlich **zerschlissenen grünen Gewand will sie zivilisierte Moralvorstellungen beseitigen.** Unter dem Vorwand der Menschlichkeit **präpariert sie den Bürgerkrieg,** indem sie dem **Staat alle Machtmittel gegen Chaoten wegnehmen** will. Die Grünen sorgen sich um ihre maskierten Verbündeten, die sich dafür nicht erkenntlich zeigen werden (...).«*[14i]
Und weiter: *»Sicherheitfür den Bürger und staatliche Gewalt sind dieser Partei verhasst. Entwaffnung der Polizei, Abschaffung des Bundesgrenzschutzes, Auflösung der Strafanstalten - **die Grünen wollen die Wehrlosigkeit gegenüber der Gewalt,** gegenüber dem Rechtsbruch, gegenüber dem Verfassungsbruch. Sie reden von Gewaltlosigkeit; doch alle ihre Beschlüsse zielen in Wahrheit auf die Rechtlosigkeit des Bürgers.*

*Dieselben Leute, die um des Lebens willen gegen Kernenergie sind, sprechen sich mitleidlos **für** die Tötung ungeborenen Lebens bis in den neunten Monat **der** Schwangerschaft aus. Sie wollen die Bundesrepublik mit einem Netz von Abtreibungsbaracken überziehen, damit noch mehr getötet werden kann; völlig legal, versteht sich, und mit grünem Segen (...)-«*[143]

Zivile Moralvorstellungen beseitigen und den Bürgerkrieg präparieren?

Der ehemalige Düsseldorfer Stadtplaner Theo Romahn, der Anfang der 1980er-Jahre die »Initiative Automobile Gesellschaft«[144] ins Leben

rief, schrieb damals hingegen, dass der in den letzten Jahren wichtigste Erfolg der Ostblockstaaten darin bestanden habe, *»als Grüne getarnte Kommunisten (...) in die Parlamente«* einziehen zu lassen.[145]

Dazu der Erziehungswissenschaftler Siegfried Uhl: *»All diese Deutungen, so übertrieben und verzerrt sie auch sein mögen, besitzen einen wahren Kern,* ***denn politische Extremisten aller Lager haben in der Geschichte der grünen Partei eine gewisse Bedeutung*** *erlangt. «*[145]

Hintergrund

Die Grünen und ihr »rechtes« Problem:

Mit der dritten Ordentlichen Bundesversammlung in Dortmund **am** 2L/22. Juni 1980 wurde der Gründungsprozess der Grünen beendet. Zu einer massiven Kontroverse kam es noch einmal um die Frage, ob die Partei sich *ausdrücklich* als antifaschistische Partei definieren sollte. Die Linke unterstützte diesen Antrag, die **Parteirechte wollte einer Abgrenzung zum Nationalsozialismus nicht zustimmen, ohne gleichzeitig den real existierenden Sozialismus der DDR zu verurteilen.** Diese Kontroverse wurde schließlich durch den Antrag, dass *alle* totalitären Regime verurteilt werden, gelöst.[147] Doch damit war der Konflikt zwischen den Parteilinken und -rechten noch nicht gelöst.

Erst als der ***»wertkonservative«*** **Teil der Grünen** und anderes als ***»faschistisch«*** oder ***»rechtsradikal«*** eingestuftes Personal ausgeschieden waren, machte sich in der Partei ein Linksruck bemerkbar.[148] Die konservativ-autoritäre Vision einer *»ökologischen Erziehungsdespotie«* war damit gescheitert.[149]

Das **»rechte« Spektrum der Partei** hatte bis dahin unter anderen der CDU-Dissident **Herbert Gruhl**[150] vertreten, der austrat und im Oktober 1981 seine eigene Partei, die »Ökologisch Demokratische Partei« (ÖDP) gründete.[151]

Aber auch später hatten die Grünen noch ein »rechtes« Problem und das hieß Werner Vogel. Er hatte die Grünen **mitbegründet,** die ihn für die ersten Wahlen in Land und Bund aufgestellt hatten. **Im** Jahr 1983 legte er sein Mandat als designierter

Alterspräsident des Bundestages nieder. Es war zuvor bekannt geworden, das er **Mitglied der SA und später in der NSDAP** gewesen war. Zudem hatte er auch eine **Funktion im Reichsinnenministerium** inne.[152] Aber es kam noch schlimmer: Der Mitbegründer der Grünen **unterstützte auch Pädophilen-Gruppen im Umfeld der Partei**[153] (zum Thema »Pädophilie und Grüne« siehe Kapitel 2).

Mitte der 1980er-Jahre sickerten dann im Sauerland auch noch **»Nationalrevolutionäre«** in die grüne Partei ein.[154]

Ludger Volmer erinnert sich: *»Wir Linken forderten, sie sofort hinauszuwerfen. Die Landesführung jedoch wollte lieber den kritischen Dialog mit den Nazis. Antikommunistisch-ökologisch-erdverbunden-biodynamisch, wie diese sich gaben, seien Grüne doch auch (...). Wir wurden die Nazis trotzdem wieder los.«*[155] Wie, das beschreibt der Partei-Insider aber nicht.

Sie sehen daran, dass der »rechte« Einfluss auf die Partei nicht gerade gering war. Viele Grüne haben das vergessen oder viele Grüne-Wähler wissen davon überhaupt nichts. Jedenfalls die meisten Jüngeren, mit denen ich darüber gesprochen habe.

Doch die Partei rückte nach »links«, wo sie bis heute »verortet« ist.

Helmut Fogt beschreibt in seinem »Soziogramm« über die Grünen, dass es den *»Linksextremisten«* gelungen sei, klassische Bestandteile der marxistischen Kerndogmatik in das grüne Parteiprogramm hinüberzuretten.[156]

Siegfried Uhl ergänzt: *»Die Strategie des >Entrismus<, des Einsickerns in die grüne Partei und der Durchsetzung sozialistischer und marxistischer Programmpunkte (...) setzte sich jedoch mit zunehmendem Erfolg durch. Teils lösten sich die kommunistischen Splitterparteien auf, wobei zahlreiche Mitglieder anschließend den Grünen beitraten und dort teilweise Führungspositionen bekleideten, teils blieben sie bestehen, empfahlen ihren Anhängern aber die >verdeckte Mitarbeit unter anderem bei den Grünen, >um dort revolutionär-sozialistische Strömungen zu entwickelm.«*[157]

Die Zeit schrieb im Mai 1985: *»Wer die **politische Geografie der Grünen** verstehen will, muss die der **linksradikalen Grüppchen und Sekten** in den 70er-Jahren kennen. In der **Hamburger Grün-Alternativen-Liste (GAL)** dominieren die vormaligen Mitglieder des **Kommunistischen Bundes (KB).** In der **Berliner Alternativen Liste (AL)** trafen sich die ehemaligen Genossen der maoistischen **KPD** wieder, und in **Hessen** geben einstige **Frankfurter Spontis** den Ton an. Wo die Studentenbewegung und die aus ihr hervorgegangenen Kadersekten nie Fuß gefasst haben, auf dem Land, vor allem in **Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg,** bestimmen eher die **Naturschützer** und **Wertkonservativen** das Bild der Partei, wenngleich auch dort, zum Beispiel in Baden-Württemberg, Linkssozialisten und Spontis wichtige Positionen besetzt haben.«*[1**]

Der gleiche Bericht machte auch auf folgende **»Schwächen« der grünen Partei** aufmerksam:

- Die Unprofessionalität
- Das Rotationsprinzip, weil dadurch die Kompetenz der Parlamentarier sinken würde
- Die Dezentralisierung
- Der öffentlich ausgetragene Richtungsstreit
- Der programmatische Wirrwarr
- Entscheidungen werden hinausgeschoben (Taktik des »Aussitzens«)
- Kleinliche Kontrolleure[159]

Das und die ideologische Programmatik führten dazu, dass im Jahr 1986 exakt 53 Prozent der Bundesbürger der Ansicht waren, die Grünen seien eine *»weit links stehende Partei«.*[160]

Schon ein Jahr zuvor hatte eine **Analyse des Verfassungsschutzes** ergeben, dass die **Grünen dem *links-extremen* Umfeld** entstammten, und zwar:

- Zehn Prozent der 94 Mitglieder der Landesvorstände
- Mehr als zehn Prozent aller 35 Landtagsabgeordneten
- 33 Prozent der 27 Bundestagsabgeordneten

- 50 Prozent der elf Bundesvorständler
- Mehr als 50 Prozent der sieben Europaparlamentarier[161]

Selbst der spätere grüne Außenminister Joschka Fischer bemerkte im Jahr 1984, dass die Grünen *»das theoretische und ideologische Erbe«* des *»linken Radikalismus«* angetreten hätten.[161]

»Die Grünen sind eine weit links stehende Partei.«[163]

Doch das Selbstbild der Partei war gleichwohl ein anderes. Denn die Grünen verstanden sich als *»Repräsentanten«* einer *»neuen sozialen Bewegung«.*[164] Dieses »neu« bezog sich offenbar auf folgende - in der damaligen parlamentarischen Demokratie - tatsächlich »neuen« organisatorischen Bestimmungen:

- Die »Basis« sollte an der politischen Willensbildung teilnehmen und nicht die Amts- und Mandatsträger
- Verbot der Häufung von Ämtern
- Rotationsprinzip
- Imperatives Mandat[165]
- Öffentlichkeit aller Sitzungen
- Rederecht für jeden Anwesenden[166]

Doch diesen hehren theoretischen Zielen konnte die Partei nur bedingt gerecht[167] werden, wie Sie im weiteren Verlauf des Buches erkennen werden.

1.2.6 Wer sind die Grünen? - Die Mitgliederstruktur

Im Jahr 2013 wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung die »Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft von Bündnis 90/Die Grünen« veröffentlicht (eine neuere Statistik gibt es noch nicht):

»Mit 59653 Mitgliedern waren die Grünen Ende 2012 die zweitschwächste der im Bundestag vertretenen Parteien. Die Frauen, die etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sind in allen Parteien unterrepräsentiert. ***Die Grünen*** *haben mit knapp 38 Prozent zusammen mit der Linkspartei jedoch* ***den höchsten Frauenanteil.*** *Jüngere Bürgerinnen und Bürger bis 30 Jahre sind in allen Parteien deutlich unterrepräsentiert. Die Grünen haben den höchsten Anteil aller Parteien. Dennoch macht diese Gruppe bei ihnen nur ein knappes Sechstel der Mitgliedschaft aus. Die größte Gruppe bilden die 51- bis 60-Jährigen, gefolgt von den 41-bis 50-Jährigen. Nur knapp 16 Prozent der Grünen-Mitglieder sind älter als 60 Jahre.* ***Damit sind die Älteren bei den Grünen als einziger Partei deutlich unterrepräsentiert.«***[168]

Und weiter: *»Bürgerinnen und Bürger mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Schulabschluss sind in allen Parteien unterrepräsentiert. Personen mit (Fach-) Abitur oder Hochschulabschluss finden sich dagegen in allen Parteien zu einem deutlich höheren Anteil als in der Bevölkerung.* ***Die Grünen haben mit Abstand den geringsten Anteil an Hauptschülern und den höchsten Anteil an Hochschulabsolventen aller Parteien.«***[169]

Dazu kommt: *»Arbeiter sind in allen Parteien unterrepräsentiert, die Gruppe der Beamten bzw. Angestellten im öffentlichen Dienst ist in der Gesamtheit der Parteien dagegen fünfmal so stark wie in der Bevölkerung.* ***Die Grünen haben nach der FDP den geringsten Arbeiteranteil und Beamte/Angestellte im öffentlichen Dienst sind bei ihnen am stärksten vertreten. Gewerkschaftsmitglieder sind in der Grünen-Wählerschaft überrepräsentiert. Die Grünen haben nach der Linkspartei den zweithöchsten Anteil an Konfessionslosen in ihrer Mitgliedschaft.«***[170]

»Die Grünen haben mit Abstand den geringsten
Anteil an Hauptschülern und den höchsten
Anteil an Hochschulabsolventen aller Parteien.«[171]
(Bundeszentrale für politische Bildung)

Weitere Eckdaten zu den Mitgliedern: 68 Prozent haben einen Hochschulabschluss. 42 Prozent sind konfessionslos. 62 Prozent sind Männer und 45 Prozent Beamte und Angestellte. In den Gewerkschaften engagieren sich 26 Prozent.[172]

Überraschend war auch das Ergebnis einer Studie der Universität Leipzig im Herbst 2012: ***»FDP und Grüne haben die reichsten Wähler*** (...) 55 *Prozent der FDP- und 45 Prozent der Grünen-Wähler verfügen demnach über ein monatliches Einkommen von über 2500 Euro. Bei SPD und Linken sind es rund 31 Prozent. 18,5 Prozent der NichtWähler haben monatlich unter 1000 Euro zur Verfügung (...).«*[173]

»FDP und Grüne haben die reichsten Wähler.«[174]
(Studie der Universität Leipzig)

1.2.7 Wer wählt »grün«? - Die Wählerstruktur

Eine Mär hingegen ist die Ansicht vieler Kritiker, die Grünen würden hauptsächlich von linken und ökologischen Protestlern gewählt. Richtig ist, dass viele Anhänger der Ökologie- und Anti-Atomkraft-Bewegung die Partei wählten, doch Anhänger der Friedensbewegung bevorzugten die SPD.[175]

Der »Traum« der Grünen, eine »ökologische Volkspartei«[176] zu werden, hat sich bis heute nicht erfüllt. Trotzdem decken die Grünen ein breites, soziales, ökologisches, pazifistisches und radikaldemokratisches Spektrum ab.

Mit Rücksicht auf ihre Stammwählerschaft vertreten sie ihre Ziele wie Frieden, Umweltschutz und Gleichberechtigung der Frau nach wie vor. Doch sie sind zwischenzeitlich in der politischen Realität angekommen und müssen - bedingt durch Koalitionen - Kompromisse schließen, wenn sie mitregieren wollen.

Dieser parlamentarische Kompromiss und die verbale Radikalität sichern das Überleben der Partei.[177] Wenn auch mancher Ur-Stamm-

Wähler sich von **den** Grünen abwenden dürfte, weil sie in seinen **Augen** ihre frühere Dogmatik »verraten« haben.

Das kommt nicht von ungefähr, denn die Außenwahrnehmung ist nach wie vor ambivalent: Die einen sehen die Grünen als *»ökologisches Korrektiv«,* die anderen als *»Mehrheitsbeschaffer«* für die SPD.[178]

Die Wählerschaft gestern und heute:

- Angehörige von Subkulturen
- Protestwähler
- Taktische Wähler
- Wähler aus dem links-alternativen Milieu
- Wahler aus Alternativ-, Friedens- und ökologischen Bewegungen
- Jungwähler
- Studenten
- Lehrer
- Angehörige des öffentlichen Dienstes[179]

Die Grünen verdankten ihre **Erfolge** vor allem **jüngeren Wählern,** deren Ängste und Sorgen sie ernst nahmen. Die »grüne Utopie« einer harmonischen, sozial- und umweltverträglichen Gesellschaft sprach aus der Seele vieler junger Menschen. Dies **änderte** sich im **Laufe der Zeit,** da auch **ältere** Generationen die Partei wählten.

Die Grünen: »ökologisches Korrektiv« oder
»Mehrheitsbeschaffer« für die SPD?[180]

Aus der Statistik der letzten »großen« Wahl, der **Europawahl** im **Mai** 2014, geht hervor:

»Anders als bei der CDU und der SPD waren in der Wählerschaft der GRÜNEN die ***Senioren stark unterrepräsentiert,*** *während alle Altersgruppen unter 60 Jahren überproportional vertreten waren: So waren (...) von allen Wählern bei der Europawahl knapp 39 Prozent 60 Jahre alt oder älter. In der Wählerschaft der GRÜNEN waren jedoch nur*

rund 19 Prozent in dieser Altersgruppe. Die quantitativ ***größte Gruppe unter den Wählern*** *der GRÜNEN war die* ***Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen.*** *Gut 41 Prozent der GRÜNEN-Wähler gehörten dieser* ***Altersgruppe*** *an, während von den Wählern der Europawahl insgesamt nur rund 31 Prozent zwischen 45 und 59 Jahre alt waren. Der längerfristige Zeitvergleich zeigt, dass die Wählerschaft der GRÜNEN einen deutlichen Alterungsprozess durchlaufen hat: Bei der* ***ersten Europawahl 1979*** *waren noch* ***knapp 60 Prozent der GRÜNEN-Wähler unter 35 Jahre*** *alt. Bei der* ***Europawahl 2014*** *war nur* ***noch gut jeder fünfte Wähler*** *der GRÜNEN* ***jünger als 35 Jahre.*** *Die Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren ist in der Wählerschaft der GRÜNEN seit 1979 von gut acht Prozent auf rund 19 Prozent angewachsen.«*[1*1]

Zusammengefasst kann über die Mitglieder- und Wählerstruktur der Grünen Folgendes ausgesagt werden:

- Die Partei hat den höchsten Frauenanteil.
- Die ab 60-Jährigen sind unterrepräsentiert.
- Die Mitglieder der Partei haben mit Abstand den geringsten Anteil an Hauptschülern und den höchsten an Hochschulabsolventen.
- Die Grünen haben nach der FDP den geringsten Arbeiteranteil.
- Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst sind am stärksten vertreten.
- Nach den Linken haben die Grünen den höchsten Anteil an konfessionslosen Mitgliedern.
- Gewerkschaftsmitglieder sind bei der Grünen-Wählerschaft überrepräsentiert.

- Die Grünen und die FDP haben die reichsten Wähler.

Überraschend, nicht?

Unbestritten: Die Grünen haben sich von einer **Milieu-** zu einer **Generationenpartei** und zu einer einflussreichen *»Strömung des Zeitgeistes«*[l8i] entwickelt. **Aber:** Der selbst ernannte *»politische Moralismus«*[m] der Partei ist besonders ausgeprägt. Ob dieser auch tatsächlich so gelebt wird, ist Gegenstand dieses Buches.

1.3 GRÜNE ZWANGSBEGLÜCKUNG

Ökostrom, Frauenquote, Auto-Feindschaft: Die Grünen wollen uns zwangsbeglücken[184] und mir kommt es so vor, als würden sie uns einen Tugendstaat aufzwingen.

Aber wie kam es dazu? Was sind die theoretischen Hintergründe für diesen Paradigmenwechsel in der Gesellschaft?

In der Anfangszeit der Partei - und in Teilen bis heute - verklärten und verklären die Grünen Vertreter von Banken, Industrie und auch manche Politiker (sinngemäß) zu *»Kräften des Bösen«*[185], wie Dr. Siegfried Uhl ausführt. Diese würden nicht für die Belange der Bevölkerung, sondern für die *»Interessen der Industrie«* und der Banken eintreten, die als Inbegriff der Konzentration des Kapitals aufgefasst werden.[186]

Aus dieser weltanschaulich verengten Grundhaltung heraus speist sich die Überzeugung vieler grünen Politiker, Anhänger und Wähler, dass ein unterdrückerisches und profitgieriges Kartell aus Banken, Parteien und Großindustrie die Welt regiert.[187]

Achtung!

»Profit« und **»Herrschaft«** werden als amoralische und verwerfliche Auswüchse angesehen.

»Profit« kann betriebswirtschaftlich aber mit **»Gewinn«** gleichgesetzt werden. **Ohne** Gewinne können Unternehmen nicht investieren und folglich keine Arbeitsplätze halten oder gar neue schaffen.

»Herrschaft« kann mit **»Einfluss«** und/oder **»Marktposition«** gleichgesetzt werden. Auch diese benötigen Unternehmen, um Arbeitsplätze zu sichern.

Zum grün-linken Feindbild kommen dazu noch die spezifischen Interessen des militärisch-industriellen Komplexes.[188] Kurzum: **Die Kräfte des Bösen wollen die Menschheit in den Untergang stürzen.**[189]

Diese Apokalypse soll durch die Aushöhlung demokratischer Rechte, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Rüstungs- und

Kriegsgefahr initiiert werden. Die Grünen würden diesem *»Kurs der Zerstörung aber entschlossen entgegentreten«.*[190] Dementsprechend hieß es im Bundestagswahlprogramm, dass *»Umweltbelastung, Erwerbslosigkeit und Armut«* durch einen *»ökologischen, sozialen und demokratischen Umbau«* der bestehenden Ordnung *»drastisch vermindert«* und auf längere Sicht endgültig beseitigt werden können.[191]

Seien Sie wachsam!

Die Folgen dieses einseitig verzerrten Weltbildes zeigen sich in der moralischen Verurteilung verschiedener Strukturmerkmale und der Geringschätzung mancher gesellschaftlicher Institutionen und Regeln.[192]

Dieser *»grüne Radikalismus«*[193] mit seinen moralisierenden und ästhetisierenden Utopien[194] kennt klare Fronten und heroisiert eine vollkommene Welt. Gut und Böse sind - wie oben schon erläutert - klar definiert. Oder wie es der bereits erwähnte Siegfried Uhl ausdrückt:

*»Mit ihrer Selbststilisierung als **sittlich hochstehende Vertreter** des allgemeinen **menschlichen Gattungsinteresses,** also mit einer Denk- und Argumentationsweise, die sich als >politischer Moralismus< bezeichnen lässt, besitzen die Grünen ein schlagkräftiges und öffentlichkeitswirksames Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die >Moral< hat gegenwärtig >Konjunktur<.«*[m]

Der politische Moralist geht davon aus, dass nur er weiß,
was das einzig Richtige ist![196]

Doch die aus dieser Gut-Böse-Gegenüberstellung erkennbare »Selbststilisierung messianischer Erwähltheit«[197] zu einer »Elite mit absolutem Heilswissen und makellosem Gerechtigkeitssinn«[198] wurde und wird bis heute kritisiert.[199] So auch mit diesem Buch.

Seien Sie wachsam!

Wenn jemand die »höhere« und »bessere« Moral für sich propagiert, ist immer Vorsicht geboten. **Niemand kann die letztgültige Wahrheit besitzen, behauptet man das, ist man ein Fundamentalist.** So wird Politik zum »Glaubenskrieg«.

Doch genau dieses vermessene »Auslesebewusstsein« scheint mir bei den Grünen stärker ausgeprägt zu sein als in anderen Parteien. Da gehe ich mit Uhl konform: *»Auslesebewusstsein, Heilsgewissheit und starke emotionale Anteilnahme rufen erfahrungsgemäß **offene Gesinnungsaggressivität** hervor, die sich unter anderem in der **hasserfüllten, herabsetzenden Sprache** äußert, mit der **zahlreiche prominente Grüne die Auseinandersetzung** mit dem politischen Widersacher, aber auch mit Parteikollegen führen.«*[200]

Achtung!

Die **schulmeisterliche Art** der Grünen, die **Selbstgerechtigkeit** in ihrem Auftreten, ihre **Überheblichkeit,** ihr **missionarischer Eifer** und ihre **erziehungsdiktatorische Neigung** machen sie mir nicht gerade zu den sympathischsten Parteienvertretern.

Ihre **»Zweifrontenwelt«,** die **»Heilsgewissheit«** gepaart mit dem **grünen »Auslesebewusstsein«** und einem **»Betroffenheitsmythos«,** ist der **Bevölkerung,** die selbst Befürchtungen und Ängste in diese Richtungen **hegt,** aber gut zu **»verkaufen«.** Aber das führt zu einer starken Emotionalisierung in politischen Auseinandersetzungen.[201]

Seien Sie wachsam!

Die **»grünen« Verbote und Einschränkungen** dienen aus meiner Sicht der **Gleichmacherei** und **der Zerstörung des traditionel-**

len Familienbildes (ich werde darauf noch zurückkommen). Das alles, um einen **Einheitsmenschen, einen Einheitsbürger zu kreieren.** Doch die **Abschaffung der Unterschiede** ist für mich der glasklare Weg in eine **ökosozialistische, grünlackierte Gesinnungsdiktatur.**

In seinem kritischen Aufsatz über das Selbstverständnis der Grünen bekräftigte der Politikwissenschaftler und Philosoph Otto Kallscheuer, dass die ***»apokalyptischen Motive des grünen Fundamentalismus«*** Anfang der 1980er-Jahre angesichts der ***»parteiübergreifenden Verbreitung diffuser endzeitlicher Ängste«*** schnell **Zustimmung und Unterstützung** in der Bevölkerung fanden.[202] Im März 1983 zogen die Grünen dann folgerichtig in den Deutschen Bundestag ein.

1.4 GRÜNE UND IHRE WAHLERGEBNISSE

Es ist unbestritten, dass sich die grüne Partei in Deutschland etabliert hat, wie folgende Wahlergebnisse zeigen:

1.4.1 Die Bundestagswahlen

Bundestagswahl 1980	1,5 %
Bundestagswahl 1983	5,6 %
Bundestagswahl 1987	8,3 %
Bundestagswahl 1990	4,8 % (Grüne, alte Bundesländer)
	6,0 % (Bündnis 90, neue Bundesländer)
Bundestagswahl 1994	7,3 %
Bundestagswahl 1998	6,7 %
Bundestagswahl 2002	8,6 %
Bundestagswahl 2005	8,1 %
Bundestagswahl 2009	10,7 %
Bundestagswahl 2013	8,4 %

1.4.2 Die Europawahlen

Europawahl 1984	8,2 %
Europawahl 1989	8,4 %
Europawahl 1994	10,1 %
Europawahl 1999	6,4 %
Europawahl 2004	11,9%
Europawahl 2009	12,1 %
Europawahl 2014	10,7 %

1.4.3 Regierungsbeteiligungen der Grünen (Bündnis 90/Die Grünen)

1985-1987	Hessen	mit SPD
1989-1990	Berlin	mit SPD
1990-1994	Niedersachsen	mit SPD
1990-1994	Brandenburg	mit SPD und FDP
1991-1999	Hessen	mit SPD
1991-1995	Bremen	mit SPD und FDP
1994-1998	Sachsen-Anhalt	mit SPD (durch PDS toleriert)
1995-2005	Nordrhein-Westfalen	mit SPD
1996-2005	Schleswig-Holstein	mit SPD
1997-2001	Hamburg	mit SPD
1998-2002	**Bundesregierung**	**mit SPD**
2002-2005	**Bundesregierung**	**mit SPD**
2001-2002	Berlin	mit SPD (durch PDS toleriert)
2007-2011	Bremen	mit SPD
2008-2010	Hamburg	mit CDU
2009-2012	Saarland	mit CDU und FDP
seit 2010	Nordrhein-Westfalen	mit SPD
seit 2011	Baden-Württemberg	mit SPD
seit 2011	Rheinland-Pfalz	mit SPD
seit 2011	Bremen	mit SPD
seit 2012	Schleswig-Holstein	mit SPD und SSW

seit 2013	Niedersachsen	mit SPD
seit 2014	Hessen	mit CDU
seit 2014	Thüringen	mit SPD und Die Linke
seit 2015	Hamburg	mit SPD
seit 2015	Bremen	mit SPD

Sie erkennen daran, dass die SPD maßgeblich daran beteiligt war, die Grünen »hoffähig« zu machen. Denn schon zwei Jahre nach dem ersten Einzug in den Bundestag beteiligten die Sozialdemokraten die Grünen an der Regierung in Hessen.

1.5 GRÜNE UND GEWALT

Kern dieses Buches ist die Frage, wie »glaubwürdig« die grüne »Moralpartei« in Wirklichkeit ist.

Wie im Abschnitt 1.3 »Grüne Zwangsbeglückung« bereits beschrieben, neigen die Grünen dazu, sich bei manchen Themen scheinbar im Besitz der alleinigen Wahrheit zu fühlen.

Gerade bei den Grünen, mit ihrem Selbstverständnis als *»Partei des Lebens«*[103], sollte man meinen, dass das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit die eigene Handlungsmaxime ist. Nach außen erscheinen die Grünen als das *»gewallfreie Gegenmodell zu jeglicher Militanz«*[204] **Aber ist das tatsächlich so?**

Ein wichtiger Indikator, um diese Frage beantworten zu können, erscheint mir das Verhältnis der Grünen zur Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung. Dazu gehört auch das Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis. Denn für den **demokratischen Liberalismus** sind der **Verzicht auf Gewaltanwendung** und **die Anerkennung** des **Gewaltmonopols des Staates**[205] von **existenzieller Bedeutung.**

Achtung!

Stellten die Grünen die Gültigkeit rechtsstaatlicher Prinzipien infrage? Ihr Verhältnis zur Gewalt ist jedenfalls *»äußerst unklar«*, wie der Erziehungswissenschaftler Dr. Siegfried Uhl bereits Mitte der 1980er-Jahre feststellte.[206]

1.5.1 Gewaltbekennung

Beispiele zu *Gewalt bekennenden* Ausführungen gab es damals genug: Die **Grün-Alternative Liste Hamburg** (GAL), bei der sich der Kommunistische Bund (KB) mit seinem Führungsanspruch durchsetzen konnte[207], **bekannte** sich beispielsweise zu einer **aktiven Solidarität** mit den **militant-autonomen Hausbesetzern** in der Hafenstraße.[208]

Im **Landesprogramm der Bremer Grünen** zur Bürgerschaftswahl 1983 war zu lesen: *»Das **Prinzip der Gewaltfreiheit** berührt **nicht** das fundamentale **Recht auf Notwehr.** Es schließt die Bereitschaft ein, auch zu solchen Formen sozialen Widerstandes zu greifen, die **bestehende Gesetze verletzen (z.B. Blockaden, Besetzungen,** Volkszählungsboykott), wenn anders wirksamer Protest nicht möglich ist: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.«*[109]

»Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.«[210]

Im **Landesprogramm der hessischen Grünen** zur Landtagswahl 1984 stand: *»Sozialer Widerstand geht von Regel- und **Gesetzesverletzungen** aus, wenn andere Mittel nicht mehr greifen. Diese können bis zur **gezielten Sabotage** gehen, wobei mit dem kleinstmöglichen Mittel der gewünschte Effekt erzielt werden soll.«*[211]

Dies äußerte sich 1984 auch in den sogenannten »**Manöverbehinderungen**«, an denen die Grünen beteiligt waren und ausdrücklich dazu standen.[212]

Hintergrund

Grüne »Sitzblockaden« sind Nötigung mit Gewalt:
Paragraf 240 des Strafgesetzbuches (StGB) lautet:
»Nötigung.

(1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist.

(3) Der Versuch ist strafbar.«[213]

Wie ich deutlich gemacht habe, schlossen die Grünen »Sitzblockaden«, »zivilen Ungehorsam« und sogar »Sabotage« (s. o.) als politisches Mittel nicht aus.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 11. November 1986 (Az. 1 BvR 713/83) zum Thema »Sitzblockaden«, dass diese ***»Nötigung mit Gewalt nach §240 Strafgesetzbuch darstellen«.*** Diese ließen sich auch *»nicht unter dem Gesichtspunkt des zivilen Ungehorsams als zulässige Ausübung staatsbürgerlicher Rechte bewerten«.*[214]

In der im Jahr 1987 erschienenen Dokumentation ***Grüne und Gewalt*** der Friedrich-Naumann-Stiftung heißt es:

»Betrachtet man die Aussagen der Partei DIE GRÜNEN zur Gewaltproblematik, so stößt man auf ein völlig unscharfes und in sich widersprüchliches Bild. Es fehlen klare Aussagen und es fehlt insbesondere die klare Abgrenzung von denjenigen, die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung akzeptieren, sie zumindest billigend in

Kauf nehmen.«[215] Und weiter: *»Die zu den obersten Zielen der GRÜNEN gehörende* ***Gewaltfreiheit verliert jede Glaubwürdigkeit*** *und wirkt* ***scheinheilig,*** *wenn sich DIE GRÜNEN* ***nicht eindeutig*** *z. B. von den* ***Gewalttaten militanter Gruppen auf Demonstrationen distanzieren*** *und wenn sich DIE GRÜNEN nicht eindeutig gegen die Gewalt gegen Sachen wenden.«*[116]

☠ Und tatsächlich fand sich im **Bundesprogramm der Partei von** 1985[217] folgender Passus: *»Das Prinzip der Gewaltfreiheit berührt nicht das fundamentale Recht auf Notwehr und* ***schließt sozialen Widerstand in seinen mannigfachen Varianten ein.*** *Widerstand kann langfristig am wirksamsten auf soziale Weise geführt werden, wie das Beispiel der Anti-Atom-Bewegung zeigt. (...) Gewaltfreiheit* ***schließt aktiven sozialen Widerstand nicht aus,*** *bedeutet also nicht die Passivität der Betroffenen. Der Grundsatz der Gewaltfreiheit bedeutet vielmehr, dass zur Verteidigung lebenserhaltender Interessen von Menschen gegenüber einer sich verselbstständigenden Herrschaftsordnung unter Umständen auch* ***Widerstand gegen staatliche Maßnahmen nicht nur legitim, sondern auch erforderlich sein kann (z. B. Sitzstreiks, Wegsperren, Behinderung von Fahrzeugen).«"***[6]

Widerstand gegen staatliche Maßnahmen
kann erforderlich sein.

Jutta Ditfurth, Mitgründerin der »Grünen Liste Wählerinitiative für Demokratie und Umweltschutz« (GLW) und der »Grünen Liste Hessen« (GLH) sowie 1979/1980 Mitbegründerin der Partei »Die Grünen« sprach sich sogar ***für*** **Sachbeschädigungen** aus:

☠ Im Zusammenhang mit Anschlägen auf Bundesbahnzüge im Dezember 1986 sagte sie, dass *»Aktionen, die in irgendeiner Art und Weise Menschen verletzen könnten, nicht zu rechtfertigen* [seien]. *Das gelte für Anschläge auffahrende Züge, aber* ***nicht für die Blockade von Bahngleisen oder das Absägen von Strommasten,*** *wenn sicher sei, dass Menschen nicht gefährdet würden.«*[219]

Aber genau *das* sind Straftaten: Sachbeschädigung, gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr und Landfriedensbruch.

Doch **Ditfurth** setzte noch einen drauf, so jedenfalls berichtet es ihr ehemaliger Parteikollege Ludger Volmer: *»Im Oktober 1987 (…) formulierte Jutta Ditfurth, damals Vorstandssprecherin, bewusst missverständlich, **der Staat brauche die Gewalt der RAF,** um seine Repressivst zu legitimieren, und forderte eine **Amnestie** für die >politisch Gefangenen<.«*[220]

Im Bundestagswahlprogramm der Grünen aus dem Jahr 1987 ist zu lesen:

*»Die Fähigkeit zur sozialen Verteidigung kann derzeit nur im **Widerstand gegen den Staat angeeignet** werden. (...) Die gewaltfreie Aktion ist eine kämpferische Methode gegen bestehende bzw. drohende Formen direkter oder struktureller Gewalt. (,..)«*[221]

»**Gewaltloser**« Widerstand? Dies äußerte sich bei manchen Grünen auch darin, dass sie bestimmte Widerstandsformen lebten: **etwa Pfeifen, Kreischen, Schreien, Besprühen und Tomatenwerfen."**[2]

Und noch mehr: In einer **Resolution der Grünen gegen die Wiederaufbereitung in Wackersdorf aus dem Jahr 1985** forderte die Partei ausdrücklich zur ***»Behinderung** bei Rodungsbeginn«* und ***»Platzbesetzung«*** auf.[223]

Pfeifen, Kreischen, Schreien, Besprühen und Tomatenwerfen

Im Wahlprogramm der Alternativen Liste (AL oder die **»Berliner Grünen«)** zur **Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989** ist Folgendes zu lesen: *»In Bürgerinitiativen, den sozialen Bewegungen und in der AL ist deshalb unumstritten, dass der Weg zu einer ökologischen, sozialen und gewaltfreien Gesellschaft mehr und andere Mittel verlangt als den Gang zu den Wahlurnen einerseits und Kandidaturenfür die Parlamente, Resolutionen, Presseerklärungen, Anträge und Anfragen andererseits.«*[214] Und weiter: *»Der Weg dorthin schließt neben vielen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Gestaltung alternativer*

Lebens- und Arbeitszusammenhänge ein: ***Demonstrationen, Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden, Widerstands- und Verweigerungshandlungen wie Streiks, bis hin zum politischen Generalstreik, Besetzungen, Boykotte, individuelle und kollektive Gehorsamsverweigerung, Dienstverweigerung, Provokationen und Satiren.«***[125]

Demonstrationen, Blockaden, Streiks, Besetzungen, Boykotte, Gehorsamsverweigerung und Provokationen

Die Mitglieder der AL sahen all diese Handlungen nicht als »Gewalt«, wie wir sie kennen, und »legitimierten« sich ihr Verhalten einfach selbst:

»Weder Demonstrationen noch Aktionen des zivilen Ungehorsams, noch Widerstands- und Verweigerungshandlungen im oben genannten Sinn sind für uns Formen von Gewalt. Wir entfernen uns damit wissentlich von der Auffassung vieler Politiker und Juristen.«[226]

Eine andere Auffassung von Gewalt

Auch der Gebrauch von Schusswaffen wurde heroisch verklärt: »Eine von Zeit und Ort unabhängige Bewertung von Gewalt und Gewaltfreiheit verbietet sich aber allein schon im Blick auf die Geschichte. Auch die Liberalen bauten 1848 Barrikaden, und es schossen Männer wie Frauen.«[227]

1.5.2 Brokdorf

Das ambivalente Verhältnis der Grünen zur Gewalt lässt sich am besten am Beispiel von Brokdorf verdeutlichen.

Hintergrund

Die »Kämpfe« um Brokdorf:

Das Kernkraftwerk Brokdorf wurde in der Nähe der Gemeinde Brokdorf (Schleswig-Holstein) erbaut und im Oktober 1986 erstmals in Betrieb genommen. Das Kernkraftwerk soll bis spätestens 2021 abgeschaltet werden.

Die Ereignisse um das AKW Brokdorf (chronologisch):

1972: Beginn der Planungsarbeiten

25. 10. 1976: Teilgenehmigung durch die Landesregierung Kiel

26. 10. 1976: Baubeginn um ein Uhr nachts unter Polizeischutz. Der Bauplatz wird wie eine Festung eingezäunt und mit Stacheldrahtrollen und Wassergräben gesichert.

30. 10. 1976: Erste Großdemonstration am Bauplatz mit mehr als 5000 Teilnehmern. Rund 2000 davon brechen gewaltsam in die Baustelle ein, mit dem Ziel, sie zu besetzen. Mehrere Hundertschaften Polizei räumen das Gelände mit Wasserwerfern und Tränengas.

13. 11. 1976: »Brokdorf II«-Demonstration mit 30000 internationalen Teilnehmern. Die Polizei errichtet dieses Mal Straßenkontrollen und riegelt das Gelände weiträumig ab. Sie ist mit Wasserwerfern, Tränengasgranaten, Pferden, Hunden und Hubschraubern ausgerüstet. Es brechen bürgerkriegsähnliche Gefechte aus. Rund 3000 Demonstranten stürmen erneut den Bauzaun. Bilanz: Über 130 Verletzte, davon 70 Polizisten.

17. 12. 1976: Das Verwaltungsgericht Schleswig verfügt einen vorläufigen Baustopp, der im Februar 1977 verlängert wird.

19. 02. 1977: Trotz eines Demonstrationsverbots versammeln sich 50000 Menschen (»Brokdorf III«). Dieses Mal bleibt es friedlich und es kommt zu keiner Stürmung des Baugeländes.

17. 10. 1977: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg ordnet einen unbefristeten Baustopp an, bis die Entsorgungsfrage geklärt ist.

22. 01. 1981: Das Oberverwaltungsgericht hebt den Baustopp wieder auf.

18. 02. 1981: Die Landesregierung erteilt eine zweite Teilerrichtungsgenehmigung.

28. 02. 1981: Großdemonstration in der Wilster mit rund 100000 Teilnehmern, die von 10 000 Polizisten begleitet wird. Es kommt wiederum zu heftigen Krawallen. 128 Polizisten und ebenso viele Demonstranten werden verletzt. Die Beamten stellen massenweise Messer, Stahlkugeln, Schleudern und Eisenstangen sicher.

07. 06. 1986: 30 000 demonstrieren in Brokdorf gegen die baldige Inbetriebnahme; wieder kommt es zu einem großen Polizeieinsatz.

08. 06. 1986: Der sogenannte »Hamburger Kessel«: Auf dem Heiligengeistfeld werden mehr als 800 Personen bis zu 13 Stunden lang innerhalb der Absperrketten festgehalten.

08. 10. 1986: Inbetriebnahme des Kernkraftwerks"[8]

Auch in Brokdorf griffen militante Linksextremisten die Polizei an und wollten mit Wurfankern und Bolzenschneidern Bauzäune um das Kernkraftwerk einreißen.[229]

Der **Vorwurf des Verfassungsschutzes** in Hamburg[230] lautete: **Die Grünen sollen das Vorgehen mit den Gewalttätern sogar im Vorfeld abgestimmt** haben. *Die Welt* berichtete:

*»**Grüne*** [haben] ***gemeinsam mit als gewalttätig eingestuften >Autonomen<** ihr Vorgehen bei der Demonstration am Wochenende gegen das Kernkraftwerk besprochen. Einer der Organisatoren, **Lars Hennings, ein Vertreter der Grünen aus Schleswig-Holstein,** bestätigte im Gespräch mit der Welt derartige Zusammenkünfte. Im Vorfeld der Demonstration habe es eine Reihe von Treffen der Grünen und >Autono-*

men< in Bremen, Hamburg und Kiel gegeben (...) Grüne, >Gewaltfreie< und >Autonome< seien sich ***einig gewesen, Hindernisse zu >überwinden<,*** *sofern die Konvois schon auf halbem Wege aufgrund von Durchsuchungen durch die Polizei gestoppt oder das Gelände des Kraftwerks weiträumig abgesperrt werden sollte* **(...).** ***Lars Hennings von den Grünen lehnte es ab,*** *mit einer Erklärung* ***auf Distanz zu den militanten Demonstranten zu gehen.«***[231]

Trotz der Bestätigung seines Parteikameraden Hennings »leugnete« Otto Schily (damals noch bei den Grünen) dies zwei Wochen später in einem Interview mit dem *Stern: »Eine Zusammenarbeit von militanten Gruppierungen mit den Grünen gibt es nicht (...).«*[232]

Selbst die beiden Bundestagsabgeordneten der Grünen, Petra Kelly und Gerd Bastian, forderten eine Absage an Gewalt, wie die *Frankfurter Rundschau* im Juli 1986 meldete: *»Sie seien betroffen durch das Ausbleibem einer eindeutigen Zurückweisung der Gewalt durch die Grünen nach den Ereignissen von Brokdorf und Wackersdorf, sagten die Abgeordneten am Mittwoch in Bonn* **(...).«**[233] **Daraufhin brach in der Partei eine »Gewaltdebatte« aus.**

Dies veranlasste den **Landesvorstand der Grünen Schleswig-Holstein** zu einer **Stellungnahme,** in **der** es unter anderem heißt:

»Der Landesvorstand der Grünen-SH *ist eine der Organisationen, die die Brokdorf-Demo am 07.06.86*[234] ***zu verantworten hat.*** (…) *Viele Mitglieder unseres Landesverbands haben seit '76 an den Kämpfen gegen das AKW Brokdorf aktiv teilgenommen - an den* ***militanten*** *wie an den gewaltfreien, an den Siegen und Niederlagen (...). Ob es uns passt oder nicht:* ***Militante Aktionsformen*** *sowie die damit im Zusammenhang stehenden Analysen und Strategien* ***sind und bleiben Bestandteil*** *des sozialen* ***Protestes in der Bundesrepublik*** (,..).«[235] Und weiter: *»Dienstbeflissene Stellungnahmen und moralisierende Aufrufe sind das Letzte, was uns weiterhilft, wenn die gesellschaftlichen Kämpfe sich verschärfen und unsere Aufgaben in der Bewegung und im Parlament damit komplizierter werden.«*[236]

Im Oktober 1986 kam es dann zu einer erneuten Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf mit schweren Krawallen, Steinwürfen,

Zerstörungen von Bankfilialen und Plünderungen von Schaufenstern.[237] Christina Kukielka[238], **Spitzenkandidatin der GAL** bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im Jahr 1986, sagte in der *Hamburger Rundschau:*

*»Ich habe **kein Problem damit,** wenn ein paar **Fensterscheiben kaputtgehen.** Und wenn die GAL sagt, das ist okay, wenn da einige **Bankscheiben splittern**, dann geht das ja nicht um den Glasschaden, sondern um die Idee, die dahintersteht (...).«*[1]9 Und zum Absägen von Strommasten erklärt sie: *»Dass solche **Masten als Symbole kippen, finde ich persönlich durchaus richtig.«***[240]

»Ich habe kein Problem damit,
wenn ein paar Fensterscheiben kaputtgehen.«[241]
(Christina Kukielka, GAL)

Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb zum selben Thema:

*»Der Hamburger Senat warf der **GAL** **[Grün-Alternativen Liste]** vor, es **hingenommen** zu haben, dass **gewalttätige Demonstranten** den Zug anführten und in der Menge friedlicher Demonstranten untertauchen konnten, als die Polizei ihnen nachsetzte. **Die Krawalle wurden in der Öffentlichkeit voll auf das Konto der GAL gebucht,** der **wieder einmal** vorgeworfen wurde, ein **indifferentes Verhältnis zur Gewalt** zu haben. (...) Der Landesverband der GAL ist unterdessen bemüht, sich von der Befürwortung solcher Gewalt zu distanzieren (.. .).«*[242]

Am 8. November 1986 kam es zu einer erneuten Demonstration, dieses Mal gegen die Hanauer Nuklearbetriebe. Gegen den damals 73-jährigen Friedensforscher **Robert Jungk[243],** der 1992 als **Kandidat der Grünen Alternative** bei der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten antrat, wurde ein **strafrechtliches Ermittlungsverfahren** wegen **Verdachts** des ***»erschwerten aufwieglerischen Landfriedensbruchs und der Volksverhetzung«***[244] eingeleitet. Anlass war sein Aufruf an die 12000 Teilnehmer der Demonstration mit den Worten: ***»Macht kaputt, was euch kaputt macht!«***[245]

»Macht kaputt, was euch kaputt macht!«[246]
(Robert Jungk)

»Ob gewaltlos oder militant, die Hauptsache sei, es werde Widerstand geleistet«[247], zitiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung.* Und weiter: *» Während und vor allem nach der Veranstaltung war es zu* ***schweren Ausschreitungen*** *gekommen, bei denen* ***gewalttätige Kernkraftgegner Polizeibeamte angriffen und erhebliche Sachschäden anrichteten.*** *(...) Nach den Erkenntnissen der Polizei (...) waren in Hanau so viele gewaltbereite Demonstranten wie nie zuvor bei einer derartigen Veranstaltung in der Bundesrepublik versammelt (,..).«*[248]

»Die Grünen distanzieren sich nicht von Gewalt«[249], das jedenfalls behauptete die CDU, und im Dezember 1986 durfte sie dies aufgrund des Urteils der 9. Zivilkammer des Landgerichts Bonn auch behaupten.

»Die Grünen distanzieren sich nicht von Gewalt.«[250]
(CDU)

Und weiterhin durfte die CDU, nach Auffassung des Gerichts, über die Grünen sagen:

»Delegierte der Grünen haben während ihres Parteitages im Mai 1986 in Hannover, als sie von den Vorgängen in Wackersdorf gehört hatten, ihre große Freude nicht verhehlen können.«[151]

»Bei den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in Brokdorf sind es Teile der Grünen gewesen, die die zu erwartenden Ausschreitungen bewusst in Kauf genommen hätten.«[252]

*»Die Grünen haben sich nach dem Brokdorf-Krawall, den Terrorszenen in Wackersdorf, Hamburg und Berlin nur vereinzelt von den Gewalttätern distanziert*V[53]

Hintergrund

Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf:

Die zentrale »Wiederaufbereitungsanlage« (WAA) für abgebrannte Brennstäbe aus Kernreaktoren wurde nie fertiggestellt. Ähnlich wie in Brokdorf kam es auch hier immer wieder zu gewalttätigen Demonstrationen.

Besonders schlimm waren sie an Pfingsten 1986. Die eskalierte Gewalt ging als **»Pfingstschlacht«** in die bundesrepublikanische Geschichtsschreibung ein. **Autonome bewarfen Polizisten mit Steinen und Stahlkugeln und steckten zwei Polizeifahrzeuge in Brand.** Daraufhin warfen Polizeihubschrauber CS-Gas-Kartuschen in die Demonstranten. 44 Wasserwerfer spritzten zudem mit Reizstoff vermengtes Wasser in die Menge. **Insgesamt wurden über 600 Menschen verletzt.**[154]

Am 7. Juni 1986 kam es bei **einer** Demonstration erneut zu schweren Auseinandersetzungen. Dieses Mal standen sich 30 000 Demonstranten und 3000 Polizeibeamte gegenüber. **Etwa 400 Personen wurden dabei verletzt.**

Im Jahr 1989 entschieden sich die Betreiber der Wiederaufbereitungsanlage für eine Zusammenarbeit mit Frankreich und der Bau wurde eingestellt. Eine gemeinsame Wiederaufbereitungsanlage im französischen La Hague entstand.[255]

Ich erinnere noch einmal an das Urteil des Bonner Landgerichts, nach dem die CDU weiterhin behaupten konnte:

*»Bei den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in Brokdorf sind es **Teile der Grünen** gewesen, die die zu erwartenden **schweren Ausschreitungen bewusst in Kauf** genommen hätten. Die Grünen haben sich nach dem Brokdorf-Krawall, den Terrorszenen in Wackersdorf, Hamburg und Berlin nur vereinzelt von den Gewalttätern distanziert (...). «*[25fi]

Seien Sie wachsam!

Sie sehen also, dass **die** Grünen ein sehr ambivalentes, **für eine Friedens- und Pazifistenpartei sogar erschreckendes Verhältnis zur Gewalt** hatten.

1.6 GRÜNE UND TERRORISMUS

Haben Sie sich vielleicht noch über das Verhältnis der Grünen zur Gewalt gewundert, so werden Sie sich nachfolgend verdutzt und geschockt die Augen reiben und vielleicht nicht fassen können, wie manche Grüne mit dem Terrorismus umgegangen sind.

In der Einleitung der CDU/CSU-Broschüre *Die Kader der GRÜNEN* aus dem Jahr 1986 heißt es unmissverständlich: *»Den Bürgern könnte bewusst werden, dass sich* ***hinter der grünen Fassade*** *auch* ***ehemalige Straftäter aus dem Umfeld des Terrorismus und Kommunisten verbergen,*** *die anderes im Sinn haben als den Umweltschutz.«*[2]"

Die 1987 erschienene Dokumentation *Grüne und Gewalt,* herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung, sieht das ähnlich: *»Es steht bereits heute fest, dass eine* ***Reihe von Funktionsträgern*** *in der* ***Partei DIE GRÜNEN Kontakte zur terroristischen Szene unterhalten*** *haben und wegen dieser Verbindungen oder wegen* ***aktiver Unterstützungterroristischer Vereinigungen strafrechtlich belangt*** *wurden.«*[2s8]

Achtung!

Eine Reihe von Funktionsträgern in der Partei Die Grünen haben Kontakte zur terroristischen Szene unterhalten.

Belegt wird diese drastische Aussage in der angesprochenen Dokumentation unter anderem mit folgenden Personen:

1.6.1 Brigitte Heinrich[159]

Im Jahr 1980 wurde Heinrich zu einer **Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten** verurteilt. Grund dafür war der **Transport von 16 Handgranaten bzw. Tretminen** über die deutsch-schweizerische Grenze. Diese wurden 1974 in Frankfurt und Hamburg in zwei konspirativen Wohnungen einer Nachfolgeorganisation der »Baader-Meinhof«-Bande[260] sichergestellt.[261]

Nach Verbüßung der Reststrafe wurde der Terroristenhelferin von den **hessischen Grünen ein Listenplatz für die Wahl zum Europaparlament** angeboten.[262]

Doch die Grünen-Politikerin hatte auch noch eine andere Seite. Unter dem Decknamen »Beate Schäfer« spitzelte sie jahrelang für die »Hauptabteilung XII« (Terrorismusabwehr) der Stasi.[263] Nach Rücksprache mit ihrem MfS-Führungsoffizier[264] **nahm sie das** Angebot **der** Grünen **an** und wurde auch tatsächlich in das Europaparlament gewählt. Sie lieferte der Stasi nützliche Informationen zu internen Problemen der Grünen.[265] Brigitte Heinrich starb 1987 überraschend an einem Herzinfarkt.

1.6.2 Gerald (»Gerd«) Klöpper

Klöpper war als **Mitglied der terroristischen »Bewegung 2. Juni«** an der **Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz**[266] im Jahr 1975 **beteiligt.** Durch diese Tat wollten die Terroristen sechs inhaftierte **Gesinnungsgenossen** freipressen. Die Entführer erreichten ihr Ziel und ließen Lorenz daraufhin laufen.

Klöpper wurde jedoch später gefasst und wegen **Geiselnahme in Tateinheit mit erpresserischem Menschenraub und Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans, wegen schweren Raubes, unbefugten Waffenbesitzes und als Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu elf Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt.** Im Oktober 1982, nach der Verbüßung von siebeneinhalb Jahren, wurde er aus dem Gefängnis entlassen und die Reststrafe auf Bewährung ausgesetzt.[267]

☠ Der ehemalige Terrorist Klöpper wurde 1981 - **also *während* er noch »einsaß« - als »Zählkandidat« der Alternativen Liste für die Wahl in Berlin aufgestellt.**[268] Tatsächlich wurde der »Häftling« dann auch in die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Tiergarten gewählt[269]

»Darfein mutmaßlicher[270] *Terrorist ins Parlament?«,* fragte sich *Die Zeit* am 22. Mai 1981 dann auch folgerichtig und schrieb:

»Da stutzt und zögert auch derjenige, der für ein kühles Maßnahmestrafrecht, der für Resozialisierung und Humanität im Strafvollzug eintritt. ***Parlamente sind die wichtigsten Gremien der Demokratie.*** *Sie werden - nach der Idee - von den Wählern mit den besten Leuten beschickt. Die* ***Abgeordneten vertreten*** *- wieder: vom Entwurf her -* ***das ganze Volk.*** *Gegen Majestäten jeder Art wurden Parlamentarier sogar mit der Immunität abgesichert; Kriminalität sollte ihnen nicht angehängt werden. Der Parlamentarier lebt vom Selbstanspruch der Integrität.* ***Wer Gesetze macht, muss sie erst einmal befolgen (und befolgt haben). Sonst ist er nicht glaubwürdig.«***[271]

☠ Im Jahr 1985 wurde **Klöpper dann abermals als Kandidat der Alternativen Liste,** dieses Mal zur Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin, **aufgestellt.**[272]

Ein verurteilter Terrorist wurde von der
»Alternativen Liste« als Kandidat zur Wahl zum
Abgeordnetenhaus in Berlin aufgestellt.

☠ Ein Jahr später wurde dies sogar im Deutschen Bundestag behandelt. Der Grünen-Abgeordnete **Hans-Christian Ströbele** versuchte Klöpper **»reinzuwaschen«,** legte sich dabei aber selbst ein Ei ins Nest. Im Original-Bundestagsprotokoll liest sich das so:

Deutscher Bundestag, Bonn, Freitag, 21. März 1986:

Ströbele (GRÜNE): *Herr Präsident! Ich möchte Gelegenheit nehmen, eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abzugeben.*

In der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar 1986 hat der Abgeordnete Olderog ausweislich des Protokolls u. a. Folgendes erklärt - ich zitiere -: Ist es nicht ein wirklicher Skandal, dass Gerald Klöpper, beteiligt an der Ermordung des Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann,..., Kandidat der »Alternativen Liste« zum Abgeordnetenhaus in Berlin wurde?

Als Abgeordneter der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Berlin im Deutschen Bundestag erkläre ich dazu Folgendes. Die Behauptung des Abgeordneten Olderog, die ich soeben zitiert habe, ist falsch. Herr Klöpper ist wegen verschiedener Delikte verurteilt worden, aber er ist von dem Vorwurf einer Beteiligung an dem Versuch der Entführung und Erschießung des Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann freigesprochen worden. Das freisprechende Urteil des Ersten Strafsenats des Kammergerichts Berlin ist seit mehr als fünf Jahren rechtskräftig.

(Boroffka [CDU/CSU]: Wegen welcher Delikte wurde er verurteilt?)

Der Abgeordnete Olderog hat somit vor dem Plenum des Deutschen Bundestages einen Menschen zu Unrecht der Beteiligung an einer Ermordung beschuldigt.

(Boroffka [CDU/CSU]: Wegen welcher Delikte wurde er verurteilt?)

Immunität und Indemnität schützen den Abgeordneten davor, von dem Betroffenen rechtlich in Anspruch genommen und zur Verantwortung gezogen zu werden. Ich fordere den Abgeordneten Olderog auf, den Vorwurf hier vor dem Plenum des Deutschen Bundestages zurückzunehmen und sich öffentlich zu entschuldigen.

(Beifall des Abg. Werner [Westerland][GRÜNE])

Vizepräsident Stücklen: *Das Wort nach § 32 unserer Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Olderog.*

Dr. Olderog (CDU/CSU): *Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Erklärung des Abgeordneten Ströbele möchte ich gerne antworten. In meiner damaligen Rede habe ich darauf hingewiesen. dass Strafgerichte führende Funktionsträger der GRÜNEN bzw. ihr nahestehender Organisationen wegen Beteiligung an terroristischen oder verfassungsfeindlichen Aktivitäten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt haben.*

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Das ist ja wohl auch so!)

Ich habe diese Information einer Sendung des ZDF entnommen. Meine Feststellungen zu Heinrich, Klöckner, Härlin und Ströbele sind zutreffend.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Insbesondere entspricht es den Tatsachen, dass der Kollege Ströbele 1982 zu zehn Monaten Gefängnis

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

wegen Unterstützung der RAF rechtskräftig verurteilt wurde.

(Sauer [Salzgitter] [CDU/CSU]: Der schämt sich nicht mal!)

Meine Behauptung zu Gerald Klöpper bedarf in einem Punkt der Korrektur. Zutreffend habe ich darauf hingewiesen, dass das Kammergericht Berlin Klöpper zu elf Jahren und zwei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt hat.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

Dies erfolgte wegen Geiselnahme in Tateinheit mit erpresserischem Menschenraub, Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans, unbefugten Waffenbesitzes und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung,

(Sauer [Salzgitter] [CDU/CSU]: In so einem Dunstkreis ist der!)

nicht aber wegen Beteiligung an einem Mord. Der Nachweis für den auch insoweit von der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwurf hat sich in der Hauptverhandlung nicht erbringen lassen. Ich bedaure meinen Irrtum und entschuldige mich insoweit für meine Äußerung. Dies ändert nichts an meiner damaligen Beurteilung des Tatbestandes, dass im Europäischen Parlament und im deut-

sehen Parlament Abgeordnete sitzen, die nicht nur eine extremistische Vergangenheit haben, sondern von denen eine Reihe wegen Unterstützung von Verfassungsfeinden und Terroristen rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Sauer [Salzgitter] [CDU/CSU]: Aus so einem Dunstkreis kommen solche Leute!)[173]

Direkt und indirekt war der Name »Klöpper« schon einmal im Deutschen Bundestag zur Sprache gekommen. **Und zwar im Zusammenhang des Verhältnisses der Grünen zum Terrorismus.** Der damalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Saurin **(CDU)** kam in seiner Rede anlässlich des von den Grünen eingebrachten Entwurfs eines Strafrechtsänderungsgesetzes[274] darauf zurück:

Deutscher Bundestag, Bonn, Donnerstag, 7. Februar 1985:

Saurin (CDU): *Dass ich in diesem Zusammenhang die GRÜNEN bewusst nicht aufgeführt habe, liegt daran, dass ihr Gesetzentwurf nach meiner Überzeugung zeigt, dass sie an einer ernsthaften Bekämpfung des Terrorismus überhaupt nicht interessiert sind und zum zweiten den Terrorismus mittlerweile sogar in einer gefährlichen Form verharmlosen. Es ist zu hoffen, dass die Öffentlichkeit endlich von der Haltung der GRÜNEN zum Terrorismus Kenntnis nimmt.*

Wenn die GRÜNEN die Strafbarkeit der Bildung einer kriminellen terroristischen Vereinigung ganz aufheben wollen und die Abschaffungsämtlicher Gesetze und Maßnahmen fordern, die in den letzten Jahren zur wirksamen Terrorismusbekämpfung verabschiedet worden sind, dann versuchen sie, die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland elementar auszuhöhlen, und nehmen dabei die Gefährdung von Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger bewusst in Kauf

Damit der Unsinn auch Methode bekommt, wird darüber hinaus gefordert, dass auch die Bildung krimineller Banden, die Raubüberfälle begehen, organisierten Rauschgifthandel betreiben und sonstige Formen organisierten Verbrechens planen. nicht mehr strafbar sein soll. Wer angesichts der Zunahme des organisierten Verbrechens und des Wiederauflebens des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland derartige Vorschläge unterbreitet, verlässt bewusst das System unserer Rechtsordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Sprachgebrauch und die Handlungen der GRÜNEN zeigen, wie sehr sie der Gefahr unterliegen, sich mit dem Umfeld der Terroristen zu solidarisieren. Ihre Wortwahl im Zusammenhang mit der Terroristenbekämpfung stellt eine unverantwortliche Verharmlosung der terroristischen Gefahren und der terroristischen Ziele dar.

In der Begründung ihres Gesetzentwurfs sprechen die GRÜNEN im Zusammenhang mit der Antiterrorismusgesetzgebung von einer Verrechtlichung der Entrechtung. Sie sprechen davon, dass die Haftbedingungen der Terroristen mit Folter verglichen werden könnten.

(Kleinert [Hannover] [FDP]: Ungeheuerlich!)

Obwohl die internen Strategiepapiere der Terroristen und die Informationen, die den Sicherheitsorganen vorliegen und auch den GRÜNEN bekannt sind, eindeutig widerlegen, dass der Hungerstreik der Terroristen gegen die Haftbedingungen zielte, verbreiten die GRÜNEN diese Propaganda der Terroristen bewusst weiter (...).

Die GRÜNEN, die gegenüber anderen Parteien so häufig von Bürgernähe sprechen, sollten einmal die Bürger in unserem Land fragen, was sie von ihren Vorschlägen halten. Das Ergebnis des Gesetzentwurfs der GRÜNEN wäre, dass die Rote-Armee-Fraktion ihren Terror ungehinderter und besser organisieren könnte. Ich möchte einen zweiten Gesichtspunkt ansprechen (...). Auch einige andere Punkte werfen ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der

GRÜNEN. Über Platz 2 der Liste der GRÜNEN kam Brigitte Heinrich, die zu 21 Monaten Haft verurteilt wurde, weil sie Explosivwaffen für eine Nachfolgeorganisation der RAF illegal eingeführt hatte, in das Europäische Parlament.

Die Berliner Alternative Liste nominierte den 31-jährigen Gerald Klopper als Kandidaten zur Wahl zum Abgeordnetenhaus. Klöpper wurde wegen Geiselnahme und Menschenraubs zu elf fahren und zwei Monaten Haft verurteilt,

(Kleinert [Hannover] [FDP]: Schöne Partei!)

weil er zu den Terroristen gehörte, die den damaligen CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz entführt haben.

Wissen Sie, so etwas kann man nicht mit einem symbolischen Akt abtun. Das ist nach meiner Überzeugung eine Missachtung des Willens der großen Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land, die mit Terrorismus nichts zu tun haben will.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In Frankfurt tolerieren die GRÜNEN die Benutzung ihres Büros durch RAF-Sympathisanten. und die Alternative Liste in Berlin diente in den letzten Tagen als Info-Stelle zur Verteilung von Parolen für die hungerstreikenden Terroristen. Zwischenzeitlich liegt sogar ein weiterer Gesetzentwurf von Ihnen vor, der zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen auffordert, d. h„ insbesondere das Ziel der Hafterleichterung für Terroristen erreichen will.

Es ist endlich an der Zeit, dass die GRÜNEN eindeutig und unmissverständlich klarmachen, dass sie sich von der Sympathisanten-Szene des Terrorismus distanzieren,

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Das können die doch gar nicht!)

und aufhören, den Terrorismus zu verharmlosen.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, denken Sie nicht immer nur an Erleichterungen für Terroristen, sondern überlegen Sie vielleicht auch einmal, dass auch die Bürger einen Anspruch daraufhaben, vor Bomben und Mordattentaten geschützt zu werden.«[275]

1.6.3 Hans-Christian Ströbele

Was viele nicht wissen: Auch der heute noch so medial vertretene und immer wieder mit dem Moralfinger zeigende Grünen-Abgeordnete ist **vorbestraft.**

Im Kapitel 4 »Abstruse Grünen-Chefs« werde ich ausführlich auf Ströbele zurückkommen (inkl. Biografie usw.). Hier an dieser Stelle soll nur der Zusammenhang zwischen manchen der Grünen und der terroristischen Szene in früheren Jahren verdeutlicht werden.

Bild formuliert das so: *»Ströbele, heute der einzige und letzte echte Alt-Achtundsechziger im Bundestag, balancierte in jenen wilden Jahren als junger Anwalt auf gefährlichem Grat. Ab 1972 war er* ***Wahlverteidiger von Top-Terrorist Andreas Baader.***[176] *Im Mai 1975 wurde er wegen Missbrauchs der Verteidigertätigkeit vom Prozess ausgeschlossen, im Juni für* ***kurze Zeit verhaftet und später wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung< zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.*** *Sozialdemokrat war Ströbele in jungen Jahren auch (...). Doch er flog aus der SPD, weil er den RAF-Terroristen Baader >Genosse< nannte.«*[177]

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele gibt das auf seiner Homepage offen zu: *»1970 Übernahme der Verteidigung der ersten politischen Gefangenen aus der RAF«*[27]*"*, und weiter: *»1980 Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung wegen meines Einsatzes als Verteidiger für die Gefangenen aus der RAF in den Jahren 1970 bis 1975V*[79]

Zunächst mal »Hut ab!« für das öffentlich publizierte Bekenntnis von Herrn Ströbele, vorbestraft zu sein. Was mir allerdings etwas sauer aufstößt, ist die Verharmlosung *»wegen meines Einsatzes als Verteidiger für die Gefangenen der RAF«.* Das klingt fast so, als würde *jeder* Terroristen-Verteidiger zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden. Damit macht es sich Ströbele etwas einfach.

☠ Er wurde am 24. März 1982 vom Bundesgerichtshof (BGH-Urt. 24. März 982 3 STR 28/82 (S) LG Berlin) nämlich wegen ***»Unterstützung einer kriminellen Vereinigung«*** verurteilt.[280]

Ströbele: Verurteilung wegen
»Unterstützung einer kriminellen Vereinigung«

Zuvor saß er fünf Wochen in Untersuchungshaft.[281] Ströbele beteiligte sich laut Gericht am **Aufbau und an der Aufrechterhaltung des »Info-Systems« unter den Terroristenhäftlingen.** Demnach hatte er mindestens 19 als Anwaltspost getarnte Rundbriefe verfasst, die an die inhaftierten Terroristen gingen.[282]

Die *Frankfurter Rundschau* schrieb dazu: *»Als besonders schwerwiegend nannte Generalbundesanwalt Buback die auch von Ströbele maßgeblich unterstützte Einrichtung einer >Informationszentrale< in Hamburg, die im großen Stil Schulungsmaterial sammelte und an die RAF-Angeklagten verschickte, um ihnen das notwendige Wissen für den bewaffneten Kampf als Stadtguerilla zu vermitteln.«*[2*3]

In der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofs (BGH) heißt es: *»Der Angeklagte hat die in Haft bestehende kriminelle Vereinigung als Nichtmitglied dadurch* ***unterstützt,*** *dass er zum* ***Aufbau und zum Betrieb des von den Gefangenen unterhaltenen Informationssystems beigetragen*** *hat. Dieses sollte ein Sammel- und Verteilersystem zur Information, Kommunikation, Diskussion, gegenseitigen Kritik und Selbstkritik unter den Gefangenen und ein Instrument zur Schulung der Gefangenen durch die Gefangenen sein.* ***Es diente der Fortsetzung der kriminellen Bestrebungen*** *der Vereinigung durch ein gemeinsames Lernprogramm, an dem die Gefangenen arbeitsteilig zusammenwirkten, um sich* ***gegenseitig intensiv auf die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes vorzubereiten.*** *Die Prozessvorbereitung war höchstens ein Nebenzweck. Das hat der Angeklagte erkannt und gebilligt.«*[2**]

Der *Rheinische Merkur* fasste das so zusammen: *»An einer konkreten Aufforderung zum Mord, so das Gericht, habe es zwar gefehlt, der* ***Fortsetzung des bewaffneten Kampfes der Terroristen habe sein Info-System aber gedient.«***[2^]

Die *Berliner Zeitung* (B. Z.): *»Um auch im Gefängnis den Kontakt untereinander und mit der Außenwelt nicht zu verlieren, entwi-*

ekelte Gudrun Ensslin ein >Info-System< für RAF-Terroristen, das die damals noch nicht kontrollierte Verteidigerpost zum Nachrichtenaustausch nutzte. Anwälte wie Ströbele, Kurt Groenewold und Klaus Croissant stellten sich als >Verteiler< zur Verfügung. Andere wie Otto Schily verweigerten sich. Mit dem Info-System wurden beispielsweise Hungerstreiks organisiert, Abweichler unter Druck gesetzt oder gemeinsame Erklärungen vorbereitet. >Die roten Anwälte sind dazu unentbehrlich<, würdigte Ensslin deren Botendienste.«[186]

☠ Und weiter: ***»>Ohne die Hilfe einiger weniger Rechtsanwälte, darunter des Angeklagten, wäre die Konsolidierung und das Fortbestehen der RAF in der Haft nicht möglich gewesem, heißt es in dem Urteil des Berliner Landgerichts,*** *das eine zehnmonatige Bewährungsstrafe nach sich zog. Experten sind sich einig, dass sich die* ***RAF niemals dermaßen straff hätte organisieren können, wenn sich nicht einige ihrer Anwälte für die Verteilung von Nachrichten und Befehlen unter Inhaftierten hergegeben hätten.*** *>Das Info-System hat zum Zusammenhalt der Gruppe außerordentlich stark beigetragen, so RAF-Experte Stefan Aust zur* ***B.*** *Z.«*[lB?]

Die *Berliner Zeitung* druckte aber auch Ströbeles Sicht der Dinge ab, die ich an dieser Stelle nicht unterschlagen möchte:

»Ströbele dagegen hält an seiner damaligen Sichtweise fest. Für ihn war das Info-System ein >Hilfsmittel<, um die gemeinsame Verteidigung zu koordinieren. Ferner habe es >der Beschäftigung und Diskussion der Gefangenen gedient, schreibt er in seiner Stellungnahme zur damaligen Tätigkeit als Strafverteidiger der RAF< auf seiner Homepage. Sie schließt mit den Worten, dass er >sein Engagement damals für richtig und notwendiggehalten< habe und >es heute nicht viel anders< sehe.«[288]

Diese, Ströbeles, Stellungnahme zu den Vorwürfen ist auf seiner Homepage publiziert. Ich möchte diese - ungekürzt - aus journalistischer Sorgfaltspflicht ebenfalls nicht unterschlagen. Der Leser mag sich selbst ein Urteil bilden:

»Stellungnahme zur damaligen Tätigkeit als Strafverteidiger der RAF

Christian Ströbele stellt mit dieser Erklärung einige Sachverhalte zu seiner damaligen Tätigkeit als Strafverteidiger von Gefangenen aus der RAF klar. Denn immer wieder werden in der Presse und Öffentlichkeit falsche Informationen darüber verbreitet.

>Vorgeworfen wurde mir nicht, wie immer wieder behauptet wird, dass ich sog. Kassiber oder andere Gegenstände aus Gefängniszellen zur RAF im Untergrund oder von dort in die Gefängnisse geschmuggelt haben soll. Alle Vorwürfe betrafen vielmehr meine Tätigkeit als Verteidiger der Gefangenen aus der RAF in den Jahren 1973 bis Anfang 1975. Die Justiz war der Meinung, die Gefangenen hätten in den Gefängnissen eine kriminelle Vereinigung gebildet. Diese soll ich angeblich als Anwalt unterstützt haben durch öffentliche Erklärungen auf Pressekonferenzen zur Unterstützung der Forderungen von Hungerstreiks, durch Teilnahme an einem Informationssystem zwischen den Angeklagten und ihren Verteidigern oder auch durch die bloße Einzahlung von 50 D-Mark auf das Haftkonto eines Gefangenen.

Im Jahr 1975 war die Staatsanwaltschaft in Berlin bei den Ehrengerichten der Rechtsanwaltskammer mit Anträgen, die auf die gleichen Vorwürfe gestützt waren, gescheitert, mir die Ausübung des Berufes als Rechtsanwalt verbieten zu lassen. In zwei Instanzen wurden die Anträge durch die Ehrengerichte abgelehnt, weil diese keine schweren Verstöße gegen meine Pflichten als Rechtsanwalt feststellen konnten. So habe ich den Beruf als Rechtsanwalt und Strafverteidiger von 1969 bis heute ununterbrochen ausgeübt.

1976 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen mich. Fünf Jahre vergingen, bis im Juni 1980 die Hauptverhandlung begann. 1983 wurde das Urteil gegen mich rechtskräftig. Die Strafe wurde vor zwei Jahrzehnten erlassen und ist längst im Strafregister getilgt. Ich wurde angeklagt unter anderem wegen der Unterstützung von Hungerstreikforderungen durch Äußerungen auf Pressekonferenzen und der Beteiligung am Infosystem.

Die Forderungen nach Verbesserung der Haftbedingungen und Aufhebungder Isolation von Gefangenen hielt ich damals und halte ich noch heute für berechtigt. Ich hatte die Forderungen in unzähligen Anträgen an die Gerichte gestellt und begründet. Ich hatte darüber mit der Bundesanwaltschaft und Richtern verhandelt. Ich hatte es als meine Aufgabe als Verteidiger angesehen, diese Forderungen auch öffentlich zu machen. Eine Verurteilung wegen dieser Tätigkeit erfolgte am Ende auch nicht.

Verurteilt wurde ich ausschließlich wegen der Beteiligung an diesem >Infosystem<. Das Infosystem war von uns Verteidigern im Anwaltsbüro eines Mitverteidigers in Hamburg eingerichtet worden. Es war gedacht als Hilfsmittel, um die gemeinsame Verteidigung, die damals noch gesetzlich zulässig war, gegen eine gemeinsame Anklage der Gefangenen aus der RAF und ihren zahlreichen Verteidigern zu koordinieren und zu organisieren. Daneben diente es auch der Beschäftigung und Diskussion der Untersuchungsgefangenen, die unter der abgeschotteten und isolierten Unterbringung in den Gefängnissen litten und zum Teil dadurch auch krank geworden waren. Verschicktes Infomaterial war vorher zuweilen durch Gerichte kontrolliert und unbeanstandet weitergeleitet worden. So waren wir Verteidiger auch nicht auf die Idee gekommen, dass solche Verschickungen unzulässig sein könnten. Die damals neue rechtliche Konstruktion der Staatsanwaltschaft, dass die Gefangenen, die bundesweit vereinzelt und zum Teil isoliert in den Gefängnissen untergebracht waren, dort eine neue kriminelle Vereinigung gebildet haben sollen, hielten wir für abenteuerlich. Die Staatsanwaltschaft führte bezeichnenderweise mit diesem Vorwurf nur Strafverfahren gegen einzelne in der Öffentlichkeit besonders aktive Verteidiger, nicht aber gegen die Gefangenen, also die >Haupttäter< der angeblichen Vereinigung.

Im Nachhinein ist vieles an unserem außergewöhnlich starken Engagement als Verteidiger für die Gefangenen aus der RAF vielleicht schwer nachzuvollziehen. Die besondere Situation, in der sich die Gefangenen befanden, sowie deren Sonderbehandlung in den Gefängnissen waren ein Grund und eine Erklärung dafür.

Hinzu kam, dass wir nicht nur die Gefangenen gegen ungerechtfertigte öffentliche Verdächtigungen und Diffamierungen verteidigen mussten, sondern dass auch wir als ihre Verteidiger damals vielfach öffentlichen Angriffen und Beschimpfungen durch Politiker und Medien sowie staatlicher Beobachtung und Verfolgung ausgesetzt waren. So hatte der Verfassungsschutz eine seiner Mitarbeiterinnen in unserem Anwaltsbüro jahrelang als Sekretärin eingesetzt. Die öffentlichen Diffamierungen führten dazu, dass mir mit der Post eine scharfe Patrone zugesandt wurde mit einem Merkzettel, auf dem stand: >Dein Todesurteil.

Mein besonderes Engagement als Verteidiger der Leute aus der RAF erkläre ich aus den damaligen außergewöhnlichen Umständen. Ich habe es damals für richtig und notwendig gehalten und sehe es heute nicht viel anders.«[2*9]

Helmut Markwort, der Herausgeber des *Focus-Magazins* schrieb in der Ausgabe 12/2007: *»Wovon versteht der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele wirklich mehr als die meisten anderen Abgeordneten des Deutschen Bundestags? Von Terroristen (...)• Bei dieser Gelegenheit darf daran erinnert werden, dass der* ***Volksvertreter Ströbele schon früher viel Verständnis für terroristische Verbrecher offenbart hat.*** *Erst mit Worten, dann mit Taten.*

1974 hatte der Rechtsanwalt Ströbele seine RAF-Mandanten voller Sympathie und offenbar in Gesinnungsverwandtschaft als >Genossen< angesprochen. Die SPD, in der er damals aktiv war, schloss ihn deswegen aus der Partei aus.«[290] Und weiter: *»Ströbele wechselte in die grün-alternative Bewegung und* ***blieb der Baader-Meinhof-Bande weiter verbunden. Andreas Baader wählte ihn zu seinem Verteidiger, und auch Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin zählten ihn zu ihren Vertrauten*** (…). *Man soll ja nicht nachtragend sein, aber ich muss oft an die Vergangenheit des Abgeordneten Ströbele denken, wenn ich ihn im Fernsehen über Recht und Gerechtigkeit reden höre.«*[291]

Im Februar 2001 meldeten die Medien dann die nächste »Bombe«: Unter Berufung auf **Dokumente der DDR-Staatssicherheit** und Briefe Ströbeles soll dieser …

Achtung!

Ja, liebe Leser, mehr darf ich dazu nicht schreiben. Das Büro von Herrn Ströbele hat mich auf meine entsprechende Anfrage ausdrücklich darauf hingewiesen, dass **Veröffentlichungen aus der Stasi-Akte von Herrn Ströbele obergerichtlich verboten** wurden. Ich darf also in diesem Buch nicht darauf eingehen, obwohl diese Informationen 2001 in verschiedenen Medien publiziert wurden und heute im Internet noch frei abzurufen sind.

Die Korrespondenz mit dem Büro Ströbele will ich Ihnen jedoch nicht vorenthalten (den Sachverhalt und meine Fragen musste ich aber unkenntlich machen):

Fragen an die Grünen

Mail an Hans-Christian Ströbele

Sehr geehrter Herr Ströbele, ich bin Autor und Publizist und habe bisher 26 Bücher veröffentlicht. Sieben davon waren auf den Bestsellerlisten von Spiegel, Focus, Stern, Manager Magazin *und* Handelsblatt. *In meinem neuen Buch beschäftige ich mich kritisch mit der Partei »Die Grünen«.*

Meine Recherchen ergaben einige Fragen, bei denen ich gerne Ihren Standpunkt erfahren würde. Ich nehme meine journalistische Sorgfaltspflicht sehr ernst und gebe Ihnen hiermit die Gelegenheit, zu den Punkten Stellung zu nehmen und diese den Lesern aus Ihrer Sicht zu schildern. Gerne räume ich für Ihre Meinung Platz in dem Buch ein.

Es wäre nett, wenn Sie mir die Fragen bis zum ***2. März 2015*** *beantworten könnten, da der Termin der Manuskriptabgabe sich nähert. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich eine Nichtbeantwortung ebenso publizieren werde.**

Sachverhalt:

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Meine Fragen:

1. xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
2 • xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx
«3 • xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Danke im Voraus und beste Grüße
Dr. Michael Grandt[292]

* Der Eingangstext ist bei jeder Anfrage gleich, weswegen ich ihn bei den nächsten Fragen an grüne Funktionsträger nicht noch einmal aufführe, sondern gleich mit dem Sachverhalt beginne.

<u>Antwort von Hans-Christian Ströbele:</u>

Sehr geehrter Herr Dr. Grandt,

auf Ihre Mail hin vom 10.02.2015 in o. a. Angelegenheit weise ich Sie namens Herrn Ströbele nachdrücklich darauf hin, dass dieser die Veröffentlichung u. a. der von Ihnen angefragten Passage aus

Stasi-Unterlagen bereits vor 14 Jahren - obergerichtlich bestätigt - verbieten ließ: schon anlässlich der Erstveröffentlichung in der WamS vom 18.02.2001.

Das Landgericht Berlin verbot dies durch Urteil vom 27. März 2001 -27 0 32/01 - (ZUM 2001, 606) dem verantwortlichen Axel Springer Verlag und bestätigte damit eine vorangegangene Einstweilige Verfügung vom 22.02.2001.

https://beck-online. beck. de/default. aspx?vpath=bibdata%2fzeits %2fZUM%2f2001 %2fcont%2fZUM.2001.606. l.htm

((Tenor c); Begründung Ziffer 3)

Vgl. ebenso MüKo-BGB /Rixecker, 6. Auflage 2012, Anhang zu § 12 Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, Rdnr. 165, Fn. 592)

Die Berufung der Beklagten hiergegen hielt das Kammergericht für unbegründet, worauf diese die Berufung zurücknahm. Im Anschluss erging noch ein Anerkenntnisurteil des LG Berlin (27 0 415/01) gegen die Beklagte.

Mit freundlichen Grüßen
C. Busold
Christian Busold

Büro
MdB Hans-Christian Ströbele
Unter den Linden 50, Zi. 3.072
11011 Berlin
Tel. 030-227 7150-4/-3
Fax 030-22776804
hans-christian.stroebele@bundestag.de

Postanschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.stroebele-online.de[293]

Traurig, dass der Volksvertreter Ströbele auch 14 **(sie!)** Jahre **nach** der **Erstveröffentlichung** aus seiner Stasi-Akte auf ein Veröffentlichungsverbot beharrt. Wer den Inhalt kennt, kann das vielleicht sogar verstehen …

☹ **Hans Christian Ströbele (I):**

- Wahlverteidiger von RAF-Terrorist Andreas Baader.
- Zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verurteilt.
- Bleibt beim Veröffentlichungsverbot aus seiner Stasi-Akte.

1.6.4 Antje Vollmer

Dr. Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D. und seit 1985 Mitglied der Grünen, irritierte Mitte der 1980er-Jahre durch eine seltsame Nähe zu Terroristen, die sie auf ihrer Homepage, meines Erachtens verklausuliert, so ausdrückt:

☠ *»1985ff.* ***Beginn eines Dialoges*** *mit Terroristen der RAF bis zu deren Selbstauflösung im Jahr* **J 998«.**[294]

Immerhin gibt die spätere Spitzenpolitikerin also zu, insgesamt 13 **(!) Jahre lang** einen »Dialog« mit RAF-Terroristen geführt zu haben.

Antje Vollmer: 13 Jahre langer »Dialog« mit RAF-Terroristen?

Einen kleinen Eindruck, wie dieser »Dialog« ausgesehen haben könnte, gab sie selbst. ☠ Denn im Sommer 1986 schrieb sie, die auch **RAF-Terroristen im Gefängnis** besucht[295] hatte, im *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt* einen interessanten Artikel über verurteilte Mitglieder der RAF, die zu diesem Zeitpunkt noch in den Gefängnissen saßen. Hier einige Auszüge:

»Die Tabu-Wirkung der verbotenen, der unberührbaren Zonen funktioniert im politischen Raum der Bundesrepublik Deutschland perfekt. Wir haben dies auch lange eingeübt. Es gab Vorbilder genug: ***Jude sein war solch ein Tabu.*** *Homosexuell sein war solch ein Tabu. Psychisch krank sein war ein Tabu. In der Nachkriegszeit war Kommunist sein ein Tabu.* ***Kontakte zu Mitgliedern der Roten Armee Fraktion zu haben war ein ganz, ganz schlimmes Tabu und stigmatisierend*** *(...). Gerade die politischen Nachrichten der letzten Zeit* ***weisen eindeutig darauf hin,*** *dass als* ***ideologische Leitfigur*** *einer Gesellschaft des erneuerten Kalten Krieges* ***nach dem Antisemitismus*** *und nach dem Antikommunismus nun der* ***Antiterrorismus gebraucht wird als Mittel, neue Inbegriffe des >Bösen< schlechthin zu prägen (..„).«***[296]

Ist die ideologische Leitfigur nach
dem Antisemitismus der Antiterrorismus?

Die *Bonner Rundschau* vom 17. Juli 1986 kritisierte das scharf:
»Antje Vollmer, Spitzenkandidatin der Grünen, *setzte sich im* Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt *(DAS, 15. Juni 1986)* ***erneut für die 30 verurteilten Mitglieder der >Roten Armee Fraktion< (RAF) ein,*** *die zurzeit für* ***Mord, Geiselnahme, Brandanschläge, Bankraub und Bildung einer kriminellen Vereinigung*** *Haftstrafen verbüßen. (...) Frau Vollmer kritisiert, dass es unser durch die Terroristen herausgefordertes Gemeinwesen an der* ***Bereitschaft zur Versöhnung*** *mit diesen Häftlingen fehlen* ***lasse,*** *von denen einige zu zwei-, drei- und viermal lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt worden sind. Sie spricht sogar von einer* ***>Unbußfertigkeit< der bundesrepublikanischen Gesellschaft (...).«***[lw]

Die *Bonner Rundschau* weiter: *»Frau Vollmer empfiehlt der EKD eine Denkschrift zum Thema >Terrorismus<, denn es sei zu befürchten, dass als >ideologische Leitfigur einer Gesellschaft des erneuerten Kalten Krieges nach dem Antisemitismus und nach dem Antikommunismus nun der Antiterrorismus< gebraucht werde als Mittel, neue Inbegriffe des >Bösen schlechthin zu prägen* (...). ***Viel schlimmer jedoch ist, dass sie Juden***

und Terroristen auf ein und dieselbe Leidensstufe stellt, *und gleich dazu im selben Aufwasch die ach so reinen Kommunisten alle (...).«*[29&]

Stellte Antje Vollmer »Juden und Terroristen«
auf ein und dieselbe Leidensstufe?

Zurück zu Frau Vollmers Artikel im *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt,* in dem sie die RAF-Terroristen meiner Auffassung nach verklärte, aber urteilen Sie selbst:

☠ *»Grob überschlagen bestand die Studentenbewegung aus Hunderttausenden von Menschen. Sie brachte irgendwann eine* ***gewalttätige Gruppierung hervor, die sich Rote Armee Fraktion (RAF)*** *nannte, eine Gruppe, die manche politische Debatte dieser Zeit falsch oder auch* ***konsequent (wie man will) zu Ende dachte (..).«***[2"]

Für eine terroristische Vereinigung, die Morde, Geiselnahmen, Brandanschläge und Bankraube verübte, sind diese Worte für mich eine **gefährliche Verharmlosung.**

☠ Doch die **»Glorifizierung« der einsitzenden Terroristen** ging noch weiter: *»Es ist der normale Vorgang, den Tabus hervorrufen: Die Kehrseite des Schreckens ist die Faszination und die selbstmörderische Bereitschaft, trotzdem die Gefahrenzone zu überschreiten. Die zweite und dritte Generation der RAF hat sich von nichts anderem gespeist als von der Solidarisierung mit denen, die inzwischen wirklich* ***vorrangig nur noch Opfer unmenschlicher Haftbedingungen*** *waren, und von* ***diesem Sich-nicht-beugen-Wollen vor diesen schrecklichen Tabus***

Terroristen werden zu Opfern gemacht!

I

Das klingt für mich sehr nach **Mitleid für Terroristen, die unschuldige Menschen brutal ermordet** haben. Sie selbst werden zu Opfern (!) gemacht. ☠ Auch setzte sich. Vollmer in ihrem Artikel für deren

»Hafterleichterungen« ein: ***»Stattdessen brauchen diese (und alle) Gefangenenfreie Kommunikation untereinander und mit Besuchern von außen, nicht Verstärkung, sondern Verringerung des auf ihnen lastenden Drucks (...)• Als dringende Sofortmaßnahme muss die Abschaffung aller Hochsicherheitstrakte gefordert werden (.. .).«***[301]

Auch darüber wollte ich Genaueres wissen und habe Antje Vollmer angeschrieben.

Fragen an die Grünen

Mail an Antje Vollmer

Sachverhalt:

Sie schrieben im **Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt** *vom 15. Juni 1986:*

»Die Tabu- Wirkung der verbotenen, der unberührbaren Zonen funktioniert im politischen Raum der Bundesrepublik Deutschland perfekt. Wir haben dies auch lange eingeübt. Es gab Vorbilder genug: ***Jude sein*** *war solch ein Tabu. Homosexuell sein war solch ein Tabu. Psychisch krank sein war ein Tabu. In der Nachkriegszeit war Kommunist sein ein Tabu.* ***Kontakte zu Mitgliedern der Roten Armee Fraktion zu haben war ein ganz, ganz schlimmes Tabu und stigmatisierend*** **(...).** *Gerade die politischen Nachrichten der letzten Zeit weisen eindeutig daraufhin, dass als ideologische Leitfigur einer Gesellschaft des erneuerten Kalten Krieges* ***nach dem Antisemitismus*** *und nach dem Antikommunismus nun der* ***Antiterrorismus*** *gebraucht wird als Mittel, neue Inbegriffe des >Bösen< schlechthin zu prägen (...).«*

Die **Bonner Rundschau** *vom 17. Juli 1986 kritisierte das scharf: »Antje Vollmer, Spitzenkandidatin der Grünen, setzte sich im* **Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt** *(DAS, 15. Juni 1986) erneutfür die 30 verurteilten Mitglieder der >Roten Armee Fraktion< (RAF) ein, die zurzeit für Mord, Geiselnahme, Brandanschläge,*

Bankraub und Bildung einer kriminellen Vereinigung Haftstrafen verbüßen (...). Frau Vollmer kritisiert, dass es unser durch die Terroristen herausgefordertes Gemeinwesen an der Bereitschaft zur Versöhnung mit diesen Häftlingen fehlen lasse, von denen einige zu zwei-, drei- und viermal lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt worden sind. Sie spricht sogar von einer >Unbußfertigkeit< der bundesrepublikanischen Gesellschaft (...). Frau Vollmer empfiehlt der EKD eine Denkschrift zum Thema >Terrorismus<, denn es sei zu befürchten, dass als >ideologische Leitfigur einer Gesellschaft des erneuerten kalten Krieges nach dem Antisemitismus und nach dem Antikommunismus nun der >Antiterrorismus< gebraucht werde als Mittel, neue Inbegriffe des >Bösen schlechthin< zu prägen ***(...). Viel schlimmer jedoch ist, dass sie Juden und Terroristen auf ein und dieselbe Leidensstufe stellt, und gleich dazu im selben Aufwasch die ach so reinen Kommunisten alle (...).«***

Meine Fragen:

1. *Stehen Sie heute noch genauso zu diesen Zeilen?*
2. *Warum haben Sie Juden und Terroristen auf dieselbe Leidensstufe gestellt?*

Weiterer Auszug aus Ihrem Text:

»Es ist der normale Vorgang, den Tabus hervorrufen: Die Kehrseite des Schreckens ist die Faszination und die selbstmörderische Bereitschaft, trotzdem die Gefahrenzone zu überschreiten. Die zweite und dritte Generation der RAF hat sich von nichts anderem gespeist als von der Solidarisierung mit denen, die inzwischen wirklich vorrangig nur noch Opfer unmenschlicher Haftbedingungen waren, und von diesem Sich-nicht-beugen-Wollen vor diesen schrecklichen Tabus (...).«

Meine Fragen:

1. *Stehen Sie heute noch genauso zu diesen Zeilen?*
2. *Warum haben Sie Terroristen als »Opfer« dargestellt?*[302]

Antwort von Antje Vollmer:

KEINE!

Sind der politisch so korrekten Vorzeige-Grünen meine Fragen zum Terrorismus und der Gleichstellung von Juden und Terroristen auf dieselbe Leidensstufe zu heiß?

Weiß sie, welches Pulverfass sie aufgemacht hätte, wenn sie mir diese brisanten Fragen beantwortet hätte? Ich denke ja, deshalb drückt sie sich vor Antworten und steht nicht zu dem, was sie früher so vollmundig publiziert hat.

»Feigheit vor dem Feind« nennt man so etwas, denn die Antisemitismuskeule, die von den politischen Gutmenschen so schnell auf unliebsame Kritiker geschwungen wird, kann auch ganz schnell zurückkommen.

Wundert es da, welch Geistes Kind die ehemalige Grünen-Spitzenkandidatin und Bundestagsvizepräsidentin a. D. Antje Vollmer ist?

Nur so am Rande: Sie gehörte früher der KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation) an.[303]

☹ **Antje Vollmer:**

- Hielt einen Dialog mit RAF-Terroristen.
- Besuchte RAF-Terroristen im Gefängnis.
- Forderte Bereitschaft zur Versöhnung mit Terroristen.
- Stellte Juden und Terroristen auf die gleiche Leidensstufe (lt. *Bonner Rundschau).*
- Stellte RAF-Terroristen als Opfer dar.
- Setzte sich für Hafterleichterung von RAF-Terroristen ein.

Dr. Antje Vollmer, ehemalige Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Fraktionsvorsitzende der Grünen und ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen.

1.6.5 Otto Schily

Der Mitbegründer der Grünen (mehr zu seiner Biografie und seinem politischen Werdegang in Kapitel 4 »Abstruse Grünen-Chefs«) war **Wahlverteidiger von RAF-Terroristen.**

Die *Rheinische Post online* schrieb: *»Ab 1971 verteidigte er den* ***RAF-Terroristen Mahler,*** *ab 1975 im Stammheimer Prozess die* ***RAF-Terroristin Gudrun Ensslin.*** *Schily griff die deutschen Sicherheitskräfte damals scharfan und musste sich später* ***immer wiedergegen den Eindruck wehren, sich mit den Zielen der RAF identifiziert zu haben.«***[304]

Tatsächlich war Schily Wahlverteidiger[305] der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin.

Im Prozess stellte er, laut Stefan Aust, sogar **Vergleiche** zwischen **einem möglichen Bombenanschlag auf das Reichssicherheitshauptamt der SS** und den **Attentaten der RAF auf US-Einrichtungen in Deutschland an,** um die Terroranschläge zu verteidigen.[306] Mehrere amerikanische Soldaten waren getötet worden:

»Das sind die ***gleichen Bilder:*** *das* ***jüdische Kind im Ghetto, das mit erhobenen Händen auf SS-Leute*** *zugeht, und die* ***vietnamesischen Kinder, die schreiend, napalmverbrannt dem Fotografen entgegenlaufen*** *nach den Flächenbombardements. Und um diese Frage geht die Beweisaufnahme: ob man solche Mordaktionen dulden oder verschweigen durfte oder ob es gerechtfertigt war, gegen die Mechanismen und gegen die Apparatur, mit der solche Mordaktionen durchgeführt wurden, vorzugehen.«*[307]

Die Richter waren fassungslos. Doch damit nicht genug, er **beantragte sogar, den früheren US-Präsidenten Richard Nixon als**

Zeugen zu vernehmen, da dieser bekunden werde, dass es seine Absicht gewesen sei, *»das vietnamesische Volk ganz oder teilweise zu zerstören«,*[308]

Schily und seine Kollegen führten einen politischen Prozess. Sie wollten beweisen, dass die Terroristen die **höchste Unmoral aus moralischen Gründen vollbracht hatten.**[309] Schily, der die *»Indizienberge der Bundesanwaltschaft >Schrotthaufen< nennt und die Straftaten der Terroristen endlich ins Verhältnis rücken will zu den Schrecken und zur Niedertracht der Weltpolitik«?*[10]

Am 27. April 1977 hielt Schily sein Plädoyer im Stammheimer Terroristen-Prozess: *»Terrorismus ist eine propagandistische Schablone, nichts anderes. Die amerikanischen Befreiungskämpfer gegen die britische Kolonialmacht wurden als Terroristen diffamiert. Terroristen nannte Goebbels die russischen Partisanen und die französischen Widerstandskämpfer.* ***Terroristen nennt man heute noch die Befreiungskämpfer*** *in Rhodesien, in Südafrika, in Südwestafrika - in Namibia, Terroristen nannte man die Freiheitskämpfer gegen Franco, Terroristen hießen auch die Freiheitskämpfer gegen die faschistische griechische Junta, Terroristen heißen die Iraner, die gegen das autoritäre Regime im Iran kämpfen, und heißen die Vietnamesen, die gegen die französische und später gegen die amerikanische Kolonialherrschaft gekämpft haben, und Terroristen hießen sogar jene Amerikaner, die gegen ihre eigene Regierung wegen dieses verbrecherischen Krieges gegen Vietnam gekämpft haben. < Eingedenk solcher Traditionen sei es* ***mahezu ein Ehrenname für die Gefangenen der Rote-Armee-Fraktion, wenn man sie Terroristen nennt<.«***[in]

Achtung!

Schily setzte den Kampf der Regierung **gegen** die RAF wiederholt mit **Kriegshandlungen** gleich. Er sprach sich für ein internationales Tribunal aus, welches die Vorgänge aufklären sollte.[312]

☹ Otto Schily:

- Verteidiger des RAF-Terroristen Horst Mahler.
- Wahlverteidiger der RAF-Terroristin Gudrun Ensslin.
- Beantragte im RAF-Prozess, den früheren US-Präsidenten Richard Nixon als Zeugen zu vernehmen.
- Wollte Straftaten der Terroristen ins »Verhältnis« rücken.
- Nannte die Bezeichnung »Terrorist« nahezu einen »Ehrennamen« für die Gefangenen der Rote-Armee-Fraktion.

Zu den »Grundsätzen des anwaltlichen Standesrechts« gehörte damals: *»Der Rechtsanwalt unterliegt auch als Verteidiger der Pflicht zur Wahrheit.«*[313] Demzufolge durfte ein Verteidiger weder in den Beweisanträgen noch im Plädoyer lügen. Ergo: **Otto Schily muss das gesagt haben, wovon er auch überzeugt war!**

1.7 GRÜNE UND »GEFANGENE«

Die Grünen hingen seit ihrer Gründung einer gesellschaftlichen Idealvorstellung an, in welcher der individuellen Entfaltung keine Grenzen gesetzt zu werden brauchten. Voraussetzung: Der Einzelne kann vernünftig mit seiner »Freiheit« umgehen.[314] **Daher wurde staatliches Handeln angezweifelt.** ☠ Daraus ergab sich auch eine *»empathische Aufgeschlossenheit«*[315] gegenüber Strafgefangenen als sinnbildlichen Opfern staatlicher Repressionen.[316]

Strafgefangene als sinnbildliche Opfer
staatlicher Repressionen

Aus dieser Haltung heraus engagierten sich die Grünen Anfang der 1980er-Jahre in der Gefangenenarbeit, ☠ **Etliche gerichtlich Verurteilte und Gefangene traten daraufhin in die Partei ein.** Sie wurden

sogar zur Bundestagswahl 1980 oder zur Europawahl 1984 aufgestellt, um ihnen Haftstrafen zu ersparen (!).[317]

Knackies in die Parlamente!

☠ Ebenso trafen sich die Grünen mit einsitzenden RAF-Terroristen, solidarisierten sich mit der Hausbesetzerszene und setzten sich für eine umfassende Amnestie ein.[318] ☠ Schließlich sollte der gesamte *»Unterdrückungsapparat*<<[319] beseitigt und Gefängnisse abgeschafft werden.[320]

Sympathie mit Terroristen, Gefangene als Opfer, Knackies in die Parlamente, Abschaffung von Gefängnissen: Schöne neue - grüne - Welt!

1.8 GRÜNE UND FEMINISMUS

Bereits bei der Gründung der Grünen-Partei war es die frauenpolitische Zielsetzung von Feministinnen, außerhäusliche Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Erziehung *gleichmäßig* auf *beide* Geschlechter zu verteilen. Dies sollte langfristig dazu führen, die herkömmlichen **»Geschlechterrollen«** von Frauen und Männern zu ***überwinden.***[311]

So hieß es bereits 1987 im grünen Arbeitskreis Frauenpolitik, dass es beiden Geschlechtern möglich sein soll, *»die Wahl in der sozialen Entwicklung auch auf die Kategorie des Geschlechts aus[zu]dehnen«, »neue Facetten in ihrem Charakter* [zu] *entwickeln«* und *»Geschlechtsrollen neu zu erfinden, zu fantasieren, umzugestalten«.*[311]

Grüne: Geschlechterrollen neu erfinden und umgestalten

In *grüner basis-dienst* **von 1984 ist dies noch genauer beschrieben: Denn dadurch, dass Männer ihre männlichen Eigenschaften und Zwänge ablegen und andere, bisher typisch weibliche Fähigkeiten**

erlangen, eröffnen sie sich die Chance auf eine grundlegende gesamtgesellschaftliche Veränderung.[323]

Der »gemischtgeschlechtliche« Mensch soll demnach *alle* wertvollen Charaktereigenschaften in sich vereinen, die bisher noch auf Mann *und* Frau verteilt sind.[324]

Der »gemischtgeschlechtliche« Mensch soll
Charaktereigenschaften vereinen, die bisher noch
auf Mann *und* Frau verteilt sind.

Dr. Siegfried Uhl, Erziehungswissenschaftler und Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Fachgruppe Erziehungswissenschaft der Universität Konstanz, dazu: *»Anscheinend ist der Glaube illusionär; der Mensch könne durch einen Willensakt problemlos eine neue Identität annehmen (...). Jedenfalls scheint unter den gegenwärtigen Bedingungen das Festhalten an herkömmlichen Rollen **für** die Lebensführung nützlich zu sein, weil sie als identitätsstabilisierend und sicherheitsspendend erlebt werden.*

Genau das wollen die Grünen aber mit ihrem häufig militanten Feminismus und dem Gender-Mainstreaming ändern.

Der grüne Wunschtraum: Aus »Mann« mach »Frau«, der »androgene« (gemischtgeschlechtliche) Mensch![326]

Seien Sie wachsam!

Eines können die grünen Feministinnen jedoch bis heute nicht erklären: *Wie* nämlich der **Mann** die ***naturwüchsige* Beziehung zwischen Mutter und Kind** (also die starke gefühlsmäßige Bindung, die während der Schwangerschaft und lange darüber hinaus besteht) **erreichen** soll. Jede Mutter weiß, von was ich rede.

Denn gerade diese **Mutter-Kind-Bindung** ist eine der **wichtigsten** (wenn nicht sogar die wichtigste) **Bedingung** für das Werden und die **Persönlichkeit des Kindes.** Sie nämlich schenkt dem Kind Schutz, Geborgenheit und Vertrauen in das Leben.[327]

Die grünen Feministinnen blenden dabei aus, dass Kinder Mütter ***und*** Väter brauchen. Viele Autoren und Wissenschaftler der verschiedensten psychoanalytischen Schulen heben die Wichtigkeit des Vaters und der Mutter für das Werden der kindlichen Persönlichkeit im Kleinkindalter hervor.[328] **Keine Homo-Ehe zwischen Mann und Mann oder Frau und Frau kann dies erreichen!**

Viele Feministinnen sehen aber gerade ein Problem in »Kindern«. Ja, Sie haben richtig gelesen. Mutterschaft und ein Leben mit Kindern stoßen in ihren Reihen häufig auf Zurückhaltung und sogar Ablehnung.[329]

Begründung: Berufliche Selbstbestimmung, Durchsetzungsvermögen und Unabhängigkeit scheinen für viele »emanzipierte« Frauen mit Kindern nur schwer möglich zu sein.[330] **Die Erwerbstätigkeit steht für viele Frauen über der Mutterschaft, denn der berufliche Konkurrenzkampf mit dem Mann und mit der finanziellen Unabhängigkeit ist hart.** Dadurch wird die herkömmliche Familie immer mehr ins Abseits gedrängt, weil es eine **durchgängige Erziehungsmöglichkeit** nicht mehr gibt.[331]

Die Selbstverwirklichung der Frau verursachte einen starken Trend von der Familie weg.[332]

Schon früher galten Schwangerschaft und Mutterschaft für zahlreiche Feministinnen als Behinderung der Freiheit der Frau und als Einschränkung ihrer Selbstbestimmtheit.[333] Für die grünen Feministinnen ist klar: **Die Selbstbestimmtheit und Freiheit der Frau steht über allem.** Und so soll dies umgesetzt werden:

- Abschaffung der Ehe als gesetzlich geschützte Institution
- Erwerbstätigkeit der Frau
- »Ein-Eltern-Farailie«
- »Zwischenlagern« der Kinder im Kinderhort
- Freigabe der Abtreibung[334]

Der Autor Torsten Mann spricht klar aus, was er davon hält. Man kann dazu stehen, wie man will: *»Jene modernen Frauen, die sich, im Hinblick auf Karriere und Selbstverwirklichung feministisch hirngewaschen, weigern, eine Familie zu gründen und Mütter zu werden, sind der Höhepunkt der Entfremdung des Menschen von seiner Natur und der Zerstörung natürlicher Strukturen unter dem Deckmantel der >Befreiung<.«*[335]

Doch es gibt auch Frauen, die sich auf eine Mutterschaft einlassen und berufstätig sind. Diese Doppelbelastung führt aber oft zu Depressionen, Burnout-Symptomen und anderen seelischen Erkrankungen.

So resümierte Dr. Siegfried Uhl bereits 1989 (sie!): ***»Die Frauenpolitik der** GRÜNEN **klammert Kinder aus.** In der frauenpolitischen **Programmatik** erscheint das Kind nur als anonymer Faktor, als **Ursache für die finanzielle Belastung** seiner Eltern und als **Hemmnis der Selbstständigkeit und Selbstbestimmung** der Frau (.. .).«*[336]

Unsere Großmütter, die den Krieg erlebt, das Land wieder aufgebaut, gearbeitet *und* Kinder großgezogen haben, mögen darüber nur verwundert ihre Köpfe schütteln.

Hintergrund

Grüne Standpunkte zum Feminismus:

Die Website der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen gibt uns Einblick in die Gedankenwelt der Grünen.

***Für* straffreie Abtreibungen,** so jedenfalls interpretiere ich folgenden Satz: *»Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich für die Selbstbestimmung von Menschen ein. Das umfasst auch den eigenen Körper. Frauen sollen über ihre Schwangerschaften frei und ohne Kriminalisierung entscheiden können.«*[3,37]

***Für* kostenfreie Verhütungsmittel für Hartz-IV-Empfängerinnen:** *»Zudem sind für Bezieherinnen von Transferleistungen Verhütungsmittel unentgeltlich bereitzustellen,«*[338]

***Für* Vielfalt in der Geschlechterfrage:** *»Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und das gemeinschaftliche Adoptionsrecht ermöglichen. Wir unterstützen transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte.«*[339]

Die Folgen dieser Politik der *»grünen Wertevernichter«*, dieses *»familienvernichtenden Feminismus«*[340] sehen wir tagtäglich:

- Entsittlichung und Zerrüttung von Familien
- Auflösung traditioneller Familienstrukturen
- Scheidungsboom
- Alleinerziehung
- Geburtenschwund
- Abtreibungsboom
- Leistungsrückgang bei Kindern und Jugendlichen
- Respektlosigkeit
- Dahinvegetieren vor elektronischen Medien
- Wertezerfall
- Kriminalitätssteigerung
- Süchte und Depressionen als Volksseuche[341]

Das Fazit des Erziehungswissenschaftlers Dr. Siegfried Uhl ist klar und deutlich: *»Kein Bürger braucht es hinzunehmen, dass seine seelische Struktur, seine Werteeinstellungen und seine Charaktereigenschaften gegen seinen Willen staatlich überwacht oder gar durch staatliche Maßnahmen von Grund auf verändert werden. Da der von den* ***GRÜNEN geplante Versuch zur >Aufhebung der Geschlechterrollen<*** *eine solche radikale Umgestaltung zum Ziel hat, ist er aus rechtlichen und moralischen Gründen abzulehnen.* ***Er ist menschenrechtswidrig,«***[342]

Der Versuch der Grünen, die Geschlechterrollen aufzuheben, ist menschenrechtswidrig!

2 »Kindersexpartei Grüne«? - Uber Moralapostel und Scheinheilige

Was Sie in diesem Kapitel erwartet:

- **Der grüne Kindersex-GAU**
- **Grüne Aktivisten und ihre pädophilenfreundlichen Taten**
- **Sex zwischen Geschwistern legalisieren?**

»Die Grünen sind alle Kinderficker.«[343]
(taz)

»Die Grünen, wie ein Honigtopf für Päderasten.«[344]
(Die Welt)

»Dass Pädophilie in der
Partei salonfähig war, ist verbrieft.«[345]
(Die Welt)

»Zudem sorgte die Feindseligkeit gegenüber dem staatlichen
>Repressionsapparat< dafür, dass man im Zweifel lieber
mit Pädophilen sympathisierte als mit Staatsanwälten.«[346]
(Die Welt)

»Sex mit Kindern wurde teilweise als
altruistische pädagogische Wohltat für die Kinder verkauft.«[347]
(Wirtschaftswoche)

»Sexualisierte Gewalt, deren Opfer zumeist
Frauen und Kinder werden, stellt eine der offensivsten
Verletzungen der Menschenwürde dar.«[348]
(Grundsatzprogramm Bündnis 90/Die Grünen)

2.1 DER GRÜNE KINDERSEX-GAU

Vor der Bundestagswahl 2013 ereignete sich für die Grünen der Super-GAU: Eine Debatte über Kindersex holte die Partei ein, die in den 1980er-Jahren begonnen hatte und nun thematisiert wurde.

Mehr und mehr über das Gedankengut mancher Grüner aus dieser Zeit kam an die Öffentlichkeit, aber auch, wie sich Funktionsträger darin verstrickten und manche bis heute damit zu kämpfen haben (siehe zu den Personen die Abschnitte 4.5 »Jürgen Trittin - der >Salonbolschewist<«, 4.6 »Volker Beck - der >Entkriminalisierer< der Pädosexualität?« und 4.8 »Marc Daniel Cohn-Bendit - der Kinderlieber?«).

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik musste sich eine
Partei Vorwürfen in einem solchen Ausmaß stellen.

Doch die Reaktion der Grünen war zunächst ganz anders als aufklärungswillig: *»Viele der damals involvierten Personen haben sich **reflexartig distanziert** oder ihre einstigen Aussagen und Positionen möglichst verdrängt, vergessen oder vorsichtshalber **verschwiegen,** um nicht ins Fadenkreuz öffentlicher Empörung zu geraten (,..).«*[349],

schreiben Stephan Klecha und Alexander Hensel. Und weiter: *»Die älteren Funktionsträger der Partei hingegen reagierten, angesprochen auf die Pädophiliedebatte, überaus schmallippig. (...) Mit dem Rückzug und Schweigen vieler der damals an der Pädophilie-Debatte Beteiligten mangelte es der öffentlichen Debatte jedoch insgesamt an Aussagen, welche dazu hätten beitragen können, die damaligen Diskussionen und Beschlüsse überzeugend zu erklären, einzuordnen und damit zu verstehen,«*[35]

Achtung!

Aber was sollte es auch zu *verstehen* geben, wenn man Sex mit Kindern legalisieren wollte? Ich kenne kein Argument, das *mich* **dafür** überzeugen könnte.

Deshalb kann ich es gut verstehen, dass sich manch einer der Funktionsträger von damals in Schweigen hüllt. Denn der überaus irritierende Umgang mit dem Thema »Kinder und Sexualität« passte doch zum »Freiheitsstreben« und zur Loslösung von staatlichen Repressionen.

Doch der öffentliche Druck wurde schließlich so groß, dass sich die Grünen dazu entschlossen, ihre eigene »Pädophilen-Geschichte« vom Göttinger Institut für Demokratieforschung (unter der Leitung von Professor Franz Walter) wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen.

Seien Sie wachsam!

Die Grünen wagten es offensichtlich ***nicht*** von ***sich*** aus, eine Aufarbeitung ihrer heiklen Geschichte anzustreben, sondern erst auf Druck der Öffentlichkeit. **Dies geschah meiner Ansicht nach nicht aus »schlechtem« Gewissen, sondern aus wahlkampftaktischen (!) Überlegungen.**

So ähnlich äußerte sich auch Prof. Dr. Franz Walter, der Direktor des Instituts für Demokratieforschung, der mit der Untersuchung der Vorgänge beauftragt worden war:

»Gerade unter den Grünen gab es dem Vernehmen nach viele, die im Frühjahr 2013 der festen Überzeugung waren, dass die Aufregungswelle zwar zwei oder drei Wochen anhalten möge, aber spätestens dann (...) die berühmte nächste Sau durchs Dorf getrieben werden würde. ***Als dies nicht so recht geschehen wollte,*** *warf der Grünen-Bundesvorstand das Steuer herum und* ***entschied*** *sich für eine wissenschaftliche Aufarbeitung.«*[351]

Schließlich hatte man **30 (!) Jahre Zeit,** dieses Thema aufzuarbeiten, dies geschah jedoch nicht.

Dabei war es **Claudia Roth,** die (damalige) Bundesvorsitzende der Grünen, die im Jahr 2010 die katholische Kirche öffentlich an den Pranger stellte, als neue Missbrauchsfälle in klerikalen Institutionen ans Tageslicht kamen. Sie sagte: *»Es ist nicht nur haarsträubend, sondern auch eine beispiellose Verhöhnung der Opfer sexuellen Missbrauchs, wenn an diesem Skandal innerhalb der katholischen Kirche nun andere schuld sein sollen.«*[352] Weiter sagte sie, der Augsburger Bischof Mixa **verhöhne die Opfer,** wenn er einer Sexualisierung der **Gesellschaft eine Mitschuld** an den Vorfällen gebe.[353]

Dabei sind es **jetzt** die Grünen *selbst,* die *ihre* Pädophilenaffinität in den betreffenden Jahren mit der »Ausrede« rechtfertigen, dass die sexuelle Befreiung (auch der Kinder) **damals in Gesellschaft und Wissenschaft diskutiert** wurde.

Prof. Dr. Franz Walter, der mit der Erstellung des Abschlussberichts betraut wurde: *»Wie oft bekamen wir es in den Monaten unserer Recherche zu hören: Man müsse die* ***anderen Zeiten,*** *gar den* ***damaligen Zeitgeist*** *berücksichtigen (.,.).«*[354]

Also genau das, was sie der katholischen Kirche absprechen, machen die Grünen nun selbst. Das zeigt mir einmal mehr die Doppelmoral und die Scheinheiligkeit dieser Partei - und das bei einem so sensiblen Thema!

Franz Walter: *»Grüne lebten ja in den vergangenen fahren vom Anspruch und der Aura, anders zu sein als all die anderen, nicht allein in Opportunitäten zu denken, sondern auch Prinzipien der politischen Moral hochzuhalten.«*[3]"

Und an anderer Stelle: *»Dass sich die Häme so ungebremst über die Grünen ergoss, sollten sie allerdings als eine verständliche Reaktion auf eigene Verhaltensweisen in den Jahren zuvor begreifen. Wer sich stets und lautstark als Primus von Moral und demokratischer Bürgerkultur geriert, dem wird irgendwann voller Hohn eine saftige Rechnung mit der Auflistung eigener Verfehlungen präsentiert werden.«*[356]

Das ist der Punkt. Aber die Grünen messen offenbar mit zweierlei Maß, **denn sie vergessen nur allzuoft die eigenen »Leichen« im Keller und zeigen stattdessen auf andere.**

Der Bundesvorstand der Grünen beschloss außerdem, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit den Vorwürfen der Unterstützung pädophiler Aktivisten und Bestrebungen beschäftigen wird.[357]

»Die Bürde der eigenen Geschichte
wird man durch Schweigegelübde nicht los.«[358]
(Prof. Franz Walter)

Tipp

Viele der folgenden Informationen sind dem **offiziellen Abschlussbericht** *Die Grünen und die Pädosexualität*[m] entnommen (siehe Fußnoten und Quellenangaben) und können somit von den Parteianhängern schwerlich widerlegt werden.

Hintergrund

Pädophilie:

Das sagt die Wissenschaft dazu:

»Personen mit einer Pädophilie[360] fühlen sich sexuell von Kindern mit einem vorpubertären Körper (z. B. keine Scham- und/oder Achselhaare, kleine Scheide, kleiner Penis, keine oder minimale Brustansätze) **angesprochen, die im Allgemeinen nicht älter als elf Jahre alt sind.** Von den Betroffenen können Jungen- und/oder Mädchenkörper als sexuell erregend empfunden werden. Personen mit einer Hebephilie fühlen sich sexuell von Kindern und Jugendlichen angesprochen, deren körperliche Entwicklung bereits Merkmale der Pubertät aufweist (z. B. wenig Scham- und/oder Achselhaare, leicht entwickelte Scheide, leicht entwickelter Penis, entwickelte Brustansätze).«[361]

Und weiter: »Mit Blick auf konkrete sexuelle Verhaltensweisen gelingt es einem Teil der betroffenen Personen, ihre sexuellen **Impulse** lebenslang auf der Fantasieebene zu belassen. Daher sind die Begriffe Pädophilie und Hebephilie nicht mit sexuellem Kindesmissbrauch oder sexueller Ausbeutung durch den Konsum von Missbrauchsabbildungen gleichzusetzen. **Dennoch muss bedacht werden, dass ein sexuelles Verlangen nach Kindern und/oder Jugendlichen einem sexuellen Missbrauch vorausgehen kann.** Insofern ist es wichtig, dass Betroffene zum Schutze von Kindern und Jugendlichen über eine sehr gute Verhaltenskontrolle verfügen.«[362]

Sexueller Kindesmissbrauch:

»Im strafrechtlichen Sinn ist sexueller Kindesmissbrauch eine >Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung^ Sexuelle Handlungen an oder mit Kindern sind immer strafbar - auch dann, wenn sich das betroffene **Kind** (juristisch: **eine Person unter 14 Jahren)** scheinbar **einverstanden** gezeigt hat. **Eine solche Einwilligung wäre nämlich deshalb bedeutungslos, weil ein Kind aufgrund seines Entwicklungsstandes einer solchen Handlung nicht ver-**

antwortlich zustimmen kann.[363] Strafmündigkeit ist vom Gesetzgeber daher auch erst ab dem Alter von 14 Jahren vorgesehen.«[364]

Die genauere Erklärung: »Zu missbräuchlichem Verhalten zählen sowohl direkte sexuelle Kontakte mit den Genitalien des Kindes als auch Handlungen, die das Kind zwingen, sexuelle Handlungen an sich vorzunehmen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Herstellung von Missbrauchsabbildungen. Sexuelle Handlungen mit Minderjährigen sind insbesondere dann strafbar, wenn bestimmte Umstände hinzukommen: falls der Täter eine Zwangslage oder ein Schutz- und Obhutsverhältnis ausnutzt oder wenn das Opfer - etwa aufgrund einer Behinderung - widerstandsunfähig ist bzw. eine sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung vorliegt.«[365]

Vielleicht überraschend ist Folgendes: »Den vorliegenden Daten zufolge sind ungefähr **40 Prozent der Taten sexueller Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen auf einen pädophilen Motivationshintergrund zurückzuführen.** Etwa 60 Prozent der sexuellen Übergriffe sind sogenannte Ersatzhandlungen. Das heißt, die Täter sind eigentlich sexuell auf erwachsene Sexualpartner ausgerichtet, begehen aber Kindesmissbrauch, beispielsweise aufgrund einer Persönlichkeitsstörung. Nicht jeder Pädophile begeht sexuellen Kindesmissbrauch und nicht jeder Sexualstraftäter ist pädophil.«[366]

Achtung!

Ich persönlich (der, wie schon gesagt, in die Augen missbrauchter Kinder sehen musste) halte die Begriffe »Pädophilie« oder »Kindesmissbrauch« für viel zu harmlos, weswegen ich nachfolgend öfters von »Kindersex« oder »Sex mit Kindern« und von den Tätern als »Kinderschändern« spreche, was das Leid, das an diesen unschuldigen Wesen begangen wird, besser beschreibt.

Simone Peter, seit 2013 Bundesvorsitzende der Grünen (mit Cem Özdemir) gab zu der Kindersex-Debatte ein Interview. Darin machte sie genau auf die Punkte aufmerksam, die auch in der öffentlichen Meinung bis heute eine große Rolle spielen:

- Warum wurde in der Grünen-Partei damals nicht erkannt, dass die Vorstellung **einvernehmlicher Sexualkontakte** zwischen Erwachsenen und Kindern **falsch** und absolut **inakzeptabel** ist, gerade auch mit Blick auf die schweren psychischen und physischen Schäden, welche Opfer sexuellen Missbrauchs oftmals davontragen?[367]
- Warum dauerte es **so lange,** bis Forderungen nach **Straffreiheit** für pädophile Beziehungen in der Partei **keinen** Platz mehr hatten?[368]

Bevor ich weiter darauf eingehe, möchte ich Ihnen aber zunächst den Zusammenhang zwischen der »sexuellen Revolution« der 1960er- und 1970er-Jahre, pädophilen Aktivisten, der Schwulenbewegung, der Linken und linken Philosophen näherbringen.

2.2 LINKE INTELLEKTUELLE UND KINDERSEX

Die »**Sexuelle Revolution**« ist die Bezeichnung für den historischen Wandel der Sexualmoral im Sinne einer **Enttabuisierung sexueller Themen** in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Ende der I960er-Jahre kam das vor allem bei der Studentenbewegung gut an. Endlich konnte man die bigotte Prüderie abschütteln und »**freie Liebe**« postulieren. Die Einführung der Antibabypille beschleunigte diese Tendenzen. Gleichzeitig hofften links-libertäre Kreise, durch die sexuelle Befreiung auch eine Veränderung der Gesellschaft herbeiführen zu können.[369]

In diesem Klima bemühten sich auch **pädophile Aktivisten, Forderungen nach der sexuellen Selbstbestimmung von Kindern** und Jugendlichen zu postulieren.[370]

Die äußerste Linke der Schwulenbewegung bettete dies in folgendes Diskursmuster ein: den *»Kampf gegen eine der bürgerlichen Gesellschaft inhärente Unterdrückung von jeder nicht auf Reproduktion*

der Kleinfamilie ausgerichteten Sexualität«.[371] Die Pädophilie habe dabei *»systemsprengendes Potenzial«.*[372] Kurz: **Sex mit Kindern** (die Aktivisten nannten dies »Befreiung«) wurde somit als notwendiger **Teil des Klassenkampfes** interpretiert.[373]

Achtung!

Jeder normal denkende Mensch muss sich über diese **skandalöse linke** Interpretation eines »politischen Sex« mehr als wundern: **Sex mit Kindern als (Klassen-) Kampf gegen den Staat?**

Der Politikwissenschaftler Danny Michelsen: *»Die **Regulierung sexueller Praktiken,** gerade auch die **Sanktionierung von Perversionen,** wurde von vielen jungen, sich als fortschrittlich verstehenden* [linken!, MGR] ***Sexualforschern** ausschließlich als **Herrschaftsinstrument** interpretiert, durch das die **gesunde sexuelle Entwicklung von Kindern** und Jugendlichen **gestört** werde.«*[374] Ja, mehr noch: *»Wenn manche von ihnen die Gefahren **>asozialer< Triebregungen** betonten, versicherten sie zugleich, dass der **Sexualtrieb >seine eigene Ordnung<** habe, >die sich desto wirkungsvoller durchsetzt, je ungestörter durch äußere Hemmungen die sexuellen Bedürfnisse befriedigt werden können*.«*[375]

Bei dieser Auslegung bleibt mir einfach die Spucke weg!

Hier einige Beispiele von Intellektuellen, die sich für Sex mit Kindern unter 15 Jahren einsetzten oder zumindest theoretische Grundlagen für die oben angesprochenen Diskussionen schufen:

- **Jean-Paul Sartre** (1905-1980, frz. Philosoph und Publizist, *der* Vorzeige-Intellektuelle) unterzeichnete 1977 eine Petition *gegen* ein Gesetz, das Sex mit Kindern unter 15 Jahren unter Strafe stellen sollte.[376]
- **Michel Foucault** (1926-1984, frz. Philosoph, Soziologe, Psychologe und Historiker, führte neue Begriffe in die Wissenschaft ein) unterzeichnete 1977 eine Petition *gegen* ein Gesetz, das Sex mit Kindern unter 15 Jahren unter Strafe stellen sollte.[377] Er schrieb, dass es seines

Erachtens *keinen* Grund gebe, warum sexuelle Beziehungen, in die Kinder einwilligen, nicht *erlaubt* sein sollten: *»Jedenfalls hat eine gesetzlich festgelegte Altersgrenze keinen Sinn. Noch einmal, man kann dem Kind zutrauen, selbst zu sagen, ob ihm Gewalt angetan worden ist oder nicht.«*[37]* Dies ist eine Rechtfertigung, die bis heute von vielen Pädophilen betont wird.

- **Simone de Beauvoir** (1908-1986, frz. Philosophin, Schriftstellerin und Feministin, war die bekannteste Intellektuelle Frankreichs) unterzeichnete 1977 eine Petition *gegen* ein Gesetz, das Sex mit Kindern unter 15 Jahren unter Strafe stellen sollte.[379]
- **Jacques Derrida** (1930-2004, frz. Philosoph, der maßgeblich die Philosophie und Literaturwissenschaft in Europa und den USA beeinflusste) unterzeichnete 1977 eine Petition *gegen* ein Gesetz, das Sex mit Kindern unter 15 Jahren unter Strafe stellen sollte.[380]
- **Herbert Marcuse** (1898-1979, deutsch-amerikanischer Philosoph, Politologe und Soziologe) stand für die *»Politisierung des Sexes«*[isl]*: »Marcuse machte damit die kindliche, polymorphe Sexualität zum Ausgangspunkt der kollektiven Befreiung.«*[361] Marcuse stieß in der Studentenbewegung auf große Resonanz. Ja, mehr noch: Er avancierte zu einem ihrer Stars, sie sah seine Schriften als richtungsweisend an.[383]
- **Wilhelm Reich** (1897-1957, österr.-amerikanischer Psychiater, Psychoanalytiker, Sexualforscher und Soziologe) plädierte für die sexuelle Befreiung vor der gesellschaftlichen Befreiung.[384] Das machte auch ihn für die Studentenbewegung attraktiv.[385] Auch die *»Befreiung der Sexualität der Kinder«*[366] zeichnete sich in seinem Werk als *»Baustelle des Fundaments einer neuen Gesellschaft«* ab.[387]

Sexualunterdrückung also als Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Gesellschaft! Die Folge daraus war die Erkenntnis für viele linke Pädagogen und Erziehungswissenschaftler, dass der Ursprung in den Institutionen der Erziehung zu finden war.

Sie plädierten deshalb für eine **nichtrepressive, emanzipatorische Sexualerziehung**[388] und ***für*** die ***»kindliche (Sexual-) Autonomie«.***[369]

Der Deutsche Kinderschutzbund warnte vor einem angeblichen Grünen-Wunsch, »das Kind als Lustobjekt freizugeben«.[390]
(Der Spiegel)

2.3 PÄDOPHILENBEWEGUNGEN

Im Herbst 1978 wurde die »Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie« (DSAP) gegründet, die auch **politisch aktivierend wirken sollte.**[39'] Noch im selben Jahr erfolgte die Anerkennung als gemeinnütziger Verein. Die Schwulenbewegung bildete dabei den wichtigsten Resonanzraum für die Aktivitäten der DSAP.[39:1] Aber auch mit Akteuren der **Kinderrechtsbewegung** (sie!), der Wissenschaft und **Sozialarbeit** (sie!) wurden Kontakte gepflegt, aber auch Artikel in Zeitschriften lanciert.[393]

Achtung!

Die Pädophilenbewegung versuchte zudem Einfluss auf politische Parteien zu nehmen und suchte auch zu den Grünen, insbesondere zur **Berliner Alternativen Liste** (AL) Kontakt.[394]

Stephan Klecha bestätigt im offiziellen Abschlussbericht: »Wer *sich **für** die **Interessen Pädosexueller einsetzen** wollte, konnte also bei den **Grünen** davon ausgehen, dass diese das **Thema nicht gleich rundum ablehnen** würden.«*[395]

Die DSAP-Regionalgruppen Frankfurt, Heidelberg und München brachten es - ganz nach den bereits oben aufgeführten links-intellektuellen Grundlagen - auf den Punkt: *»Unsere sexuelle Unterdrückung ist eben auch Teil der Unterdrückung der Kinder (...) auch deswegen wird eine glaubwürdige Emanzipation der Pädophilen nur mit einem Befreiungskampf der Kinder ZUSAMMEN möglich sein.«*[396]

Die Herleitung der »grünen Grundüberzeugungen«[397] formuliert der Wissenschaftler Dr. Stephan Klecha: »Die strafrechtliche Freigabe von pädosexuellen Handlungen ließ sich mit allen vier Grundüberzeugungen begründen. So war nicht zu rechtfertigen, warum die sexuelle Befreiung nicht auch Kindern sexuelle Freiheiten gewähren sollte, deren Erwiderung durch Erwachsene durfte dann auch nicht durch das Strafrecht blockiert werden.«[398]

Klecha schildert weiter, dass von zwei Seiten her die strafrechtliche Freistellung von pädosexuellen Handlungen in die grüne Partei gelangte: von Homosexuellen, die bei den Grünen aktiv waren, und von Aktivisten für Kinderrechte, die dabei »teilweise auch Forderungen erhoben, das Strafrecht bei pädosexuellen Kontakten aufzuheben oder einzuschränken«.[399]

Hintergrund

Die Indianerkommune:

Mehrere Jugendliche und Erwachsene schlossen sich 1976 in der Nürnberger Indianerkommune zusammen. Sie einte die gleiche Vorstellung von Liebe, Leben und Überleben.[400] Geführt wurden sie von einem *»vom Teufel besessene[n] Päderast[en]«*[401] Die Forderungen der Indianerkommune:

- Das **Recht der Kinder** und Jugendlichen, **freiwillige, gewaltfreie, zärtliche Beziehungen** haben zu dürfen
- **Abschaffung** des Paragrafen 173 Strafgesetzbuch **(Beischlaf mit Verwandten)**
- Abschaffung des Paragrafen 174 Strafgesetzbuch (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen)
- Abschaffung des Paragrafen 175 Strafgesetzbuch (Unzucht zwischen **Männern)**
- **Abschaffung** des Paragrafen 176 Strafgesetzbuch **(Sexueller Missbrauch von Kindern)**
- Ein **Recht der Kinder** auf **Scheidung von** ihren **Eltern und Erziehern**[402]

Als 1979 die Grünen in Nürnberg entstanden, waren **einige Indianer von Anfang an Parteimitglieder** und erhielten sogar **finanzielle Unterstützung** der Partei. So etwa für Anwaltskosten, Miete oder gewährte Darlehen.[403]

Ja, mehr noch: Auch inhaltlich waren die Grünen, zumindest in ihrer Anfangszeit, bereit, der Indianerkommune **entgegenzukommen,** so Klecha.[404] Im Jahr 1981 werteten die Grünen die Arbeit der Kommune ausdrücklich als *»positiven« Versuch, damit »Kinder und Jugendliche (...) ihr Leben mit frei gewählten Freunden selbst gestalten«*[405]

Ich frage **mich: Wie kann man Päderasten, die für Inzest und Kindesmissbrauch plädieren, überhaupt in eine Partei aufnehmen? Welch Geistes Kind waren die Nürnberger Grünen?**

Eine Erklärung gaben sie selbst ab: Man *»wollte (...) doch gerade Toleranz üben gegenüber Randgruppen, die man als Opfer einer nicht ökologischen Gesellschaft zu sehen entschlossen«* war.[406]

Unglaublich, aber wahr!

Deshalb ist die folgende Frage legitim: **Warum hat kein Grüner in den 80er-Jahren Anzeige wegen des Verdachts auf Kindesmissbrauch erstattet?**

Stephan Klecha resümiert: *»Pädosexualität war in den ersten Jahren der Existenz der Grünen tatsächlich mit einer gewissen Sympathie begleitet worden.«*[407]

Und auch die offizielle Meinung der Grünen, die so in vielen Medien übernommen wurde, lautet sinngemäß, dass es sich dabei um eine Minderheit in den eigenen Reihen gehandelt habe, die man zu lange hatte gewähren lassen, von der man sich aber beschlusswirksam distanziert hatte.[408]

Seien Sie wachsam!

Diesen Auffassungen widerspreche ich ausdrücklich!

Nach dem genauen Studium des Abschlussberichts[409] des Göttinger Parteienforschers Franz Walter vom Institut für Demokratieforschung über »Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte«[410] komme ich zu folgendem Ergebnis: Es waren eben **keine einzelnen oder zufälligen** Beschlüsse[411] innerhalb der Grünen, die die Legalisierung von Sex mit Kindern forderten, sondern sie zogen sich **viele Jahre** quer durch die Partei!

Es waren eben nicht **die »ersten Jahre«** der Grünen-Partei, wie Stephan Klecha schreibt, obwohl er Mitherausgeber des Abschlussberichts ist und es besser wissen müsste, sondern ein Zeitraum von 1979 bis 1995, also **16 Jahre,** (sie!) in dem sich Teile der Partei und Parteimitglieder in verschiedenen Landesverbänden äußerst ambivalent mit diesem Thema auseinandersetzten. **16 Jahre in einer Partei, die es erst** 35 **Jahre gibt!**

Zum anderen handelte es sich bei den Pädophilen-Aktivisten tatsächlich um eine Minderheit, aber sie hatten *großen* Einfluss auf die Partei, was die Tatsache zeigt, dass ihre Anträge oft in verschiedene Programme der Grünen aufgenommen wurden. Lassen Sie sich also keine Scheuklappen verpassen!

Ich werde das nun minutiös darlegen. Sicherlich gibt es noch viel mehr Fakten und Dokumente, aber ich möchte mich auf die wichtigsten beschränken.

Achtung!

Folgendes ist für Menschen, die sich für Kinder einsetzen oder selbst Kinder haben, nicht immer leicht zu verdauen.

2.4 GRÜNE AKTIVISTEN UND IHRE PÄDOPHILENFREUNDLICHEN TATEN

BELEG 1: ➔ Hessen 1979, Programmkommission von SPV Die Grünen in Offenbach: Homosexuelle und Emanzipationsgruppen konnten einen eigenständigen Programmteil erarbeiten. In ihrer Resolution setzten sie sich **für** die **Streichung** des § 175 StGB (Unzucht zwischen Männern) ein und dafür, die §§ 174 (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen), 176 (Sexueller Missbrauch von Kindern) und 177 StGB (Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) **dahingehend zu ändern,** *»sexuelle Handlungen nur dann unter Strafe zu stellen (...), wenn bei deren Ausübung Gewaltanwendung oder Missbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses vorliegt«.*[412] Die Programmkommission machte sich dies zu eigen und **übernahm diese Forderungen.**[413]

BELEG 2: ➔ Hessen, 1980, Rundbrief an alle Mitglieder der Kreis- und Landesverbände: Obige Forderungen wurden in der Zeitung *Die Grünen* veröffentlicht und an die Mitglieder verschickt.[414] Dr. Klecha: *»Schon vor der Karlsruher Gründungsversammlung der Grünen als Bundespartei und gut drei Monate vor der Verabschiedung des Programms war daher der erste Programmentwurf bekannt. Dennoch regte sich* ***kaum Widerstand*** *gegen diese Position, jedenfalls fehlte es an Eingaben und gegenläufigen Anträgen.«*[415]

BELEG 3: ➔ Berlin 1980, Mitgliederversammlung der grünen Alternativen Liste (AL): Die Mehrheit der 200 bis 300 anwesenden Mitglieder verabschiedete die Position, sich ***»gegen*** *die* ***Kriminalisierung sexueller Beziehungen*** *zwischen* ***Kindern und Erwachsenen«*** auszusprechen.[416]

BELEG 4: ➔ Saarland, 1980, Bundesversammlung der Grünen in Saarbrücken: Ein redaktionell neugefasster Programmentwurf sah vor, dass die §§ 174 (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen) und 176 (Sexueller Missbrauch von Kindern) so zu fassen sind, *»dass* ***nur*** *Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Missbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind«.*[w] *Dr.* Klecha stellt fest: *»Einige kritische Wortmeldungen erfolgten,* ***eine besonders kontroverse Beratung fand hingegen wohl nicht statt.*** *Erst am Tag nach der Beschlussfassung kam es dann zu Protesten.«*[418]

Doch man fand keine Einigung, so akzeptierte die Bundesversammlung, dass dieser Themenbereich auf einem der *»nächsten Parteitage«* behandelt werden sollte.[419]

BELEG 5: ➔ Berlin 1980, Broschüre »Ein Herz für Sittenstrolche«: Diese wurde von der grünen **Berliner Alternativen Liste (AL)** ***zusammen*** mit der **Pädophilen-Bewegung DSAP** herausgegeben[420] und forderte offensiv eine **Entkriminalisierung der Pädophilie.**[4"]

Hintergrund

Ein Herz für Sittenstrolche:

Der Spiegel zur **pädophilen »Streitschrift«** »Ein Herz **für** Sittenstrolche«: *»Ein Mädchen, um die fünf Jahre alt, sitzt auf dem Boden. Es lächelt in die Kamera, die Schenkel sind gespreizt. Das Mädchen ist nackt. Ein paar Seiten weiter* ***streichelt ein erwachsener Mann einen kleinen Jungen,*** *beide sind unbekleidet. Auf einem Foto ist der Penis des Mannes zu sehen. Eine Zeichnung zeigt einen kleinen Knirps mit Limo neben einem großen breiten Mann mit Bier. Die beiden sitzen an einem Tresen. In der Denkblase des Jungen steht:* ***>Wie mach' ich's nur, dass er's mit mir treibt?<«***[4'']

Die 68-seitige Broschüre beinhaltet zahlreiche Illustrationen dieser Art. *Der Spiegel: »An einer Stelle im Text heißt es: >Wenn es zu einem geschlechtlichen Kontakt zwischen Kind und Erwachsenem kommt, liegt die* ***Ursache in der Mehrheit der Fälle beim Kind.<«***[42]

Unglaublich, aber wahr: So eine Broschüre wurde von der Berliner AL und der DSAP **gemeinsam** produziert![414]

BELEG 6: ➔ Nordrhein-Westfalen 1980, Großveranstaltung der Schwulenbewegung in Bonn: Bundestagswahlkandidat Corny Littmann von der Hamburger Grün-Alternativen Liste (GAL)[425] versuchte im Vorfeld der Veranstaltung ausdrücklich, jene einzubinden, *»deren Freund/innen* ***unter 14*** *sind«.*[426] Dr. Klecha: Littmann *»wurde rückblickend jedenfalls innerhalb der Pädosexualitätsbewegung als jemand wahrgenommen, >der den Pädos gewogen war<«.*[41?]

BELEG 7: ➔ **Berlin 1980, Drei-Tages-Seminar »Pädophilie - Liebe mit Kindern«:** Dieses Seminar wurde von der **grünen Berliner Alternativen Liste** ***zusammen*** **mit der Pädophilen-Bewegung** DSAP veranstaltet.[428]

BELEG 8: ➔ **Baden-Württemberg 1980, Gründungsversammlung der Grünen in Karlsruhe:** Unter ***lang anhaltendem Beifall*** forderte ein Junge aus der Indianerkommune (s. o.): *»Ich* ***will zärtliche Beziehungen«***[419] und ergänzte, *»ich will* ***zärtliche Beziehungen auch zu Kindern*** *haben«.*[430]

BELEG 9: ➔ **Nordrhein-Westfalen 1980, Programmdebatte für die Landtagswahl:** Die Grünen in NRW sprachen sich **für** die Formulierung aus, wonach ***»Zärtlichkeiten zwischen Erwachsenen und Kindern nicht länger*** *unter Strafe gestellt werden«* dürften.[431]

BELEG 10: ➔ **Berlin 1981, grüne Berliner Alternative Liste:** Das zu der Zeit **inhaftierte** (sie!) DSAP-Vorstandsmitglied Dieter Ulimann sollte **Kandidat der AL für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus** werden[432] und Aktivisten der DSAP erwogen sogar, kollektiv in die AL einzutreten.[433]

BELEG 11: ➔ **Berlin 1981 und 1985, Wahlprogramme der Alternativen Liste:** Plädoyer für die »Gleichberechtigung von Kindern und Erwachsenen«. Dann wären auch gesonderte **Schutzrechte obsolet,** weil diese nur vorgeschoben seien, um die **Gleichberechtigung zu verhindern.**[434] Dr. Klecha: *»Natürlich ließ sich der dahinterstehende reform- wie antipädagogische Eifer auf das Feld des Sexualstrafrechts übertragen und bedeutete in letzter Konsequenz sodann die* ***Aufgabe*** *der sie betreffenden Schutzklauseln oder wenigstens deren* ***Aufweichung.«***[435]

BELEG 12: ➔ **Niedersachsen 1981, Kommunalwahlprogramm der Göttinger Grünen:** Forderung nach **Straffreiheit** für gewaltfreie **sexuelle Handlungen** zwischen **Erwachsenen und Kindern.**[436]

BELEG 13: ➔ **Niedersachsen 1981, Kommunalwahlprogramm der Grün-Alternativen Bürgerliste (GABL):** Dort hieß es auf Seite 30: *»Auch die Paragrafen 174 (Abhängigkeit) und 176 (Sexualität mit Kindern) müssen so abgeändert werden, dass* ***einverständiges Handeln*** *zwischen* ***Kindern und Erwachsenen straffrei*** *bleibt.«*[437]

BELEG 14: ➔ **Hamburg 1982, Landesmitgliederversammlung der Grünen:** Diskussion über die **strafrechtliche Freigabe** von Pädosexualität.[438]

BELEG 15: ➔ **Hamburg 1982, Bürgerschaftswahlkampf:** Gegenüber der »Unabhängigen Homosexuellen Alternative« (UHA) ließen die Grünen verlauten, dass sie **einvernehmliche sexuelle Beziehungen** von Erwachsenen mit Kindern **nicht** unter Strafe stellen wollten.[439]

BELEG 16: ➔ **Hessen 1982, Programmkommission der Grünen:** In einer ersten Vorlage ging man noch davon aus, dass die Grünen *»das **Recht der Kinder auf sexuelle Betätigung**«* unterstützten, denn es sei *»unmenschlich, Sexualität **nur einer bestimmten Altersstufe** und unter bestimmten Bedingungen zuzubilligen«.*[440] Darauf wurde dann jedoch zugunsten einer weniger heiklen Wendung verzichtet.[441]

BELEG 17: ➔ **Hamburg 1982, gemeinsames Programm von Grünen und Alternativer Liste:** Im Programmabschnitt Kinder- und Jugendpolitik trat man ein *»für **freie, selbstbestimmte, ungestörte Entfaltung der kindlichen Sexualität«.***[442] Jede Form von Streicheln, Kuscheln, Schmusen oder *»Liebe machen«*[443] habe einen positiven Effekt, um den Umgang mit der Lust zu lernen.[444]

BELEG 18: ➔ **Deutschlandweit 1983:** Die DSAP wurde im Mai 1983 wegen *»inneren Ringens«* aufgelöst.[445] *»Ein Teil ihrer Mitglieder konzentrierte ihr Engagement fortan zunächst auf die grüne Partei (...).«*[446]

BELEG 19: ➔ **Nordrhein-Westfalen 1983, Faltblatt zur Kinder- und Jugendfrage:** Dieses prangerte eine *»verbreitete Sexualfeindlichkeit«* an, die Kindern *»Sexualität zu praktizieren«* verweigere und die Auffassung vertrat, dass Gesetze in diesem Bereich *»nicht dem Schutz der Kinder«* dienen, sondern *»der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität«.*[447]

BELEG 20: ➔ Rheinland-Pfalz **1983,** Aufstellung des Wahlprogramms zur Landtagswahl: Aufnahme der Forderung nach einer pädosexuell-freundlichen Neufassung der §§ **174** (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen) und **176** StGB (Sexueller Missbrauch von Kindern).[448]

BELEG 21: ➔ **Niedersachsen 1983, Bundesversammlung der Grünen in Hannover:** Die Arbeitsgruppe »Familien-, Sexualpolitik und

alternative Lebensformen« legte eine Resolution zur Erweiterung des Bundesprogramms vor, nach der die **Abschaffung** der §§ 173 StGB (Beischlaf zwischen Verwandten), 174 (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen), 175 (Unzucht zwischen Männern) und 176 (Sexu**eller** Missbrauch von Kindern) **gefordert** wurde.[449] Aus Zeitgründen wurde darüber aber nicht mehr abgestimmt.[450]

BELEG 22: ➔ **Nordrhein-Westfalen, 1983, Grünen-Kongress:** *Die Welt* berichtete: *»Es ist nicht so, dass die Pädophilen ihre Neigung damals zu verbergen suchten. Am 24. und 25. September 1983 richte**ten** die Grünen im Tagungszentrum auf dem Dachsberg einen vom Parteivorstand finanzierten Kinder- und Jugendkongress aus. Sex mit Kindern war das zentrale Thema (...) Teilnehmer waren auch die >Stadtindianer<, eine Kommune aus Nürnberg, eine anarchistische Gruppe, deren Hauptforderung die Legalisierung von Sex mit Kindern war (.. ,).«*[451] Und weiter: *»**Die Hauptforderung war, sexuellen Verkehr ab dem Alter von sechs Jahren grundsätzlich freizugeben, sofern der Sex in Übereinkunft stattfindet.** Sechs oder acht Jahre, das war auf je**den** Fall eine einstellige Zahl. Andere nahmen eine >gemäßigtere< Position ein und argumentierten für eine Altersgrenze von zwölf Jahren.«*[451]

BELEG 23: ➔ Die Arbeitsgruppe zum Thema »Sexualität« und das Plenum bestätigten mehrheitlich die Auffassung der Indianerkommune, dass *»Menschen, die jüngere Partner in pädophilen Beziehungen waren, oft psychisch besser dran sind als der Durchschnitt«.*[453] Damit wurden die Folgen des Kindesmissbrauchs bagatellisiert! Die Ergebnisse **des** Kongresses wurden vom Vorstand und vom Bundeshauptausschuss Innerhalb und außerhalb der Partei verbreitet.[454]

BELEG 24: ➔ **Baden-Württemberg 1983:** Der »Landesarbeitskreis Schwule« der Grünen bemühte sich bei seiner Gründung um die Mitarbeit von Pädosexuellen.[455]

BELEG 25: ➔ **Berlin 1983, Bundestagsfraktion der Grünen:** Forderung der **Freilassung** des mehrfach wegen **Kindesmissbrauchs** verurteilten linken Schriftstellers Peter Schult, der gerade eine Haftstrafe von knapp drei Jahren verbüßte. Zu den Unterstützern gehörte **laut** *Tagespost* auch **Hans-Christian Ströbele.**[456]

BELEG 26: ➔ **Deutschlandweit, 1983, Bundestagswahlkampf der Grünen:** In einer Anzeige der Schwulenzeitschrift *Torso* war zu

lesen, dass die Grünen beabsichtigten, die §§ 174 (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen) und 176 StGB (Sexueller Missbrauch von Kindern) so zu fassen, dass nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Missbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses strafbewehrt sein sollte.[457] Jan Fleischhauer schreibt in *Der Spiegel: »Im Klartext hieß das:* ***Erwachsene dürfen Sex mit Kindern haben, solange es nicht die eigenen sind und sie nicht mit Schlägen drohen. Solche Positionen waren bei den Grünen salonfähig,*** *auch wenn man sich daran heute nicht mehr gern erinnert.«*[458]

BELEG 27: ➔ Deutschlandweit, 1984, Beratung der grünen »Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Transsexuelle und Päderasten« (SchwuP): Plädoyer für die Streichung des gesamten Sexualstrafrechts und Einfügen eines neuen § 240 **a StGB, der** *»sexuelle Nötigung nur noch in Fällen gewaltsamer oder durch Abhängigkeit erzwungener Handlungen unter Strafe stell[t]«.*[459] **Manche Teilnehmer gingen sogar darüber hinaus und forderten, dass ein »einvernehmlicher« Sex mit Kindern auch** dann **angenommen werden könnte, wenn** das **Opfer (Kind) das ablehnte:** *»Gerechtfertigt werden soll dies damit, dass diese (jungen) Menschen gar nicht beurteilen bzw. wissen könnten, dass ihnen das zunächst abgelehnte Verhalten guttun bzw.* ***angenehm sein könnte.«***[460] Aktivisten der SchwuP waren zeitweise und zum Teil über Funktionen oder in der Bundestagsfraktion in das innerparteiliche Machtgefüge integriert.[461]

BELEG 28: ➔ Nordrhein-Westfalen 1984, Entwurf der Landesarbeitsgemeinschaft Schwule, Transsexuelle und Päderasten (SchwuP) für das Landeswahlprogramm: Darin hieß es u.a.: *»Die Schutzaltergrenze (...) ist vom Gesetzgeber aufgrund längst überholter wissenschaftlichem Vorstellungen festgelegt worden.* ***Zärtliche Beziehungen suchen und erwidern Kinder*** *und Jugendliche* ***nicht erst, wenn sie 14 Jahre alt*** *sind, sondern* ***vielfach schon früher.*** *Deshalb darfauch der $176 StGB* [Sexueller Missbrauch von Kindern, MGR] *nicht aufrechterhalten bleiben.«*[462] **Sexuelle Handlungen an Kindern durch Erwachsene als Bedürfnisse von Kindern? Schutzregelungen als schwulenfeindliche Rechtsauslegung?** So wurde der Antrag zwar nicht ins Wahlprogramm übernommen, aber so, *»dass einvernehmliche Beziehungen grundsätzlich nicht kriminalisiert werden dürfen. Umstritten ist nur das WIE,«*[463]

BELEG 29: ➔ **Deutschlandweit 1984, Europa-Programmentwurf:** *»Die das menschliche Zusammenleben, Überleben und Glück* ***stark*** *gefährdenden Sexualtabus und Sexualstrafgesetze müssen endlich als schwerwiegende Bedingung für die herrschenden, zerstörerischen Wirtschaftsformen und Militärstrategien erkannt werden.«*[464] Eine der sechs Hauptforderungen im Europaparlament sei daher: *»Schrittweise* ***Angleichung und Abschaffung aller sogenannten >Schutzalter< für sexuelle Beziehungen (...). Jede einverständliche (freiwillige) sexuelle Beziehung hat in den Strafgesetzbüchern der europäischen Länder nichts zu suchen.*** *Die Sexualparagrafen schützen nicht das sexuelle Selbstbestimmungsrecht, sondern zerstören es.«*[465]

BELEG 30: ➔ Hamburg **1984,** Diskussionsvorschlag der **Fachgruppe »Rosa** Biber« der Grün-Alternativen **Liste:** Pädosexuelle Handlungen sollten nur bei explizit nachgewiesener Schädigung des Kindes unter Strafe gestellt werden.[466]

BELEG 31: ➔ **Nordrhein-Westfalen, 1985, Wahlprogramm:** *Die Welt: »Die SchwuP, die grüne Arbeitsgruppe Schwule und Päderasten, erstellte ein Diskussionspapier unter dem Titel >Sexualität und Herrschaft<, in dem sie* ***die Abschaffung des Sexualstrafrechts forderte. Der NRW-Landesverband beschloss die Kernforderung des Papiers: die Streichung des Paragrafen 176 StGB, der den sexuellen Missbrauch von Kindern unter Strafe stellt.*** *Am* ***9.*** *März* ***1985*** *wurde dies* ***ins Wahlprogramm*** *der NRW-Grünen* ***aufgenommen.«***[467]

BELEG 32: ➔ **Deutschlandweit, 1985, Gründung der grünen »Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Transsexuelle und Päderasten« (SchwuP):** Die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften (AGs) sollten auf Landes- und Bundesebene **direkten Einfluss auf die Partei und die Fraktion der Grünen** nehmen. Offiziell agierten die AGs wie die SchwuP zwar als *»Lobbyisten in eigener Sache«*[468], doch sie wurden zunächst als **Beratungsgremien der Bundestagsfraktion konstituiert** und auch darüber alimentiert.[469]

BELEG 33: ➔ **Berlin 1985, Gesetzentwurf der Fraktion Die Grünen im Deutschen Bundestag:** Die Streichung des § 182 StGB und damit die **Aufhebung** der Schutzaltersgrenze **von 16 Jahren** für sexuelle Handlungen wurde gefordert und damit die **vollständige Aufhebung des Schutzes für Minderjährige zwischen 14 und 18 Jahren!**[470]

Hintergrund

Gesetzentwurf der Grünen zur Änderung des Sexualstrafrechts vom 4. Februar 1985 (Auszüge):

»Die Strafandrohung belastet das konfliktfreie sexuelle Erleben derjenigen Jugendlichen, die sich ihrer homosexuellen Orientierung bereits gewiss sind. Die Strafandrohung, der sich ein zufällig über 18 Jahre alter Partner ausgesetzt sieht, vermittelt eine negative Bewertung der gesamten Beziehung (...).«[471]

Das beinhaltet für mich de facto die Abschaffung des Schutzes minderjähriger Jungen vor homosexuellen Handlungen! Und weiter:

»Schutzgüter wie Virginität, Geschlechtsehre und ähnliche sind nur scheinbar individuelle und gehen auf ältere Vorstellungen von >Marktwert< und >Heiratschancen< des Mädchens zurück (...). Mädchen wird die Fähigkeit zur Entscheidung über ihre sexuellen Interaktionen abgesprochen, das Vorhandensein einer eigenständigen und selbstbestimmten Sexualität von Mädchen wird geleugnet.«[472]

Das beinhaltet für mich de facto die Abschaffung des Schutzes minderjähriger Mädchen vor sexuellem Missbrauch!

BELEG 34: ➔ **Nordrhein-Westfalen 1985, Programmparteitag der Grünen in Lüdenscheid:** Bewilligung eines Arbeitspapiers, das **»gewaltfreie Sexualität«** zwischen **Erwachsenen und Kindern** generell **erlauben** sollte.[473]

BELEG 35: ➔ **Berlin 1985, Wahlprogramm der grünen Alternativen Liste (AL) für die Abgeordnetenhauswahl:** Forderung, welche *»Kinder das Ausprobieren friedlicher, lustvoller und kreativer Formen der Lebensbewältigung ermöglicht«.*[474] Zudem wurde die Wendung aufgenommen, dass man eine Veränderung des Sexualstrafrechts anstrebe, solange dieses *»immer noch freiwillig und gewollt eingegangene sexuelle Betätigung in verschiedener Weise kriminalisiere«* (Klecha).[475]

BELEG 36: ➔ **Nordrhein-Westfalen 1985, außerordentliche Bundesversammlung der Grünen in Hagen: In einem** Antrag **(der**

jedoch nicht debattiert wurde) hieß es, dass *»aufkeimendes Liebesbedürfnis und sexuelles Verlangen«* der Kinder unterdrückt werde.[476] Ein anderer Antrag (nicht debattiert), zog die Schlussfolgerung, dass die Sexualstrafgesetze revidiert werden müssen, weil ein *»Liebesentzugfür Kinder (...) ein kulturelles Verbrechen«* sei. Wörtlich heißt es in diesem Antrag: *»Die Paragrafen* [gemeint waren die Schutzrechte des StGB für Kinder, MGR] *ermächtigen die meisten Erwachsenen, Kinder, die von liebevollen Beziehungen oder spannenden Liebeserlebnissen berichten, nicht ernst zu nehmen, sie auszuquetschen, sie von ihren Freunden zu trennen oder sie zu bestrafen.«*[477]

BELEG 37: ➔ Baden-Württemberg 1985, Tagung des Landesarbeitskreises Kinder und Jugendliche der Grünen in Ludwigsburg: Manche Teilnehmer argumentierten mit dem *»Recht«* der Kinder auf *»völlige Gleichberechtigung«*. Diese stehe allerdings im Widerstreit mit dem Schutz von Kindern vor sexuellen Übergriffen.[478] Dr. Klecha: *»(...) in den abgehaltenen Referaten überwogen diejenigen Beiträge,* ***die*** *moralische Kategorien nicht für naturgegeben ansahen*[479]*, die Elemente der antiautoritären Erziehung hervorhoben, wonach >Triebbeherrschung (Sauberkeit), Gefühlsunterdrückung, Rücksicht und Toleranz für Erwachsene< von Kindern als >Grausamkeit< empfunden werden könnten*[480]*, oder welche gar die* ***Notwendigkeit des pädagogischen Eros*** *betonten.«*[481] Der Landesarbeitskreis forderte in seinem Antrag, jegliche Schutzalterregelungen *»für einverständliche sexuelle Beziehungen, egal welches Geschlecht, Alter oder sexuelle Ausrichtung zu streichen«!*[482] Die Begründung: *»Menschen, deren Gefühle, Zärtlichkeit und auch* ***Sexualität in der Kindheit unterdrückt*** *werden, ist es fast unmöglich, befriedigende und gleichberechtigte Beziehungen zu anderen Menschen zu entwickeln und verantwortungsvoll mit der Natur umzugehen.«*[483] Die sexuelle Befreiung der Kinder also als Voraussetzung für eine soziale Gesellschaft und nachhaltigen Umgang mit der Natur?

BELEG 38: ➔ Baden-Württemberg 1985, Landesversammlung der Grünen: In einem Antrag (der aufgrund mangelnder Beschlussfähigkeit nicht entschieden wurde)[484] hieß es, dass die Schutzparagrafen des Sexualstrafrechts *»vorgeben, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Kinder und fugendlichen schützen zu wollen. In Wahrheit ist eine*

Schutzfunktion nur bedingt gegeben; in einer Vielzahl von Fällen wird dagegen Selbstbestimmung unmöglich gemacht.«[485] Die Schutzfunktion der Gesetze für Kinder wurde also grundsätzlich bestritten.

BELEG 39: ➔ Bayern 1985, Grünen-Antrag im Landesverband zur Diskussion: Darin stand, dass die Gesellschaft akzeptieren solle, dass *»Kinder **untereinander** sexuelle und erotische Bedürfnisse nach Liebe und Zärtlichkeit«* besäßen.[486] Dr. Klecha interpretiert das so: *»Unter Berufung auf den Diskurs um die sexuelle Befreiung des Kindes redete man Forderungen nach strafrechtlicher Legalisierung von Pädosexualität das Wort, ja man versuchte solche Positionen gar zu einer Handlungsmaxime für die Grünen zu erheben.«*[487]

BELEG 40: ➔ Niedersachsen 1986, Bundesversammlung der Grünen: In einem Antrag **der** SchwuP hieß es, Pädophilie und Homosexualität seien aus der Liste der bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) klassifizierten Krankheiten zu streichen.[488] In einem Antrag, **der** von **Hans-Ghristian Ströbele** und Norbert Mann vorgelegt wurde, hieß es: »(…) *Wegen einvernehmlicher sexueller Handlungen sind Hunderte von Menschen im Knast oder in der Psychiatrie. Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, fordern die Grünen eine Reform des Sexualstrafrechts, die die sexuelle Selbstbestimmung fördert statt verhindert.«*[489]

BELEG 41: ➔ Deutschlandweit 1987, Bundestagswahlprogramm der Grünen: Die Streichung des § **182** StGB und damit die **Aufhebung der** Schutzaltersgrenze von **16** Jahren für sexuelle Handlungen **wurde** immer **noch** gefordert.[490]

BELEG 42: ➔ Schleswig-Holstein 1987, Programmbroschüre der Grünen zur Landtagswahl: Darin druckten sie ein Programm für Schwule und Lesben **ab.** Dieses beinhaltete die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit *»alle[r] Formen einvernehmlicher Sexualität«, zweifelte die »Strafwürdigkeit von Sexualität an sich«* an und stellte Strafen dafür infrage[491]

BELEG 43: ➔ Berlin 1989, Magazin der grünen Alternativen Liste (AL): Der parteilose AL-Abgeordnete Albert Eckert schrieb **im** Magazin der AL (*Stachlige Argumente* wird heute herausgegeben von Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Berlin), dass ***»einvernehmli-***

***che** Sexualität **zwischen Kindern und Erwachsenen** möglich ist und **entkriminalisiert** werden sollte (was keinesfalls Straffreiheit für vergewaltigende Väter bedeutet!)«.*[492]

BELEG 44: ➔ **Berlin** 1993 (?)[493]**, Arbeitskreis »Jung und Alt« der grünen Alternativen Liste:** Dieser Arbeitskreis erweckte nach Meinung von Dr. Stephan Klecha mit seinen Rundbriefen den Eindruck, *»Kontakte zwischen Kindern und Pädophilen herzustellen«.*[494] Tatsächlich war ein Mitglied des Arbeitskreises Ende der 1980er-Jahre einschlägig wegen sexuellen Missbrauchs vorbestraft worden und wurde danach wieder rückfällig.[495]

BELEG 45: ➔ Dennoch dauerte es bis 1995 (!), bis sich die Grünen von den letzten Protagonisten pädosexueller Interessen lossagten![496]

Achtung!

Sogar die Landesdelegiertenversammlung stellte im Jahr 2010 fest, dass sich die Grünen aus »falsch verstandener Toleranz nicht schnell genug und konsequent genug« den Anliegen der kleinen »Minderheit der Anhänger der Pädophilie widersetzt hätten«.[497]

Achtung!

Wären die Grünen konsequent und moralisch mit ihrer Vergangenheit umgegangen, hätten Köpfe rollen müssen! Aber so erleben wir Tag für Tag auf's Neue die Doppelmoral der notorischen Ankläger.

2.5 DIE ENTSCHULDIGUNG

Seien Sie wachsam!

Viele halten den Grünen zugute, dass sie »**von sich aus**« die Pädophilie-Debatte in ihrer Partei angeschoben hätten. Das sehe ich anders: Der öffentliche Druck auf die Saubermann- und Sauberfraupartei war zu groß geworden (siehe oben).

 BELEG 46: ➔ Jürgen Trittin meldete sich jedenfalls zu Wort und gab Fehler zu: *»Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter arbeitet im Auftrag des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Rolle von Pädophilie-Befürwortern in der Gründungsphase der Grünen auf. Im Zuge seiner Arbeit ist er auf das Kommunalwahlprogramm der Göttinger AGIL von 1981 gestoßen, für das ich im Sinne des Presserechtes verantwortlich war. Dort wird die Reform der Paragrafen 174 und 176 des Strafrechts gefordert. Die Formulierungen sind aus dem Bundesprogramm von 1980 entnommen.*

Ich habe mehrfach bestätigt, dass in der damaligen Zeit bei den Grünen diese falschen Forderungen weit verbreitet waren. Mir selbst waren die Details des damaligen Kommunalwahlprogramms nicht mehr präsent. *Es ist gut, dass diese Vorgänge nun systematisch aufgearbeitet werden und nicht der zufälligen Erinnerung Einzelner überlassen werden.«*[498]

Trittin weiter: *»Es war das Selbstverständnis der Göttinger AGIL, die Forderungen einzelner Initiativen - in diesem Fall der Homosexuellen Aktion Göttingen - eins zu eins zu übernehmen.* ***Diesem falschen Politikverständnis und diesen falschen Forderungen haben wir uns nicht entgegengestellt.*** *So sind viele falsche Forderungen in das grüne Wahlprogramm dieser Zeit gekommen, auch in das Kommunalwahlprogramm in Göttingen.«*[499]

Trittin steht dazu: ***»Dies ist auch meine Verantwortung. Und dies sind auch meine Fehler, die ich sehr bedauere. Es hat zu lange gedauert, bis diese Haltung dann im Jahr 1989 korrigiert wurde.*** *Es kann keine Straffreiheit für Missbrauch geben. Dies sage ich auch mit Blick auf die Opfer solchen Missbrauchs - sie haben zu Recht kein Verständ-*

nis für eine falsch verstandene Liberalität gegenüber solchen Straftaten und sind zu Recht über solche Haltungen empört. Aus diesem Grund hat der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Prof. Walter mit der Aufarbeitung beauftragt. Herr Walter hat angeboten - und ich möchte sein Angebot wiederholen dass sich alle Opfer bei Ihm melden können.«[500]

Die Entschuldigung der Grünen-Chefin Simone Peter im November 2014 klang so: *»Wir entschuldigen uns nochmals bei allen Opfern sexuellen Missbrauchs, die sich durch die grünen Debatten der 80er-Jahre in ihrem Schmerz und ihrem Leid verhöhnt fühlen (...). Wir bedauern zutiefst, dass Täter unsere Beschlüsse als Legitimation ihrer Taten empfunden haben können.«*[501]

Fazit: Die pädophilen Strömungen bei den Grünen waren tiefgreifender und umfangreicher, als dies von der Parteiführung anfangs eingestanden wurde.

2.6 SEX ZWISCHEN GESCHWISTERN LEGALISIEREN?

Unglaublich, aber wahr: Die **»Grüne Jugend« fordert schon lange, Sex zwischen Eltern** und - erwachsenen - **Kindern** zu **erlauben,**[502] sprich: Inzest straffrei zu erlauben.

BELEG 47: ➔ In ihrem Antrag heißt es u. a.: *»Es wird Zeit, diesen brutalen Schutz gesellschaftlicher Tabus auch bei Geschwistern zu beenden (...).«*[503]

Und auch die Grüne Jugend holt für ihr Ziel die NS-Keule aus der Mottenkiste, **ein Skandal!** Doch lesen Sie selbst: *»Zwar steigt bei inzestuöser Fortpflanzung die Wahrscheinlichkeit, Krankheiten zu vererben, jedoch besteht dieses Risiko auch bei anderen Personen mit entsprechenden Erbanlagen (...). Wer Inzest mit der Begründung unter Strafe stellt, die Zeugung behinderter Kinder müsse gezielt verhindert werden, begibt sich gefährlich nahe an die NS-Ideologie heran.«*[504]

Dies endet in der Forderung: *»Die GRÜNE JUGEND fordert die Abschaffung des Paragrafen 173 StGB, der Strafandrohung bei Beischlaf*

zwischen Verwandten vorsieht. Die GRÜNE JUGEND fordert die sofortige Amnestierung aller Personen, die aufgrund des §173 StGB verurteilt worden sind.«[505]

Hintergrund

§173 StGB Beischlaf zwischen Verwandten:

(1) Wer mit einem leiblichen Abkömmling den Beischlaf vollzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer mit einem leiblichen Verwandten aufsteigender Linie den Beischlaf vollzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft; dies gilt auch dann, wenn das Verwandtschaftsverhältnis erloschen ist. Ebenso werden leibliche Geschwister bestraft, die miteinander den Beischlaf vollziehen.

(3) Abkömmlinge und Geschwister werden nicht nach dieser Vorschrift bestraft, wenn sie zur Zeit der Tat noch nicht 18 Jahre alt waren.[506]

BELEG 48: ➔ Hans-Christian Ströbele fordert, laut *Zeit*, ebenfalls, den Inzestparagrafen abzuschwächen. Sex unter Geschwistern soll legalisiert werden.[507] Und der *Focus* schreibt: *»Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele will den Inzest-Paragrafen in Deutschland abschaffen. Das Inzest-Verbot passe nicht mehr in unsere Zeit und unsere Auffassung von Familie.«*[508]*

Zu *N24* sagte Ströbele zur Abschaffung des Paragrafen 173: *»Das ist ein einsames Relikt aus anderen Zeiten, in denen ja auch noch der Ehebruch strafbar war, das haben wir auch abgeschafft.«*[509] Paragraf 173 passe *»in diese Zeit der geläuterten Auffassung über Ehe und Familie nicht mehr hinein. Er muss so weg.«*[510]

Seien Sie wachsam!

Eine Grünen-Partei, die sich mit den Themen **Legalisierung von Sex zwischen Erwachsenen und Kindern** und **Entkriminalisierung der Pädosexualität** über viele Jahre hinweg sehr schwertat und **straffreien Sex zwischen Geschwistern** fordert. Ich frage noch einmal: **Welch Geistes Kinder sind diese Partei und ihre Wähler?**

Anmerkung: Weitere BELEGE sind im Kapitel 4 »Abstruse Grünen-Chefs« aufgeführt.

3 Wasser predigen und Wein trinken: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?

Was Sie in diesem Kapitel erwartet:

- **Wie die grüne »Friedens-« zur »Kriegspartei« mutierte**
- **Wie die Grünen zur Armut in Deutschland beitrugen**
- **Wie die größte Saubermann-Partei Deutschlands die Menschen für dumm verkauft**

3.1 ÜBER SCHEINHEILIGE UND GUTMENSCHEN

Hintergrund

Am grünen Wesen soll die Welt genesen?
Die FAZ: »Die selbst ernannte **moralische Instanz** von Grüninnen und Grünen maßt sich an, mit einer **verquasten Ideologie das Volk zu beglücken.** Sie reklamieren **Toleranz und Weltoffenheit** als **grüne Erfindung,** die nun über die **Welt gebracht werden** müsse. Ihr verbissener **Ehrgeiz,** die **bösen Deutschen** vom **verhängnisvollen Deutschsein** zu **befreien** und zu einer guten **Nation grüner Prägung** zu machen, hat längst **sektengleiche Züge.** Multikulti soll uns Heil und Segen bringen. **Am grünen Wesen soll die Welt genesen.** Moral? Grüne sind die Moral!«[5]

Wie schon im Vorwort erwähnt, ist eine Debatte mit »Gutmenschen« schwierig, zumal die Grünen wegen ihrer »guten« Ziele kaum

kritisiert werden können, ohne dass die Kritiker selbst ins moralische Abseits gelangen.

Dabei waren es gerade diese grünen Gutmenschen, die im ersten Jahr ihres Einzugs in den Bundestag das Parlament brüskierten, indem ihre Reden mit mehr oder weniger herabwürdigenden Floskeln begannen.[512]

Prof. Manfred Güllner macht dazu folgende Anmerkung: *»Diese das Parlament herabwürdigenden Verhaltensweisen sind u. a. auch ein Beleg dafür, dass sich der in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft herausgebildete Wertepluralismus innerhalb der grünen Bewegung weder widerspiegelt noch von ihr toleriert wird.* ***Die Grünen akzeptieren bis heute weitgehend nur ihr eigenes, eher monolithisches Wertesystem,*** *das sie in* ***extrem intoleranter*** *Weise für das einzig richtige und für sie verbindliche halten - im Übrigen nicht nur in der Politik, sondern in nahezu allen Lebensbereichen,«*[513]

Dabei scheint das Vorgehen für mich sehr subtil zu sein: **Handliche Schuldkonstruktionen** dienen offensichtlich dazu, **Gegner und Feinde zu markieren,** um sie dann **moralisch zu diskreditieren und herabzusetzen.**[514]

Ludger Volmer, der Fraktionsvorsitzende der Grünen (1986) und Staatsminister im Auswärtigen Amt (1998-2002) charakterisiert in seinem Buch *Die Grünen* die »Hauptdarsteller« der Partei nach den Wahlerfolgen so: *»Jetzt war nicht mehr entscheidend, wer die klügsten Ideen für die Parteientwicklung hatte, sondern wer am besten in den Medien rüberkam.* ***Klugheit galt*** *im Kontext smarter Macht- und Medienstrategien bald* ***weniger als Gerissenheit,*** *Seriosität weniger als Superstarattitüde (...). Die* ***Selbstinszenierung als Star,*** *die* ***Politik als medialer Egotrip*** *verliehen Größe. Größe?* ***Mediengeilheit*** *sagten andere dazu. Der Talkshowauftritt, anfangs noch belächelt, wurde zum Maßstab für das interne Ranking (.,.).«*[515]

Grüne Funktionsträger ließen sich also offenbar nicht nur durch Mediengeilheit korrumpieren, auch die Grundsätze der Partei wurden verraten. So sieht das jedenfalls die ehemalige Bundesvorsitzende der Grünen, **Jutta** Ditfurth: *»Das Asylrecht wurde faktisch abgeschafft, der Weg in den Polizeistaat asphaltiert, die Renten gekürzt, der Zugang für Arbeiter- und Migrantenkinder zu den Hochschulen verengt. Die*

>Revolution< bestand in der Zerschmetterung des Sozialstaats und begründete die Verelendung vieler Menschen von heute und von morgen. Den verheißungsvollen >Neubeginn<, den Interessierte ausgerufen hatten, gab es in Gestalt von Steuersenkungen für das Kapital, für Gutverdienende und Reiche (...)• Sie warfen Bomben auf Jugoslawien und bauten Abschiebeknäste auch für Kinder. >Freifließen< durften Kapital, Rüstungsexporte und Atomenergie.«[^6]

»Er kenne so viele Leute bei den Grünen, die jeden Tag gegen ihre moralischen Grundsätze im Umgang mit Frau und Kindern verstießen, die sollten mal nicht so auf dem hohen Ross sitzen, findet Cohn-Bendit, früher Dany le Rouge genannt.«[517]
(Zeitmagazin)

Und so predigen manche Grünen-Gutmenschen bis heute Wasser und t rinken selbst Wein. Sehen Sie selbst:

3.2 »JA« ZU VÖLKERRECHTSWIDRIGEN KRIEGEN

Die Grünen, die »Partei des guten Gewissens«, die »Moralapostelpartei«, haben ihre Grundsätze immer wieder verraten. In diesem Kapitel möchte ich einige dieser verräterischen Handlungen offenlegen.

Die Grünen, die »Erben der Friedensbewegung«, wollten und wollen immer wieder das *»bündnisgrüne friedenspolitische Erbe«*[518] bewahren. Denn die »Friedenspartei« wollte schon im Jahr 1980 im Bundesprogramm die **NATO auflösen, einseitig abrüsten und die Bundeswehr abbauen.**[519] Im sogenannten »Friedensmanifest« von 1981 lehnten die Grünen den Einsatz der Bundeswehr sogar dann ab, wenn die Bundesrepublik angegriffen würde.[520] Bei der Bundestagswahl 1987 forderten sie den Austritt aus der NATO, weil es mit dem Militärbündnis »keinen Frieden« geben könne.[521]

Doch das hat sich meiner Auffassung nach *radikal* geändert, wie ich nachfolgend belegen werde.

Seien Sie wachsam!

Meiner Auffassung nach sind **die** Grünen längst von einer **Friedens-** zu einer **Kriegspartei** mutiert!

3.2.1 Afghanistan I (1979)

Die Sowjetunion führte in Afghanistan zwischen 1979 und 1989 an der Seite der Regierung Krieg gegen zahlreiche Gruppierungen afghanischer Mudschaheddin. Es war ein Stellvertreterkrieg, denn die Mudschaheddin wurden direkt und indirekt von der NATO und einigen islamischen Staaten unterstützt. Die Sowjetunion wollte durch die Intervention verhindern, ihre Republiken Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan zu verlieren.[522]

Doch schon beim Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan im Jahr 1979 war sich die grüne »Pazifisten-Partei« uneinig in der Beurteilung dieser Intervention. Manche interpretierten den Einmarsch sogar als *»taktische Offensive«*[523] und begründeten das mit der **strategischen Defensivposition,** in die die Sowjetunion durch die US-**Einkreisungspolitik** geraten sei.[524]

Selten habe ich eine zynischere Verteidigung einer Invasion erlebt! Nach dieser Definition der Grünen könnte das auch ein Argument für Revisionisten sein, demnach Adolf Hitler aus seiner Defensivposition[525] heraus in die Sowjetunion einmarschiert sei, um dadurch einem Einkreisen der Alliierten zuvorzukommen?

3.2.2 Jugoslawien (1990-1995)

Der jugoslawische Bürgerkrieg (in dem sich verschiedene frühere Teilrepubliken von Belgrad lösten und unabhängig wurden) kostete von 1990 bis 1995 über 160000 Menschenleben. Er war einer der brutalsten Kriege in Europa.[520] Tausende ältere Menschen, Mütter und Kinder verloren dabei ihr Leben.

Mir selbst wurden damals von Bürgerkriegsmilizen Videos[527] zugespielt, um sie im deutschen Fernsehen zu veröffentlichen. Doch die Szenen waren so grausam, dass sie nicht gesendet werden konnten.

☠ Im August 1992 **forderten** die Europaabgeordnete **Claudia Roth** und Bundesvorstandsmitglied Helmut Lippelt öffentlich und ziemlich früh ein **militärisches Eingreifen.**[528]

»Niemand hatte sich vorstellen können, dass ausgerechnet eine vormals pazifistische und antimilitaristische Partei namens *Die Grünen* der deutschen Beteiligung an diesem NATO-Krieg gegen Jugoslawien den Weg ebnen würde.«[529]
(Jutta Ditfurth)

Die Diskussion schwappte auf die Partei über und eine Sonder-Delegiertenkonferenz im Oktober 1993 musste die Wogen glätten.

»Andere legten angesichts der Gräuel ihre pazifistische Gesinnung ab wie eine schlecht sitzende Maske.«[530]
(Ludger Volmer)

Drei Parteien innerhalb der Grünen standen sich gegenüber: die »Radikalpazifisten«, die jegliches *bewaffnetes Eingreifen* strikt *ablehnten,* die »Bellizisten«[531] (zu denen auch Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit[532] gehörten)[533], die *sich für Militärinterventionen aussprachen,* und die »politischen Pazifisten«, die *Blauhelmeinsätze befürworteten.* Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der in Nebensätzen eine *»unspezifische Ermächtigung für Militärinterventionen«*[534] gab, in den Hauptsätzen diese aber wiederum ablehnte.[535]

lYpisch Grüne: Nicht ja, nicht nein, sondern jein.

»Die grünen Realos wussten längst, dass sie niemals an die Regierung kommen würden, wenn sie nicht den Kapitalismus und die NATO akzeptierten. Dazu war auf allen Fronten ein bisschen Unterwerfung nötig.«[536]
(Jutta Ditfurth)

Das Massaker von Srebrenica, der größte Massenmord in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, bei dem im Juli 1995 ungefähr 8000 Bosniaken - fast ausschließlich Männer und Jungen zwischen 13 und 78 Jahren - getötet[537] wurden, änderte die Einstellung vieler Grüner. Dennoch gab es wieder einmal zwei sich gegenüberstehende Meinungen:

Linke und Fundis um Bärbel Höhn *»verharmlosten den Massenmord als beliebiges Element allgegenwärtiger Gewalt«*[538], wohingegen Joschka Fischer nun Kampfeinsätze als *»realistische Aussicht auf Erfolg«*[539] deklarierte. Die Folge erklärt Ludger Volmer: *»Joschka Fischers abrupter Kurswechsel, den er wie gewohnt mit verletzender Rhetorik vortrug, erstickte den vorsichtigen Wandel, den ich bei Linken (...) erreicht hatte, und trieb viele in eine Trotzhaltung.«*[540]

Im Oktober 1996 besuchte Fischer Sarajevo. Gegenüber Journalisten machte er den *»Pazifismus«* (sie!) für die vergangenen Gräuel mitverantwortlich.[541]

Na, wenn das keine Kehrtwende in einer pazifistischen Friedenspartei war!

»Wo deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg gewütet haben, darf es keine Einsätze geben.«[542]
(Joschka Fischer 1994)

Jochen Buchsteiner schrieb in der *Zeit: »Lange leitete er* [Fischer, MGR] *aus der deutschen Schuld die Pflicht zur militärischen Enthaltsamkeit ab - nach dem Massaker von Srebrenica, Fischers >Damaskus-*

Erlebnis<, warb er mit der gewaltsamen Befreiung von Hitler für die Notwendigkeit einer Militärintervention,«[543]

Gesagt, getan.

3.2.3 Kosovo (1999)

Im März 1999 - mit den NATO-Bomben auf Belgrad - begann der **erste Krieg mit deutscher Beteiligung nach dem Zweiten Weltkrieg** und der war auch noch ***völkerrechtswidrig,*** da ***ohne*** **UN-Mandat.** Demzufolge waren die Bombardierungen ein **Angriff** gegen den **Bundesstaat Jugoslawien.**[544]

Hintergrund

NATO-Bomben auf Jugoslawien:

Am 24. März 1999 bombardierten NATO-Luftstreitkräfte um 20 Uhr Belgrad, Pristina, Novi Sad und Podgorica. In den darauffolgenden 78 Tagen des Krieges flog die NATO 38 000 Lufteinsätze, 9160 Tonnen Bomben wurden abgeworfen.[545]

Zum Kriegsende waren 2500 Zivilisten durch Splitterbomben und Raketen getötet, mehr als 10000 verletzt, 800000 Menschen geflohen.[546]

Das Fatale: Der Krieg begann mit einer **Lüge!**

Heinz Loquai, General a. D. - OSZE: »Die Legitimationsgrundlage für die deutsche Beteiligung war die sogenannte humanitäre Katastrophe, eine solche humanitäre Katastrophe als völkerrechtliche Kategorie, die einen Kriegseintritt rechtfertigte, lag vor Kriegsbeginn im Kosovo **nicht** vor.«[547]

Möglich gemacht hatten dies ausgerechnet auch die Grünen, die selbst propagierte »Friedenspartei«, die aus der Friedensbewegung entstanden war!

Das Ziel: Die NATO und ihr Verbündeter Deutschland wollten durch die Bombenangriffe die Vertreibungen der Kosovo-Albaner unterbinden.

☠ Am 16. Oktober 1998 stimmten 29 Grüne **für** den NATO-Kriegseinsatz, neun sagten Nein und acht enthielten sich.[548] **Die Mehrheit der Grünen votierte für den Krieg!**

☠ In der vorhergehenden Bundestagsdebatte hatte Joschka Fischer den damals nur geplanten NATO-Luftangriff für *»legal«* und *»legitim«* gehalten.[549] Denn wenn die Grünen für »Nein« votiert hätten, hätte die deutsche Weigerung das Militärbündnis erheblich geschwächt.

☠ Bei der Bundesdelegiertenkonferenz vom 5. bis 7. März 1999 in Erfurt **stimmten die Grünen der Regierung,** also dem **Kriegseinsatz, zu**[550] und verrieten dadurch ihre eigenen Werte - wieder einmal.

Ludger Volmer erinnert sich an die darauffolgenden Tage nach den Angriffen und das **Doppelgesicht** manch einer Parteikollegin: ☠ *»Christa Nickels, Claudia Roth - seit Jahren forderten sie, man müsse >etwas tun< gegen die serbische Kriegspolitik. >Tun<, das war militärisch gemeint. Jetzt gehörten sie zu denen, die am lautesten >aufhören, aufhören< riefen. Sie hatten eine Militärintervention gefordert, also Waffengewalt, wollten sich jetzt aber vor den Konsequenzen davonstehlen.«*[551]

☠ **Doch die Zustimmung FÜR Krieg bedeutete, an der Regierung zu bleiben!**

Hintergrund

Krieg als Preis fürs Mitregieren?

Kurios: Im April 1998, also ein Jahr zuvor, **beschlossen** die *»grünen Gandhis«*[551] in Magdeburg, **Kampfeinsätze** der Bundeswehr **abzulehnen.** Nun sollten sie nach dem Willen **Fischers** und der **Parteiführung** einer deutschen **Kriegsbeteiligung** am Kosovo-Krieg **zustimmen.**

Jochen Buchsteiner schrieb in *Die Zeit: »Keiner der Großen scheint derzeit bereit, weiterzugehen und den Minister in eine ausweglose Lage zu manövrieren. Selbst die grimmigsten Kriegsgegner wollen den **grünen Feldherrn** nicht stürzen; **sie regieren selbst zu gerne.** Wenn der Kosovo-Konflikt in den nächsten zwei Wochen nicht*

eskaliert, werden die Delegierten daher eine weitere Urkunde grüner Unentschiedenheit unterschreiben, ein Stillhalteabkommen, das der Partei das Weiterwursteln sichert und ***Joschka Fischerden Job.«***[553]

Doch der Kosovo-Krieg eskalierte mit der »versehentlichen« Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch NATO-Bomben. I)adurch schwand auch die letzte Zuversicht des Westens, den Krieg gegen Serbien mithilfe der UN zu legitimieren.[554]

Auch Joschka Fischer bekam für seinen »Kriegseinsatz« den Unmut der Basis zu spüren. Auf dem Parteitag am 13. Mai 1999 in Bielefeld wurde ihm ein Farbbeutel ins Gesicht geschleudert.[555] Er erlitt einen Riss im Trommelfell.[556] Fischer erstattete Strafanzeige. Der »Farbattentäter« erschien in Frauenkleidern vor Gericht: 3600 D-Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen *»schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall.«*[557]

Die nächste Doppelzüngigkeit: Auch Jürgen Trittin **lehnte** bis ins Wahljahr 1998 die deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen **ab** - und zwar strikt! Als Minister im Kabinett Schröder **stimmte** er der Kosovo-Intervention dann allerdings **zu.**[558]

Achtung!

Für mich sind die grünen »Moral- und Friedensapostel« jedenfalls **mitverantwortlich für tausendfachen Tod und die Zerstörung eines ganzen Landes.**

»Die Grünen mussten lernen, dass nicht die
Gesinnung, sondern die Konsequenzen entscheidend sind -
Verantwortungs- statt Gesinnungsethik.«[559]
(Ludger Volmer)

3.2.4 Afghanistan II (2001)

Am 11. September 2001 wurden vier Flugzeuge entführt und mit ihnen Selbstmordattentate auf wichtige zivile und militärische Gebäude in den USA verübt. Zwei Flugzeuge krachten in die Türme des World Trade Centers in New York und eines in das Pentagon in Arlington, Das vierte Flugzeug stürzte nach Kämpfen zwischen Passagieren und dem Piloten der Entführer bei Shanksville ab. Rund 3000 Menschen starben an diesem Tag. Die Täter wurden der islamistischen Terrororganisation *al-Qaida* zugeordnet, die in Afghanistan ihre Hauptbasis hatte. Die USA reagierten mit einem Krieg in Afghanistan, um die Terrororganisation zu zerschlagen.[560]

Die Worte der »*uneingeschränkten Solidarität*« kamen Bundeskanzler Schröder und seinem Außenminister Fischer[561] viel zu schnell über die Lippen. Sie waren außenpolitisch zu versiert, um nicht zu wissen, was dies letztendlich bei dem US-Kriegspräsidenten Bush bedeuten würde. So kam es, wie es kommen musste, wenn die USA im Spiel sind: **ein** erneuter **Krieg mit deutscher Beteiligung!**

Am 24. November 2001 **votierte** die **Mehrheit der Grünen auf** ihrem Bundesparteitag in Rostock **für** einen Verbleib in der rot-grünen Koalition (Machterhalt!) *und fiir* **einen Bundeswehreinsatz in Afghanistan**[562] (Verrat der eigenen Ideale, um an der Macht zu bleiben!).

Achtung!

Im Leitantrag des Vorstandes hieß es noch heuchlerisch: *»Bündnis 90/Die Grünen bleiben eine militärkritische Partei mit hoher Friedenskompetenz«.*[563] **Claudia Roth** glänzte - nach der linken Wochenzeitung *Jungle World* - wieder einmal mit einem Redeschmankerl: *»Sind wir für oder gegen diesen Krieg - diese Frage stellt sich nicht (...). Wir sind und bleiben eine Antikriegspartei«*[564] (die gerade den **Kriegseinsatz** beschlossen hatte)!

Jutta Ditfurth über ihre frühere Parteikollegin: *»Wie immer weiß niemand, ob sie den Schwachsinn auch noch glaubt, den sie redet.«*[565]

Das Transparent auf dem Parteitag

»Joschka, du Kriegsverbrecher bist hier unwillkommen«[566]

nutzte dann auch nichts mehr.

So stimmte die **rot-grüne Koalition** mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) Im Bundestag am 22. Dezember 2001 der **Entsendung von bis zu 1200 Bundeswehrsoldaten** im Rahmen **der** ISAF[567] zu.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik - und mit tatkräftiger Unterstützung der Grünen - standen damit Bundeswehrsoldaten vor einem Kampfeinsatz *außerhalb* Europas!

Doch damit nicht genug. Im Laufe der Jahre wurde der Einsatz ausgeweitet, die Personalobergrenze zunächst auf 3000 Soldaten angehoben. Im Februar 2010 beschloss der Bundestag, das Kontingent auf bis zu 5350 Soldaten zu erhöhen.[568]

Ludger Volmer entlarvt die **Doppelmoral** der damaligen Parteioberen: *»Für den Afghanistan-Einsatz wollte der Kanzler Klarheit, eine eigene Mehrheit. Für die meisten Grünen, auch viele Linke, eine klare Sache. Gegen den Terror musste man - wenn nötig - auch militärisch vorgehen, ohnehin galt die NATO-Verpflichtung. Aber auch wenn man wegen des Waffeneinsatzes Gewissensbisse hatte - **das Gewissen erstreckte sich ebenso auf strategische Fragen wie das Überleben der Koalition als Voraussetzung etwa für die geplanten Sozialreformen.«***[569]

Achtung!

DIESE Einschätzung von Ludger Volmer ist ein **Skandal für die Grünen:** Nur um die **Koalition fortzuführen,** also an der **Regierung bleiben zu können** und **Sozialreformen durchzusetzen,** wurden **deutsche Soldaten in einen Krieg geschickt,** den sie nicht gewinnen konnten!

Menschenleben gegen Sozialreformen?

Der Journalist Markus Bickel schrieb: *»Ihren intellektuellen Tiefpunkt aber erreichte die Bewegung, als ihre acht parlamentarischen Repräsentanten vor zwei Wochen das gemeinsame Vorgehen bei der Vertrauensfragefestlegten. Die Begründung lieferte der Abgeordnete Christian Simmert. >Die vier aus der Gruppe der acht, die mit Ja gestimmt haben, haben auch für diejenigen gestimmt, die mit Nein stimmen, und umgekehrte >Das ist in gewisser Weise schizophren<, kommentierte Ströbele den Vorgang.«*[570]

Jutta Ditfurth kennt noch andere Gründe und die sind genauso skandalös: *»Viele Grüne hätten aus **Angst vor der >völligen politischen ExistenzlosigkeiU**[571] **zugestimmt,** gestand Ludger Volmer, der **nicht** zum ersten Mal für seine **materielle Existenz einen Krieg** gegen andere in **Kauf nahm.«***[572]

Für Krieg aus Angst vor politischer Existenzlosigkeit!

Markus Deggerich von *Spiegel online* gab einen Einblick, wie die Frage nach Krieg und Frieden bei den Grünen - und mit welchem unglaublichen ***Machtkalkül*** (über das Gewissen für Leben oder Tod) offenbar entschieden wurde: »Dessen [gemeint war der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, MGR] *Waffenbruder Joschka Fischer hatte sich zuvor wieder mal mit aller Kraft ins Zeug gelegt. Die Schwankenden*

teiner Fraktion baute er vorher mit persönlicher Seelenmassage auf. >Ich hatte 45 Minuten Privataudienz bei ihm<, sagte die jüngste grüne Abgeordnete, Grietje Bettin. Mehr, als andere in ihrem ganzen Leben ***mit*** *ihm gesprochen hätten, wie altgediente Grüne ihr danach versi-* ***chert*** *hätten (...). Verbraucherschutzministerin* ***Renate Künast*** *gesellte Sich zu Bettin und versuchte zu trösten.* ***Jetzt könne man selbstbewusst*** *in* ***die Haushaltsverhandlungen eintreten und Geld rausschlagen für grüne Projekte, versprach sie.*** *Möglichst noch kommende Woche sollen* ***grüne*** *Unterhändler die Summen festklopfen,* ***damit man auf dem Parteitag was vorzuweisen habe.*** *>Nein, das ist kein Schmerzensgeld, son-* ***dern*** *der Versuch, grüne Politik durchzusetzen<, redete sie der jungen Abgeordneten Mut zu. Es gehe weiter mit Rot-Grün.«*[573]

Menschenleben für Geld und grüne Projekte?

Diese Szene zeigt - wenn sie sich so zugetragen hat - eindeutig, wie ***ikrupellos*** die damalige Grünen-Fraktion Abgeordnete für das Ziel beeinflusste, deutsche Soldaten nach Afghanistan – in einen Kriegs-dnsatz – zu schicken.

Seien Sie wachsam!

Hätten die grünen Abgeordneten **nicht für** den deutschen Kriegseinsatz in Afghanistan gestimmt, wäre die rot-grüne Koalition zerbrochen und die Grünen-Politiker wären ihre **Ämter losgewesen.** Wie Renate Künast dann auch noch versuchte, das »Ja« für den **Kriegseinsatz mit Geld aus den Haushaltsverhandlungen zu vermengen,** ist mehr als perfide und **demaskiert die grünen Moralapostel und Scheinheiligen einmal mehr.**

Aus einer pazifistischen Oppositionspartei wurde eine interventionalistische Regierungspartei.[574]

Das »Überleben der Koalition« bedeutet für mich, unbedingt an der »Macht« zu bleiben und an »Pöstchen« kleben zu wollen,

koste es, was es wolle! Dazu, Tote in Afghanistan hinzunehmen, um in Deutschland Sozialreformen durchsetzen zu können. Das ist – ich wiederhole mich – skandalös!

Übrigens wurde der ISAF-Einsatz in Afghanistan **dreimal verlängert** - mit den Stimmen der Grünen.[575]

2006/2007 erwogen manche grünen Außenpolitiker sogar, die deutschen »Stabilisierungskräfte« (Volksverdummung für: Kampfeinsatztruppen) der ISAF zu »**Kampfeinsätzen**«[576] abzukommandieren. Ludger Volmer: *»Friedenspolitik als identitätsstiftender Imperativ der Parteigründung schien vergessen worden zu sein.«*[577]

»Krieg ist, dank der Grünen,
ein Mittel der Friedenspolitik (,..).«[578]
(Jutta Ditfurth)

Achtung!

Der seit über 14 Jahren andauernde **Krieg,** der mit **Einwilligung der Grünen** für einen deutschen Militäreinsatz vom Bundestag »legitimiert« wurde, kostete bisher rund **100000 Menschen in Afghanistan das Leben.**[579]

Die Friedens- und Umweltpartei hat für mich aber auch zu **verantworten,** dass die **Folgen dieses Krieges** die **Einschränkung der Bürgerrechte** im eigenen Land[580] und **zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in den Kriegsgebieten** sind.

Genau das, was die Grünen immer ablehnen, ist eingetreten: Denn die Profiteure des Afghanistan-Krieges sind vor allem die Rüstungsindustrie und private Sicherheitsunternehmen.[581] Auch die Umweltbelastungen steigen, denn *»im Krieg steigt der Treibstoffverbrauch,*

werden Gifte verbreitet, das Wasser mit Öl und Giften von Waffen belastet und nicht zuletzt abgereichertes Uran durch die Munition in der Umwelt abgeladen«.[5*2] Und das alles ausgerechnet mit großer Unterstützung durch die Grünen.

»Menschenrechte verteidigen Grüne bekanntermaßen
gern mit militärischen Mitteln.«[583]
(Jutta Ditfurth)

3.2.5 Kampf gegen den Islamischen Staat (seit 2014)

☠ **Die Grünen würden einen Bundeswehreinsatz gegen die Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) unterstützen, sogar am Boden!**

Laut *Süddeutsche Zeitung* hatte genau das die Fraktionsvorsitzende **der** Grünen im Bundestag, **Katrin Göring-Eckardt,** im Oktober 2014, gefordert: *»Deutschland muss initiativ werden bei den Vereinten Nationen. Es muss ein robustes Mandat geben, IS ist nur militärisch zu bekämpfen.«*[5*4] Im Fall eines solchen UN-Mandats müsse Deutschland *»gegebenenfalls* ***bereit sein,*** *sich mit der* ***Bundeswehr an einem Einsatz zu beteiligen«.***[5*5] Die Völkergemeinschaft dürfe sich *»nicht wegducken«: »Wir brauchen eine gemeinsame Strategie.* ***Wenn dabei herauskommt, dass am Boden agiert werden muss, würden wir das unterstützen.«***[5*6]

☠ Auch die Grüne Jugend scheint schon vom Militarismus angesteckt zu sein. Der *Tagesspiegel* berichtete: *»Unterstützung erhielt sie* | Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, MGR] *von der Grünen Jugend. >Der IS begeht in der Region Völkermord. Um ihn zu stoppen, halten wir ein* ***militärisches Eingreifen unter UN-Mandat für*** *notwendig<, sagte die Vorsitzende Theresa Kalmer. >Wir müssen* ***dann*** *auch so ehrlich sein und sagen, dass das im Zweifel* ***deutsche Soldaten sein können.<«***[5*7]

Sogar Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) blieb auf dem Teppich und nannte den Vorschlag aus den Reihen der

Grünen, die Bundeswehr könne im Rahmen eines UN-Mandats in der Region aktiv werden, als *»wohlfeil«.*[58]*

Achtung!

Unglaublich, aber wahr, die grüne »Friedenspartei« forderte sogar den Einsatz von Bodentruppen gegen den Islamischen Staat, auch mit deutscher Beteiligung, und zeigte sich dadurch noch mehr »hardcore« als die konservative CDU!

3.2.6 Irak (2015)

Am 29. Januar 2015 wurde im Deutschen Bundestag über den »Irak-Einsatz« abgestimmt. Dabei ging es darum, 100 Soldaten der Bundeswehr zur **Ausbildung kurdischer Kämpfer im Umgang mit Waffen und militärischer Taktik** gegen die Milizen des Islamischen Staates in den Nordirak zu schicken. Das Mandat ist bis zum 31. Januar 2016 befristet.[589]

Die Mission ist bis heute rechtlich höchst umstritten, da sie *nicht* **im Auftrag der UN, EU oder NATO erfolgt.**[590]

Und wie verhielt sich die »Anti-Kriegs- und Friedenspartei« Die Grünen bei der Abstimmung im Bundestag? Votierten Sie *gegen* diesen völkerrechtswidrigen Einsatz? - Nein! Sie *enthielten*[591] sich nur, hatten also *nicht* **den Mut,** *dagegen* **zu stimmen.**

3.2.7 Ukraine (2015)

Im Februar 2015 forderte die Osteuropa-Expertin der Grünen, Marieluise Beck, mehr Mitgefühl mit den Opfern des Krieges und schloss auch Waffenlieferungen an die ukrainische Armee nicht aus, so die *Zeit: »Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck hat sich* ***dafür ausgesprochen, die Ukraine auch mit militärischer Ausrüstung zu unterstützen.*** *Die ethische Frage,* ***ob*** *man einem klar Angegriffenen*

jede Aufrüstungshilfe grundsätzlich verweigern könne, beantwortete Sie >mit einem klaren Nein<.«[592]

Gleichzeitig »bashte« Beck (die Volksvertreterin) wieder einmal die Vergangenheit ihres eigenen Landes: *»Beck verwies auf den Zweiten Weltkrieg, in dem sich Polen, Holländer, Franzosen, Briten, Amerikaner und Sowjets den Nationalsozialisten entgegengestellt hätten.* ***>Wir tragen Schuld daran, dass die Welt lernen musste, sich verteidigen zu können und sich verteidigen zu dürfen<,***«[593] Wir Deutsche sind also wieder einmal schuld an allem Übel, an allen Kriegen dieser Welt!

Werner Schulz, Grünen-Abgeordneter im Europäischen Parlament, Vizevorsitzender des parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland und Mitglied **des** Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, ☠ **forderte in** der Sendung *Menschen bei Maischberger* Ende Februar 2015 ebenfalls **Waffenlieferungen** an die Ukraine.[594]

Das ist meiner Ansicht nach sehr **doppelzüngig.** Denn in der - von **den** Grünen so verteidigten - **Regierung und im Parlament in Kiew saßen** nicht nur, sondern sitzen immer noch **Antisemiten und Nazis!**

☒ Hintergrund

Nazis und Antisemiten im ukrainischen Parlament und in der Regierung:

Guido Grandt beschrieb die antisemitischen und faschistischen Mitglieder der damaligen ukrainischen **Übergangsregierung** im Radiosender *Die Stimme Russlands* wie folgt:

»So blieb es auch nicht aus, dass in der nachfolgenden Übergangsregierung der »nationalen Einheit< die **Rechtsnationalisten und Antisemiten** als **hochrangige Politiker und Minister beteiligt** wurden:

Oleksandr Sych (*Swoboda,* stellvertretender Ministerpräsident), Serhij Kwit (*Swoboda,* Bildungsminister), Andriy Mokhnyk (*Swoboda,* Minister für Ökologie und natürliche Ressourcen), Ihor Shvaika (*Swoboda,* Minister für Landwirtschaft und Ernährung), Oleh Machnitzkij (*Swoboda,* Generalstaatsanwalt), Dmytro Jarosch (Rechter Sektor, stellvertretender Sekretär des Komitees

für nationale Sicherheit und nationale Verteidigung der Ukraine (RNBOU), Dmitro Bulatow (UNA-UNSO, Jugend- und Sportminister), Tetjana Tschornowol (UNA-UNSO, Vorsitzende des Antikorruptionsausschusses) .«[595]

***Swoboda*-Partei:**
Die im Jahr 1991 gegründete Partei nannte sich bis 2004 »Sozial-Nationale Partei der Ukraine«. Die *Swoboda* hatte bereits bei den Parlamentswahlen am 28. Oktober 2012 mit einem antirussischen Kurs und **offener Hetze gegen Juden, Roma und Homosexuelle** 10,4 Prozent der Stimmen gewonnen.[596]

Die *Berliner Zeitung* konstatierte: »*Swoboda*-Chef Tjahnybok zieht in seinen Reden über die **»russisch-jüdische Mafia<** her, die aus seiner Sicht die Ukraine beherrsche. Seine rechten Anhänger forderte er auf: »Schnappt Euch die Gewehre, **bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine** und andere Unarten.«<[597]

Swoboda* hält Kontakte** zu **neofaschistischen** EU**-Parteien,** beispielsweise der *British National Party,* der ungarischen *Jobbik,* der französischen ***Front National, der italienischen *Fiamma Tricolore* oder der deutschen **NPD.**[598]

Guido Grandt: »Laut dem ***Simon Wiesenthal Center*** gehört der **Führer der *Swoboda*-Partei,** Oleh Tjahnybok, zur **Liste der weltweit schlimmsten Antisemiten** (2012, Platz 5).«[599]

Partei Rechter Sektor *(Prawyj Sektor):*
Eine Vereinigung von **radikalen nationalistischen Organisationen** der Ukraine. Die Bewegung fasste vereinzelte **extremistische Gruppen** zusammen. Der Rechte Sektor wurde auf der Basis der Partei »Ukrainische Nationalversammlung« (UNA) geschaffen. In den Bestand dieser Partei ist »UNA-UNSO« eingegangen, die sich als selbstständige politische Partei auflöste.[600]

Deutsche Rechtsextremismus-Experten bezeichnen den Rechten Sektor als ein Sammelbecken von Chauvinisten, Neonazis und Hooligans.[601]

lind heute? Heute ist Walerij Woschtschewskyj von der »Radikale hirtei Oleh Ljaschkos« der **Erste Vize-Ministerpräsident** der Ukraine Im zweiten Kabinett Arsenij Jazenjuk.[602] Die Partei hatte bei der Wahl Anfang November 2014 immerhin 22 Mandate im Parlament errun-,yn Der Vorsitzende der nationalistischen Partei, Oleh Ljaschko, for-**dert** unverhohlen die **atomare Wiederbewaffnung der Ukraine** und **will Separatisten** in der Ostukraine **ohne Gerichtsurteil exekutieren Iwsen.**[603]

Über Direktmandate schaffte auch die **ultranationalistische Partei** ***Swoboda*** **(s.** o.) mit sechs Abgeordneten den **Einzug ins Parlament.** Mit **je** einem Mandat waren noch drei weitere Parteien vertreten, da-**i**unter der rechtsextreme Rechte Sektor **(s**.o.).[604]

Auch der jetzige Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, der »Schokoladenkönig«, Milliardär und einer der reichsten Männer seines Landes[605], ist eine **zwielichtige** Gestalt. Die *Frankfurter Rund-**tchau*** schreibt orakelhaft: *»Die Wurzeln seiner Geschäfte reichen aber tbenfalls in die finsteren 90er-Jahre zurück, als am Dnjepr die Mafia **das** Geschehen bestimmte.«*[606] Poroschenko war übrigens auch einer **der wichtigsten Finanziers** der »Maidan-Bewegung«,[607] dessen Um-**triebe** zum Sturz des damaligen, rechtmäßig gewählten Präsidenten Wiktor Janukowytsch - und somit erst zum Bürgerkrieg in der Ukraine führten.

Das **ist die jetzige Regierung in Kiew, die unter anderem auch von den Grünen so hofiert wird!**

Seien Sie wachsam!

Guido Grandt resümiert: *»Die Perversion der Geschichte: Während der russische Präsident Wladimir Putin nicht müde wurde, vor der Gefahr des Faschismus und Nazismus in der Ukraine zu warnen, wurde er von westlichen Politikern und Staatsoberhäuptern, die den Ultranationalismus unterstützten, mit Adolf Hitler verglichen! Verkehrte Welt.«*[608]

Fazit: An der Regierung haben die Grünen für mich eine glasklare **rot-grüne Kriegspolitik**[609] betrieben. Jutta Ditfurth sieht das so: *»Die Grünen haben die herrschenden Strukturen auch in der Außen- und Verteidigungspolitik nicht verändert, sondern sich in sie eingefügt und sie modernisiert, härter, militärischer, sozial brutaler gemacht.«*[610]

Seien Sie wachsam!

Von 1998 bis 2005 haben die Grünen auch die Anti-Terror-Gesetze[611] des damaligen Innenministers Otto Schily (SPD) beschlossen oder unterstützt.[612] Sieht so eine Friedenspartei aus, die die Bundeswehr abschaffen wollte? - Mitnichten!

3.3 CASTOR-TRANSPORTE UND DIE DOPPELMORAL

Viele Jahre hatten die Grünen *gegen* die Castor-Transporte demonstriert. Bei den Castoren handelt es sich um Behälter mit deutschem Atommüll, die im französischen La Hague nicht länger aufbewahrt und stattdessen zurück nach Deutschland transportiert werden.

Komisch, als **Jürgen Trittin Umweltminister war,** hielt er die bis dahin heftig bekämpften Transporte aber ganz plötzlich für ***»notwendig«.***[613] Laut Trittin sollte sich kein Grüner an den Protestaktionen beteiligen. Er sagte sogar: *»Nur weil jemand seinen Hintern auf die Straße setzt, finden wir das noch nicht richtig.«*[614] Die rot-grüne Regierung konnte die Demonstrationen von Atomkraftgegnern nicht gebrauchen.[615] **Fast alle Mitglieder** (bis auf zwei) des grünen Parteirates hatten den vorgesehenen **Atommülltransporten zugestimmt.**[616]

»Die Botschaft lautet: Atommülltransporte unter einer SPD/Grünen-Regierung sind gut, nur die unter einer Regierung von CDU/FDP sind gefährlich.«[617]
(Jutta Ditfurth)

Trittin verteidigte seine ambivalente und gegen die grünen Grundüberzeugungen stehende Haltung später in einem Interview mit dem *Stern: »Es geht darum, dass wir aus Frankreich unseren Müll zurücknehmen müssen. Dazu sind wir völkerrechtlich verpflichtet. Ich kann nicht akzeptieren, dass wir unser Müllproblem anderen Ländern aufladen. Es ist politisch nicht gerechtfertigt, dagegen zu protestieren. Nicht per se jede Demo, jede Sitzblockade ist richtig. Da habe ich mit einigen in der Anti-AKW-Bewegung einen Dissens.«*[61]*

Vor der **Regierungsbeteiligung** der Grünen und **bevor** Trittin **Umweltminister** war, **sah** das aber **ganz anders** aus!

Spätestens zu diesem Zeitpunkt spürte die grüne Basis, dass ihre Gesinnung mit der Wirklichkeit des Regierens nichts mehr gemein hatte.

»Diejenigen, die durch ihre Aktion auf den Gleisen dazu beigetragen haben, dass die Castorbehälter einen Tag später als geplant angekommen sind, haben für sich in Anspruch genommen, sie seien nicht gewalttätig. Es ist aber völlig eindeutig, (…) dass sich diese Menschen rechtswidrig verhalten haben.«[6'9]
(Bundesumweltminister Jürgen Trittin, März 2001)

Besonders heuchlerisch: Nachdem sich die Grünen von der **Regierung verabschiedet** hatten, **setzten** sie ihre »**Hintern wieder auf die Straße**« und riefen sogar zu **Sitzblockaden** auf. 2008 **ganz vorne mit dabei:** Die damalige Bundesvorsitzende **Claudia Roth.** Stolz in einem »chwarzen Mäntelchen und gelben Rolli lässt sie sich bei einer Sitzblockade vor dem Eingang zum Zwischenlager in Gorleben fotografieren.[620] Und das, obwohl **Roth** im Jahr 2001 noch **in** *Berlin direkt* vor **den Protesten gewarnt** hatte: *»Und wenn das Ziel einer Blockade ist, einen notwendigen Transport zu verhindern, dann konterkariert diese Demonstrationsform tatsächlich den gefundenen Konsens.«*[6]"

»Die frisch gewählte Bundesvorsitzende Claudia Roth musste damals vor Anti-Castor-Demonstrantlnnen flüchten. Mit wehendem Schal rannte sie den >Verräter!<-Rufen davon (,..).«[6"]
(Jutta Ditfurth)

Auch die damalige Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt wollte ihr Gesicht bei der angesprochenen Anti-Castor-Demonstration zeigen[623] und düpierte - meiner Ansicht nach - damit die Regierung.

Hintergrund

Dank SPD und Grünen durften manche AKWs **länger laufen:**
Die Ex-Bundesvorsitzende der Grünen Jutta Ditfurth: »2010 wurde klar, dass zutraf, wovor Kritikerinnen schon zehn Jahre zuvor gewarnt hatten: SPD und Grüne hatten mit dem >Energiekonsens< keinen Ausstieg aus der Atomkraftnutzung beschlossen (...)> sondern den Atomkonzernen die Bestandssicherung der Atomkraftwerke samt wachsender >Zwischen<lager und Atommülltransporte garantiert. Dank der SPD und den Grünen durften manche Atomkraftwerke länger laufen als geplant (…).«[Si4]

Seien Sie wachsam!

Jutta Ditfurth schrieb schon 1989 zur »Moral« der Parteioberen: »Die neuen Absahner sind haben-süchtig: sechs Jahre Bundestag wg. Pensionsanspruch, Diäten raffen, nicht an die Bewegung zahlen, Häuser kaufen, Dienstwagen mit Chauffeur, Luxuswünsche erfüllen, die andere von ihrem Gehalt oder Lohn befriedigen müssen. Der Rausch des Raffens hilft, so manche alte und immer noch richtige Erkenntnis wegzudrücken (,..).«[625]

Und: »In Aufregung geraten die **Profiteure** dieser politischen Flaute nur noch, wenn ihre **Posten bedroht** sind oder ihnen Erinnerungen an ihre eigenen alten Ansprüche begegnen. Das hassen sie wirklich.«[626]

Fazit: Am Beispiel der Castor-Transporte sehe ich eindeutig, dass sich die Moralisten-Partei, die den erhobenen Zeigefinger gegen andere quasi »gepachtet« hat, eigentlich die heuchlerischste Partei ist, die es Im Bundestag gibt. Denn: Wer an andere so hohe Moralvorstellungen stellt, muss sich am eigenen Verhalten messen lassen.

3.4 GRÜNE LOBBYISTEN

Das Motto »Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?« ist Ihnen in diesem Buch schon häufig begegnet und wird Ihnen auch noch weiter begegnen. Denn es beschreibt meiner Meinung nach sehr gut den Umgang der Grünen mit dem, was sie *sagen,* und mit dem, was sie letztendlich *tun.*

Ein Beispiel dafür sind einige ehemalige grüne Funktionsträger, die sich um 180 Grad gedreht haben. Natürlich werden Sie sagen, dass es diese Auswüchse in jeder Partei gibt. Und damit haben Sie verdammt recht! Aber ich wiederhole es mantragleich: **Keine Partei hat so hohe moralische Ansprüche an sich selbst und an andere wie die Grünen, also müssen sie sich auch in diesem Fall mit einem anderen Maßstab messen lassen.**

- **Andrea Fischer:** Die ehemalige Gesundheitsministerin wechselte von 2006 bis 2009 als Abteilungsleiterin zur Agentur *Pleon* und machte Lobbyarbeit für die Pharmaindustrie. Danach war sie selbstständige Beraterin für Unternehmen der Gesundheitswirtschaft.[627]
- **Marianne Tritz:** Frühere grüne Bundestagsabgeordnete und Referentin des grünen Fraktionschefs Fritz Kuhn, wurde 2008 Lobbyistin des Deutschen Zigarettenverbands.[628]

- **Margareta Wolf:** Ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete, Staatssekretärin **bei** Umweltminister Jürgen Trittin, arbeitete als Lobbyistin **für den** Informationskreis Kernenergie,[629]
- **Rezzo Schlauch:** Ehemaliger grüner Landtagsfraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg, Bundestagsfraktionsvorsitzender und Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, wurde Beiratsmitglied der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, die unter anderem Atomkraftwerke betreibt.[630]
- **Joschka Fischer:** Er schießt von all den Genannten den Vogel **ab.** Über ihn und seine heutigen Tätigkeiten mehr im Kapitel »Joseph Martin Fischer - der kriminelle Kriegsminister« - Sie können jetzt schon gespannt **sein!**

3.5 HARTZ IV

Zu Beginn dieses Unterkapitels möchte ich Sie nochmals an zwei grüne Forderungen erinnern:

- Verdopplung der Sozialhilfe[631]
- Urlaubsgeld für Sozialhilfeempfänger[632]

Bitte behalten Sie das im Hinterkopf, wenn Sie jetzt weiterlesen.

Hintergrund

Agenda 2010

Die sogenannte »Agenda 2010«, die von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), seiner Partei und den Grünen im Bundestag beschlossen wurde, bestand aus verschiedenen Gesetzen und Gesetzesänderungspaketen:

Hartz I, II, III und IV. Es würde den Rahmen dieses Buches sprengen, diese genau zu analysieren und darzustellen. Deshalb die Inhalte nur in Stichworten:

- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Senkung der betrieblichen Nebenkosten
- Verschärfung von repressivem Zwang (bei der Arbeitssuche)

- Streichung vieler, bis dahin gewährter, medizinischer Leistungen
- Erhöhung des Selbstkostenanteils, auch für chronisch Kranke
- Erhöhung der Zuzahlung bei Medikamenten
- Streichung des Krankengeldes
- Praxisgebühr bei Haus- und Zahnärzten
- Notaufnahmegebühr

Eckpunkt **dabei war die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.**[633]

Bis dahin bezogen Arbeitslose im Durchschnitt **32 Monate** lang **Arbeitslosengeld** in Höhe von rund **60 Prozent** des früheren **Nettoeinkommens;** mit **Hartz IV** wurde dies auf **zwölf Monate** begrenzt, danach das neue Arbeitslosengeld **II** auf **Sozialhilfeniveau gesenkt** (ab 2003).[634]

Im Klartext heißt das bis heute: Auch Menschen, die unverschuldet keine Arbeit mehr finden, müssen auf ihr Erspartes und auch auf ihren Haus- und Grundbesitz zurückgreifen. »Besser« sind also diejenigen dran, die gar nichts haben, denn die müssen ihr Vermögen nicht aufzehren, sondern erhalten monatlich ihre Sozialtransfers.

Wie die FAZ über Hartz IV titelte: *»Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949«.*[6]i

Tatsache ist zudem: Die Reform hat die Sozialtransfers sogar erhöht - im Jahr ihrer Einführung um 4,2 Milliarden Euro.[636]

Achtung!

Auf dem Sonderparteitag im Juni 2003 stimmten etwa 90 Prozent der grünen Delegierten für den Leitantrag. Eine »übergroße« Mehrheit, die sogar noch die der SPD übertraf![637]

Der Nachrichtensender *ntv* dazu: *»Damit **unterstützen die Grünen** in zentralen Punkten die Kanzler-Vorschläge**fiir Einschnitte in das Sozialwesen.** Ausdrücklich akzeptiert werden in dem Leitantrag unter anderem*

die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, eine verkürzte Bezugsdauer des Arbeitslosengelds, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die Herausnahme des Krankengelds aus der gesetzlichen Krankenversicherung. Wörtlich heißt es: >Wir wollen die jetzt anstehenden Reformschritte mit verantworten, weil sie insgesamt zu mehr und nicht weniger Gerechtigkeitführen< (...).«[6]S

Hans-Christian Ströbele und die Grünen-Mitglieder Thilo Hoppe, Friedrich Ostendorff, Peter Hettlich, Winfried Nachtwei, Claudia Roth, Winfried Hermann, Jutta Dümpe-Krüger und Irmingard Schewe-Gerigk bekannten sich: *»Die Gesetze Hartz III und IV im Rahmen der Agenda 2010 sehen wir durchaus kritisch. Dennoch stimmen wir dem Gesetzespaket zu.* [Es] *werden* ***viele andere Bezieher*** (…) *von Arbeitslosenhilfe* ***erhebliche Einkommenseinbußen erleiden. Das müssen wir leider in Kauf nehmen.«***[639]

Seien Sie wachsam!

Also wieder: Die sich sonst so **sozial gebenden Hans-Christian Ströbele** und die Heulsuse **Claudia Roth** haben **»in Kauf genommen«** bzw. **Gesetze verabschiedet,** die **Menschen ärmer machen.** Alles andere, was sie heute predigen, ist Heuchelei!

»Rot-Grün hat die Zahl der Armen vergrößert, die Armen
noch ärmer gemacht und noch *aussichtsloser* arm.
SPD und Grüne haben für Millionen Menschen die Altersarmut
von morgen organisiert.«[640]
(Jutta Ditfurth)

Als die Grünen nicht mehr an der Regierung waren, dann die »Grüne Bilanz«: *»Zehn Jahre Agenda 2010: Die Arbeitsmarktreformen. Grüne Bilanz aus heutiger Sicht - Hartz IV. Richtig bleibt die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, richtig bleibt auch die Einbeziehung der ehemaligen Sozialhilfeempfängerinnen in die Arbeits-*

marktförderung und der Ansatz der fachübergreifenden Hilfe. Bis dahin verdeckte Armut ist sichtbarer geworden. Einige Maßnahmen haben tatsächlich dazu beigetragen, die Beschäftigungswirksamkeit des Wachstums zu erhöhen. Doch dies war verbunden mit Weichenstellungen, die sich als grundlegend falsch erwiesen haben (...).«[641]

Und zwei Jahre später der nächste Rückzieher: *»Parteitag. Grüne wollen Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger aussetzen.«*[642] **Was interessiert mich also mein Geschwätz von gestern?**

Ich bin dazu erzogen worden, zu dem zu stehen, was ich sage und was ich tue, und auch die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Doch die, für mich, größte Saubermann- und scheinheiligste Moralpartei Deutschlands, die Grünen, versucht die Bürger immer wieder für dumm zu verkaufen, indem sie *ihre eigenen* Beschlüsse revidiert oder negiert, sobald sie nicht mehr an der Macht ist.

Achtung!

Tatsache ist: Die Hartz-IV-Gesetzgebung, die Menschen schneller in Armut bringt[643], geht auch auf die Kappe der Grünen, die sich aber sonst immer so medienwirksam und vordergründig für die Armen einsetzen.

3.6 NEUE GRIECHENLAND-HILFEN

Und zum Schluss dieses Kapitels *noch* ein Beweis für das »Portwein saufen« statt »Wasser trinken«:

Ende Februar 2015 stimmte der Deutsche Bundestag zum **vierten** Mal über die Verlängerung des Griechenland-Hilfspakets um weitere vier Monate ab. Die EU, die EZB und der IWF stützen das Pleite-Land schon mit 250 Milliarden Euro. Davon kommen rund 70 Milliarden Euro aus Deutschland. Geld, das wir wohl nie wiedersehen.

Der deutsche Steuerzahler - also Sie/wir alle - **haftet** dafür, dass die Griechen uns jeden Cent wieder zurückzahlen, sonst geht's an Ihr/unser

Portemonnaie! Wir also haften privat für die Pleite-Hellenen, denn der deutsche Beitrag wird aus unseren Steuergeldern finanziert.[644]

Die Grünen haben Ende Februar 2015 mehrheitlich *für* die Verlängerung der Griechenland-Hilfen gestimmt. Bundesvorsitzende Simone Peter sprach sich ein paar Tage zuvor dafür aus, *»weil Griechenland seine Hand ausgestreckt hat«*.[645] Logisch »strecken« die Griechen ihre Hände aus - und zwar nach immer neuen Finanzspritzen, für die Sie - wir - alle garantieren und haften!

Das Argument der Grünen und Linken: *Nicht* der *kleine* Mann oder die *kleine* Frau in Griechenland würde das Geld bekommen, sondern die Banken. Ja, Herrschaftszeiten: *Jeder* kleine Mann und *jede* kleine Frau hat doch ein Konto auf der Bank, sollen die Banken denn vollends zusammenbrechen, sodass es gleich gar keine Kredite mehr gibt, keinen Zugriff auf die Ersparnisse und keinen Zahlungsverkehr mehr?

Ende März dann der nächste Grünen-Blackout zu diesem Thema. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Andreae sagte in einer Talkshow doch allen Ernstes: *»Deutschland profitiert von der Euro-Rettung«*.[646] So viel ökonomischen Schwachsinn habe ich selten gehört. Das beweist wieder einmal die wirtschaftspolitische Kompetenz der Grünlinge.

Achtung!

Im Sommer 2015 wird sich zeigen, ob die Griechen trotzdem neues Geld benötigen, und glauben Sie mir: Sie werden neue Milliarden - natürlich auch aus Deutschland - brauchen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche!

Bild **wollte unter anderem auch von Anton Hofreiter, seines Zeichens Fraktionschef der Grünen, wissen, ob er mit seinem Privatvermögen - beispielsweise einem Brutto-Jahresgehalt - für Griechenland bürgen würde?**

Seine Antwort ist eine schallende Ohrfeige gerade für uns Steuerzahler: ***»Privates bleibt privat!*** *Wenn Herr Schäuble den Griechen*

mehr Freiraum für Investitionen lässt, steigen die Chancen, dass Athen die Kredite zurückzahlen kann.«[647]

Sagen *Sie* mal dem Finanzamt: Privates bleibt privat. Wenn wir uns das auch so einfach machen und Steuerzahlungen, die für Griechenland-Hilfen bestimmt sind, verweigern könnten!

Hintergrund

Auch die Grünen unterstützen griechische Ultranationalisten: Doppelzüngig auch dies: Griechenlands linker Ministerpräsident ging eine Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL-Partei (Unabhängige Griechen) ein, um regieren zu können.

Bei der **ultranationalistischen** *Anexartiti Ellines* (Abkürzung: »ANEL«) handelt es sich um eine extrem rechte Abspaltung von der konservativen Regierungspartei *Nea Dimokratia* (ND).[64]® Panos Kammenos, der Vorsitzende der ANEL, erklärte beim Gründungskongress der Partei im Dezember 2012: *»Die einzige Ideologie unserer Bewegung ist der Patriotismus.«*[649]

Zudem forderte Kammenos die Einrichtung eines unparteiischen Auschusses, der mit Notstandsvollmachten das Land kontrollieren sollte. Ein ***»nationales Erwachen und Aufstehen«***[65°] seien nötig.

ANEL bezeichnet sich zudem selbst als **Gegner von Multikulturalismus und** zeigt auch **antisemitische Haltungen**[65K]. Die Partei **fordert die Verfolgung und Abschiebung** nicht registrierter **Einwanderer,** was eine Frage der *»nationalen Sicherheit«*[652] sei. Nach Ansicht der Ultranationalisten dürfen höchstens 2,5 Prozent der Bevölkerung des Landes aus Einwanderern bestehen, und das auch nur, sofern diese Zahl der Zuwanderer *»wirtschaftlich und sozial verträglich ist«*[653]. Das kommt de facto einer **Politik der erzwungenen Rückführung** gleich.[654]

Anfang März 2015 drohte Kammenos bei einer Sitzung seiner rechtspopulistischen Partei der EU, Deutschland insbesondere, unverhohlen: *»Wenn sie Griechenland einen Schlag* [gemeint war das Beharren auf die Rückzahlung griechischer Schulden, MGR]

versetzen, dann sollen sie wissen, dass (...) die Migranten (Reise-) Papiere bekommen und nach Berlin gehen.«[653] Und wenn unter den Flüchtlingen auch Mitglieder der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) sein sollten, sei Europa durch seine Haltung gegenüber Griechenland in der Schuldenfrage selbst dafür verantwortlich, ergänzte er lauthals.[656]

Seien Sie wachsam!

Ich fasse noch einmal zusammen: Die **Grünen** (und nicht nur die, aber **gerade** auch sie) **unterstützen** eine Regierung, die mit **Ultranationalisten** koaliert, die **gegen Multikulti** sind (das **eigentlich** ein zentrales Grünen-Thema ist), die **antisemitische Haltungen** gezeigt haben und die sich **für** ein **»nationales Erwachen«** aussprechen.

Ähnlich wie in der Ukraine **beweisen** die **Grünen** damit wiederum, dass sie **gegen ihre eigenen Grundsätze** verstoßen, wenn sie rechte Parteien mit deutschen Steuergeldern, Haftungen und Garantien unterstützen.

In Deutschland gegen Rechtspopulisten und Rechtsextreme auf die Straße gehen und gerade diese in der Ukraine und in Griechenland (indirekt) unterstützen, so geht das nicht, meine Damen und Herren!

Gerade von einer Partei wie den Grünen, die offenbar mit Patriotismus nicht viel anfangen können und sich permanent *für* Multikulti aussprechen, erwarte ich eine ganz andere Haltung.

Es gibt sicherlich noch viel mehr Ansätze, um die Doppelmoral und die Heuchlerei der Grünen-Partei darzustellen (Emissionen, Ausstieg aus der Atomkraft, usw.), das würde den Rahmen dieses Buches aber sprengen. Auch diese wenigen Beispiele belegen meine These: »Wasser predigen und selbst Portwein saufen«.

4 Abstruse Grünen-Chefs

Was Sie in diesem Kapitel erwartet:

- **Wie viel »Dreck am Stecken« manche Grünen-Funktionäre haben**
- **Wie sie Demonstranten diffamieren**
- **Wie sie sich winden, meine Fragen zu beantworten**

4.1 CEM ÖZDEMIR - DER ÜBERFLIEGER

Cem Özdemirs Vater, Angehöriger der tscherkessischen Minderheit in der Türkei, kam 1961 über das deutsch-türkische Anwerbeverfahren nach Deutschland. Erst hier lernte er seine spätere Frau kennen.[657] Zunächst arbeitete er in einer Textilfabrik, später bei einer Firma, die Feuerlöscher produzierte. Cem Özdemirs Mutter war Lehrerin, betrieb in Deutschland aber eine eigene Änderungsschneiderei.[658]

Cem, geboren 1965, wuchs als Einzelkind in Bad Urach auf und machte nach der Mittleren Reife eine Ausbildung zum Erzieher. Nach der Fachhochschulreife absolvierte er ein Studium der Sozialpädagogik, das er 1994 als Diplom-Soziologe abschloss.[659] In der Zeit war er auch als Erzieher in einem Jugendzentrum in Reutlingen und als freier Journalist tätig.[660] Mit 18 Jahren erhielt er die deutsche Staatsangehörigkeit. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und ernährt sich vegetarisch.[661]

»Ich bin deutscher Staatsbürger türkischer Herkunft.
Das Schwäbische ist mir noch näher als das Deutsche, und mit der türkischen Herkunft ist es ebenfalls so einfach nicht (…).«[662]
(Cem Özdemir)

Özdemirs politische Karriere:

- 1981: Mitglied der Grünen im Kreisverband Ludwigsburg
- 1989-1994: Im Grünen-Landesvorstand von Baden-Württemberg
- 1994: Mitglied des Deutschen Bundestages als erster Abgeordneter türkischer Herkunft[663]
- 1998: Mitglied des Deutschen Bundestages und innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 2002: Rücktritt (siehe unten)
- 2003: Als »Transatlantic Fellow« beim US-Thinktank *German Marshall Fund of the US* in Washington, D. C. und Brüssel tätig. In dieser Zeit befasste er sich mit den transatlantischen Beziehungen und mit der politischen Selbstorganisation ethnischer Minderheiten in den USA und Europa[664]
- 2004-2009: Wahl ins EU-Parlament, dort Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und außenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, stellvertretender Vorsitzender des nichtständigen Ausschusses zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen (CIA-Ausschuss), Mitglied der Kontaktgruppe Nordzypern, der interparlamentarischen Delegation EU-Türkei und der *Anti-Racism and Diversity Intergroup.* Weiterhin setzte er sich für den Eintritt der Türkei in die EU ein.[665] Die Ex-Bundesvorsitzende der Grünen, Jutta Ditfurth, nannte Özdemir einen ***»an der Leine der USA laufende(n) Politiker«***[666]***,*** einen ***»Briefträger US-amerikanischer und deutscher Kapitalinteressen«***[667]
- 2008: Wahl zum Bundesvorsitzenden der Grünen (neben Claudia Roth)[668]
- 2013: Mitglied des Deutschen Bundestages
- Seit 2013: Bundesvorstandsvorsitzender (mit Simone Peter)

Aus seiner Selbstbeschreibung: *»Cem Özdemir ist Mitglied im Politischen Beirat des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft (BVMW). Er ist Gründungsmitglied des* European Council on Foreign Relations *(ECFR). Seine Mitgliedschaften in Beiräten beinhalten außerdem das Berliner Büro des* American Jewish Committee *(AJC), das START-Programm der Hertie-Stiftung und die Hrant Dink Stiftung. Er gehört den*

Kuratorien des Deutsch-Türkischen Forums Stuttgart e. V. sowie der 'Iheodor-Heuss-Stiftung an.«[669]

Özdemirs »Ideen«:

- 2008 war er **für mehr Türkischunterricht** an **deutschen Schulen,** damit Kinder mit Migrationshintergrund *»ihre Mehrsprachigkeit entfalten sollten«.*[670]
- 2008 setzte er sich für türkische Kriegsdienstverweigerer ein.[671]
- **2011** warb er für die **Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent,** was *»zumutbar«* sei.[672]
- 2011 sprach er sich auch ***für* Euro-Bonds** aus, mit denen alle EU-Staaten **gesamtschuldnerisch** für die Rückzahlung und Zinsen der **Schulden haften,** die einzelne Länder aufnehmen.[673] Eine Katastrophe für Deutschland, wie ich in meinen Publikationen mehrfach nachgewiesen habe.[674]
- 2014 bekräftigte er, dass sich seine Partei für die **Legalisierung von Cannabis** ausspreche.[675]

1996 erhielt Özdemir die Theodor-Heuss-Medaille der Theodor-Heuss-Stiftung und 2009 die Ehrendoktorwürde der türkischen Universität Tunceli.[676]

4.1.1 »Dreck am Stecken«

Doch der *»grüne Hoffnungsträger«*[677] hat ebenfalls *»Dreck am Stecken«,* wie die Schwaben sagen. Der Moralist in der Moralpartei war nämlich 2002 über sich selbst gestolpert.

Stolpernder Moralist

Dazu die FAZ vom 27. Juli 2002: *»Der Grünen-Bundestagsabgeordnete* ***Cem*** *Özdemir soll insgesamt* ***sechs Mal dienstlich gesammelte Bonusmeilen*** *für* ***private Zwecke benutzt*** *haben. Der* ***geldwerte Vorteil*** *da-*

durch belaufe sich auf ***mehrere Tausend Euro,*** *berichtet die Bild am Sonntag vorab. Özdemir habe* ***Bonusmeilen*** *auch auf seine* ***Eltern, auf einen Freund und mehrmals auf seine Lebensgefährtin übertragen.«***[67*]

Die FAZ ergänzt: *»So sei der Grünen-Politiker mit seiner Freundin Pia Castro am 27. Dezember 2001 in der Business-Class von Berlin-Tegel nach Paris und zurück geflogen. Seine Eltern Nihal und Abdullah nutzten Özdemirs Bundestags-Meilenkonto für einen Flug von Stuttgart nach Berlin und zurück, ein Freund des Politikers, Ali Haydar B., für einen Flug von Berlin über München nach Istanbul und zurück.«*[679] Und weiter: *»Nach eigenen Angaben konfrontierte die* Bild am Sonntag *Özdemir am Donnerstagnachmittag mit seinem Verstoß gegen einen Beschluss des Ältestenrates des Bundestages vom 25. September 1997. Demnach sollen Abgeordnete Meilengutschriften für Dienstflüge mit der Lufthansa dem Bundestag zur Verfügung stellen, um damit weitere Dienstreisen zu finanzieren. Ein entsprechendes Fax mit einem Fragenkatalog sei von Özdemir nicht beantwortet worden.* ***Der 36-Jährige hatte am Freitag in Berlin seinen Rückzug aus der Bundespolitik bekannt gegeben.*** *Dabei hatte er erklärt, er sehe sich seit Donnerstag mit den neuen Vorwürfen konfrontiert, die er* ***nicht entkräften*** *könne.«*[6*0]

Hoppla, Vorwürfe, die er nicht entkräften konnte. Das ist der GAU für einen Politiker. Aber damit nicht genug. Es kam noch schlimmer. *Spiegel online* berichtete weiter: *»Der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir,* ***kam zu Fall, noch bevor er zum Parteichef*** *wurde. Als innenpolitischer Sprecher der Grünen hatte der aufstrebende Jungpolitiker zwei Skandale gleichzeitig zu bewältigen. Zunächst kam heraus, dass* ***Özdemir für Steuerrückzahlungen den Kredit eines umstrittenen PR-Beraters in Anspruch genommen hatte*** *- Özdemir entschuldigte sich und* ***warf sich selbst >Naivität und mangelnde Vorsicht*** *vor. Nachdem bekannt wurde, dass er dienstlich erworbene Bonusmeilen von Fluggesellschaften für Privatreisen nutzte, reichten Entschuldigungen nicht mehr -* ***seine Glaubwürdigkeit war zu stark beschädigt.*** *Özdemir* ***legte*** *sein Amt nieder und zog sich aus dem Bundestag zurück. 2008 kam er jedoch wieder nach Berlin: Zusammen mit Claudia Roth ist er seitdem Bundesvorsitzender der Grünen.«*[6*1]

Özdemirs Glaubwürdigkeit zu stark beschädigt

4.1.2 »Komische Mischpoke«

Der *»deutsch-türkische Vorzeigepolitiker«*[6*1] ist also zurück und gibt sich seither wieder als Vorzeigemoralist, der mit erhobenem Zeigefinger gegen Andersdenkende wettert. Zum Beispiel gegen PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes).

Info

Bevor man mir beim Lesen der nun folgenden Absätze unterstellt, ich sei »rechtsradikal«, ein »Menschenfeind« oder gar ein »Extremist«,[683] ein paar Worte zur Klarstellung:

- Ich bin **kein** PEGIDA-Anhänger.
- Aber ich bin bin ein Verfechter des Credos (frei nach Voltaire): »Ich bin zwar nicht Ihrer Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie frei sagen dürfen.«
- Eine Demokratie muss verschiedene Meinungen aushalten, auch wenn sie der Mehrheit nicht genehm sind.
- Auch die PEGIDA-Anhänger haben das von der **Verfassung geschützte Recht,** zu demonstrieren. Jeder, der ihnen dies **ab**spricht, ist ein **Verfassungsfeind.**
- Sogar Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel sagte in einem *Stern-Interview* zu den PEGIDA-Demonstrationen: *»Egal ob es einem gefällt oder nicht: Es gibt ein demokratisches Recht darauf rechts zu sein oder deutschnational. «*[684]

Wie keiner anderen Bewegung ist es PEGIDA gelungen, in kürzester Zeit Menschenmassen zu weitgehend *friedlichen* Protestaktionen zu versammeln. Es sind Unzufriedene, Rentner, Geschäftsführer, Arbeiter, Angestellte, Menschen, die mit den etablierten Parteien nicht

mehr zufrieden sind und auch gegen die *»Lügenpresse«*[6*5] demonstrieren. Die Politik zeigte sich anfangs machtlos angesichts der Proteste normaler Bürger gegen das politische Establishment. Doch dann kam die Nazi-Keule gegen die demonstrierenden Bürger. Und Cem Özdemir war ganz vorn mit dabei.

Hintergrund

Political Correctness:

Die bei uns vorherrschende politische Korrektheit ist ein Erbe der 68er und der Frankfurter Schule (siehe Kapitel 2). Die »gesellschaftliche Zensur« schränkt das Recht auf Meinungsfreiheit ein. Dieser *»Herrschaft der Begriffe«*[6*6], dieser Herrschaft der Sprache haben sich (fast) alle Mainstreammedien unterworfen. Mehr Links- als Rechtsintellektuelle geben vor, was politisch korrekt ist. Wer sich diesen Befindlichkeiten nicht beugt, wird ausgegrenzt, diffamiert und gesellschaftlich geächtet.

Diese Intoleranz gegen Andersdenkende ist ebenfalls ein Erbe der linken Frankfurter Schule. Einer ihrer Mitbegründer, Herbert Marcuse, schrieb zum Beispiel eine Abhandlung zur »Repressiven Toleranz«,[087] die viele Jünger, vornehmlich in der Studentenbewegung, fand.

Ich bin der Meinung, dass es eine **Lügenpresse** in Deutschland gibt. Der Mainstream macht Meinung, und diese hängt vom Gutmenschentum, Politischer Korrektheit und zahlenden Anzeigenkunden ab. Gerne diskutiere ich mit Ihnen darüber. Ich selbst bin seit über 23 Jahren im Verlags- und Mediengeschäft tätig und weiß, von was ich rede.

Es gibt zudem keine absolute Meinungsfreiheit, denn diese wird durch zu viele Gesetze reglementiert. Gesetze, um Meinungen zu unterdrücken, nur weil Menschen nicht damit umgehen können, halte ich für den Bankrott unserer Demokratie. Schauen Sie mal in die USA (wenn auch dort nicht alles Gold ist, was glänzt), dort gibt es *mehr* Meinungsfreiheit als bei uns.[688]

In der ZDF-Talkshow *Maybrit Iiiner* diffamierte er die Menschen, die demonstrierten, aufs Übelste und bezeichnete sie als ***»komische Mischpoke«.***[6*9] Laut Duden bedeutet »Mischpoke«: *»Üble Gesellschaft, Gruppe von unangenehmen Leuten«.*[690]

Der Journalist Guido Grandt schreibt in seinem Blog: *»Das muss man sich einmal vorstellen! Bürger, Steuerzahler, Wähler und Demonstranten werden dermaßen beleidigt und beschimpft! Also noch einmal:* ***GRÜNEN-Vorsitzender Cem Özdemir bezeichnet 10 000friedfertige Demonstranten (im übertragenen Sinn) als >üble Gesellschaft<, als eine >Gruppe von unangenehmen Leuten<. Nur weil diese demonstrieren!*** *Nur weil diese ihre Meinung ausdrücken. Nur weil diese frustriert sind. Nur weil diese Angst haben (...). Cem Özdemir bediente sich mit seinem Vokabular gegen die Bürger, Wähler und Demonstranten, wie einst einer der engsten Vertrauten Adolf Hitlers, NSDAP- und Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, bei seiner Hetze gegen Juden! Siehe: Am 27. März 1933 notierte Joseph Goebbels in sein Tagebuch: >Ich diktiere einen scharfen Aufsatz gegen die Greuelhetze der Juden. Schon seine Ankündigung lässt die ganze* ***Mischpoke*** *zusammenknicken. Man muss solche Methoden anwenden. Großmut imponiert den Juden nicht.<*[691] ***Warum nimmt die Mainstream-Presse den GRÜNEN->Gutmenschen< Özdemir deswegen nicht in die Verantwortung? Warum lassen die Medien so etwas zu?*** (…) *Sind wir schon wieder so weit, dass Politikergegen Andersdenkende hetzen, sie ungestraft diffamieren dürfen?* ***Warum, Herr Özdemir, bedienen Sie sich des Nazi-Jargons, um Stimmung gegen jene zu machen, die nicht in Ihr politisches Rasterfallen?*** *Wo ist Bundeskanzlerin Angela Merkel, um dem Einhalt zu gebieten? In welchem Land leben wir denn eigentlich?«*[692]

Ja, in welchem Land leben wir eigentlich? Deshalb habe ich Cem Özdemir auch angeschrieben.

Fragen an die Grünen

Mail an Cem Özdemir

Sachverhalt:

In der Sendung Maybrit Iiiner *vom 11. Dezember 2014 nannten Sie die Menschen, die bei PEGIDA demonstrierten,* ***»komische Mischpoke«.*** *Laut Duden bedeutet Mischpoke: » Üble Gesellschaft, Gruppe von unangenehmen Leuten«. Und das nur, weil diese ihre Meinung ausdrücken. Nur weil diese frustriert sind. Nur weil diese Angst haben.*

Sie bedienten sich damit eines Vokabulars gegen die Bürger, Wähler und Demonstranten wie einst einer der engsten Vertrauten Adolf Hitlers, NSDAP- und ***Reichspropagandaminister foseph Goebbels,*** *bei seiner Hetze gegen Juden. Am 27. März 1933 notierte Joseph Goebbels in sein Tagebuch: »Ich diktiere einen scharfen Aufsatz gegen die Greuelhetze der Juden. Schon seine Ankündigung lässt die ganze* ***Mischpoke*** *zusammenknicken. Man muss solche Methoden anwenden. Großmut imponiert den Juden nicht.«*

Meine Fragen:

1. ***Warum, Herr Özdemir, bedienen Siesich des Nazi-Jargons, um Stimmung gegen jene zu machen, die nicht in Ihr politisches Raster fallen?***
2. ***Stehen Sie heute noch zu dieser Aussage wie in der Sendung?***[693]

Antwort von Cem Özdemir:

KEINE!

Gerade ein Vorzeigemoralist wie Özdemir, der jeden verurteilt, der nur eine falsche Silbe in den Mund nimmt, sich aber selbst eines Nazi-Jargons zur Diffamierung von Demonstranten be-

dient, ist nun zu **feige, Stellung zu beziehen.** Er sollte in der Öffentlichkeit den **Mund nicht mehr so voll nehmen.** Sein Schweigen auf die, für ihn wohl zu brisanten und verfänglichen, Fragen erschüttert seine Glaubwürdigkeit einmal mehr.

Info

Eine Umfrage des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung ergab, dass 60 Prozent der Befragten es für wichtig halten, dass wir in Deutschland unsere Identität, unsere Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. 34 Prozent meinten, wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber Migranten auftreten.[1594] Ist das alles auch nur »Mischpoke«?

Genau solche Umfragen aber ignorieren unsere Politiker. Ganz vorne mit dabei: die Grünen.

Und noch einmal: **Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?** Cem Özdemir, seines Zeichens Bundesvorstandsvorsitzender der Grünen, scheint vergessen zu haben, *was* seine eigene Partei einst gefordert hatte, nämlich die **Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten** inklusive **Bereitschaftspolizei** und **Bundesgrenzschutz.**[695]

Am 15. Januar 2015 verkündete er in der Sendung *Maybrit Iiiner* vollmundig: *»Es war **falsch, bei der Bundespolizei** zweistellige Millionenbeträge **einzusparen.«***[696] Und auch Fraktionsvorsitzende **Katrin Göring-Eckardt** sagte in einem *Spiegel-Interview* Mitte März 2015: *»Ich sehe die Polizei als Partner, um Freiheit zu schützen und zu ermöglichen.«*[697] Typisch Grüne eben. Eine Partei, die ihre Fahnen nach dem Wind dreht.

Hintergrund

»Bio-Deutsche« und eine »grüne Kanzlerin«:

Das Grün-Denken trägt immer seltsamere Früchte. Bei der Vorstellung des Buches *Türken in Berlin* von Hilke Gerdes saß auch Cem Özdemir auf dem Podium. Der *Tagesspiegel: »Özdemir kritisierte auch das deutsche Schulsystem: Die Pädagogen würden nach wie vor für* ***die deutsche Idealfamilie,*** *die* ***>Bio-Deutschen<,*** *ausgebildet.«*[69]*

»Bio-Deutsche« werden wir von (grünen) »Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund« also schon genannt! **Diffamierung oder Neid? Ein neuer Rassismus?**

Seltsam: Auch die Grüne Renate Künast gebrauchte den Ausdruck »Bio-Deutscher« in der Sendung *Menschen bei Maischberger.*[6]" Fühlt sie sich als Migrantin? **Was glauben Sie, welch Sturm der Empörung durch unser Land brausen würde, wenn ein** *Deutscher ohne Migrationshintergrund* **von »Bio-Türken«, »Bio-Roma« oder »Bio-Israelis« reden würde?**

Doch Özdemir setzte laut *Tagesspiegel* bei der oben genannten Buchvorstellung noch einen drauf. Auf die Frage *»Wie er sich die Zukunft vorstellt«*[700] antwortete er: *»In 20 Jahren haben wir eine* ***grüne Bundeskanzlerin*** *und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt.«*[701] Na, dann!

4.1.3 Özdemir und der Hanf

Verdacht auf Anbau von Betäubungsmitteln
und Legalisierung von Cannabis

Özdemir geriet Anfang 2015 in die Mühlen der Justiz: Im Sommer 2014 kursierten Aufnahmen mit einer Hanfpflanze auf dem Balkon von Özdemir in den Medien. Der Verdacht auf Anbau von Betäubungsmitteln

stand im Raum. Und das nicht von ungefähr, fordert seine Partei doch seit Längerem die **Legalisierung von Cannabis,**[702] die Bundestagsfraktion arbeitete sogar an einem Gesetzesentwurf dafür.

Hintergrund

Cannabis und die Grünen:

Aus dem Grundsatzprogramm der grünen Partei: »*Viele andere, meist* ***Cannabiskonsumenten,*** *werden durch Verbote nur schikaniert und kriminalisiert. Deshalb setzen wir auf ein gutes Hilfesystem, das sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert und Selbsthilfestrukturen unterstützt. Risikominimierung und bewusster Umgang mit allen Drogen - also auch Alkohol und Tabak - sind dabei maßgebend. Wir setzen uns* ***für eine Legalisierung von weichen Drogen wie Haschisch und Marihuana*** *ein.*«[703]

Aber *wie* gefährlich ist Gannabis?

Professor Wayne Hall, Leiter einer **Langzeitstudie** über den Zeitraum von **20 Jahren**[704] hinweg und Berater der Weltgesundheitsorganisation (WHO), erklärte gegenüber der *Daily Mail*[705] (Oktober 2014), Cannabis könne **dieselbe Suchtwirkung wie Heroin oder Alkohol verursachen.** Süchtige können, wenn sie Cannabis über einen längeren Zeitraum einnehmen, **ähnliche schwerwiegende Folgen erleiden wie Alkohol- und sogar Heroinabhängige.** Laut seiner Studie wird jeder zehnte Erwachsene, unter Jugendlichen jeder sechste Cannabis-Konsument abhängig und kann **mentale Langzeitschäden** erleiden. Cannabis ist also eine Droge und kann als **Folge Psychosen, Schizophrenie, Schlaflosigkeit und Depressionen verdoppeln.**[706]

Die Grünen verharmlosen stattdessen: »Die Gefahr der psychischen wie auch physischen Abhängigkeit ist jedoch bei Alkohol viel größer. Ob Cannabis zu psychischen Erkrankungen führt, ist wissenschaftlich umstritten.«[707]

Nur weil Alkohol »schlimmer« sein soll, Kiffen erlauben? Super Argument!

»Auch Einstiegsdrogen fördern den Umstieg auf harte Drogen«, sagte CDU-Experte Peter Biesenbach, Nachbarländer wie die Niederlande hätten das inzwischen erkannt und seien auf einem restriktiveren Kurs.[708]

Die Grünen: »Die Behauptung, Cannabis sei eine Einstiegsdroge, ist mittlerweile klar widerlegt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese These bereits 1994 abgelehnt. Auch eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit (Thomasius, 2007) fand keine Belege für einen durch die Substanz Cannabis herbeigeführten späteren Gebrauch anderer Drogen (…). Ein chronologischer Zusammenhang zwischen dem Gebrauch von Cannabis und dem späteren Konsum anderer Drogen ist ebenfalls kein Argument. Ein solcher Zusammenhang besteht auch bei Kaffee oder Tabak.«[709]

Dennoch: Cannabis ist Grund Nummer eins, warum Jugendliche eine Suchtberatungsstelle aufsuchen.[710] Aber egal, die Grünen setzen sich für die Legalisierung ein! Zwar mit »Jugendschutz«, aber beim Alkohol sehen wir ja, wie »gut« das funktioniert.

Anfang März 2015 legten die Grünen einen Gesetzesentwurf mit dem Titel **»Cannabiskontrollgesetz«** vor. Auszüge:

- Erwachsenen Privatpersonen soll zukünftig der **Erwerb und Besitz** von bis zu **30 Gramm Cannabis** oder **drei Cannabispflanzen** zum Eigenbedarf erlaubt sein.
- Der **Verkauf** von Cannabis und cannabishaltigen Produkten darf nur in **zugelassenen Cannabisfachgeschäften** erfolgen.
- In die **Straßenverkehrsordnung** wird - ähnlich wie bei Alkohol - ein **Grenzwert für Cannabis** beim **Führen von Kraftfahrzeugen** eingeführt (5,0 ng/ml im Blutserum). Zudem werden Vorgaben gemacht, in welchen Fällen bei Cannabiskonsumenten die Überprüfung der Fahreignung angeordnet werden kann.[711]

Also: Kiffen wir uns einfach die Birne weg und alles wird gut!

Im Januar 2015 leitete die Staatsanwaltschaft Berlin dann ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz gegen Özdemir ein. Seine Immunität wurde aufgehoben.[712]

Özdemirs krude Erklärung: *»Ich selbst bin zwar Nichtraucher und fest überzeugt davon, dass man Drogenkonsum nicht verharmlosen darf, besonders gegenüber Jugendlichen. Dass wir allerdings Konsumenten von Cannabis in Deutschland immer noch kriminalisieren, während wir bei Alkohol andere Maßstäbe an den Tag legen, kann mit Vernunft und Rationalität nicht erklärt werden,«*[m]

Meiner Ansicht nach hat Özdemir zwar in dem Punkt recht, dass Alkohol eine der schlimmsten Drogen überhaupt ist. **Aber das kann kein Rechtfertigungsgrund dafür sein, Cannabis zu legalisieren.** Die Staatsanwaltschaft ließ Özdemir schließlich »seinen« Hanf und stellte die Ermittlungen wegen »Geringfügigkeit« Anfang Februar 2015 ein.[714]

4.1.4 Özdemir-Joke

Und zum Schluss noch ein »Özdemir-Joke«, erzählt von den *Stuttgarter Nachrichten: »Özdemir war am 19. September [2010] nach Stuttgart geflogen, um an einer Diskussion des Senders* Regio TV *mit OB Wolfgang Schuster teilzunehmen. Das Problem: Özdemir landete um 16.40 Uhr in Echterdingen, der TV-Termin in Bad Cannstatt war aber um 17.15 Uhr. Selbst geübte Fahrer schaffen die 17 Kilometer kaum in dieser Zeit. Also zahlte der Sender für Özdemir einen Hubschrauber-Flug. Kaum war der 44-Jährige gelandet, plagte ihn das schlechte Gewissen. Ein so kurzer Flug, und das noch für einen Grünen, die stets als Verfechter des Bahnfahrens gelten, das könnte ungut enden. Angesichts der Umstände habe er den Heli-Flug >zähneknirschend in Kauf genommen<, ließ Özdemir deshalb ausrichten (...). CDU-Landesgeneralsekretär Thomas Strobl greift Grünen-Chef Cem Özdemir an: >Er predigt Wasser und trinkt Wein<, sagt Strobl.«*[715]

☹ Cem Özdemir:

- Özdemir ist ein »an der Leine der USA laufende(r) Politiker« (Ditfurth).
- Ein »Briefträger US-amerikanischer und deutscher Kapitalinteressen« (Ditfurth).
- Spricht sich für Legalisierung von Cannabis aus.
- Nimmt für Steuerrückzahlungen den Kredit eines umstrittenen PR-Beraters in Anspruch.
- Nutzte dienstlich erworbene Bonusmeilen von Fluggesellschaften für Privatreisen.
- Verwendet den Ausdruck »Mischpoke« für Demonstranten.
- Ist zu feige, meine Fragen zu beantworten.

Ja, Özdemir predigt Wasser und trinkt Wein, aber aus einem sehr großen Glas!

4.2 KATRIN DAGMAR GÖRING-ECKARDT - DIE SCHEINHEILIGE

Die Zeit charakterisierte Göring-Eckardt im Wahlkampf so: *»Bürgerlich. Fraulich. Nachdenklich und werteorientiert. Das ist das Image der grünen Spitzenkandidatin.«*[716] Und tatsächlich scheint Göring-Eckardt ***die*** »Sauberfrau« der Partei zu sein. Aber ist sie das wirklich?

Zunächst ihre **Kurzbiografie:**
Katrin Dagmar Göring-Eckardt wurde 1966 im thüringischen Friedrichroda geboren. Ihr Vater war Tanzlehrer.[717] Später war sie aktives Mitglied im sozialistischen Jugendverband, der FDJ.[718]

Hintergrund

Freie Deutsche Jugend (FDJ):

Die FDJ war die einzige staatlich anerkannte und geförderte Jugendorganisation der DDR. Sie war auch eine Massenorganisation und Teil eines parallelen Erziehungssystems zur Schule.

Die weltanschauliche Richtung war klar: die **Jugend in den Marxismus-Leninismus einzuführen** und zu »**klassenbewussten Sozialisten**« zu erziehen.

Die Jugendlichen wurden auf Antrag ab dem 14. Lebensjahr aufgenommen, die Mitgliedschaft war also freiwillig, wenn auch Nichtmitglieder mit gesellschaftlichen Nachteilen rechnen mussten. 1989 waren rund 2,3 Millionen Jugendliche Mitglied der FDJ.[719] In Westdeutschland wurde die Organisation 1954 wegen Verfassungsfeindlichkeit rechtskräftig verboten.[720]

Nach dem Abitur besuchte Göring-Eckardt die Erweiterte Oberschule in Gotha; danach begann sie ein Studium der evangelischen Theologie an der Universität Leipzig, das sie 1988 aber abbrach.[721]

Von 1988 bis 2013 war sie mit dem evangelisch-lutherischen Pfarrer Michael Göring verheiratet, mit dem sie zwei Söhne hat. Aus erster Ehe hat dieser drei Kinder.[722] Sie lebt nach der Scheidung jetzt in einer neuen Ehe.[723]

Ihre politische Karriere:

- 1989: Gründungsmitglied der in der DDR entstandenen politischen Gruppierung »Demokratischer Aufbruch«[724]
- 1990: Gründungsmitglied der Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt«[725]
- 1990-1994: Referentin Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen[726]
- 1995-1998: Landessprecherin Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen[727]
- seit 1998: Bundestagsabgeordnete Bündnis 90/Die Grünen[728]
- 1998-2002: Stellv. parlamentarische Geschäftsführerin[729]

- 2002: Erste parlamentarische Geschäftsführerin[730]
- 2002-2005: Fraktionsvorsitzende[731]
- 2002-2005: Vorsitzende der Bundestagsfraktion (mit Krista Sager)[732]
- 2005-2013: Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages[733]
- 2009-2013: Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und somit Mitglied im Rat der EKD[734]
- 2013: Spitzenkandidatin der Grünen für die Bundestagswahl 2013 (mit Jürgen Trittin)[735]
- Seit 2013: Vorsitzende der Bundestagsfraktion (mit Anton Hofreiter)[736]

4.2.1 Die Protestantin und Bundeswehreinsätze

»Eine Kriegsbefürworterin als Synoden-Präses -
indem wir uns die Grünen ansehen,
erfahren wir einiges über die deutsche Gesellschaft.«[737]
(Jutta Ditfurth)

Ist Göring-Eckardt wirklich eine **Kriegsbefiirworterin,** wie Jutta **Ditfurth** ihr unterstellt? Auskunft darüber gibt mir **ihr** ☠ **»Ja«**-Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag der letzten zwei Jahre. Urteilen Sie selbst:

- 26.02.2015: Bundeswehreinsatz in Mali (EUTM Mali)
- 29.01.2015: Bundeswehreinsatz *Operation Active Fence* (Türkei)
- 13.11.2014: Bundeswehreinsatz in Dafür (UNAMID)
- 13.11.2014: Bundeswehreinsatz im Südsudan (UNMISS)
- 25.06.2014: Bundeswehreinsatz im Libanon (UNIFIL)
- 25.06.2014: Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA)
- 05.06.2014: Bundeswehreinsatz im Kosovo (KFOR)
- 10.04.2014: Bundeswehreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA)
- 09.04.2014: Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz

20.02.2014: Militärische Ausbildungsmission in Mali
20.02.2014: Bundeswehreinsatz in Afghanistan (ISAF)
29.01.2014: Bundeswehreinsatz OAF (Türkei)
28.11.2013: Bundeswehreinsatz in Darfur
28.11.2013: Bundeswehreinsatz im Südsudan
27.06.2013: Bundeswehreinsatz in Mali
13.06.2013: Bundeswehreinsatz im Kosovo (KFOR)
28.02.2013: Bundeswehreinsatz in Mali
28.02.2013: Militärische Ausbildungsmission in Mali[738]

Achtung!

Ich kann es mir nicht verkneifen: Für die Vorsitzende der Bundestagsfraktion der ehemaligen »Friedenspartei«, die die Bundeswehr eigentlich abschaffen wollte, und für die ehemalige Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ein erstaunliches Abstimmungsverhalten.

4.2.2 Die Abgehängten der Gesellschaft

Doch Göring-Eckardt möchte auch etwas für die Gesellschaft tun. *Die Zeit: »Die Thüringerin sprach viel über die Abgehängten in der Gesellschaft. Glaubwürdigkeit gab und gibt ihr die tiefe Verwurzelung in der evangelischen Kirche.«*[739]

Die **»Abgehängten« der Gesellschaft,** Hartz-IV-Empfanger, Niedriglöhner und Arme sind damit wohl gemeint. Göring-Eckardt sagt über sich selbst: *»Sozialpolitik ist ein zentrales Thema für mich und zentral auch für unseren Wahlkampf. Und es ist kein weiches Thema. Wenn die Leute mich damit verbinden, dass* ***ich mich für ihre sozialen Belange einsetze,*** *dann freut mich das.«*[740]

Hätten die Menschen nur kein so kurzes Gedächtnis, dann würden **sie** sich erinnern, ***wie*** **»sozial« die »Sauberfrau« in Wirklichkeit** ist. Dazu drei Beispiele:

❶ **Hartz IV:**

Gerade **Göring-Eckardt** war in der Zeit zwischen 2002 und 2005 Fraktionsvorsitzende der Grünen und **gestaltete** die Agenda 2010, sprich: die **Hartz-IV-Gesetze mit!**[741] (Siehe dazu auch den Abschnitt 3.5 »Hartz **IV«)**

In einem Interview im *Deutschlandfunk* sagte sie unumwunden: *»Ich glaube, angesichts der Situation, in der wir uns befinden, sind diese* ***Reformen dringend notwendig.*** *Wir haben vieles davon lange genug verschlafen und nicht gemacht. Deswegen müssen wir uns jetzt auf diesen Weg begeben und ich sage bewusst, das ist ein Weg (...). Wenn man von diesen Reformen dann wieder einen Teil zurücknimmt, dann wird das auch zu Unsicherheit führen* **(...).«**[74i] **Genau das werden die Grünen zehn Jahre später, als sie nicht mehr an der Regierung sind, aber fordern!** (Siehe Abschnitt 3.5 »Hartz IV«.)

Und weiter: *»Steuererhöhungen sind zurzeit nicht der richtige Weg. Auch diejenigen, die die eine oder andere* ***Steuererhöhung fordern,*** *müssen sich natürlich fragen lassen:* ***Wird das denn einen Arbeitsplatz schaffen,*** *ja oder nein. Ich glaube nicht, dass man mit der Vermögenssteuer Arbeitsplätze schafft* **(...).«**[743] **Genau das werden die Grünen, als sie nicht mehr an der Regierung sind, aber fordern!**

Die Welt schrieb: *»Als Schröder die* ***Hartz-Gesetze durch die rotgrüne Koalition prügelte,*** *konnte er sich* ***fest auf die Fraktionschefin*** *des kleinen Koalitionspartners* ***verlassen.*** *Sie sorgte dafür, dass die* ***Grünen-Kritiker auf Linie gebracht*** *und die umstrittenen Reformen* ***mit den Stimmen der Grünen beschlossen*** *werden konnten. Sie selbst schwärmte von einem >Frühling der Erneuerung<. Die Agenda 2010 sei* ***>mutig< und motwendigfür das GemeinwohU (,..).«***[744]

Welch Wunder: **Zum zehnten Jahrestag der Reform distanzierte sich Göring-Eckardt von Hartz-Beschlüssen**[745]**: »(...)** *Das Ziel der Grünen war immer eine Grundsicherung für alle, die Armut verhindert. Der neue Regelsatz aber war zu niedrig, bei seiner Ermittlung wurde der tatsächliche Bedarf der Menschen nicht ausreichend berücksichtigt (...). Falsch war es auch, die Regeln für die Zumutbarkeit zu verschärfen, ab wann eine Arbeit aufgenommen werden muss, und mit Strafen zu versehen, ohne dass zugleich tatsächlich und überall indivi-*

duelle Förderung angeboten werden konnte. Damit wurde der deutsche Sozialstaat im Bewusstsein der Menschen zu einer Disziplinierungsmaschine (...).«[74<s]

Ja, ja, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?

❷ Minijobs:

Laut Bundesagentur für Arbeit gibt es mehr als 7,4 Millionen Minijobs. Rund 75 Prozent davon werden von Frauen angenommen. Viele von ihnen haben mehrere Minijobs, auch als Haupterwerb.[747] Die Grenze für abgabefreie Einkommen von Minijobs liegt bei 450 Euro.

Katrin Göring-Eckardt: Die »Mutter der Armen«

Bereits vor zwei Jahren forderte die »soziale« Katrin Göring-Eckardt, die »Mutter der Armen«,[748] in der *Rheinischen Post: »**Alle** Verdienste **über 100 Euro** im Monat sollen **Steuer- und abgabepflichtig** werden, mit reduzierten Beiträgen **für** geringe Einkommen.«*[749] Ihre Begründung: Minijobs hätten das Ziel verfehlt, eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu schlagen.[750]

Das Ergebnis wäre, dass Millionen von - meist - Frauen ihr sowieso schon kleines Einkommen bereits ab 100 Euro anstatt erst ab 450 Euro versteuern und Abgaben zahlen müssten und so noch mehr in die Armut abdriften würden.

❸ Schulessen:

Göring-Eckardt setzte sich in den Verhandlungen mit der SPD dafür ein, dass Schulessen in die Hartz-IV-Pauschale aufgenommen wird. Die Folge: Die Essen wurden nicht mehr vom Amt bezahlt, sondern mussten von den betroffenen Familien selbst bezahlt werden. Daraufhin meldeten viele Eltern ihre Kinder vom Schulessen ab.[751]

Ist das sozial?

4.2.3 Das Vokabular alter und neuer Nazis

Aber auch auf einem anderen Politikfeld verärgert sie viele Menschen: Seit Ende 2014 gibt es in Dresden die sogenannten »PEGIDA-Demonstrationen«[752] (siehe auch Abschnitt **4.1** »Cem Özdemir - der Überflieger«). Zehntausende Menschen gehen auf die Straße, um ihren Unmut gegen die Regierung und die Einwanderungs- und Asylpolitik kundzutun. Sie protestieren auch gegen die »Lügenpresse«, die - ich wiederhole - berechtigt angegriffen wird.[753] Denn: Die Medien und die Politiker stellen die Menschen, die demonstrieren und das ihnen im Grundgesetz garantierte Recht dazu wahrnehmen, als »Rechtspopulisten«, »Rassisten« und »Nazis« dar, was bei den meisten gar nicht der Fall ist.

»Lügenpresse« als Vokabular von alten und neuen Nazis

Wie Cem Özdemir, so diffamierte auch Katrin Göring-Eckardt, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, diese Menschen und nannte den Ausdruck ***»Lügenpresse« das »Vokabular von alten und neuen Nazis*** *(...). Da soll Angst gemacht werden«,*[754] Gleichzeitig griff sie in das Demonstrationsrecht und in die Demonstrationsfreiheit ein: *»Sie dürfen demonstrieren (...), aber die müssen auch aushalten, dass ich sage, das ist absurd.«*[755] Demonstrationen, die »absurd« sind, und Tausende von Demonstranten, die diffamiert werden. Sieht so das Demokratieverständnis der grünen Tugendwächterin aus? Ich fürchte, ja.

Göring-Eckardt postete auf *Facebook* dann genau das, was sie PEGIDA-Demonstranten versagt: *»Statt alle Menschen unter Generalverdacht zu stellen, gehören die wenigen Radikalisierten überwacht.«*[756]

Katrin Göring-Eckardt, mal so, mal so. Sogar die linke *taz* spottete: *»Wofür aber steht die Kirchenfrau Göring-Eckardt? Man weiß es nicht. Irgendwie fürs Soziale. Für die Kindergrundsicherung, auch für die Frauenquote und die Homo-Ehe. Aber ebenso für öffentlich gebackenen Kuchen, also für altbackene, betuliche Fürsorglichkeit. >Für Mut. Gegen Armut< stand auf einem der Wahlplakate mit ihrem Konterfei«,* und weiter: *»Klingt gut, nicht wahr? Aber nur, wenn man vergisst, dass Göring-*

***Eckardt** einmal eine **glühende Verfechterin der Agenda 2010** war. Später, als klar war, **dass Hartz IV viele Probleme nicht lösen,** dafür aber zahlreiche neue schaffen wird, hat **sie sich flugs von ihrem Agenda-Engagement distanziert.** Steuererhöhungen? Mal so, mal so.«*[757]

Da mir das alles ein wenig suspekt vorkam, habe ich Katrin Göring-Eckardt geschrieben und ein paar Fragen gestellt.

Fragen an die Grünen

Mail an Katrin Göring-Eckardt

Sachverhalt:

Auf einem Ihrer Wahlplakate stand »Für Mut. Gegen Armut.« Dennoch sind Sie als Fraktionsvorsitzende der Grünen maßgeblich an der Verabschiedung der Agenda 2010 beteiligt gewesen. Ohne die Grünen hätte diese nicht verabschiedet werden können.

Meine Fragen:

1. *Sehen Sie die Agenda 2010 heute noch als richtig an oder nur damals, als Sie noch an der Regierung waren?*
2. *Wenn Sie »Auswüchse« kritisieren, konnten Sie diese als Mit-Regierungspartei nicht bekämpfen oder waren Sie gegen die SPD/Schröder zu schwach?*
3. *Die Menschen sind durch die Agenda ärmer und ängstlicher vor sozialem Absturz geworden. Ist Ihnen das bewusst?*

Sachverhalt:

Sie sind gegen Armut, wie Ihr Wahlplakat suggeriert. Laut Bundesagentur für Arbeit gibt es mehr als 7,4 Millionen Minijobs. Rund 75 Prozent davon werden von Frauen angenommen. Viele von ihnen haben mehrere Minijobs, auch als Haupterwerb. Die Grenze für abgabefreie Einkommen von Minijobs liegt bei 450 Euro. In der Rheinischen *Post forderten Sie: »Alle Verdienste über 100 Euro im Monat sollen **Steuer-** und abgabepflichtig werden, mit redu-*

zierten Beiträgen für geringe Einkommen.« Das Ergebnis wäre, dass Millionen ihr kleines Einkommen schon ab 100 Euro anstatt erst ab 450 Euro versteuern müssten.

Meine Fragen:

1. *Viele Frauen sind auf Minijobs angewiesen, wieso wollen Sie diese schon ab 100 anstatt erst (wie bisher) ab 450 Euro versteuern und treiben gerade damit viele Millionen Frauen in die Armut, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Job finden oder aufgrund von Kindern keinen annehmen können?*
2. *Bleiben Sie bei dieser Forderung?*

Sachverhalt:

Im Zusammenhang mit den PEGIDA-Demonstrationen griffen sie in das Demonstrationsrecht und in die Demonstrationsfreiheit ein: »Sie dürfen demonstrieren (...), aber die müssen auch aushalten, dass ich sage, das ist absurd.«

Meine Fragen:

1. *Demonstrieren ist ein verfassungsgeschütztes Grundrecht. Sehen Sie das auch so?*
2. *Sie bezeichnen jedoch Demonstrationen von PEGIDA-Anhängern als »absurd« und diffamieren dadurch Tausende von Demonstranten, die ihre Ängste zeigen. Sieht so Ihr Demokratieverständnis aus?*[758]

<u>Antwort von Katrin Göring-Eckardt:</u>

KEINE!

Auch diese »Sauberfrau« kneift vor meinen brisanten Fragen, nimmt aber in den Medien immer den Mund voll. Solche Menschen mag ich besonders.

☹ **Katrin Göring-Eckardt:**

- Im Deutschen Bundestag in rund zwei Jahren 18 Mal für einen Bundeswehreinsatz mit »Ja« gestimmt.
- War als Fraktionsvorsitzende der Grünen mitverantwortlich für die Verabschiedung der Hartz-IV-Gesetze, die viele Menschen bis heute weiter in Armut brachten und bringen.
- Forderte Steuern und Abgaben auf Minijobs bereits ab 100 statt wie bisher ab 450 Euro. Das treibt noch mehr Menschen (hauptsächlich Frauen) in die Armut.
- Sie bezeichnet PEGIDA-Demonstrationen als »absurd« und diffamiert dadurch Tausende von Demonstranten.
- Kneift vor meinen brisanten Fragen.

Die evangelische Grünen-Sauberfrau entpuppt sich bei genauem Hinschauen für mich demnach als äußerst scheinheilig.

4.3 CLAUDIA BENEDIKTA ROTH - DIE HEULBOJE DER NATION

Kein Zweifel, Claudia Benedikta Roth, mit ihren bizarren Frisuren, greller Schminke und exzentrischer Kleidung, polarisiert wie kaum eine andere Politikerin in Deutschland.[759] Manchmal weint sie medienwirksam in der Öffentlichkeit[760] und ist für manche Medien der politische ***»Betroffenheitsautomat«***[761], die ***»Heulboje der Nation«***[761], die ***»Mutter aller Nervensägen«***[763], ***»Bundesbeauftragte für Betroffenheit und Empörung«***[764], ***»grüne Betriebsnudel«***[765], und ganz ehrlich: Sie geht mir gehörig auf die Nerven.

»Roth lässt keine Gelegenheit zur Entrüstung aus.«[766]
(FAZ)

Ihre weinerliche Stimme, ihr Schluchzen und ihr klägliches Gesicht sind aus vielen Talkshows nicht mehr wegzudenken. Sie macht uns regelmäßig ein schlechtes Gewissen und vertritt die »grüne Moraltheologie« wie keine andere. Zeit also, sich »Fräulein« Roth einmal genauer anzusehen.

Claudia Benedikta Roth wurde 1955 in Ulm geboren und ist ledig/[67] Ihr Vater war Zahnarzt, ihre Mutter Lehrerin. Roth hat zwei jüngere Geschwister. Ihre Kindheit verbrachte sie in Babenhausen bei Memmingen. Nach dem Abitur hospitierte sie als Dramaturgie- und Regieassistentin am Landestheater Schwaben in Memmingen.[768]

An der Ludwig-Maximilians-Universität München begann sie ein Studium in Theaterwissenschaften, Geschichte und Germanistik, das sie aber nach zwei Semestern abbrach. 1975/76 arbeitete sie als Dramaturgieassistentin bei den Städtischen Bühnen Dortmund, von wo sie dann als Dramaturgin in ein Theater in Unna wechselte.[769]1982 war sie als »Managerin« der Rockband »Ton Steine Scherben« um Rio Reiser tätig[770], deren erster Song »Macht kaputt, was euch kaputt macht« hieß[771] und zur Hymne für viele in der linken Szene wurde.[772] Die Band löste sich 1985 wegen finanzieller Probleme auf. Danach bewarb sich Roth aufgrund einer Zeitungsanzeige bei der grünen Bundestagsfraktion, die eine Pressesprecherin suchte, und bekam den Job.[773]

»Macht kaputt, was euch kaputt macht!«

1980 trat Roth aus der katholischen Kirche aus. Sie lehnte deren Haltung zur Rolle der Frau ab. Sie setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Türkei in die EU aufzunehmen[774], und war Stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe des Bundestages in der 17. Wahlperiode.[775]

Multikulturelles Zusammenleben, der Schutz von Minderheiten und die europäische Integration sind die Schwerpunkte der politischen Arbeit von Claudia Roth.[776] Innerhalb der grünen Partei gilt sie als Vertreterin des linken Flügels.[777] Roth wohnt im Allgäu wie auch in Berlin-Charlottenburg.[778]

»Es muss endlich klar sein, dass Deutschland unumstritten
ein Einwanderungsland ist (...)• Dazu gehört vor
allem die Integrationsbereitschaft, und zwar vor allem die
der bundesrepublikanischen Gesellschaft.«[779]
(Claudia Roth)

Ihre politische Karriere:

- 1971-1990: Mitglied der Jungdemokraten[780]
- 1985: Pressesprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion
- 1989: Wahl ins Europäische Parlament (Fraktionsvorsitzende der Grünen)
- 1998: Einzug in den Bundestag
- 2001-2002: Eine von zwei Bundesvorsitzenden (mit Fritz Kuhn)
- 2004-2008: Eine von zwei Bundesvorsitzenden (mit Reinhard Bütikofer)
- 2008-2013: Eine von zwei Bundesvorsitzenden (mit Cem Özdemir)
- **Seit Oktober 2013:** Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

»Oft heißt es, Roth sei so etwas
wie die fürsorgliche Mutter der Grünen.«[781]
(Die Zeit)

4.3.1 Die Friedensaktivistin?

Roth, die Friedensaktivistin? Roth, die Pazifistin? **Dafür hat die »Pazifistin« und »Menschenrechtlerin« Claudia Roth** im Bundestag seit 2013 in Zusammenhang mit **Bundeswehreinsätzen** gestimmt:

- **26.02.2015:** Bundeswehreinsatz in Mali (EUTM Mali)
- **29.01.2015:** Bundeswehreinsatz *Operation Active Fence* (Türkei)
- **13.11.2014:** Bundeswehreinsatz in Dafür (UNAMID)
- **13.11.2014:** Bundeswehreinsatz im Südsudan (UNMISS)

- 25.09.2014: Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada, erster und zweiter Entschließungsantrag
- 25.06.2014: Bundeswehreinsatz im Libanon (UNIFIL)
- 25.06.2014: Bundeswehreinsatz in Mali (MINUSMA)
- 05.06.2014: Bundeswehreinsatz im Kosovo (KFOR)
- 10.04.2014: Bundeswehreinsatz in der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR RCA)
- 09.04.2014: Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz
- 20.02.2014: Militärische Ausbildungsmission in Mali
- 20.02.2014: Bundeswehreinsatz in Afghanistan (ISAF)
- 29.01.2014: Bundeswehreinsatz OAF (Türkei)
- 28.11.2013: Bundeswehreinsatz in Darfur
- 28.11.2013: Bundeswehreinsatz im Südsudan[782].

Sieht so das Abstimmungsverhalten einer Pazifistin aus?

4.3.2 Ausraster

Und hier noch ein paar »Ausraster« unserer Bundestagsvizepräsidentin, die bei ihrer Wahl zu diesem hohen Amt mit 415 Ja-Stimmen das schlechteste Ergebnis aller Kandidaten[783] erreichte:

- 1990: Roth demonstriert in Frankfurt am Main an vorderster Front hinter einem Transparent mit der Aufschrift ***»Nie wieder Deutschland!*** *Gegen die Annexion der DDR! Gegen den deutschen Nationa-Hsmus/«*[784]
- 2007: Roths Verhältnis zur Türkei und ihre »Liebe« zu den dortigen Konflikten: *»Ich liebe die Menschen in der Türkei, ich liebe die Konflikte in der Türkei. Es gibt immer wieder Probleme, immer wieder Konflikte. Mir gefällt in der Türkei Sonne, Mond und Sterne. Mir gefällt Wasser, Wind.«*[785]
- 2007: Roth nennt beim Landesparteitag der bayerischen Grünen den Augsburger Bischof einen *»durchgeknallten, spalterischen Oberfundi«*,[786] Der Öffentlichkeitsreferent des Bistums bescheinigt ihr daraufhin *»faschistoide Züge«*[787] und erklärt, ihre Wortwahl er-

innere an die Propaganda-Hetze der Nationalsozialisten gegen die katholische Kirche/[88]

- 2009: Roth in einer Taikrunde zum Selbstverständnis ihrer Partei: *»Die Grünen und grünes Klientel sind die am besten ausgebildeten Menschen, die den höchsten Bildungsstand haben, und dann ist es auch logisch, dass sie mit so 'ner Voraussetzung auch gute Jobs kriegen.«*[789]
- 2013: Roth über die Moral der CSU auf dem Parteitag der Grünen: *»Bei der CSU kommt die Moral nicht mal nach dem Fressen. Denen soll wirklich das Kruzifix von der Wand fallen.«*[790]

4.3.3 Dresden

Hintergrund

Die Bombardierung Dresdens:

Am 13. Februar 1945 warfen alliierte Bomber 650000 Brandbomben[791] auf die mit Zivilisten, Flüchtlingen, Fremdarbeitern und verwundeten Soldaten vollgepfropfte Stadt. 80000 Wohnungen wurden durch den Feuersturm zerstört.[792] Die Menschen wurden von detonierenden Bomben zerfetzt, von einstürzenden Gebäuden erschlagen, verbrannten in der Gluthitze des Feuersturms und erstickten in den Kellern unter der brennenden Stadt.

Eine offizielle **deutsche** Historikerkommission[793] geht von maximal **25 000 Toten** aus, die bei den Februarangriffen ums Leben gekommen sind.[794] Der renommierte US**-amerikanische** *Oxford Companion to World War II* nennt dagegen **50000 Tote.**[795] Statistisch gesehen wären - bei 650 000 abgeworfenen Brandboniben in eine voll besetzte Stadt - **pro Bombe** »nur« **0,038 Menschen** ums Leben gekommen. Oder anders gesagt: **100 Brandbomben hätten »nur« vier Menschen getötet.** Das erscheint mir doch ein wenig unglaubhaft, wenn man die Wirkung von Brandbomben kennt. Dennoch: Die deutsche Historikerkommission will von ihren Zahlen nicht abweichen.

Tatsache ist jedoch: Die Zerstörung der Stadt war von **keinerlei kriegsentscheidender Bedeutung.**[796] **Tatsache ist** auch, dass die Engländer und Amerikaner mit ihrem Terrorbombardement **bewusst** zivile Opfer wie Frauen, Kinder, alte Menschen, Flüchtlinge, Evakuierte und sogar Zwangsarbeiter in Kauf nahmen. Es handelte sich dabei um einen **Massenmord.**

Am 13. Februar 2015 - am 70. Jahrestag der Bombardierung Dresdens - demonstrierte Roth nicht etwa **für** das Gedenken an die Opfer und gegen den alliierten Massenmord, sondern laut ihrem *Facebook*-Eintrag: *»Anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens und des schrecklichen Grauens des Zweiten Weltkrieges bin ich heute in Dresden, um ein Zeichen zu setzen für ein friedliches und multikulturelles Miteinander - gegen Rassismus, Homophobie, Antiziganismus, Islamophobie, Antisemitismus und alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, denn die haben mit Meinungsfreiheit nicht das Geringste zu tun!«*[797] Kein Wort also über die Opfer.

Fräulein Roths politische Standpunkte sind mir ein wenig unklar, aber immerhin ist sie Abgeordnete eines demokratisch gewählten Volksparlaments und Bundestagsvizepräsidentin. Deshalb habe ich auch ihr ein wenig auf den Zahn gefühlt:

Fragen an die Grünen

Mail an Claudia Roth

Sachverhalt:

Im Zusammenhang mit dem Islam und Deutschland haben Sie zwei brisante Aussagen gemacht.

1. »Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarz-rot-goldenen Fahnen.«[79]*

Meine Fragen:

- *Ist das wirklich Ihre Zukunftsvision?*
- *Fühlen Sie sich als Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Bundestagsvizepräsidentin als Patriotin?*
- *Wenn ja, warum dann diese Aussage?*
- *Wenn nein, warum nicht, denn Sie sind doch zum Wohle und Schutze des deutschen Volkes gewählt worden und vertreten unser Land?*

2. »Die Türken haben nach dem Krieg Deutschland wieder aufgebaut.«[799]

Meine Fragen:

- *Wie kommen Sie zu dieser Aussage?*
- *Millionen Trümmerfrauen haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut, ist Ihnen das bekannt?*
- *Diskreditieren Sie diese nicht mit solch einer Aussage?**[00]

<u>Antwort von Claudia Roth</u>

Sehr geehrter Herr Grandt,
***beide** von Ihnen Claudia Roth zugeschriebenen **Zitate sind frei erfunden und wurden** **so** **von ihr nie geäußert.** Ihre Zuschreibung bleibt also reine Behauptung. Daher bitte ich um Verständnis, dass Frau Roth die von Ihnen gestellten Fragen nicht beantworten kann. Wir gehen auch davon aus, dass Sie davon Abstand nehmen werden, die angeblichen Zitate in Ihrem geplanten Buch Frau Roth zuzuordnen.*

Mit freundlichen Grüßen
Melanie Haas
Büroleitung Abgeordnetenbüro
Claudia Roth MdB
Vizepräsidentin Deutscher Bundestag[801]

Meine Rückfrage

Sehr geehrte Frau Haas,
(...) Das zweite Zitat ist aus der Münchner Runde *(siehe* Brandenburgische Rundschau): *http://brandenburger-rundschau.de/cms/zeigeBereich/15/zeigeText/76/wir-treten-an-die-wahlurne--doch-wen-waehlen-wir.html*

Die Grüne Claudia Roth schließt sich dem Antideutschtum an und sagte: »Die Türken haben nach dem Krieg Deutschland wieder aufgebaut« (in Münchner Runde *vom 05.10.2004) und setzte dem noch eine Krone auf mit: »Türkei ist die zweite Heimat für mich, ich mach seit 20 Jahren Türkeipolitik« (www.youtube.com/watch?v=UpAUQY4Wwlo).*

Ist das ebenfalls falsch?

Abgesehen davon möchte ich doch bei einer meiner Fragen bleiben und Frau Roth bitten, dazu Stellung zu nehmen:

- *Fühlen Sie sich als Abgeordnete des Deutschen Bundestages und als Bundestagsvizepräsidentin als Patriotin?*
- *Wenn ja, wie äußert sich das?**[02]

Antwort von Claudia Roth

Sehr geehrter Herr Grandt,
besten Dank für die Auflistung Ihrer Quellen (...).

Das zweite »Zitat« ist leider ***nicht mehr nachvollziehbar.*** *Das von Ihnen angegebene Video ist nicht mehr abrufbar, stattdessen geben Sie als Quelle eine Seite des Bundes der Vertriebenen Brandenburg an.* ***Da wir die Originalsendung nun nicht mehr zugänglich haben,*** *können wir leider nicht feststellen, ob der Bund der Vertriebenen Brandenburg an dieser Stelle Frau Roth korrekt zitiert oder das »Zitat« aus dem* ***Zusammenhang reißt oder schlicht eine falsche Behauptung publiziert.***

*Auf **Ihre Fragen möchte Frau Roth daher nicht** antworten.*

Mit besten Grüßen
Melanie Haas[803]

Meine Anmerkung: In der ersten Mail sind **beide** Zitate noch »**frei erfunden**«. In der nächsten Mail ist das **zweite** Zitat »**nicht mehr nachvollziehbar**«. Sollte Fräulein Roth also nicht wissen, was sie sagt?

Meine Antwort (2)

Sehr geehrte Frau Haas,
danke für Ihre Antwort. Zwecks der Quellen werde ich weitere Nachforschungen anstellen.

*Nicht, dass Frau Roth mich falsch versteht, ich bettle nicht um Antworten, sondern übe meine journalistische Sorgfaltspflicht aus. **Dass sie allerdings als Abgeordnete und Bundestagsvizepräsidentin nicht auf meine Frage antworten will, ob sie sich als Patriotinfühlt, werde ich so veröffentlichen.** Das spricht für sich.*[604]

Meine Anmerkung: Meine Nachforschungen beim *Bayerischen Rundfunk* über die angesprochene Sendung der *Münchner Runde* blieben leider erfolglos,[805] so kann ich nicht verifizieren, ob das Zitat stimmt oder nicht.

Wenn Fräulein Roth schon nicht mehr nachvollziehen kann, ob sie den Satz »Die Türken haben nach dem Krieg Deutschland wieder aufgebaut« gesagt hat oder nicht, gibt es in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Skandal:

Hintergrund

Grüne fordern Beseitigung des Trümmerfrauen-Denkmals:
»Trümmerfrauen«[806] werden sie genannt. Die Frauen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen deutschen wie auch in österreichischen Städten mithalfen, Trümmer von zerbombten Gebäuden und Straßen zu räumen. **Oft nur mit bloßen Händen, mit Eimern und Schubkarren. Eine Knochenarbeit!**

Die **Alliierten zerstörten** alleine **in** Deutschland etwa **vier Millionen Wohnungen und Hunderttausende von Fabriken durch ihre Terror-Luftangriffe.** Daraus resultierten rund 400 Millionen Kubikmeter Schutt, was knapp 400 Millionen Tonnen Trümmern entspricht.

Trümmerfrauen waren zwischen 15 und 50 Jahre alt, darunter viele Witwen mit ihren Kindern. Sie alle mussten mithelfen, die Infrastruktur wiederherzustellen und die Häuser wieder bewohnbar zu machen. Und das - Sie müssen es sich vorstellen -, obwohl viele **selbst ausgebombt, hungrig und mit kleinen Kindern waren. Ihre Männer waren verschollen oder gefallen.**[807] Dies ist eine Leistung, die für sich spricht!

Ich möchte mir gar nicht ausmalen, was verwöhnt-verweichlicht-satt-alimentierte Grüne-Frauen, die ihre Kinder in den Kindergarten abschieben, weil sie ja so »überfordert« sind, in dieser Zeit gemacht hätten. **Jedenfalls kann die Leistung der Trümmerfrauen nicht hoch genug geschätzt werden!**

Das sah man in München auch so und errichtete für die Trümmerfrauen ein Denkmal mit der Inschrift: *»Den Trümmerfrauen und der Aufbaugeneration Dank und Anerkennung. München nach 1945. Im Wissen um die Verantwortung.«*[SoS]

Aber man hatte nicht mit der Häme der Grünen gerechnet. Denn die Grünen-Landtagsabgeordneten Sepp Dürr und Katharina Schulze verhüllten das Denkmal mit einem Transparent: *»Den Richtigen ein Denkmal. Nicht den Alt-Nazis«.*[s09] Damit verhöhnten sie nicht nur die Trümmerfrauen in München, sondern auch all

jene in Deutschland und Österreich. **Ein Schlag ins Gesicht der Generation, die uns erst den Wohlstand ermöglicht hat!**

Wie perfide kann man nur sein, Millionen Trümmerfrauen als »Alt-Nazis« zu diffamieren und ihren Schweiß und ihre Tränen so herabzuwürdigen?

Aber so sind sie, die Grünen: Rehabilitierungsverfahren für den kamerunischen Häuptling Manga Bell fordern, der im Jahr 1914 (sie!) von den deutschen Kolonialbehörden wegen Hochverrats hingerichtet wurde[810], aber Leistungen der eigenen Großmütter schmähen!

☹ Claudia Benedikta Roth

- Demonstriert 1990 hinter einem Transparent mit der Aufschrift »Nie wieder Deutschland!«
- Stimmt im Deutschen Bundestag 16 Mal für einen Bundeswehreinsatz.
- Nennt den Augsburger Bischof einen »durchgeknallten Oberfundi«.
- Will meine Frage, ob sie sich als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages als Patriotin fühlt, nicht beantworten.

4.4 RENATE KÜNAST - DIE VERFASSUNGSSCHUTZBEKANNTE

Die Igelfrisur ist ihr Markenzeichen und sie ist bekannt für lautes Auftreten und beißenden Spott gegenüber ihren politischen Gegnern, so die *Morgenpo$t.*[Sn]

Renate Künast wurde am 15. Dezember 1955 in Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen) geboren. Sie entstammt einer Arbeiterfamilie. Ihr Vater war Kfz-Schlosser und arbeitete als Fahrer, ihre Mutter war Hilfskrankenschwester.[811] Nach der Mittleren Reife machte sie 1973 das Fachabitur. An der Fachhochschule in Düsseldorf studierte sie

anschließend Sozialarbeit. Von 1977 bis 1979 arbeitete sie als Sozialarbeiterin in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel in West-Berlin speziell mit Drogenabhängigen.[813] In dieser Zeit nahm sie ein Jurastudium an der Freien Universität Berlin auf. 1982 legte sie das erste juristische Staatsexamen, das zweite im Jahr 1985 ab und trat dann als Rechtsanwältin in eine Kanzlei ein. Sie spezialisierte sich auf die Gebiete Ausländerrecht, Strafrecht und Bürgerrechte.[814] Künast ist mit dem Juristen Rüdiger Portius verheiratet und lebt in Berlin.[815]

Unter Beobachtung des Verfassungsschutzes

Künast engagierte sich aber auch in der Anti-Atom kraft-Bewegung. Zeitweise lebte sie in der sogenannten »Republik Freies Wendland« in der Nähe von Gorleben (s. u.). Nicht nur in dieser Zeit, sondern auch noch als Abgeordnete (sie!), stand sie unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes.[816]

Auch das wollte ich genauer wissen.

Fragen an die Grünen

Mail an Renate Künast

Sachverhalt:

Stimmt es, dass Sie nicht nur im Zusammenhang mit der sogenannten »Freien Republik Wendland« unter Beobachtung des Verfassungsschutzes standen, sondern auch noch als Abgeordnete?

Meine Fragen:

1. *Wenn ja, aus welchem Grund?*
2. *Seit wann stehen Sie nicht mehr unter Beobachtung des Verfassungsschutzes?*[81?]

Antwort von Renate Künast

Sehr geehrter Herr Grandt,
danke für Ihre Anfrage. Wie ich sehe, publizieren Sie im ***Kopp-Verlag.*** *Es ist* ***nicht erstrebenswert, in Veröffentlichungen dieses Verlags zitiert zu werden.*** *Sie werden deswegen keine Stellungnahme von Frau Künast bekommen.*

Mit freundlichen Grüßen
Simon Pabst, ass. jur.
Büroleiter von Renate Künast, MdB
Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz[SIS]

Unter der Signatur steht noch der Satz: *»Frau Künast legt keinen Wert darauf, in Publikationen im Kopp-Verlag zitiert zu werden.«*[SI9] Offensichtlich wurde dieser vergessen zu löschen.

Meine Erwiderung

Sehr geehrter Herr Pabst,
die Volksvertreterin Frau Künast ***antwortet nicht auf Fragen,*** *die ein Journalist stellt, weil er offenbar in einem* ***ihr »nicht genehmen« Verlag publiziert*** *hat? Sieht so das Verständnis von Frau Künast aus?*

*Ich werde Ihre Mail so eins zu eins ins Buch übernehmen, dann können Tausende von Lesern sich selbst ein Urteil darüber bilden.**[20]

Hintergrund

Freie Republik Wendland (Selbstbeschreibung aus dem Gorleben-Archiv):

»Am 03. Mai 1980 besetzten Tausende Atomkraftgegner ein Waldstück bei Trebel im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Es ist die Geburtsstunde der Freien Republik Wendland, die identitätsstiftend für den Widerstand gegen die Atomanlagen in Gorleben wurde. (…) Innerhalb weniger Tage entsteht auf einem trostlosen, weil zuvor abgebrannten Waldstück ein Dorf aus über 100 Hütten (…). Aus Holz und Lehm entsteht ein fantasievolles Dorf mit allen notwendigen kommunalen Einrichtungen. Willkommen in Utopia: öffentliche Küche, Sauna, ein Freundschaftshaus, Badehütten, Klos, Gewächshäuser, Gärten, Schweineställe, eine Ponyreitanlage für Touristen, ein mit Windenergie betriebener Tiefbrunnen, eine Solar-Warmwasseranlage, ein Klinikum, eine Einreisebehörde mit Passamt - nicht zu vergessen der Wendländische Frisiersalon (,..).«[8]"

Und weiter: »Vom Turm des besetzten Platzes sendet der republikeigene Sender >*Radio Freies Wendland*< auf UKW 101 MHz sein eigenes Programm.

Schlagbäume grenzen die Republik Freies Wendland vom Nachbarland BRD ab (…) 33 Tage dauert dieser Traum von einer autonomen, selbstverwalteten Gesellschaft (…). Der Staat antwortet mit Bulldozern, Raupen und >*Apocalypse* Now<-tauglich geschminkten BGS- und Polizeiaufgeboten und führte den bis dahin größten Einsatz in der Geschichte der Bundesrepublik durch. Die Armada braucht nur wenige Stunden, um alles dem Erdboden gleichzumachen. (...)«[821]

Die politische Karriere von Renate Künast:

- 1979: Eintritt bei der Westberliner Alternativen Liste
- 1985: Wahl in das Berliner Abgeordnetenhaus
- 1989/1990: Fraktionsvorsitzende ihrer Partei im Berliner Abgeordnetenhaus. Nach dem Ende des rot-grünen Senats arbeitete sie weiter als Abgeordnete in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 1991-1994: Leitung der Enquete-Kommission Verfassungsreform des Abgeordnetenhauses
- 1993-1998: Rechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion
- 1998-2000: Fraktionsvorsitzende
- 2000-2001: Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen
- Seit 2002: Mitglied des Deutschen Bundestages

»Dieses Land muss man umbauen! Wir müssen anders leben! Anders essen! Anders produzieren! Anders transportieren!«[813]
(Renate Künast)

- 2001-2005: Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- 2011: Kandidatur für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin von Berlin
- 2005-2013: Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
- Seit 2014: Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz[824]

Jutta Ditfurth, die Ex-Bundesvorsitzende der Grünen, illustriert Künast so: *»Renate Künast markiert gern die Kernige, die ihre Hemdsärmel aufkrempelt und zupackt. Kein Wort mehr gegen den Kapitalismus und eine für Menschen und Natur zerstörerische Lebensweise, dafür viel neubourgeoises Geplapper von >strategischem Konsum< und der >Macht des Verbrauchers<, deren Grenzen man schnell erkennt, wenn man über die soziale Frage nachdenkt (,..).«*[825]

»Grüne Giftspritze« nannte sie Eberhard Diepgen,
ehem. Regierender Bürgermeister (CDU, 1985)[826]

☹ Renate Künast

- Vermengte das »Ja« für den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan laut *Spiegel online* mit Geld aus den Haushaltsverhandlungen (siehe Unterkapitel 3.2.4 »Afghanistan II«).
- Beantwortet meine Frage zu ihrer Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht, weil ich in einem - offenbar für sie - unbequemen Verlag publiziert habe.

4.5 JÜRGEN TRITTIN - DER »SALONBOLSCHEWIST«[827]

Jürgen Trittin, Jahrgang 1954, war von 1990 bis 1994 niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, von 1998 bis 2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit[828] und von 2005 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Grünen.

Sein Großvater war Bankdirektor in Delmenhorst, sein Vater Klaus Geschäftsführer und Prokurist in der Bremer Tauwerk-Fabrik F. Tecklenborg und Co. in Bremen-Vegesack,[829] die Mutter Hausfrau. Sein Vater hatte ab 1941 als Freiwilliger in Fronteinsätzen in der Waffen-SS gekämpft, zuletzt im Rang eines SS-Obersturmführers[830] und war dann in die NSDAP[831] eingetreten.[832] Der *Stern:*

»Klaus Trittin geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft und wurde erst 1950 freigelassen. Die eigene Nazi-Vergangenheit ließ ihn nicht mehr los. Er redete, anders als andere Männer seiner Generation, offen über seine Vergangenheit, auch gegenüber seinen Kindern. Als Jürgen Trittin 15 Jahre alt war, schleppte der Vater seine beiden Söhne ins ehemalige KZ Bergen-Belsen und sagte zu ihnen: >Guckt euch das an, das haben wir verbrochen. So etwas dürft ihr nie wieder zulassen.< Diesen Auftrag nahm Jürgen Trittin so ernst, dass er später, selbst als Minister, immer etwas zwanghaft die Nazikeule schwang. Er beschimpfte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer als >Skinhead< und demonstrierte ge-

gen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr, weil er sie in der Tradition der Wehrmacht sah (...).«[ij]

Jürgen Trittin war bei den Pfadfindern, trat aus der Kirche aus und klagte erfolgreich beim Verwaltungsgericht, weil seine Kriegsdienstverweigerung zunächst nicht anerkannt worden war.[834] Später studierte er Sozialwissenschaften. Als Diplom-Sozialwirt war er danach an der Universität Göttingen und als freier Journalist für die lokale Göttinger Stadtzeitung tätig.[835]

Hintergrund

K-Gruppen:

Spiegel-Autor Jochen Bölsche: »Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten (,..).«[836]

4.5.1 Den »Arsch versohlen«

Trittin war als ***»Ideologe«***[*37] in dem vom **Verfassungsschutz beobachteten Kommunistischen Bund** (KB) in Göttingen aktiv.[838] 1980 gehörte er auch zur dortigen **Hausbesetzerszene,** so der *Focus.*[*39]

Seine Motivation dazu verriet er hingegen in einem Interview mit dem *Stern: »Wir machten Erfahrungen mit akuter Wohnraumnot. In der Stadt fehlten 5000 Wohnungen, gleichzeitig standen auf dem Uni-Gelände riesige alte Klinikgebäude leer. Das war die Zeit, in der ich im AStA war.* ***Damals haben wir diese Gebäude besetzt. Das war illegal,*** *aber nicht militant, und auch nicht gewalttätig. Wir haben nicht mal die Türen aufgebrochen. Wir hatten uns Nachschlüssel besorgt. Wir haben eine ganze Reihe von Häusern freigekriegt, die später zu Studentenwohnheimen umgebaut wurden.«*[*40]

Er wollte einen anderen Staat.

Ihm ging es aber nicht nur um ein paar Häuser, sondern er wollte einen ***»anderen Staat«***,[841] Doch im Gegensatz zu Fischer & Co. (s. u.) ist ihm - nach allem, was wir bis heute wissen - Gewalt *»immer fremd geblieben«*.[84i] Doch ganz frei davon kann man ihn wohl nicht sprechen. Denn als *»Hauptverantwortlicher«*[843] (so der *Focus)* verfasste er gemeinsam mit einigen seiner Studentenfreunde die über 100 Seiten starke Schrift *»Häuserkampf in Göttingen. Dokumentation. Stadtsanierung-Uniausbau-Wohnsituation«.* Der *Focus: »Später flogen auch in Göttingen Steine. Die Drohung, dass es eines Tages dazu kommen könnte, hatte Trittin geschickt schon am Ende der Schrift in einem Hausbesetzerlied untergebracht. Dort hieß es: >Solltet ihr uns räumen wollen, wenn wir euch den Arsch versohlen (...) Pflasterstein, Pflasterstein, da wird doch einer locker sein!<«*[i44]

Sympathien für den Terrorismus hat Trittin eigenen Aussagen nach nicht gehegt: *»Wir* [der Kommunistische Bund, MGR] *sahen im Terrorismus einfach nicht das geeignete Mittel für unsere Ziele.«* Er gibt aber auch zu: *»Wir waren keine pazifistische Vereinigung.«*[*45]

Doch es gibt einen weiteren Makel in Trittins Biografie: Im August 1994 trat er laut FAZ nämlich als ***»prominentester Sympathisant«***[846] der Göttinger Autonomen in Erscheinung: *»Es war der Sommer, in dem die Umtriebe des >Schwarzen Blocks< ihren Höhepunkt erreichten. In seinem Göttinger Wahlkreis war Trittins gedruckte Warnung vor dem Faschismus auf fruchtbaren Boden gefallen. >Kampf dem Staatsterrorismus! Schlagt zurück!<, las man auf Transparenten der Autonomen. Bis zu 800 schwarz gewandete und vermummte, mit Zwillen, Steinen und Schlagstöcken bewaffnete Schläger marschierten in geschlossener Formation bei sogenannten antifaschistischen Demonstrationen durch die Stadt. Polizeibegleitung betrachteten sie als Provokation, die >Gegengewalt< legitimierte (...).«*[847]

Und weiter: *»Dass systematische Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, das Vermummungsverbot, das Bewaffnungsverbot sowie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen in Göttingen nicht geahndet*

wurden, wenn sie von einem bestimmten Täterkreis verübt wurden, konnte am zuständigen Oberlandesgericht nicht länger ignoriert werden. Die umfangreichen Ermittlungen eines Oberstaatsanwalts in Celle führten zur Einleitung eines Verfahrens wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (Paragraf 129 Strafgesetzbuch). ***Trittin stand dabei unverbrüchlich aufseiten seiner Göttinger Gesinnungsfreunde.*** *Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Angehörigen der Autonomen geißelte er als >Amoklauf einer politisierten Staatsanwaltschaft<. Auf Trittin musste Ministerpräsident Schröder, der kurz zuvor für seine SPD die absolute Mehrheit im Landtag errungen hatte, zwar keine Rücksicht mehr nehmen, doch zu einem Verfahren wollte er es dennoch nicht kommen lassen. «*[848]

»Trittin hat ein Problem mit Gefühlen. Er wirkt mitunter arrogant und kühl, auch dozierend oberlehrerhaft, von seinen fast zwei Metern herab, oft erhebt er den Zeigefinger.«[849] (FAZ)

Und so begann **Trittins »politische« Karriere:**

- 1977: Mitglied im Fachschaftsrat Sozialwissenschaften an der Uni Göttingen für die »Sozialistische Bündnisliste« (SBL), einen Zusammenschluss aus maoistischem »Kommunistischem Bund« (KB), Mitgliedern der trotzkistischen »Gruppe Internationale Marxisten« (GIM) und weiterer linksradikaler Studenten[850]
- 1978: Kandidatur auf der »Liste demokratischer Kampf« (LDK) des Kommunistischen Bundes für den AStA[851]
- 1979-1980: AStA, zuständig für das Außenreferat und Präsident des »Studentenparlaments«[852]
- Anfang 1980er-Jahre: Der »Gruppe Z« angehörig, einer Abspaltung des Kommunistischen Bundes. Diese wollte die erst neu gegründeten Grünen unterwandern.[853]
- 1980: Beitritt bei den Grünen[854]
- 1981: Wissenschaftlicher Assistent der Stadtratsfraktion der linken Alternativen-Grünen-Initiativen-Liste (AGIL) in Göttingen[855]

. 1982-1984: Geschäftsführer der AGIL-Stadtratsfraktion[856]
- 1984: Wahl für den Niedersächsischen Landtag auf der Landesliste des Kreisverbandes Göttingen[857]

Hintergrund

Trittin und die Kindersex-Debatte

Auch Trittin hatte Probleme mit der »Kindersex-Debatte«: 1981 verantwortete er ***presserechtlich*** das kommunalpolitische Wahlprogramm der Grünen-Liste in Göttingen. Darin wurde auch die *Straffreiheit* von gewaltfreiem Sex zwischen Kindern und Erwachsenen gefordert.[858]

BELEG 49: ➔ Recherchiert hatte dies der Forscher Franz Walter von der Universität Göttingen. Und darum ging es: »(...) *dass Trittin 1981 unter dem Kommunalwahlprogramm der Alternativen-Grünen-Initiativen-Liste (AGIL) in Göttingen als eines von fünf Mitgliedern der Schlussredaktion geführt wurde. Nur hinter Trittins Namen stand laut Walter das Kürzel >V.i.S.d.P.<, Verantwortlich im Sinne des Presserechts<.* ***In dem Programm sprach sich die AGIL*** *dem Forscher zufolge für eine strafrechtliche* ***Freistellung von Sex zwischen Kindern und Erwachsenen aus, der ohne Anwendung und Androhung von Gewalt zustande*** *kam. Dabei ging es offenbar um die Strafrechtsparagrafen 174 und 176. «*[859]

Trittin räumte daraufhin »Fehler« ein und äußerte sich gegenüber der *taz* so: *»Franz Walter beschreibt die Sachlage zutreffend. «*[860] Und weiter: *»Nicht nur die Grünen seien in ihrer Gründungsphase als Partei dem organisierten Druck von* ***Interessengruppen ausgesetzt*** *gewesen,* ***die den Missbrauch von Kindern legalisieren wollten.*** *>Dies war in der Göttinger AGIL eher noch ausgeprägter. Es war gerade ihr Selbstverständnis, die Forderungen einzelner Initiativen - in diesem Fall der Homosexuellen Aktion Göttingen - eins zu eins zu übernehmen, sagte Trittin.«*[861]

Trittin ergänzte einsichtig: *»>Wir haben es* ***nicht mal hinterfragt,*** *als wir unser Programm zur Kommunalwahl 1981 erstellt haben< (...) >Dies ist* ***auch meine Verantwortung.*** *Und dies sind*

auch meine Fehler, *die ich bedaueren Es habe zu lange gedauert, bis diese Haltung korrigiert worden sei. >Es kann keine Straffreiheitfür Missbrauch geben< (...).«*[8fe]

4.5.2 Der Häuptling der Linken

Trittin kristallisierte sich trotz alledem sehr bald als **Führungsfigur des linken Flügels** der Partei heraus.[863] Mit peitschender Rhetorik, gepresster Tonlage und wippendem Oberkörper[864] hielt er viele stakkatoartige Reden.

»Nur einer, der leidenschaftlich seine Überzeugung vertritt, war er nie. Leidenschaft ist bei ihm eine Funktion seines Kalküls.«[865]
(Matthias Geis, *Die Zeit)*

Und doch war seine Karriere beinahe einzigartig:

- 1990-1994: niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
- 1998-2005: Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 2005-2009: Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Grünen

»Jürgen Trittin hat aus der grünen Partei eine rote Partei gemacht, und kaum einer wagt, dagegen aufzubegehren. (…) Von der Idee, als Gegenpol zu den beiden sozialdemokratischen Volksparteien zu wirken, ist die Partei so weit entfernt wie noch nie. Sie hat dem Land nichts mehr zu bieten als Bevormundung und Selbstgerechtigkeit (…).«[866]
(Die Welt)

Im Jahr 2005 allerdings hatte Trittin überlegt, aufzuhören: *»Als Fischer im Herbst 2005 die Politik verließ und vor der Fraktion verkündete, er müsse nun Jüngeren Platz machen, rief die Urgrüne Antje Vollmer in den Saal: >Das gilt auch für dich, Jürgen.< Trittin hat damals überlegt, aufzuhören, sich mit politischen Freunden beraten, ob es sich lohne, noch einmal auf einen Regierungswechsel hinzuarbeiten. Er hat sich dafür entschieden.«*[867]

»Das gilt auch für dich, Jürgen.«[867]
(Antje Vollmer)

Und so sieht die FAZ Jürgen Trittin: *»Jahrelang hat er bei den Grünen den* ***Häuptling der Linken*** *gegeben, sich als Führer des Minderheitsflügels behauptet, ohne vom Oberrealo Fischer heruntergemacht zu werden. Es war ein Spiel mit verteilten Rollen.* ***Trittin provozierte,*** *ging auf Abstand zu Fischer, blieb so als Politiker sichtbar. Er hat zu diesem Zweck, wie Fischer,* ***cholerisch herumgebrüllt, hat getrickst und geschachert, war schwer zu ertragen.*** *Er hat* ***zuerst auf die Macht im eigenen Laden geschaut, nicht auf die Gesellschaft.*** *Irgendwann hat er verstanden, dass er als Provokationskünstler weit kommt, aber nicht ganz nach* vorn.«[868]

Auch bei Jürgen Trittin scheinen mir einige Unklarheiten zu bestehen, weswegen ich ihn angeschrieben habe.

Fragen an die Grünen

Mail an Jürgen Trittin

Sachverhalt:
Ihnen wird folgendes Zitat nachgesagt: »Deutschland ist ein in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land.«

Quelle: Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/36 vom 23.04.1999, Seite: 2916

»noch: Eckart von Klaeden:

(...) den peinlichsten Entgleisungen eines deutschen Politikers im Ausland überhaupt zählen.

(Zuruf von der F.D.P.: Nichts dazugelernt!)

Was war geschehen? Trittin hatte Anfang 1993 im Londoner Goethe-Institut

*eine Rede gehalten und dabei gesagt, Deutschland sei ein - **ich zitiere - >in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land<;** er hat CDU/CSU und Teilen der SPD vorgeworfen, sie würden eine rassistische Antwort **auf** die Flüchtlingsfrage geben, die zudem kein reales Problem sei, sondern das Produkt ihrer politischen Kampagnen.*

Britische Zuhörer haben daraufhin den Saal verlassen, haben die Bundesrepublik Deutschland gegen einen niedersächsischen Minister in

Schutz genommen.«

Meine Fragen:

1. *Ist dieses Zitat, so wie es im Plenarprotokoll wiedergegeben wurde, korrekt?*
2. *Wenn ja, wie haben Sie das genau gemeint?*

Sachverhalt:

Im August 1994 trat Jürgen Trittin laut FAZ nämlich als »prominentester Sympathisant« der Göttinger Autonomen in Erscheinung. »Dass systematische Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, das Vermummungsverbot, das Bewaffnungsverbot sowie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen in Göttingen nicht geahndet wurden, wenn sie von einem bestimmten Täterkreis verübt wurden, konnte am zuständigen Oberlandesgericht nicht länger ignoriert werden. Die umfangreichen Ermittlungen eines Oberstaatsanwalts in Celle führten zur Einleitung eines Verfahrens wegen

Bildung einer kriminellen Vereinigung (Paragraf 129 Strafgesetzbuch). ***Trittin stand dabei unverbrüchlich auf Seiten seiner Göttinger Gesinnungsfreunde. Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Angehörigen der Autonomen geißelte er als >Amoklauf einer politisierten Staatsanwaltschaft<.*** *Auf Trittin musste Ministerpräsident Schröder, der kurz zuvor für seine SPD die absolute Mehrheit im Landtag errungen hatte, zwar keine Rücksicht mehr nehmen, doch zu* ***einem Verfahren wollte es dennoch nicht kommen lassen.«***

Meine Fragen:

1. *Ist die Darstellung der FAZ korrekt?*
2. *Was ist damit gemeint, dass Gerhard Schröder es nicht auf einen Prozess ankommen lassen wollte?*
3. *Wurde gegen Sie staatsanwaltschaftlich ermittelt?*

Antwort von Türgen Trittin

KEINE!

Keine Antwort ist auch eine Antwort und so gehe ich davon aus, dass Trittin das obige Zitat tatsächlich so geäußert hat, wie das Eckart von Klaeden im Bundestag wiedergegeben hat.

Auch hier wieder: Feigheit vor dem Feind. Gegenüber anderen moralisierend ohne Ende, aber selbst nicht mutig genug, kritische Fragen zur eigenen Person zu beantworten.

Jürgen Trittin gibt nicht viel von seinem Privatleben preis. Was man weiß, ist, dass er in Berlin[869] wohnt, keinen Führerschein besitzt[870] und eine Stieftochter hat, die er mit Mitte 20 adoptierte.[871] 2010 erlitt er einen Herzinfarkt, der aber keine bleibenden gesundheitlichen Schäden hinterließ.[875] Im Dezember 2013 heiratete er seine langjährige Freundin.[873]

4.5.3 Der Grüne und die Bilderberger

Im Sommer 2012 war der 1,96 Meter große Grüne **Teilnehmer der Bilderberg-Konferenz,** eines vertraulichen Zirkels der *»Entscheider dieser Welt«*[874], im amerikanischen Chantilly (Virginia). Was hatte dort ausgerechnet ein Grüner, der den linken Flügel seiner Partei repräsentiert, zu suchen? Trittin verteidigte sich in gewohnt diplomatischer Art: *»Nach meinem Eindruck unterscheidet sie sich wenig von vielen anderen Konferenzen, bei denen Manager, Wissenschaftler und Politiker zusammentreffen (...). Es ist falsch, Gesprächs- und Kontaktverbote aufzustellen (...). Es geht nicht darum, wen ich treffe, sondern was ich ihnen zu sagen habe (...). Grüne Überzeugungen müssen gerade auch dort platziert werden, wo sie noch nicht aktiv vertreten werden.«*[875]

☹ **Jürgen Trittin**

- Einst Mitglied des vom Verfassungsschutz beobachteten »Kommunistischen Bundes«.
- Hat Gebäude besetzt.
- Wollte einen »anderen« Staat.
- Geißelte Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Angehörigen der Autonomen nach Krawallen in Göttingen als »Amoklauf einer politisierten Staatsanwaltschaft«.
- Verantwortete presserechtlich das kommunalpolitische Wahlprogramm der Grünen-Liste in Göttingen. Darin wurde auch die Straffreiheit von gewaltfreiem Sex zwischen Kindern und Erwachsenen gefordert. Er entschuldigte sich dafür.
- Scheut sich, meine Fragen zu beantworten.
- Teilnehmer der Bilderberger-Konferenz in Virginia.

4.6 VOLKER BECK - DER »ENTKRIMINALISIERER« DER PÄDOSEXUALITÄT?

Volker Beck wurde 1960 in Stuttgart-Bad Cannstatt geboren. Nach seinem Abitur studierte er Kunstgeschichte, Geschichte und Germanistik an der Universität Stuttgart. Er beendete sein Studium jedoch ohne Abschluss.[876] Volker Beck ist schwul. Sein HIV-positiver Ehemann starb 2009 an einem Krebsleiden.[877] Beck lebt in Köln (Wahlkreisbüro) und in Berlin.[878]

Seine politische Karriere:

- Anfang 1980er-Jahre: In der Friedensbewegung aktiv
- 1985: Eintritt in die Grünen-Partei
- 1987-1990: Schwulenreferent der Bundestagsfraktion der Grünen
- 1994: Wahl in den Bundestag und rechtspolitischer Sprecher
- 1991-2004: Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD)
- 2002-2005: Erster Parlamentarischer Geschäftsführer. Verhandlungsführer seiner Fraktion im Vermittlungsausschuss für das Zuwanderungsgesetz
- 2005-2013: Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion und menschenpolitischer Sprecher
- Seit 2013: Innenpolitischer Sprecher und Sprecher für Religionspolitik der Grünen, Mitglied im Innenausschuss und im Ausschuss für Wahlprüfung, sowie stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss und im neu geschaffenen Ausschuss für Internet und digitale Agenda. Er ist der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages.[879]

4.6.1 Becks politische »Highlights«[880]

- Er setzte das Lebenspartnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare durch und verteidigte es erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht.

- Voraussetzung zur Gestaltung unserer Zukunft ist - seiner Ansicht nach - die Übernahme von Verantwortung für unsere Geschichte; deshalb setzt er sich seit Jahren für die Entschädigung für alle Opfer des Nationalsozialismus und für ein würdiges Gedenken ein.
- Er engagierte sich bereits in den 1990er-Jahren für die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas.
- In der 13. Wahlperiode (1994 bis 1998) hat er aus der Opposition heraus durchgesetzt, dass in Osteuropa lebende jüdische NS-Opfer eine monatliche Rente von 250 DM (125 Euro) erhalten können.[881]
- Am 3. Oktober 2002 erhielt Volker Beck auf Vorschlag jüdischer Organisationen aus der Hand des Bundespräsidenten Johannes Rau für seinen Kampf für die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus das Bundesverdienstkreuz am Bande.
- Der Direktor des Abraham Geiger Kollegs Potsdam, Rabbiner Prof. Dr. Walter Homolka, überreichte Volker Beck 2009 eine Ehrung für seine Verdienste beim Aufbau des Kollegs und seine fortlaufende Unterstützung in dessen zehnjährigem Bestehen.[882]

4.6.2 Der »gute« Gutmensch

Volker Beck ist ein umtriebiger Politiker, was seine Funktionen in Vereinen, Verbänden und Stiftungen beweisen:

- Hessischer Härtefonds für NS-Verfolgte, Wiesbaden, Beiratssprecher, ehrenamtlich.
- Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Aktion Courage e. V. - SOS Rassismus, Bonn, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Aktion Deutschland Hilft e. V., Bonn, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Arbeitskreis der Opferhilfen in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin, Mitglied des Beirates, ehrenamtlich.

- Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, Berlin, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V., Berlin, Mitglied des Parlamentarischen Beirates, ehrenamtlich.
- Hirschfeld-Eddy-Stiftung, Stiftung für die Menschenrechte von Lesben und Schwulen, Bisexuellen und Transgender, Berlin, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA), Düsseldorf, Mitglied des Beirates, ehrenamtlich.
- *Leo Baeck Foundation,* Potsdam, Mitglied des Stiftungsrates, ehrenamtlich.
- Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Berlin, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Stiftung Deutsches Holocaust-Museum, Berlin, Mitglied des Kuratoriums, ehrenamtlich.
- Sudetendeutscher Rat, München, Mitglied der Kurie der Partei, ehrenamtlich.
- *The American Jewish Committee,* Berlin, Mitglied des Beirates, ehrenamtlich.[883]

Mitgliedschaften:

. AIDS-Hilfe Köln
- Humanistische Union, Berlin
- Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V., Köln
- »Gegen Vergessen - Für Demokratie«, Berlin
- Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner e. V., Velbert
- Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte, Köln
- Förderverein Zwangsarbeiterlager Berlin-Schöneweide, Berlin
- Schirmherr der AIDS-Hilfe Westmünsterland e.V., Ahaus
- Schirmherr von Queer Leben Berlin[884]

Info

Volker Becks **politischer und gesellschaftlicher Einfluss** ist **also nicht zu unterschätzen.** Ich **gehe sogar davon aus, dass er einer der derzeit einflussreichsten Grünen-Politiker in Deutschland** ist, obwohl er nicht an vorderster Front agiert.

Aber auch der sich sonst so überaus tolerant gebende Volker Beck diskriminierte, wie sein Parteifreund Özdemir und seine Parteifreundin Göring-Eckardt, Demonstranten der PEGIDA-Bewegung, die u. a. gegen die Gefahren des Islamismus protestieren: *»Das ist tiefverwurzelter Rassismus (...) ein ganz autoritäres Weltbild.«*[m] Gleichzeitig steht für ihn klar fest: *»Der Islam gehört zu Deutschland ist eine Tatsache,«*[886]

Volker Beck ist also ein »Gutmensch«, wie man sich ihn in unserer politisch korrekten Gesellschaft vorstellt. *Aber* es gibt auch noch eine andere Seite, die - meiner Meinung nach - das traditionelle Familienbild zerstören, Drogen legalisieren und Pädophile entkriminalisieren wollte. Diese Seite möchte ich Ihnen nun vorstellen:

4.6.3 Die Zerstörung des traditionellen Familienbildes

Kritiker mögen mich als konservativ verunglimpfen (was mir übrigens gar nichts ausmacht), aber mein Familienbild ist traditionell: Vater, Mutter, Kind(er).

Volker Beck hingegen war maßgeblich daran beteiligt, das Lebenspartnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare[887] durchzusetzen und verteidigte es erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht.[888] Was bedeutete das?

- Zwei Menschen gleichen Geschlechts können eine »Ehe« (Homo-Ehe) führen.[889]
- Die Rechtsfolgen sind denen der Ehe in bürgerlich-rechtlichen Angelegenheiten zum größten Teil nachgebildet.
- Adoptiert ein Lebenspartner ein Kind, ist, wie bei Ehegatten, die Einwilligung des anderen Teils erforderlich.[890]

- Eine Stiefkindadoption ist möglich, vorausgesetzt, es handelt sich um das leibliche Kind des anderen Lebenspartners.[891]

Die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Christa Meves schreibt: *»Danach prägt sich die geschlechtliche Identität des Menschen in der Kindheit an Mutter und Vater als Vorbilder aus. Durch die Identifikation des Jungen mit dem Vater, des Mädchens mit der Mutter erwirbt das Kind seine Sicherheit in der Akzeptanz seines angeborenen Geschlechts.«*[892]

Achtung!

Genau das Gegenteil wollen aber die Grünen mit ihrem Gender-Wahnsinn: **Das traditionelle Familienbild soll aufgehoben werden** (siehe auch Abschnitt 1.8 »Grüne und Feminismus«).

Das entspricht dem neuen Weltbild der Grünen, **wie** ich zu Beginn schon angeführt habe: Unser *biologisches* Geschlecht soll durch den »Gender Mainstream« durch ein soziales und psychologisches Geschlecht ersetzt werden. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau sollen keine Rolle mehr spielen, auch bei der Kindererziehung.[893] Kurz: **Unsere unterschiedlichen Geschlechter sollen »gleich« gemacht werden.**[894] Schluss also mit Werten, Traditionen, Kulturen und religiösen Überzeugungen[895], und das alles für einen **geschlechtsneutralen »neuen« Menschen.** Aus »Mutter« könnte dann »die Elter«, aus »Vater« »der Elter« und aus »Eltern« »das Elter« werden.[896]

Biologisch gegebene Unterschiede werden ignoriert, weil Männer und Frauen *gleich* sein *sollen!*

4.6.4 »Alternative« Drogenpolitik

Welch Geistes Kind Volker Beck in der grünen Drogenpolitik ist, erkennen wir schon recht früh. Bereits im Jahr 2002 brüstete er sich in einem Interview mit der *taz: »Zunächst sollte man nicht übersehen,*

dass wir zwar keine Wende in der Haschischpolitik geschafft haben, aber eine Wende in der Drogenpolitik insgesamt. Unter dem Motto >Schwerstabhängige als Kranke, nicht als Kriminelle behandeln< wurden beachtliche Fortschritte erreicht: Modellversuche zur kontrollierten Heroinabgabe, ***Legalisierung von Druckräumen und die Erprobung von Cannabis als Heilmittel.«***[897]

Auf die Frage: *»Über welche Wege könnte die* ***straffreie Abgabe*** *dann erfolgen?«, antwortete er: »Entweder über* ***Apotheken*** *oder über* ***lizenzierte Spezialgeschäfte*** *nach dem Beispiel der holländischen Coffee-Shops, mit einer Höchstmengenabgabe von fünf Gramm. Wir sollten in Modellprojekten beides erproben.«*[*99*]*

Volker Beck postet auf seiner *Facebook-Seite*[*99]*: »Bei* ***Drogen wie Cannabis*** *wollen wir unter der Berücksichtigung des Jugendschutzes eine* ***legale Abgabeform über lizenzierte Fachgeschäfte*** *ermöglichen und diese besteuern. Als ersten Schritt hierzu wollen wir den* ***Eigengebrauch und privaten Anbau von Drogen wie Cannabis entkriminalisieren.*** (…) *Cannabis-Delikte ohne Zusammenhang zum Straßenverkehr dürfen nicht mehr unaufgefordert und ohne Zustimmung der Betroffenen an die Führerscheinstelle übermittelt werden.«*[900] (Die Gefahren bei Cannabis-Konsum habe ich bereits im Abschnitt 4.1 »Cem Özdemir - der Überflieger« beschrieben.)

Bei den Kommentaren auf derselben Seite setzt Volker Beck noch einen drauf: *»Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik* ***fordern*** *wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken* ***orientierte Regulierung ALLER - auch bislang illegaler - Drogen.«***[901]

Im *zdf-blog* ergänzt Beck: *»Wir sind für die* ***Entkriminalisierung der Konsumenten von Drogen.*** *Der Staat hat* ***nicht das Recht, seine Bürger vor sich selbst zu schützen*** *und sie zu bestrafen, weil sie unter Umständen sich selbst einen Schaden zufügen (...). Der Drogenkrieg ist weltweit gescheitert, wir müssen über legale Abgabeformen diskutieren.«*[902]

Ich wiederhole Becks Worte: ***»Der*** *Staat hat* ***nicht das Recht, seine Bürger vor sich selbst zu schützen*** *und sie zu bestrafen, weil sie unter Umständen sich selbst einen Schaden zufügen.«* Gilt das auch für die Sterbehilfe oder nur für Kiffer?

Seien Sie wachsam!

Legalisierung *aller* - auch bislang illegaler - Drogen? Das machen Sie mal Ihren Kindern klar. **Schöne neue, bekiffte Grünen-Welt!**

4.6.5 Verständnis für Kinderschänder?

Wie ich im Kapitel 2 »Kindersexpartei Grüne? - Über Moralapostel und Scheinheilige« bereits ausreichend belegt habe, hatten manche Grüne eine sehr problematische Auffassung zum Thema »Sex mit Kindern«.

In diesem Zusammenhang muss Volker Beck erwähnt werden, *der* grüne »Gutmensch« in unserer politisch so korrekten Medienwelt.

In den 1980er-fahren gab es eine Diskussion innerhalb der Grünen gerade über Pädophilie, also Sex mit Kindern. **BELEG 50:** ➔ Volker Beck versuchte das in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* zu erklären: *»Auch die absurdeste Forderung wurde nicht sofort abgebügelt, sondern in aller Länge diskutiert. So konnten eben auch* ***Pädophile ihre Forderung zur Diskussion stellen, den Paragrafen 176 abzuschaffen, der sexuelle Handlungen mit Kindern unter Strafe stellt.*** *Hinzu kam, dass relevante Teile der Sexualwissenschaft jener Zeit dem Mythos aufsaßen, dass man unterscheiden könne zwischen einvernehmlichen pädophilen Kontakten und dem sexuellen Missbrauch von Kindern. Diese Sichtweise wurde auch in der politischen Schwulenbewegung rezipiert. Die fühlte sich als Opfer eines Repressionssystems.* ***Deshalb gab es zunächst einen falschen Solidarisierungs-Reflex mit den Pädophilen.«***[903]

Achtung!

Eine sehr ***dünne*** `Erklärung` für mich, über einen »Solidarisierungs-Reflex« mit Kinderschändern zu reden, die ihre Taten `entkriminalisieren` wollten.

Beck befasste sich auch mit pädophilen Ideen. Im Sammelband *Der pädosexuelle Komplex*[904] erschien 1988 ein Aufsatz, in dem er offenbar - und meiner Auffassung nach - für die Entkriminalisierung von einvernehmlichen Sexualkontakten mit Kindern eintrat.

Es war gar nicht so einfach, diesen Text zu recherchieren, denn das Buch ist schon lange aus dem Verkehr gezogen und als digitale Version nur noch über »bestimmte« Kontakte in »bestimmte« Kreise zu erhalten. Noch schwerer war es, das Originalmanuskript von Beck aufzufinden. Beides ist mir gelungen.

BELEG 51: ➔ *Sein* Aufsatz wurde mit folgenden Worten vom Herausgeber eingeleitet:

*»Der **nachfolgende Beitrag stammt von Volker Beck,** der für das >Schwulenreferat< der Grünen im Bundestag tätig ist. Somit behandelt er die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit Pädosexualität aus dem Blickwinkel des >Schwulenpolitikers<, der sich zudem noch bei der Durchsetzung seiner Politik der Mittel der politischen Parteien und Parlamentsfraktionen bedient. «*[905]

In Becks Text heißt es: *»Eine **Entkriminalisierung der Pädosexualität** ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung **dringend erforderlich,** nicht zuletzt weil sie im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen aufrechterhalten wird.«*[906]

Auf Seite 263 ist zu lesen: *»Als Etappenziel kann hier nur eine Versachlichung der Diskussion um das Problem der Pädosexualität vorgeschlagen werden. Als strafrechtliche Perspektive wäre hier z. **B.** eine **Novellierung** ins Auge zu fassen, die einerseits das **jetzige >Schutzalter< von 14 fahren zur Disposition stellt** (in den Niederlanden gab es solche Initiativen mit erheblichem Erfolg!), oder auch eine Strafabsehensklausel. Eine Diskussion um eine solche Reform des P. 176* [Sexueller Missbrauch von Kindern, MGR] *würde sicherlich einem entkrampfteren und weniger angstbesetzten Klima den Weg bahnen.«*[907]

Und weiter: ***»Wer für die Lebens- und Rechtssituation der pädophilen Menschen** etwas erreichen will, muss diese Diskussion mit Aufklärung und Entmythologisierung vorbereiten, eine bloße Ideologisierung der Gegenposition zum Sexualstrafrecht kann hierin ihres realpolitischen Misserfolgs sicher sein.«*[908]

Achtung!

Beck demaskierte sich damit für mich nicht nur als jemand, der sich »für die Lebens- und Rechtssituation« von Pädophilen (für mich: Kinderschänder) einsetzte, sondern auch als jemand, der das Schutzalter von 14 Jahren zur Disposition stellen wollte!

Die Erklärung des grünen Gutmenschen dafür ist wiederum sehr dünn und fadenscheinig: Beck gestand gegenüber der *Welt* ein: *»In dem Artikel stand viel abwegiger Stuss, in seiner redigierten wie in der unredigierten Version.«*[909]

Hintergrund

Der pädosexuelle Komplex:

Im betreifenden Buch von Angelo Leopardi (Hrsg.): *Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner,* in dem auch Becks Aufsatz erschien, wurden auch noch andere Artikel publiziert, beispielsweise:

- »Der pädosexuelle Konflikt. Liebesbeziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen - ein pädagogisches Problem«
- »Selbstbestimmung - ja bitte! Vom Recht des Kindes auf Sexualität«
- »Weder krank noch falsch! Pädophilie aus anthropologischer und verhaltenspsychologischer Sicht«
- »Unsere kleinen Freunde sind uns lieb. Aus Lebensbeschreibungen pädophiler Männer«
- »Schutzalter zwölf Jahre? Sex mit Kindern in der niederländischen Gesetzgebung«
- »>Wir sind keine Kinderschänder.< Pädophile berichten über ihren Alltag«
- »Hoffnungsträger Literatur - Bücher mit pädophilem Thema sollen Mut machen«[910]

Achtung!

Wer sich als Autor auf so einen Sammelband einlässt, muss sich Kritik gefallen lassen!

In der *Frankfurter Rundschau* sagte Volker Beck: *»Dieser Aufsatz ist **gegen meinen Willen** vom Herausgeber **redigiert** worden. Meiner Erinnerung nach fiel Pädophilen-kritisches weg, anderes wurde aufgepeppt. Aber auch in dieser verfälschten Fassung wandte sich der Text eindeutig gegen die Forderung, das Sexualstrafrecht abzuschaffen. **Gleichwohl war auch ich in jener Zeit in dem Irrtum gefangen, dass sexueller Missbrauch und manche pädophile Handlungen unterschiedliche Tatbestände seien.«***[911]

Auf *abgeordnetenwatch.de* ergänzt er: *»Der von Ihnen angesprochene Textauszug stammt aus einem Artikel in einem Buch, das 1988 von einem Herausgeber unter Pseudonym publiziert wurde. Bereits der damalige Abdruck war **nicht autorisiert** und im **Sinn durch eine freie Redigierung** vom Herausgeber **verfälscht.«***[911]

Lüge?

Hallo? Ein Autor, der einen Text verfasst, der dann angeblich überarbeitet und verändert wurde, und er hat es **nicht bemerkt?**

Im normalen Verlagsgeschäft bekommt der Autor **Druckfahnen zur Korrektur** oder **Belegexemplare seines Werkes.** Hat Beck diese nicht bekommen? Hat er *seinen* Aufsatz nicht noch **einmal korrekturgelesen** oder bei/nach **Erscheinen nochmals gelesen?**
Ich nehme ihm das jedenfalls nicht ab!

In dem besagten Interview mit der *Frankfurter Rundschau* gibt Beck zu: *»Praktizierte Pädophilie ist in jedem Fall ein Verbrechen.«*[913]

Dennoch, *Der Spiegel* ging den fadenscheinigen Ausreden von Beck nach und enthüllte Erstaunliches: *»Volker Beck täuschte Öffentlichkeit über Pädophilie-Text«.*[9H]

Recherchen des Nachrichtenmagazins im Archiv der Heinrich-Böll-Stiftung ergaben, dass ein Manuskript aus dem Schwulenreferat der grünen Bundestagsfraktion (Referent: Volker Beck!) nahezu identisch mit dem umstrittenen Aufsatz ist.[915]

Hintergrund

Volker Becks umstrittener Aufsatz und seine Veränderung:
Beck hat recht! Sein Aufsatz wurde verändert.

In dem Buch von Angelo Leopardi (Hrsg., Pseudonym für Joachim S. Hohmann): *Der Pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner,* Berlin/Frankfurt 1988, erschien der Aufsatz von Volker Beck mit dem Titel: *»Reformistischer Aufbruch und Abschied von einer >radikalen< Forderung - Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexual- (Strafrechts-) Politik im Hinblick auf eine Entkriminalisierung der Pädosexualität«.*[916]

Der Herausgeber machte daraus den kürzeren Titel, der die umstrittene Passage »im Hinblick auf eine **Entkriminalisierung der Pädosexualität«** *nicht* mehr enthielt: *»Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik«.*[917]

Beck argumentierte, dass der Herausgeber den Sinn des Textes durch das Ändern der Überschrift entstellt habe.[918] Ich bin mit dem *Spiegel* aber einig: *»Vergleicht man allerdings die beiden Texte, ist Becks zentrale Aussage noch enthalten, im Sinn verfälscht wurde der Gastbeitrag durch die Änderung des Herausgebers keineswegs.«*[919]

Beck schrieb zudem eine Zwischenüberschrift, die lautete: *»Möglichkeiten und Strategien einer neuen Sexual- (Strafrechts-) Politik - auch für den Bereich der Pädosexualität«.*[920] Diese wurde wiederum gekürzt in: *»Wie kann man das Sexualstrafrecht verändern?«*[921]

Das sind die Änderungen, die ich nach Prüfung des Buchtextes und des Originalmanuskripts verifizieren konnte.[9"]

Noch einmal: Auf Nachfrage des *Spiegel* und nach Ansicht des im Archiv gefundenen Manuskripts erläuterte Beck, dass der Herausgeber seine zentrale Aussage durch Kürzen der Überschrift gestrichen habe. **Wenn man jedoch beide Texte genau vergleicht, fällt auf, dass Becks zentrale Aussage noch enthalten ist. Sie wurde im Sinn nicht verfälscht** *(Der Spiegel)!*[913]

Beck räumte dann ein, dass in seinem Aufsatz ein **falscher** Gedanke zugrunde liege, nämlich jener, dass es **theoretisch gewaltfreien und einvernehmlichen Sex zwischen Erwachsenen und Kindern geben könne.** Dafür **entschuldigte** er sich.[924] Beck gab zudem zu, dass das Originalmanuskript **»ebenfalls auf beschämende Weise« bestätige, wovon er sich im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte bereits mehrfach distanziert habe.**[925]

Fragen über Fragen zur Person und zur Meinung von Volker Beck. Zwei davon habe ich genommen und sie ihm einfach gestellt.

Fragen an die Grünen

Mail an Volker Beck

Laut Interview taz *und Ihrer* Facebook-Seife *setzen Sie sich für die Legalisierung von Cannabis und die Regulierung* ***ALLER - auch bislang illegaler - Drogen*** *ein.*

Meine Fragen:
1. Ist das nach wie vor so?

Professor Wayne Hall, Leiter einer Langzeitstudie über den Zeitraum von 20 Jahren hinweg und Berater der Weltgesundheitsorganisation (WHO), erklärte gegenüber der Daily Mail *(Oktober 2014), Cannabis könne dieselbe Suchtwirkung wie Heroin oder Alkohol verursachen. Süchtige können, wenn sie Cannabis über einen längeren Zeitraum einnehmen, ähnliche schwerwiegende Folgen erleiden wie Alkohol- und sogar Heroinabhängige. Laut seiner*

Studie wird jeder zehnte Erwachsene, unter Jugendlichen jeder sechste, Cannabis-Konsument abhängig und kann mentale Langzeitschäden erleiden. Cannabis ist also eine Droge und kann als Folge Psychosen, Schizophrenie, Schlaflosigkeit und Depressionen verdoppeln.

Meine Fragen:

1. *Wieso wollen Sie Cannabis legalisieren, wenn die Wissenschaft doch zeigt, welch schwerwiegende Folgen der Konsum dieser Droge haben kann?*
2. *Ignorieren Sie das?*

Sachverhalt:

Betrifft Ihren Aufsatz im Buch Der pädosexuelle Komplex.

Sie sagen: »Dieser Aufsatz ist gegen meinen Willen vom Herausgeber redigiert worden. Meiner Erinnerung nach fiel Pädophilenkritisches weg, anderes wurde aufgepeppt. Aber auch in dieser verfälschten Fassung wandte sich der Text eindeutig gegen die Forderung, das Sexualstrafrecht abzuschaffen. Gleichwohl war auch ich in jener Zeit in dem Irrtum gefangen, dass sexueller Missbrauch und manche pädophile Handlungen unterschiedliche Tatbestände seien.«

Auf abgeordnetenwatch.de *ergänzen Sie: »Der von Ihnen angesprochene Textauszug stammt aus einem Artikel in einem Buch, das 1988 von einem Herausgeber unter Pseudonym publiziert wurde. Bereits der damalige Abdruck war nicht autorisiert und im Sinn durch eine freie Redigierung vom Herausgeber verfälscht.«*

Meine Fragen:

1. *Sie haben es nicht bemerkt, dass Ihr Text abgeändert wurde?*
2. *Haben Sie keine Druckfahnen zur Korrektur erhalten?*

3. *Haben Sie kein Belegexemplar erhalten?*
4. *Haben Sie Ihren Aufsatz nach Erscheinen nicht noch einmal gelesen?*
5. *Haben Sie Ihre Veröffentlichung vollkommen ignoriert?*

Antwort von Volker Beck:

KEINE!

Auch Volker Beck scheut sich, Antworten auf meine Fragen zu geben. Vielleicht, weil er keine darauf geben kann, die ihn nicht selbst diskreditieren?

Volker Beck

- Setzte sich für das Lebenspartnerschaftsgesetz ein, das meiner Meinung nach das traditionelle Familienbild zerstört.
- Er setzt sich auch dafür ein, dass die Droge Cannabis über lizenzierte Fachgeschäfte legal abgegeben werden kann und Eigengebrauch und privater Anbau von Drogen entkriminalisiert werden sollen.
- Fordert langfristig eine an gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung ALLER - auch bislang illegaler - Drogen.
- Setzt sich für die Entkriminalisierung der Konsumenten von Drogen ein.
- Schrieb in einem Beitrag im Buch *Der pädosexuelle Komplex:* »Eine Entkriminalisierung der Pädosexualität ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich.«
- Sah in seinem Aufsatz als strafrechtliche Perspektive »eine Novellierung ins Auge zu fassen, die einerseits das jetzige >Schutz-

alter< von 14 Jahren zur Disposition stellt«. Er entschuldigte sich später.

- Er redete sich heraus, dass der Herausgeber den Text »gegen seinen Willen« »redigiert« und verfälscht habe und dieser von ihm nicht autorisiert worden sei.
- Nach Überprüfung mit dem Originalmanuskript ist seine zentrale Aussage aber noch enthalten und vom Herausgeber nicht sinnverfälscht *(Der Spiegel).*
- Scheut sich, meine Fragen zu beantworten.

Das also ist die Bilanz des grünen Gutmenschen Volker Beck, der nun durch die Medien tingelt und mit erhobenem Zeigefinger auf andere zeigt.

Für mich als früherer Undercover-Journalist, der missbrauchten Kindern in die Augen sehen musste, ist es ein Skandal, dass Volker Beck immer noch Partei- und andere Ämter bekleidet.
➔ **Volker Beck, treten Sie zurück!**

4.7 HANS-CHRISTIAN STRÖBELE - DER UNMORALISCHE MORALPREDIGER?

Über Ströbeles Verhältnis zur Terrorgruppe »Rote Armee Fraktion« (RAF) habe ich mich im Abschnitt 1.6 »Grüne und Terrorismus« bereits geäußert. Seine Herkunft und seine Biografie sind auf seiner Homepage zu erfahren:

Hans-Christian Ströbele wurde 1939 in Halle an der Saale geboren. Sein Vater war Chemiker in Schkopau (Buna-Produktion). 1945 nahm die *US Army* bei ihrem Rückzug an die Zonengrenze deutsche Akademiker und deren Familien mit und setzte diese, darunter Familie Strö-

bele, in der Westzone ab. 1946 besuchte Hans-Christian die Schule in Marl/Westfalen. 1959 machte er das Abitur am Albert-Schweitzer-Gymnasium. Ein Jahr später leistete er seine Wehrpflicht in Aurich/Ostfriesland ab. Er lehnte die Beförderung zum Gefreiten ab und schied als Kanonier der Reserve aus der Armee aus.[926]

Hans-Christian Ströbele: Kanonier der Reserve

1960 begann er ein Studium der Rechtswissenschaft und Politologie in Heidelberg. 1961 zog er nach Berlin um und studierte Jura und Politik an der Freien Universität Berlin, Erstes und Zweites Examen. 1967 heiratete er in Paris. Im gleichen Jahr trat er als Rechtsreferendar in das Anwaltsbüro Mahler zur Unterstützung in vielen Strafverfahren gegen Studentinnen und andere Beteiligte an Demonstrationen usw. ein.[927]

1970 übernahm er die **Verteidigung der ersten politischen Gefangenen der RAF** (siehe Abschnitt 1.6 »Grüne und Terrorismus«). Fünf Jahre später wurde er von der Verteidigung im Prozess gegen die Gefangenen aus der RAF in Stuttgart-Stammheim und aus der SPD ausgeschlossen. 1977 war er Mitbegründer der linken Tageszeitung *taz.* Wie schon erwähnt wurde er 1980 zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung[928] wegen seines Einsatzes als Verteidiger für die Gefangenen aus der RAF in den Jahren 1970 bis 1975 verurteilt.[929]

Ströbele ist weiter als Rechtsanwalt zugelassen und unterhält eine Rechtsanwaltskanzlei, allerdings derzeit ohne Mitarbeiter. Er übt diese Tätigkeit aus Zeitgründen nur noch wenig aus.[930]

Seine politische Karriere:

- **Ende 1960er-Jahre:** Engagement in der Studentenbewegung[931]
- **1969:** Gründung des ersten und einzigen sozialistischen Anwaltskollektivs auf deutschem Boden (Auflösung 1979)[932]
- **1970-1974:** Mitglied der SPD[933]
- **1980:** Mitwirkung bei der Gründung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz, AL, dem späteren Berliner Landesverband der Grünen[934]

- **Seit 1985:** Mitglied der Alternativen Liste, zeitweise Sprecher im Bundesvorstand und im Landesverband Die Grünen[935]
- **1985-1987:** Mitglied des Bundestages[936]
- **1990-1991:** Sprecher der Bundespartei Die Grünen[937]
- **Seit 1998:** Mitglied des Bundestages und Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) für die Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes[9'8]
- **2002-2009:** Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Koordinator des Arbeitskreises III Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen[939].
- **2012:** Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum NSU[940]

4.7.1 Der »Unbequeme«

Zur Politik Israels hatte Ströbele jedenfalls - zeitweise - ein ambivalentes Verhältnis. Am 20. Februar 1990, er bekleidete das Amt des Bundessprechers der Grünen, machte er eine politisch nicht korrekte Äußerung zum irakischen Raketenbeschuss auf Israel. Auf die Frage, ob Israel selbst schuld sei, wenn es mit Raketen beschossen werde, antwortete er: *»Das ist die **Konsequenz der israelischen Politik** den Palästinensern und den arabischen Staaten gegenüber, auch dem Irak gegenüber.«*[941]

Man mag die Aussage für richtig oder falsch halten, jedenfalls war der mediale Aufschrei in der Gutmenschen-Mainstreampresse groß. So kam es, wie es kommen musste: **Ströbele trat einen Tag später von seiner Funktion zurück.**[942]

Der Funktionsträger der Gutmenschen-Partei wurde
selbst zum Opfer der Gutmenschen.

Ströbele schafft es aber bis heute, dass er uns auch so im Gedächtnis bleibt. Einige Beispiele:

Im November 2004 forderte der Grünen-Politiker einen islamischen Feiertag, um Millionen Muslime in Deutschland *»gesellschaftlich aufzuwerten«*.[943]

Hans-Christian Ströbele forderte einen islamischen Feiertag.

Zwei Jahre später meldete *Der Spiegel* dann auch noch zum Entsetzen vieler Patrioten, dass Ströbele eine ***»offizielle türkische Version der deutschen Nationalhymne«*** fordere.[944]

Dieser verteidigte sich auf seiner Homepage: »(…) *Um es gleich vorwegzunehmen: Ich habe nie gefordert, den deutschen Text der Nationalhymne durch einen türkischen zu ersetzen oder eine türkische offizielle Version in Deutschland einzuführen. Ich will auch niemanden dazu zwingen oder veranlassen, die Hymne nur noch oder einmal in türkischer Sprache zu singen. Ich habe nur* ***nichts dagegen, dass die Nationalhymne ins Türkische übersetzt*** *wird, und von denen, die dies gern tun,* ***auch in türkischer Sprache gesungen*** *werden kann. Ich finde das nach wie vor ganz OK.«*[945]

Ströbele legte auch dar, wie es dazu kam, und es ist fair, dies auch abzudrucken: *»Die Idee stammt keineswegs von mir. Eine Berliner Boulevardzeitung hatte mich am 2. Mai - nicht am 1. April - angerufen und gefragt, was ich davon halte, dass die Einwanderer aus Lateinamerika in den USA die US-Nationalhymne auf Spanisch statt auf Englisch singen. Ich finde das als politisches Signal und überhaupt ganz in Ordnung und habe die Frage entsprechend beantwortet. Dann kam die Nachfrage, ob angesichts der vielen Menschen aus der Türkei, die in Deutschland leben, die deutsche Nationalhymne ins Türkische übersetzt und auch in türkischer Sprache gesungen werden könne. Meine Antwort war, dagegen hätte ich nichts, auch das sei OK.* ***Damit könne ein Signal gesetzt werden, dass wir die Sprache des Herkunftslandes der Migranten schätzen und achten.*** *Zwar sollten auch nach meiner Ansicht Eingewanderte in Deutschland Deutsch lernen und sprechen können, das bedeute aber keineswegs, dass sie ihre Herkunftssprache aufgeben und nicht pflegen sollten. Die Übersetzung der Nationalhymne*

in die türkische Sprache könnte ein Zeichen sein für die Akzeptanz der Zweisprachigkeit und für Integration, gerade weil die Hymne auch einmal auf Türkisch gesungen wird (...).«[946]

Die Folge: ***»In Hunderten von Zuschriften wird übel polemisiert, geschimpft und gedroht.*** *>Vollidiot<, >ins Hirn geschissem, >hau ab in die Türken und >Landesverrat< sind noch die harmloseren Äußerungen. Aber ich frage mich, warum diese Aufregung? Was kann daran Sünde sein, wenn >Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland< auch mal in türkischer Sprache gesungen wird?«*[947]

»Vollidiot!« - »Ins Hirn geschissen« - »Hau ab in die Türkei!«

Im April 2012 dann gleich der nächste Aufreger: Ströbele, so publizierte *Focus online, »will den* ***Inzest-Paragrafen*** *in Deutschland* ***abschaffen,*** *also* ***Sex zwischen Geschwistern und anderen nahen Verwandten erlauben.*** *Das Inzest-Verbot passe nicht mehr in unsere Zeit und unsere Auffassung von Familie.«*[94]* (Siehe dazu auch Abschnitt 2.6 »Sex unter Geschwistern legalisieren?«)

Zu *N24* sagte Ströbele zur Abschaffung des Paragrafen 173: *»Das ist ein einsames Relikt aus anderen Zeiten, in denen ja auch noch der Ehebruch strafbar war, das haben wir auch abgeschafft.« Paragraf 173 passe »in diese Zeit der geläuterten Auffassung über Ehe und Familie nicht mehr hinein. Er muss so weg.«*[949]

Der Inzest-Paragraf muss weg!

☹ Hans-Christian Ströbele (II)

- Rücktritt als Bundessprecher der Partei wegen der Äußerung, dass der Raketenbeschuss auf Israel die Konsequenz der israelischen Politik sei.

- Forderte einen islamischen Feiertag.
- Hat nichts dagegen, wenn die deutsche Nationalhymne auch in türkischer Sprache gesungen würde.
- Will Sex zwischen Geschwistern und nahen Verwandten erlauben.

Hans-Christian Ströbele ist und bleibt also ein streitbarer Politiker, für viele der »letzte und echte parlamentarische Mohikaner« der Alt-68er.

4.8 MARC DANIEL COHN-BENDIT - DER KINDERLIEBER?

Marc Daniel Cohn-Bendit wurde 1945 als Sohn jüdischer Eltern[950] in Frankreich geboren.[951]

Hintergrund

Cohn-Bendit über Auschwitz, den Holocaust, Nationalsozialismus und Stalinismus:

Über das Judentum und den Holocaust äußerte sich Cohn-Bendit 1986 in einer Rede so: »(…) Und ich glaube, dass die **Juden deswegen unfähig** sind, **Lehren** aus der Geschichte zu **ziehen,** weil sie genauso unbewusst hineingeschlittert sind in diese Geschichte wie zum Beispiel das deutsche Volk. **Der Antisemitismus war kein Privileg der Deutschen, sondern einfach ein universelles Problem** (…). Der latente Antisemitismus, den es in Polen gab, wurde benutzt, um eine Mauer zwischen der Studentenbewegung und dem Volk aufzubauen. Man benutzte den Antisemitismus, weil man wusste, dass dies wirkt (…).«[952]

Und zu **Auschwitz** meinte er in derselben Rede: »Und ich glaube - es ist schwer, das auszusprechen -, dass es **kein Zufall ist,** dass **Auschwitz in Polen** liegt. Man konnte so was nur planen, wenn

man sicher sein konnte, dass die **Menschen, die in der Umgebung lebten, nichts dagegen tun** würden. Das hat Shoah gezeigt, und ich glaube, das ist eine schwierige Auseinandersetzung. (,..).«[953]

Zur **Singularität der Nazi-Verbrechen** äußerte sich Cohn-Bendit so: »Gibt es eine Singularität des Totalitarismus oder gibt es eine Singularität des Nationalsozialismus als Anus der menschlichen Zivilisation? Oder **auf** gut Deutsch: **Deutsche sind auch Menschen, denen ohne Zweifel ein Anteil an der weltumspannenden Barbarei gehört, aber auch nicht mehr als ein Anteil.** Dürfen Deutsche sich nicht entiasten, indem sie die Barbarei zum universalen Gemeingut erklären? Wäre ich Gott, so wäre die Frage einfach zu beantworten. **Natürlich ist die Barbarei des Stalinismus gleich der Barbarei des Nationalsozialismus, natürlich gab es viele Tote, also sind beide moralisch genauso verwerflich. Das könnte ich als Gott sagen.** Da die Menschen, weder Herr Hillgruber - noch Helmut Kohl - noch Geißler - noch andere Gott sind, können sie so nicht reden.«[954]

Und weiter: »Sondern die Frage, die sie beantworten müssen, ist folgende: Meiner Meinung nach hat ein Russe sich auseinanderzusetzen mit der Singularität des Stalinismus, und ein Deutscher hat sich auseinanderzusetzen mit der Singularität der Barbarei des Nationalsozialismus.«[955]

- »Der Antisemitismus war kein Privileg der Deutschen, sondern einfach ein universelles Problem.«
- »(…) dass es kein Zufall ist, dass Auschwitz in Polen liegt. Man konnte so was nur planen, wenn man sicher sein konnte, dass die Menschen, die in der Umgebung lebten, nichts dagegen tun würden.«
- »Natürlich ist die Barbarei des Stalinismus gleich der Barbarei des Nationalsozialismus, natürlich gab es viele Tote, also sind beide moralisch genauso verwerflich. Das könnte ich als Gott sagen.«

Die Frage stellt sich: Ist das politisch korrekt, weil Cohn-Bendit ein Jude ist? Was würde mit einem nichtjüdischen Politiker oder Journalisten geschehen, wenn er dieses in einer öffentlichen Rede so formulieren würde?

Anmerkung: Um mir nicht den Vorwurf machen zu können, ich hätte das aus dem Zusammenhang gerissen, kann man die ganze Rede nachlesen auf: http://www.zeit.de/1986/50/ich-lebe-da-wo-ich-verliebt-bin/komplettansicht

4.8.1 Eine »kriminelle« Karriere

Nach seinem Abitur begann Cohn-Bendit ein Mathematikstudium, das er abbrach, um fortan Soziologie zu studieren.[956] An der Universität Paris-Nanterre begann seine »kriminelle« Karriere:

- **Paris 1968:** Cohn-Bendit und andere besetzten Räume des Universitätssenats.[957] Dort schlossen sich dann Studenten aus anarchistischen, maoistischen, situationistischen und trotzkistischen Gruppen auf Cohn-Bendits Appell zur »Bewegung 22. März« zusammen.[958] Cohn-Bendit (Spitzname: »Dany le Rouge«) wurde ihr Sprecher.
- **Paris 1968:** Eine Untergruppe veröffentlichte eine Anleitung zum Bau eines Molotowcocktails namens »le cocktail Dany (inefficace)«. Daraufhin wurde Cohn-Bendit als angeblicher Anstifter von der französischen Polizei verhaftet.[959]
- **Paris-Nanterre 1968:** Mitglieder der Bewegung **besetzten** immer wieder Hörsäle und Cohn-Bendit und seine Freunde wurden vor die Disziplinarkommission der Sorbonne zitiert.[960] Noch am selben Tag organisierte die Bewegung im Innenhof einen Sitzstreik (Sit-in) gegen die Schließung von Nanterre und das Disziplinarverfahren. Die Polizei musste anrücken. Cohn-Bendit und andere wurden **erneut festgenommen.** Daraufhin entwickelte sich eine Straßenschlacht mit Tränengas, Pflastersteinen und Molotow-Cocktails.[961]

- **Parls-Nanterre 1968:** Am **6.** Mai erklärte Cohn-Bendit vor der Disziplinarkommission: ***»Ich bin ein anarchistischer Marxist.*** *Für mich ist die grundlegende Analyse von Marx richtig, die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft. Aber die Organisationsformen, die sich die kommunistische Bewegung gegeben hat, lehne ich vollkommen ab. Sie bringen keine neue Gesellschaft zustande, sondern nur neue autoritäre Herrschaft. Hier gibt es einen Bruch zwischen marxistischer Theorie und kommunistischer Praxis. Wir wollen diesen Bruch wieder aufheben (...)«*[9Äi]
- **Paris 1968:** Cohn-Bendit forderte ein **Übergreifen der Studentenproteste auf ganz Paris,** einen **Generalstreik** und eine **Räterepublik** in der Tradition des Anarchosyndikalismus.[963] Die Massendemonstration von etwa 20 000 Studenten löste die Pariser Polizei mit massivem Gewalteinsatz auf. Daraufhin riefen der Französische Studentenverband, ein großer Hochschullehrerverband und die Gewerkschaften aus Solidarität mit den Studenten einen Generalstreik aus.[964] Am 20. Mai **verkündete Cohn-Bendit öffentlich,** dass angesichts der Ausmaße der Bewegung nun der **Sturz der Regierung** unter Staatspräsident Charles de Gaulle ihr **Ziel** sei.[965]
- **Berlin 1968:** Cohn-Bendit forderte als Redner bei einer Kundgebung des Berliner SDS, die französische Trikolore solle zerrissen und durch eine Rote Fahne ersetzt werden.[966]
- **Paris 1968:** Die französische Regierung verwehrte Cohn-Bendit die Wiedereinreise und erließ ein **Aufenthaltsverbot in Frankreich.**[967] Darauf überquerte er die Grenze auf illegale Weise.[968]
- **Frankfurt 1968:** Cohn-Bendit ließ sich in Frankfurt nieder, um den »Starkult« um seine Person zu beenden, wie er schrieb.[969] Am 22. **September** 1968 nahm Cohn-Bendit an Protesten gegen den senegalesischen Staatspräsidenten Senghor teil, der an jenem Tag den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt. Cohn-Bendit übersprang eine Polizeiabsperrung und wurde festgenommen. Später wurde er wegen **Beamtennötigung, Aufruhr, Land- und schwerem Hausfriedensbruch zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt.**[970]
- **Frankfurt 1968:** Vor dem Urteil gegen die RAF-Terroristen Andreas Baader und Gudrun Ensslin im Prozess vor dem Landgericht Frankfurt am Main rief er: *»Die gehören zu uns!«*[971]

Stuttgart-Stammheim: Cohn-Bendit besuchte Gudrun Ensslin mehrmals im Gefängnis.[972]

Frankfurt 1971: Cohn-Bendit beteiligte sich am Widerstand gegen den Abriss leerstehender Häuser im Stadtteil Frankfurt-Westend.[973]

Frankfurt 1972: Cohn-Bendit forderte bei einem »Tribunal gegen Spekulanten und Profitgeier« weitere Hausbesetzungen.[974]

Hamburg 1986: Cohn-Bendit gab in einer Rede zu: *»Durch den Bau von Barrikaden (...) konnte die revolutionäre Bewegung die Mauer des Schweigens, der Kollaboration, der Erniedrigung durchbrechen, wurden die bürgerlichen Verkrustungen aufgebrochen. Eier, Pflastersteine und sogar manchmal Molotowcocktails gehörten zur ideologischen Ausrüstung deines Bewusstseins (...).«*[975]

Hamburg 1987: In der *Zeit* sagte Cohn-Bendit: *»Gudrun Ensslin* [RAF-Terroristin, MGR] *hatte einen sehr hohen moralischen Anspruch, richtig zu handeln und - das hängt wieder mit dem Nationalsozialismus zusammen - nicht zu kneifen, in einer Situation, in der eine große Mehrheit anders dachte. Das erforderte eine moralische Integrität und Stärke, die wiederum die Sensoren für gesellschaftliche Realität abtöteten. Das unterscheidet doch ein Mitglied der RAF von einem Mafioso, nämlich dass er für sich in Anspruch nimmt, etwas Gutes zu tun. Das nimmt er so wahr, auch wenn es nicht der Realität entspricht.«*[976] Und weiter: *»Ich habe die Gudrun Ensslin im Gefängnis besucht, nach dem Kaufhausbrand in Frankfurt, und war beeindruckt von ihrer moralischen Stärke. Sie, ebenso wie Ulrike Meinhof und andere, haben das Unrecht in der Welt als etwas wahrgenommen, was sie nicht ertragen können. Alles Unrecht in der Welt an sich herankommen zu lassen, ist etwas, was man nicht aushält. Und es endet damit, dass irgendwann Menschen nicht mehr wahrgenommen werden und das eigene Handeln wieder zum Unrecht wird.«*[977] Und weiter: *»Als im September vor zehn Jahren der ehemalige SS-Mann Schleyer entführt wird, Schleyer zum Opfer wird, und seine Entführer, die gerade diesen Teil der deutschen Geschichte überwinden wollen, zu den Tätern werden - das ist doch ein Wahnsinn der deutschen Geschichte. Für die erste Generation der RAF führte die deutsche Geschichte zu einer absoluten Perversion. Sie Geschichte*[978] *auch Opfer der deutschen Geschichte, an der sie*

ausgerastet sind. Das ist natürlich keine Legitimation dafür, Schleyer umzubringen, aber eine Erklärung.«[979]

- **Frankfurt 1998:** Sabine Stamer schreibt in ihrer Cohn-Bendit-Biografie, dass **dieser dem RAF-Terroristen Hans-Joachim Klein,** der mittäterschaftlich drei Menschen ermordete (u. a. den Polizisten Anton Tichler)[98°], eine **Wohnung besorgte und die Miete bezahlte.**[981] Cohn-Bendit gibt in der *Zeit* zu: *»Ich habe ein paar Leuten geholfen, Hans-Joachim Klein, der ausgestiegen ist, aber immer noch im Untergrund lebt und dem es sehr schlecht geht, weil er Vater ist und keine Lebensperspektive mehr hat. In Sachen Klein wurde ich zweimal von der Bundesanwaltschaft vernommen und ich habe immer gesagt: Ich weiß, wo er ist* (...). ***Der Bundesanwaltschaft habe ich erklärt: Ich weiß, wo er ist, ich unterstütze und schütze ihn, bin somit strafrechtlich zu belangen, also bitte, diese Auseinandersetzung würde ich gerne einmal öffentlich führen*** (...). *Wir haben im Herbst 1977 gesagt: Auch wenn wir nicht für die RAF sind, sind wir deshalb noch lange nicht für den Staat und seine Maßnahmengegen sie (...).«*[982]
- **Wiesbaden 1998:** Der hessische FDP-Landtagsabgeordnete Jörg-Uwe Hahn erstattete **Strafanzeige gegen Cohn-Bendit wegen möglicher Strafvereitelung,** weil dieser den Wohnort des RAF-Terroristen Klein nicht preisgegeben hatte.[983]
- **Frankfurt 1998:** Die Staatsanwaltschaft beim Frankfurter Landgericht beantragte die Aufhebung seiner politischen Immunität.[984]
- **Berlin 2001:** Später gab Cohn-Bendit sogar im Nachrichtensender *ntv* offenbar zu, den **RAF-Terroristen Klein bei seiner Flucht und in dessen Versteck finanziell unterstützt** zu haben. Das **je**denfalls geht aus einem Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages hervor.[985]
- **Brüssel 2003:** Glück für Cohn-Bendit: Das Europäische Parlament lehnte die Aufhebung der Immunität von Cohn-Bendit ab, **weil dieser seine Hilfe für Klein schon in den 1970er-Jahren bekannt gemacht** hatte. Damals sei er nicht strafverfolgt worden. Eine Strafanzeige dürfe letztlich nicht dazu dienen, ein politisches Mandat zu beschädigen.[986]

In Frankfurt lernte Cohn-Bendit auch **Joschka Fischer** kennen.[987] Beide wurden enge Freunde und Wohngemeinschaftsgenossen. Beide hatten eine mehr als zweifelhafte Vergangenheit. Dennoch gelang es Cohn-Bendit, genauso wie Fischer, sich in der Politik zu etablieren.

4.8.2 Eine politische Karriere

. 1984: Eintritt bei den Grünen in Hessen.[988]
- 1985: Als Joschka Fischer zum hessischen Umweltminister ernannt wurde, war Cohn-Bendit sein enger Politikberater.
- 1989-1997: Erster Dezernent für das »Amt für Multikulturelle Angelegenheiten« in Frankfurt.
- 1994: Bei der Europawahl zog er in das Europäische Parlament ein.
- 1999: Bei der Europawahl fünf Jahre später holte er als Spitzenkandidat der französischen Grünen erneut ein Mandat.
- **Seit** 2002: Einer von zwei Vorsitzenden der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament und als solcher Mitglied der Präsidentenkonferenz des Europäischen Parlaments. Im Europäischen Parlament arbeitete er auch im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und im Ausschuss für konstitutionelle Fragen mit. Er gehört auch zu den Gründern der Initiative *»¡Call* - Europäisch-jüdischer Appell an die Vernunft«.[989]
- **Seit September** 2010: Führendes Mitglied der »Spinelli-Gruppe«, die sich für den europäischen Föderalismus starkmacht.[990]
- **Dezember** 2012: Cohn-Bendit verließ die französische grüne Partei wegen Unstimmigkeiten, bleibt jedoch weiterhin Mitglied bei den deutschen Grünen. Er ist Ko-Vorsitzender der Fraktion der »Grünen/Europäische Freie Allianz« und behält alle Funktionen im Europäischen Parlament.[991]
- 2014: Bei der Europawahl 2014 kandidierte Cohn-Bendit aber nicht mehr.[992] Nach der erfolgreichen Behandlung eines Schilddrüsenkrebses wollte er sich politisch ein wenig zurückziehen, um mehr Zeit mit seiner Frau und seinen Kindern zu teilen.[993]

4.8.3 Schlimmes tun, um Schlimmes zu verhindern

Seine Haltung als »Grüner« zur Frage von Militärinterventionen war seit jeher deutlich:

- Anfang 1991 hatte er zwar noch die Friedensbewegung unterstützt und friedliche Lösungen gefordert.[994]
- Doch während der Jugoslawienkriege forderte oder bejahte er in einigen Konflikten Militärinterventionen des Westens.[995]
- Beim Sonderparteitag der Grünen in Aachen im Oktober 1993 plädierte er für militärische Mittel zum Schutz Bosniens.[996]
- Im April 1994 forderte er einen militärischen Eingriff des Westens in den Bosnienkonflikt. Wie gegen Adolf Hitler müsse man manchmal Schlimmes tun, um Schlimmeres zu verhindern. Dies sei eine historische Verantwortung der Deutschen.[997]
- Im Kosovo-Krieg 1998 forderte Cohn-Bendit statt der beschlossenen Luftangriffe der NATO auf Serbien zur Not auch den Einsatz von Bodentruppen."[8]
- Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 bezeichnete er den Islamismus als eine »totalitäre Bewegung« und war dafür, den amerikanischen Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen.[999]
- 2004 erklärte er zum Bürgerkrieg im Sudan, dass eine Militärintervention legitim sei.[1000]

Achtung!

Cohn-Bendits Doppelmoral entlarvt ausgerechnet Jutta Ditfurth: »Im Wahlkampf von 1981 waren wir für Cohn-Bendits ***Pflasterstrand*** nur noch politische Nullen< und >grüne Mäuse<, >zu krawattenhaft und angepasste keine einzige Stimme solle man uns schenken (…). Aber als am Wahlabend des 22. März 1981 die Medien meldeten, dass diese neuen Grünen auf einen Schlag mit 6,4 Prozent (…) in den Römer gewählt waren, lief Cohn-Bendit zum Rathaus und tat für einen Abend, als gehöre er dazu (…).«[1001]

Ich glaube, »Wendehals« kann man dazu auch sagen.

4.8.4 Der »Kinderlieber«?

Cohn-Bendit hatte Mitte der 1970er-Jahre ein Buch mit dem Titel ***Der große Basar*** geschrieben.[1002] Darin ist auch eine Passage über seine Zeit der Arbeit im Frankfurter Kinderladen als ***»einziger männlicher Erzieher«***[1003] enthalten: Es sei ihm ***»mehrmalspassiert*** (…) ***dass einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln«.***[1004]

Cohn-Bendit wies Vorwürfe, pädosexuelle Kontakte zu kleinen Kindern gehabt zu haben, mit dem Hinweis zurück, bei der betreifenden Passage handele es sich um eine ***»provokative Fiktion«.***[1005]

Kleinlaut gab er aber zu: » ***Wenn man die provokatorische Logik meines Textes im Großen Basar weiterdenkt, kann er von Pädophilen zur eigenen Rechtfertigung benutzt werden. In dieser Hinsicht ist das, was ich geschrieben habe, unverantwortlich. Wenn ein Opfer von Missbrauch diesen Text liest und sagt: >Ich fühle mich dadurch angegriffem, dann verstehe ich das.«***[1006]

Hintergrund

Klarstellung verlangt:

Klaus Kinkel, ehemaliger Bundesjustiz- und später Bundesaußenminister, der seit Jahren gegen sexuellen Missbrauch von Kindern kämpft, schrieb Cohn-Bendit einen offenen Brief, in dem er eine Klarstellung verlangte, ob es bei dessen Arbeit im Kinderladen **nie zu** ***»unsittlichen Berührungen bei Ihnen oder durch Sie«*** **gekommen** sei.[1007]

Der Politiker und Europaparlamentsabgeordnete Cohn-Bendit war daraufhin zutiefst *»empört«* von dem Vorwurf eines sexuellen Missbrauchs, da ein solcher *»niemals stattgefunden hat«*. Cohn-Bendit *»hoffte«* darauf, dass Kinkel ihm *»glauben«* würde, da er sich *»ehrlich«* einer *»legitimen Kritik«* stellen würde.[1008]

Kinkel antwortete darauf: *»Cohn-Bendit hat sich selbst zum großen Moralisierer der 68er erklärt, und seine Reaktion jetzt ent-*

larvt ihn. Das Muster ist bei allen dasselbe. Der eine wirft Steine, der andere schreibt solches Zeug. Dann sagen sie: Es war nicht so gemeint. Und es wird verziehen.«[1009]

Die FAZ schrieb zu »Danys Phantasien und Träume«: *»Daniel Cohn-Bendit ist nicht interessiert, die Geschichte seiner pädophilen Äußerungen transparent zu machen. Sein Büro hat einen Archivbestand dazu mit der Überschrift Pressekampagnen gegen Daniel Cohn-Bendit< gesperrt - bis zum Jahr 2031. Im >Grünen Gedächtnis< der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin befinden sich unter anderem Korrespondenzen zum Buch* Der Große Basar, *in dem Cohn-Bendit schilderte, wie Kleinkinder ihn im Hosenstall streicheln. In dem Archivmaterial seien auch Protest- und Solidaritätsbriefe von Eltern, sagte Archivleiter Christoph Becker-Schaum. Die Briefe reichen zurück bis 1975, sind aber in einem Band bis zum Jahr 2001 deponiert worden.«*[1010]

Die FAZ schildert auch, was das bedeutet: *»Auch die Debatten um Cohn-Bendits Buch* **Der Große Basar** *von 1975 sind damit für Forschung und Recherche blockiert - für dann insgesamt 60 Jahre, obwohl sie laut Archivgesetz längst zugänglich sein müssen. Daniel Cohn-Bendit, dessen pädophile Äußerungen im Zuge der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises erneut Thema wurden, hat auf Anfrage der F.A.S.*[1011] *sowohl ein Interview als auch die Freigabe der Akten abgelehnt. Das mache die Boll-Stiftung, er habe keine Ahnung, was da liegt, sagte Cohn-Bendit. Und: >Ich habe nichts gesperrte Archivleiter Becker-Schaum berichtete indes, die Akte sei mit der ausdrücklichen Bitte um einen Sperrvermerk aus dem Büro Cohn-Bendit ins Archiv geschickt worden. Im Grünen Gedächtnis befinden sich 40 Deposita und Parteiakten unter dem Schlagwort >Kindesmissbrauch<, nur zwei davon sind gesperrt, die Akte Cohn-Bendit und die eines Bundestagsabgeordneten.«*[1011]

In einem Interview mit dem *Spiegel* gab Cohn-Bendit zu, dass in der »Kinderladenbewegung« es *»durchaus Diskussionen gab, die Kinder dabei zu unterstützen, diese* [gemeint ist die kindliche Sexualität, MGR] *frei zu entwickeln (...). Es gab zum Beispiel eine Debatte, ob man die Kinder beim Sex zusehen lassen sollte (...)• «*[1013]

Cohn-Bendit sagte außerdem: ***»Ich betrachte ein Kind, wie es im Grunde genommen mit sich selbst spielt. Aber das ist nichts, wo ich sage, ich möchte mit diesem Kind etwas haben. Es macht mich nicht an. Die Wahrheit ist, dass ich in meinem realen Verhalten eine ganz andere zivilisatorische Schranke habe als in meiner Sprache,«***[1014]

Cohn-Bendit: »Ich betrachte ein Kind,
wie es im Grunde genommen mit sich selbst spielt.«[1015]

Auf die Bemerkung, dass die Grünen im Hinblick auf Pädophilie eine Aufklärung der Frühgeschichte der Partei versprochen hatten, sagte Cohn-Bendit: ***»Da wird man reichlich fündig werden, da brauche ich keinen Historiker. Sie müssen sich nur die Anträge zur Altersfreigabe beim Sex mit Erwachsenen ansehen: Das war bei den Grünen Mainstream. War es falsch? Mein Gott, natürlich war es falsch. Und trotzdem wird die Sexualität immer zu den Dingen gehören, die wir nicht in den Griff bekommen, egal von welcher Seite.«***[1016]

In einer Talkshow Anfang der 1980er-Jahre sagte Cohn-Bendit: ***»Wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen beginnt, Sie auszuziehen, ist es fantastisch. Es ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein wahnsinnig erotisches Spiel.«***[1017]

Cohn-Bendit: »Wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen
beginnt, Sie auszuziehen, ist es fantastisch.«[1018]

Auch hier war seine Entschuldigung wieder »Provokation«, dennoch wollte er ***»mit dieser Szene beweisen, dass ein Kind über eine gespielte Verführung eine erotische Beziehung zu einem Erwachsenen aufbauen kann. Das heißt nicht, dass der Erwachsene darauf eingehen sollte. Aber mein Gegenüber behauptete einfach, es gebe keine kindliche Sexualität.«***[1019]

4.8.5 »Heuss-Preis für Kindersex«

Dennoch, all seiner Vergangenheit zum Trotz, erhielt Cohn-Bendit im April 2013 auch noch den Theodor-Heuss-Preis.[10i°] Dadurch entlarvte sich unser scheinheiliger, politisch korrekter Gutmenschen-Mainstream vollends zur doppelzüngigen Heuchelei!

Hintergrund

Affront gegen alle Opfer sexueller Gewalt:

In einem Schreiben des Opfervereins Glasbrechen e. V. vom gleichen Tage an die Theodor-Heuss-Stiftung und die Fraktionen des Landtages von Baden-Württemberg heißt es:

»Es ist nicht unsere Intention, Cohn-Bendit Pädophilie nachzuweisen. Aber wir stellen die Frage, wie sich die Verantwortungsträger der Theodor-Heuss-Stiftung und der baden-württembergische Ministerpräsident erklären, dass ein erwachsener Mann und Politiker sich öffentlich päderastischen Gedankenspielen hingibt?

Und wir stellen die Frage, was den französischen Staat bewog, Cohn-Bendit die französische Staatsbürgerschaft wegen seiner Lebensführung zu verweigern, da diese nicht >den guten Sitten< entspreche.

Und wir stellen die Frage, warum sich Cohn-Bendit bei den potenziellen Opfern der Kinderladen-Zeit nachträglich entschuldigt hat.

Und wir stellen die Frage, wie ein verantwortungsvoller Politiker und engagierter Neudenker der Demokratie, als welchen die Jury Cohn-Bendit sieht, in der Redaktion einer Tageszeitung ein- und ausgehen und mit deren Verantwortungsträgern befreundet sein kann, die in einen heftigen Skandal um sexuellen Missbrauch verwickelt war und ihre öffentliche Forderung der Legalisierung des Geschlechtsverkehrs mit Kindern in den 70er- und 80er-Jahren auch nachträglich rechtfertigt. (Über die Tageszeitung La Libération *2005: >11 y en a une, principalement, qui nous reste en travers de la gorge, le soutien ouvert à la pédophilie dans les années 70-80. <)*

Wir stellen fest: Die Vergabe des Preises der Theodor-Heuss-Stiftung an Daniel Cohn-Bendit ist zum einen ein Affront gegen alle Opfer sexuellen Missbrauchs, zum zweiten eine nachträgliche Bagatellisierung der pädophilen Aussagen eines Politikers und zum dritten ein Zeichen mangelnder Sensibilität all der Personen in der Theodor-Heuss-Stiftung, die direkt oder indirekt mit der Odenwaldschule zu tun hatten (...).«[1021]

Über die Preisverleihung berichtete auch die FAZ: ***»Der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit hat am Samstag den Theodor-Heuss-Preis erhalten - begleitet von heftiger Kritik an seinen früheren Äußerungen über Intimitäten mit Kindern. In seiner Dankesrede im Stuttgarter Neuen Schloss distanzierte der langjährige Europa-Abgeordnete sich von seinen Aussagen in den 70er- und 80er-Jahren***[1022] ***und sagte, er habe sich nie an Kindern vergriffen. >Kritisiert mich für das, was ich geschrieben habe, bis zu meinem Tod - aberjagt mich nicht für etwas, was ich nicht getan habe.< Seine damaligen Äußerungen - etwa über erotische Spiele mit Kindern - seien eine mnerträgliche Provokation< und hätten >so nicht geschrieben werden dürfen<.«***[102}]

Und weiter: ***»Cohn-Bendit ordnete sie ein in den historischen Kontext der 68er-Bewegung, die von Tabu-Brüchen geprägt gewesen sei. Ausgelöst hatte die Debatte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, der seine Festrede für Cohn-Bendit abgesagt hatte. Er wolle den Eindruck vermeiden, das Gericht billige Aussagen wie die von Cohn-Bendit.«***[1024]

»Die Laudatoren und der Preisträger müssen so viele Worte
zur Rechtfertigung dieser Preisvergabe verwenden,
dass man sich fragt: Warum bekommt jemand einen Preis, wenn
hierfür so viel Entschuldigungsprosa nötig ist?«[1025]
(FAZ)

Parteifreund Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, **verteidigte** den »Kinder-Lieber« und warb für »**Verzeihen«,** denn: »***Vergebung ist in der Demokratie elementar, es macht gerade ihre Stärke aus.«***[1026]

»Gesine Schwan, Vorsitzende des Kuratoriums der Heuss-Stiftung und somit eine der Hauptverantwortlichen für die Auswahl des Preisträgers, sagt, vielen Kritikern sei es nur darum gegangen, die Achtundsechziger-Bewegung zu diskreditieren.«[1027]
(FAZ)

Vor der Veranstaltung kam es zu Protesten von Vertretern eines Opfer-Verbandes und der Jungen Union (JU). Mit »**Schämt euch**«-Rufen empfingen etwa 70 Demonstranten die Gäste der Veranstaltung, die der **Verharmlosung von Missbrauch** Vorschub leiste und die Opfer verletze.[1028] Es gab auch Transparente:

»Heuss-Preis für Kindersex«[1029]

und:

»Daniel Cohn-Bendit schwärmt von Sex mit Kindern -
Winfried Kretschmann schwärmt von Cohn-Bendit.«[1030]

Auf **Unverständnis** stieß die Verleihung auch bei den **Opfern von sexuellem Missbrauch.** Der Vorstand **von** »Glasbrechen e. V. für die Opfer der sexualisierten Gewalt an der Odenwaldschule« zeigte sich in einer Erklärung »entsetzt« über das Festhalten der Theodor-Heuss-Stiftung an der Verleihung des Preises: »(…) ***Daniel Cohn-Bendit hat eine für ihn offenbar typische Strategie gefahren, um sich diesen Preis***

jetzt zu sichern. Zunächst erklärte er - ein paar Jahre ist das nun schon her -, seine umstrittenen Aussagen aus seinem Buch Der große Basar *von 1975 seien >rein fiktiver Natur< gewesen. Das glaubte ihm allerdings niemand, entsprachen sie doch viel zu sehr dem damaligen, insbesondere auch grünen, Kinderladen-Zeitgeist! Die Vorläufer der Grünen-Partei-Organisation wollten so früh wie möglich sexuellen Umgang mit Minderjährigen möglichst weit runter legalisieren. (...) Neulich erst wurde DC-B mit den Worten zitiert, dieser >ganze alte Scheiß interessiere ihn nicht mehr<. Die Opfer der Päderasten an der 0WS[1031] können so etwas leider nicht von sich behaupten.«*[1032]

Achtung!

- Ein erwachsener Mann, der **zusieht, wie ein Kind mit sich selbst spielt?**
- Ein erwachsener Mann, der **behauptet (wenn auch nur fiktiv), dass kleine Kinder seinen Hosenlatz geöffnet und ihn gestreichelt** hätten?
- Ein erwachsener Mann, der es ein **wahnsinnig erotisches Spiel findet,** wenn ihn **ein fünfjähriges Mädchen auszieht?**
- Ein erwachsener **Mann, dessen Äußerungen** eine **Rechtfertigung für Pädophile darstellen** können?
- **Ein politischer Funktionsträger, der seine Akte sperren lässt? Cohn-Bendit ist für mich pervers.**

Daniel Cohn-Bendit

- Sagte in einer Rede, dass der Antisemitismus kein Privileg der Deutschen war, sondern einfach ein universelles Problem; dass es kein Zufall ist, dass Auschwitz in Polen liegt, weil man so etwas nur planen konnte, wenn man sicher sein konnte, dass die Menschen, die in der Umgebung lebten, nichts dagegen tun würden.
- Verhaftung wegen angeblicher Anstiftung zum Bau eines Molotowcocktails.

» Besetzung von Hörsälen.
• Erneute Verhaftung wegen eines Sitzstreiks.
» Er erklärte, er sei ein anarchistischer Marxist.
• Er forderte zum Generalstreik, zu einer neuen Räterepublik und zum Sturz der französischen Regierung auf.
• Die französische Regierung verhängte ein Aufenthaltsverbot.
• Neue Verhaftung, dieses Mal in Deutschland, und Verurteilung wegen Beamtennötigung, Aufruhr, Land- und schwerem Hausfriedensbruch zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung.
• Besuchte mehrmals die RAF-Terroristin Gudrun Ensslin im Gefängnis.
• Forderte Hausbesetzungen.
• Schützte und unterstützte den RAF-Terroristen Hans-Joachim Klein, der mittäterschaftlich drei Menschen ermordete.
• Strafanzeige wegen möglicher Strafvereitelung, weil er den Wohnort des RAF-Terroristen Klein nicht preisgegeben hatte.
• Forderte oder bejahte in einigen Konflikten Militärinterventionen des Westens, bis hin zu Luftangriffen, und den Einsatz von Bodentruppen.
• Machte Äußerungen, die Pädophile (Kinderschänder) als eigene Rechtfertigung nutzen können.

4.9 JOSEPH (»JOSCHKA«) MARTIN FISCHER - DER »KRIEGSMINISTER«

Joseph Fischer wurde 1948 in eine kleinbürgerliche Familie hineingeboren. Der Großvater war Metzger, der Vater auch. Joseph ging zwar aufs Gymnasium, schaffte das Abitur aber nicht. Als Aussteiger schaffte er es aber wenigstens einmal nach Hamburg und einmal nach Kuwait. Von dort zurück verdingte er sich als Hilfskraft auf dem Arbeitsamt und als Taxifahrer. Dann arbeitete er in der Frankfurter Karl-Marx-Buchhandlung und probierte eine Fotografenlehre. Im schottischen

Gretna Green ehelichte er kurzerhand seine Jugendliebe und das junge Paar zog anschließend nach Berlin.[1033]

4.9.1 Vom »Schulabbrecher«[1034] zum Vizekanzler

Fischers politische Karriere hingegen mutet fast außerirdisch an: vom Betriebskampf zum Häuserkampf, von der Wohngemeinschaftskultur in die Landkommune[1035], vom Parteivorsitzenden zum Bundestagsabgeordneten, vom Umweltminister zum Außenminister und Vizekanzler.

Der ehemalige grüne Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, weiß über Joschka Fischer nicht viel Positives zu berichten:

»Der Schulabbrecher hatte jahrelang gehöhnt, was der revolutionäre Kampfan Schmähungen nur hergab. Doch nach der erfolgreichen Hessenwahl im September 1982 war er aufgesprungen, um in dem unorganisierten Haufen die Führung zu übernehmen, wie er es von seinen Straßengangs gewöhnt war. (...) Fischer war im Vorstand wegen seiner Panikattacken gefürchtet (.. ,).«[1036]

Fischer kam aus der Frankfurter »Sponti«-Szene, ein Kondensat, das sich in Häuserkämpfen und Straßenschlachten ausgezeichnet hatte:

»(...) Angeführt von Joschka Fischer, der sich gern in die Pose von Marlon Brando in Die Faust im Nacken ***warf.«***[1037]

Joschka Fischer in der Pose von Marlon Brando

4.9.2 Die »Jugendsünden«

Gerade seine Vergangenheit in der »Hausbesetzerszene« macht eine nähere Betrachtung dringend notwendig. Hier sind Fischers »Jugendsünden«, soweit sie bekannt sind:

- Stuttgart 1967: Protest gegen den amerikanischen Kriegseinsatz in Vietnam und Polizeigewahrsam.[1038]

- **Frankfurt 1968:** Teilnahme an der Blockade des Springer-Verlags.[1039]
- Studentenbund-Veteranen erinnern sich, dass Fischer Geld ***»durch die partielle Enteignung von Buchhändlern und Verlagen«*** verdiente[1040], was im Klartext heißt, wenn es so zutrifft: Fischer **verkaufte geklaute Bücher.**[1041]
- **Taunus 1970:** Anschluss an die Organisation »Revolutionärer Kampf« (RK), die in abgelegenen Waldstücken das Einkreisen des Gegners, ihn trotz Schild und Knüppel überwältigen und **draufschlagen** übte. »Putztruppe« nannte sich diese Gruppe, ein anderes Wort für »Randale«. Fischer wurde mehr und mehr zum unumstrittenen »Feldkommandanten«.[1042]
- **Frankfurt 1973:** Das Haus Nr. 51 im Kettenhofweg sollte geräumt werden, doch die Putztruppe lieferte erbitterten Widerstand: Die **Wurfgeschosse** waren von solcher Schwere und Größe, dass **Lebensgefahr** bestand. **Bleirohre und scharfes Schneidewerkzeug** sollen laut Polizeibericht genauso zum Einsatz gekommen sein wie mit **Schleudern verschossene Glaskugeln,** die die Schutzschilde der Polizisten durchschlugen. ***Der Spiegel*** berichtete: ***»Die Fotos und ein Film von einer Demonstration am Rande zeigen, dass der spätere Außenminister der Bundesrepublik und ein Polizist aufeinander zurennen. Fischer stoppt aus vollem Lauf, der Polizist rennt weiter. Beide tragen Helme, der eine dunkel, der andere weiß. Geduckt erwartet Fischer seinen Gegner. Seine Kumpels von der Putzgruppe eilen herbei, darunter Hans-Joachim Klein. Fünf gegen einen. Sie ringen den Polizisten nieder. Der spätere Außenminister bleibt im Hintergrund, rückt erst vor, als der Gegner überwältigt ist, dann schlägt er mit der Faust zu, einmal, zweimal, dreimal. Als ein Polizist seinem Kollegen mit vorgehaltener Waffe zur Hilfe eilt, fliehen die Schläger*** (...).«[1043] Und weiter: ***»Er war ein Mann, der an die Sicherheit dachte. Er hat den Polizisten nach der Schlacht um den Kettenhofweg nicht direkt attackiert, sondern gewartet, bis ihn die anderen überwältigt hatten. Dann schlug er zu, um sich gleich wieder zurückzuziehen,***«[1044] 48 Beamte wurden an diesem Tag verletzt.[1045]
- **Frankfurt 1974:** Aus Protest **vor** Fahrpreiserhöhungen versuchten Demonstranten, darunter auch Fischer, den Straßenbahnverkehr lahmzulegen. Vor der anrückenden Polizei rannten sie davon.[1046]

Frankfurt **1974:** Räumung des Schumann-Blocks. Fischer, so kolportierte die Szene, sei ***»in vorderster Front mit dabei«***[1047] gewesen. **Ob er Farbbeutel, Steine oder Brandsätze geworfen hatte, wurde verschwiegen.** Fischer selbst dementierte: ***»Ich hatte weder Steine noch Molotow-Cocktails dabei.«***[10aS] Fischer gibt jedoch zu, bei **anderer Gelegenheit Steine geworfen** zu haben. Doch auch wer einen Stein wirft, nimmt in Kauf, dass sein Gegner schwer verletzt wird.[1049] **Frankfurt 1976:** Die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof erhängte sich im Hochsicherheitstrakt von Stuttgart-Stammheim. Für viele Linke war jedoch klar, dass sie ermordet wurde. Wenige Tage später Proteste auf dem Campus der Frankfurter Universität, obwohl Demonstrationen verboten worden waren. Die Konfrontation mit der Polizei war unausweichlich. **Die Protestierer warfen Steine und Molotow-Cocktails.** Polizeiobermeister Jürgen Weber schaffte es nicht mehr aus seinem Streifenwagen. Sein Kollege erinnerte sich: ***»Obwohl alles unglaublich schnell ging, habe ich mitbekommen, wie Jürgen Weber, unser Fahrer, versuchte, mit einem Hechtsprung durch die offene Beifahrertür zu entkommen. Tragischerweise blieb er mit den Füßen in den Pedalen hängen. Er fing sofort Feuer.«***[1050] Herbeigeeilte Polizisten konnten ihn aus dem Wagen zerren, **Webers Hemd und Hose standen jedoch lichterloh in Flammen. Zwei Drittel seiner Haut sind verbrannt.** Der Kollege: ***»Weber lag mit nacktem Oberkörper auf dem Boden. Irgendwie hatten wir es geschafft, ihm sein Hemd auszuziehen. Als wir versuchten, seine Hose herunterzuziehen, merkten wir, dass sich Haut von den Beinen löste. Sie war mit dem Stoff verschmolzen. Er schrie vor Schmerz und flehte meinen Kollegen an: >Klaus, hilf mir; Klaus, erschieß mich; ich halte es nicht mehr aus.< Es war grauenvoll.«***[1051] Ein Rettungswagen brachte den lebensgefährlich verletzten Beamten in eine Spezialklinik für Brandopfer. Erst nach einer Woche war klar, dass er **überleben** würde, wenn auch für **sein Leben gezeichnet.** Der hessische Innenminister setzte eine Sonderkommission ein und **ermittelte wegen »Mordversuchs«.** Beamte des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) drangen in 14 Frankfurter Wohngemeinschaften ein. Dabei wurden zwölf Männer und zwei Frauen aus dem Umfeld des RK und der Putztruppe festgenommen. In den Wohnungen wurden

gebrauchsfertige Molotow-Cocktails sichergestellt. ***Der Spiegel: »14. Mai, 19 Uhr: In der regionalen Nachrichtensendung des*** Hessischen Rundfunks ***treten Polizeipräsident Knut Müller und der ZDF-Fernsehfahnder Eduard Zimmermann auf und bitten die Bevölkerung um Mithilfe. Assistiert von Staatssekretär Werner präsentiert Zimmermann Ausschnitte von Polizeivideos und Fotos von fünf >Terroristen<. Sie sollen nicht nur beim Angriff auf das spanische Generalkonsulat dabei gewesen sein, sondern gelten auch im jüngsten Fall als besonders schwer belastet - zwei Studenten, ein Schlosser, ein Elektroingenieur und ein junger Mann mit Bart und Brille, aber ohne Beruf: >der 28-jährige Joseph Martin Fischen (...) Mangels Beweisen kommt Fischer frei***.«[1052] Fischer selbst sagte dazu im }ahr 2001: ***»Mir wurde vorgeworfen, ich sei dabei gewesen, aber ich bin damals nicht mal dem Haftrichter vorgeführt worden, sondern wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.«***[1053] Das wollte ich genauer wissen und habe deshalb die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/M. angeschrieben.

Fragen an die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main

Mail an die VW STA Frankfurt

Betr.: Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes (Aktenzeichen 61/50/4 Js 546/76)

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bin Autor und Publizist. In meinem neuen Buch beschäftige ich mich kritisch mit der Partei »Die Grünen«.

Meine Recherchen ergaben einige Fragen zu Joseph Martin Fischer in seiner Zeit, als er in Frankfurt lebte. Ich berufe mich dabei auf das Informationsfreiheitsgesetz.

Im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen »Mordversuchs« an dem ehemaligen Polizisten Jürgen Weber berichtete der Spiegel ***Folgendes:***

»14. Mai, 19 Uhr: In der regionalen Nachrichtensendung des Hessischen Rundfunks *treten Polizeipräsident Knut Müller und der ZDF-Fernsehfahnder Eduard Zimmermann auf und bitten die Bevölkerung um Mithilfe. Assistiert von Staatssekretär Werner präsentiert Zimmermann Ausschnitte von Polizeivideos und Fotos von fünf >Terroristen<. Sie sollen nicht nur beim Angriff auf das spanische Generalkonsulat dabei gewesen sein, sondern gelten auch im jüngsten Fall als besonders schwer belastet - zwei Studenten, ein Schlosser, ein Elektroingenieur und ein junger Mann mit Bart und Brille, aber ohne Beruf: >der 28-jährige Joseph Martin Fischer< (...) Mangels Beweisen kommt Fischer frei.« Fischer selbst sagte dazu im Jahr 2001: »Mir wurde vorgeworfen, ich sei dabei gewesen, aber ich bin damals nicht mal dem Haftrichter vorgeführt worden, sondern wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.«*

Meine Fragen:

1. *Stimmt es, dass Joseph Martin Fischer nicht einmal dem Haftrichter vorgeführt wurde?*
2. *Gibt es Erkenntnisse, dass Herr Fischer bei diesen Protesten dabei war?*
3. *Wieso wurde Herr Fischer in der Nachrichtensendung als »besonders schwer belastet« bezeichnet, wenn er dann wieder freikam? (...)*

Ich weiß, die Vorgänge sind schon länger her, aber es besteht ein Interesse der Öffentlichkeit und Herr Fischer ist nach wie vor eine Person der Öffentlichkeit.

Für eine zeitnahe Antwort wäre ich Ihnen sehr verbunden.

Danke im Voraus und beste Grüße
Dr. Michael Grandt[1054]

Antwort der Staatsanwaltschaft Frankfurt/M.:

Sehr geehrter Herr Dr. Grandt,
die Verwaltungsabteilung hat mir Ihre Anfrage weitergeleitet. Nach Rückfrage in der zuständigen Abteilung kann ich Ihre Fragen leider nur teilweise beantworten, da derzeit aufgrund hohen Arbeitsanfalls wegen der steigenden Zahl von Verfahren nach §89a StGB sowie jetzt auch noch der aktuellen Ereignisse in Frankfurtl055 niemand in der Lage ist, die sehr umfangreichen Akten durchzusehen.

Zu Ihren Fragen:
1. Stimmt es, dass Joseph Martin Fischer nicht einmal dem Haftrichter vorgeführt wurde?
ja
2. Gibt es Erkenntnisse, dass Herr Fischer bei diesen Protesten war?
Da er Wortführer der Besprechung am Vorabend gewesen sein soll, ist er vermutlich auch bei der Demonstration dabei gewesen. Ob es dafür Zeugen gab, kann aus den o.g. Gründen derzeit nicht festgestellt werden.
3. Wieso wurde Herr Fischer in der Nachrichtensendung als »besonders schwer belastet« bezeichnet, wenn er dann wieder freikam?
Warum er im Fernsehen als »schwer belastet« bezeichnet wurde, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Dringender Tatverdacht bestand jedenfalls nicht (s. auch Antwort zu 1).
(…)

Mit freundlichen Grüßen
Doris Möller-Scheu
Pressesprecherin
Staatsanwaltschaft Frankfurt
Konrad-Adenauer-Straße 20
60313 Frankfurt am Main[1056]

- Das überlebende Opfer, Jürgen Weber, sagte im April 2013 zum Nachrichtenmagazin ***Stern: »Joschka Fischer ist für mich der geistige Vater jener Tat. Der Rädelsführer. Er hat mein Leben zerstört.«***[1057] Der ***Stern*** weiter: ***»In seinem Wohnzimmer sitzt der Polizist Jürgen Weber und wundert sich, wie es möglich war, dass Fischer seine Karriere habe realisieren können, >ohne dass ihm von staatlicher Seite irgendwelche Knüppel in die Wege geworfen worden sind<. (...) Was geschah mit Joschka Fischer in diesen Stunden des Polizeigewahrsams? Nie hat er darüber geredet, nur einmal geraunt, dass er damals fast >endgültig kaputtgegangen wäre<. Setzte ihn der Staatsschutz unter Druck?*** (…) ***Fischer hingegen, sagt er*** [Weber, MGR], ***>hat sicherlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um seinen Teil beizutragen, dass nichts rauskommt. Als Umweltminister und Außenminister hatte er Möglichkeiten, die ich nicht habe. Akten sollen ja angeblich verschwunden sein.< Weiß Fischer, wer die Täter sind?«***[105*] Der ***Stern*** weiter: ***»Einen Geburtstagswunsch an Fischer hat der Polizist Weber: >Dass Fischer mal erzählt, was da los war. Ich bin ja nur ein kleines Licht, aber vielleicht denkt er manchmal an mich. Am Abend vor der Demo gab es ja diese Versammlung, und da hat er dazu aufgerufen, dass man Molotowcocktails einsetzt. Er ist für mich der Drahtzieher. Er muss doch wissen, wer der oder die Täter sind.< Muss er es wissen? Fischer schweigt. Joschka Fischer ist ein Mann der Geschichte, und er weiß, er muss seine wahre Geschichte sorgsam behüten - sonst fällt er aus der Geschichte.«***[1059] Fischer selbst beteuerte auf die Frage, ob er ausschließen könne, für Molotow-Cocktails gewesen zu sein, nicht mit einem klaren »Ja« oder »Nein«, sondern diplomatisch: ***»Das hat nicht meiner Haltung und Überzeugung entsprochen. Insoweit kann ich das ausschließen.«***[1060]
- **Hat eine RAF-Terroristin zeitweise mit Fischer zusammengewohnt?** Es geht um Margrit Schiller, die wegen Urkundenfälschung, unerlaubten Waffenbesitzes und Unterstützung beziehungsweise Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung verurteilt und **mehr als sechs Jahre im Gefängnis** saß. 1971 erschoss ihr Begleiter in Hamburg einen Polizisten. In ihrer **Autobiografie berichtet Schiller, 1973 im selben Haus wie Joschka Fischer gewohnt zu haben:** ***»Nachdem ich in Hamburg die Proletarische Front kennen***

gelernt hatte, wollte ich mir auch die Gruppe Revolutionärer Kampf in Frankfurt ansehen. Als ich dorthin kam, lud mich Daniel Cohn-Bendit ein, in seiner Wohnung zu wohnen. Ich nahm sein Angebot an und blieb ein paar Tage dort. Er wohnte mit Joschka Fischer und anderen in einer Altbauwohnung. Ich frühstückte mit ihnen und spätabends zog ich mit ihnen gemeinsam durch die Kneipen.«[1061]
Fischer wollte davon nichts wissen: ***»Mir ist nicht erinnerlich - und ich habe nicht in einer WG gewohnt, sondern in vielen.*** (…) ***Nein, mit der habe ich nie zusammengewohnt. (...) Ich hatte mit ihr auch keine Beziehung.«***[1061]

- Christian Schmidt urteilt in seinem Buch ***Wir sind die Wahnsinnigen - Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang: »Fischer und seine Freunde«*** hätten ***»sich dem Konzept Stadtguerrilla der RAF bis auf Tuchfühlung genähert«.***[1063]
- Joschka Fischer erklärte 1998 in einem ***Spiegel***-Gespräch, er habe ***»nie bestritten«,*** dass er ***»fast zehn Jahre lang auch unter Einsatz von Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik umstürzen wollte«.***[1064]

Vom Staatsfeind zum Vizekanzler - welch eine Karriere!

Der damalige Vize-Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Bosbach, sagte 2001 dem ***Tagesspiegel,*** er sei ***»sprachlos, dass sich die Bundesrepublik einen solchen Repräsentanten leistet«.*** Fischer sei ***»geradezu stolz«*** auf seine Mitgliedschaft in der »Putztruppe« gewesen. ***» Wer sich so verhalten hat, ist kein glaubwürdiger Repräsentant einer gewaltfreien Zivilgesellschaft. «***[1065]

Auch Ludger Volmer erinnert sich: ***»Die Anschuldigungen trafen Fischer hart. Warum wollte man ihn stürzen, ausgerechnet jetzt, da er perfekt den ideellen Gesamtbürger verkörperte? Völlig aufgelöst saß er mir gegenüber. Zwei ganze Bundestagsfragestunden lang musste sich Joschka Fischer gegen die Anwürfe verteidigen. Dann hatte er es geschafft.«***[1066]

Hintergrund

Befragung im Deutschen Bundestag: »Glauben Sie, Sie könnten uns alle hier für dumm verkaufen?«

Auszüge aus der Befragung vom 17. Januar 2001 im deutschen Bundestag (Hervorhebungen durch mich):

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Was ich getan habe, will ich Ihnen auch klipp und klar sagen. Ich war militant, ich habe mit Steinen geworfen, ich war in Prügeleien mit Polizeibeamten verwickelt. Ich wurde geprügelt, aber ich habe auch Polizeibeamte geschlagen. Das habe ich jetzt nicht zum ersten Mal gesagt und dazu stehe ich. Ich stehe zu meiner Verantwortung. Das heißt aber noch lange nicht, dass ich das jetzt rechtfertige (…).

Sylvia Bonitz (CDU/CSU): (…) Wie erklären Sie sich, Herr Minister, dann den Widerspruch zu Ihrer gestrigen Prozessaussage in Frankfurt? Gestern haben Sie gesagt, dass die Spontis damals niemals absichtlich Menschen verletzen oder gar töten wollten. Aber gleichzeitig haben Sie damals - durchaus in dem Kontext, der mir bekannt ist - zum Steinewerfen aufgerufen. Das Steinewerfen beinhaltet doch ein erhebliches Verletzungsrisiko, das, wie ich denke, auch Ihnen bekannt ist. Das heißt, dass Sie damit die Schädigung von Personen und auch von Sachen gebilligt oder zumindest in Kauf genommen, wenn nicht sogar dazu angestiftet haben, und zwar immerhin als »Comandante« - das ist der Begriff, der immer wieder auftaucht - der Putzgruppe, die in der Szene damals den Spitznamen »Proletarische Union für Terror und Zerstörung« hatte.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: (…) Ich will es einmal zugespitzt sagen: Hätte mein Aufruf »Legt die Waffen nieder, lasst das Bomben sein, nehmt die Steine wieder in die Hand« - der nicht nur in meinem Namen erfolgt ist, aber ich habe ihn gemacht und verantworte ihn - doch damals Erfolg gehabt! Wäre es damals, 1976, so gekommen, dann wäre uns viel mörderischer Irrsinn erspart geblieben. Dann wären viele, die er-

mordet wurden, noch am Leben. Deswegen sehe ich in meiner damaligen Haltung überhaupt keinen Widerspruch.

Sylvia Bonitz (CDU/CSU): Meine zweite **Frage** bezieht sich darauf, dass Sie unter dem **Wort »Hinlangen« offensichtlich auch das Steinewerfen** verstehen. Den Begriff »Hinlangen« verwenden Sie in einer im Grunde genommen banalisierenden Art und Weise. Im Terroristenprozess vor dem Frankfurter Landgericht und in verschiedenen Interviews haben Sie gesagt: »Wir haben auch kräftig hingelangt.« **Was heißt das eigentlich konkret?** Was zählen Sie zu diesem »Hinlangen«? **Das Schlagen von Personen, das Treten von Personen, das Werfen mit Steinen oder vielleicht auch das Werfen von Brandsätzen? Wo ist die Grenze dieses Hinlangens? Ist es das Prügeln?** Ich frage das auch in folgendem Zusammenhang: Welches Maß an Gewalt hielten Sie damals und auch heute in welchen Situationen für tolerabel? (…)

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: (…) Ich habe dargelegt, was ich getan habe und was ich nicht getan habe. **Ich habe mich mit Polizisten geprügelt. Ich wurde von ihnen verprügelt und dann und wann habe auch ich einen Polizisten verprügelt. Aber ich habe nie auf am Boden Liegende getreten. -** Wenn anderes behauptet wird, weise ich dies zurück. Wer mich kennt, weiß, dass ich das aus guten Gründen zurückweisen kann. - Das sollten Sie akzeptieren.

Martin Hohmann (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben soeben **zugestanden, dass Sie Steine geworfen** haben. Können Sie ausschließen, dass Sie **mit** Ihren Steinwürfen Menschen getroffen und verletzt haben?

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Nach meinen Erkenntnissen **ja.**

Martin Hohmann (CDU/CSU): Sie können also ausschließen, dass Sie Menschen bei den Steinwürfen getroffen und verletzt haben?

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Mir ist davon nichts bekannt. Es müsste mir bekannt sein, wenn ich es **bejahen** sollte.

Martin Hohmann (CDU/CSU): Warum haben Sie denn dann die Steine geworfen? Haben Sie die einfach in die Luft geworfen?

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Ich habe die Steine einfach in die Luft geworfen, ja.

(…)

Wolfgang Bosbach (CDU/CSU): (…) Wenn Frau Künast sagt, Joschka Fischer repräsentiere das Schicksal einer ganzen Generation, dann zeigt dies das Ausmaß der Verblendung und Anmaßung und es ist eine **Beleidigung dieser Generation.**

(…)

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU): Joschka Fischer selbst ist es, der hohe moralische Messlatten an alle anlegt, der immer wieder großartig Rücktritte gefordert hat, der sich aufgrund seiner angeblichen Tugendhaftigkeit immer wieder das Recht herausnimmt, andere zu zensieren, und der sich immer wieder in einer entsprechenden Pose präsentiert. Das fällt jetzt auf Sie, Herr Kollege Fischer, ein bisschen zurück. Auch wenn Sie in **Ihrem** Amt bleiben sollten, sollten Sie in Zukunft ein bisschen demütiger im Umgang mit dem politischen Gegner werden und **nicht mehr diese unerträgliche Arroganz** an den Tag legen.

(…)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den Versuch Joschka Fischers erlebt, sich als **gereifter Überzeugungstäter** von einst staatstragend in Szene zu setzen. Doch, Herr Außenminister, dieser Versuch ist Ihnen gründlich misslungen.

Fabelhaft staatsmännisch, in saturierter Bonhomie, fein angezogen im Dreiteiler von Luxusschneiderhand - so zeigt er sich uns. Ich zitiere hierbei die ***Süddeutsche Zeitung.*** Heute putzt er sich nicht mehr mit einer Putztruppe auf den Straßen Frankfurts, sondern mit einem feinen Siegelring am Finger.

Herr Fischer, so geht es nicht. Sie machen es sich zu leicht, wenn Sie heute - ich habe Ihnen zugehört - mit frivolem Pathos hier erklären: Ich war ein Revolutionär mit Freiheitsanspruch.

Herr Fischer, Sie machen sich mit solchen Äußerungen doch lächerlich.

Dann faselt er noch weiter: Es sei eine Freiheitsrevolte gewesen, an der er sich beteiligt habe. Herr Fischer, was für ein groteskes Zerrbild vom damaligen Deutschland haben Sie? **Glauben Sie, Sie könnten uns alle hier für dumm verkaufen?** Wir sind doch fast alle Zeitzeugen dieses Deutschlands gewesen. Wo war das Terrorregime, in dem wir angeblich gelebt haben? In welchem Unterdrückungsstaat sollen wir gelebt haben? Sie reden wirres Zeug, wenn Sie behaupten, dass Sie sich als Freiheitsrevolutionär haben aufspielen müssen. Das ist doch unerträglich! Wir wollen wissen, ob sich Ihre Überzeugung gewandelt hat. **Wir wissen, Ihre Taten waren keine Jugendsünden. Sie waren weder jung noch sündig; sie waren kriminell und erwachsen.**

In Wahrheit war der APO-Fanatismus kein Kampf von Idealisten. **Es war ein Verrat an der Demokratie. Sie waren ein Feind der Demokratie.** - Ja, das war er. - Die erste deutsche Demokratie wurde von den Nazis vernichtet. Der Reichstag wurde von Goebbels als »Quasselbude« bezeichnet. Sie und Ihre Genossen sind mit der gleichen Impertinenz und mit der gleichen verwerflichen Gesinnung ans Werk gegangen. **Sie und die APO wollten die zweite deutsche Demokratie, die Nachkriegsdemokratie, vernichten.**

Die Parallelen sind unverkennbar. Der gewalttätige politische Straßenkampf findet immer nach den gleichen Spielregeln statt. Die Spielregeln der SA sind uns bekannt: Die SA als Sturmabteilung der NSDAP hat sich in Saalschlachten und in Straßenschlachten hervorgetan. **Die SA war ein Machtinstrument der Nazis. Ihr Machtinstrument, Herr Fischer, war Ihre Putztruppe.**

Sie hatten mit Ihrer Putztruppe natürlich nicht denselben militanten Erfolg wie die SA-Schläger, **aber Sie wünschten sich einen ähnlichen Erfolg.** Daran sehen wir, dass die Franzosen mit dem Wort »Les extrêmes se touchent« recht haben: Die Linksextremen und die Rechtsextremen bedienen sich immer derselben Instrumentarien.

Fischer war ein wortgewaltiger Agitator, er war ein Scharfmacher, er war ein Anstifter, er war ein Rädelsführer. Jetzt wollen Sie nichts mehr davon wissen. **Was ist es eigentlich für eine Entschuldigung, wenn man einen Polizisten zusammenschlägt und dann 25 Jahre verstreichen lässt, bis man unter massivem politischen Druck ein Telefongespräch führt?** Herr Fischer, das ist doch unerträglich.

Nein, wir wollen wissen, ob sich Ihre Gesinnung wirklich geändert hat. Wir werden hier nicht nachgeben. **Man kann nicht oft genug wiederholen, dass Sie nach der Ermordung von Buback, Ponto und Schleyer nicht in Rage, sondern schriftlich geäußert haben: Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen. Das ist das Gedankengut der Sympathisanten der Terroristen.**

Dieses Gedankengut ist Ihr Gedankengut gewesen. Dazu fällt Ihnen nur ein, dass Sie den Artikel einmal im Zusammenhang sehen wollten, weil Sie sich nicht an alles erinnern könnten. Dabei halten Sie uns vor, ob wir uns an jede Kreisvorstandssitzung erinnern könnten. **Das ist doch eine Frechheit.** Die damalige Situation nach dem Selbstmord von Ulrike Meinhof in der Zelle, nachdem ein Schock durch Ihre Szene ging und nachdem Sie bei einer Demonstration eine führende Rolle eingenommen haben, vergleichen Sie mit einer Kreisvorstandssitzung einer Partei. **Und Sie können sich an nichts mehr erinnern, obwohl Sie immer dabei waren!**

Wir werden Ihnen helfen, sich zu erinnern, Herr Fischer, weil wir wissen - Sie wissen es auch -, dass der Terrorismus in Deutschland ohne diese Sympathisantenszene niemals möglich gewesen wäre.

Deswegen wollen wir wissen - die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, es zu erfahren -, welche Rolle Fischer wirklich gespielt hat.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Die Aktuelle Stunde ist beendet.[1067]

Fischer überstand die Bundestagsfragestunden, die ihn an den Rand des Rücktritts gebracht hatten, *»wegen der Dummheit der anderen«*, wie *Die Zeit* dies kolportierte.[1068]

»Jeder Stein, der abgerissen,
wird von uns zurückgeschmissen.«[1069]
(Joschka Fischer, 1970er-Jahre)

Der Spiegel stellte sich schon die berechtigte Frage: *»Darf ein Mann, der Steine geworfen und Polizisten geprügelt hat, die Bundesrepublik in aller Welt repräsentieren und den Kanzler vertreten?«*[1070] Und ich ergänze: **Warum trat der Vorsitzende der größten Moralpartei Deutschlands nicht zurück, um zu demonstrieren, dass er es mit der Moral ernst nimmt? Und: Warum forderten ihn seine Parteifreunde aus diesem Grunde nicht auf, zurückzutreten?** - Ich kann Ihnen auch die Antwort geben: **Es ging um Macht, um Macht und Pöstchen.** So entlarvte sich die scheinheilige Moralpartei einmal mehr als unerträglich heuchlerisch!

»Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich!
- umzugehen und mich psychisch total darauf
auszurichten. (...) Daraus wurde dann leicht die Lust am
Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.«[1071]
(Joschka Fischer, 1977)

Wolfgang Kraushaar vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Experte für die Geschichte der Studentenbewegung, hielt Fischer *»für eine der zentralen Figuren des linksradikalen Milieus in den siebziger Jahren«*[1072]*: »Niemand sonst habe Studenten und jugendliche aus Erziehungsheimen und linken Lehrlingskollektiven< zu einer so schlagkräftigen Einheit im >Häuserkampf< formen können. Als bildungsbesessener Schlachtersohn, der das Gymnasium ohne Abschluss verlassen*

und eine Fotografenlehre abgebrochen hat, sei er die >ideale Integrationsfigur< gewesen.«[1073]

Achtung!

Ein sich für die Militanz auf der Straße stark machender[1074] **krimineller Anstifter** und Rädelsführer sei der spätere **Außenminister und Vizekanzler** Joseph Fischer gewesen, ein **Feind der Demokratie,** der die verfassungsmäßige Ordnung umstürzen wollte, **in Polizeigewahrsam** war, **Bücher gestohlen** haben soll, **Steine geworfen** und auf **Polizisten eingeprügelt** hat.

Das ist für mich bis heute eine der **größten Schanden** für die Bundesrepublik Deutschland! **Wo blieb da der empörte Schrei der Moralapostelpartei?**

Doch auch nach seiner »Häuserkampf-Karriere« setzte Fischer den zivilen Ungehorsam fort und zwar in Frankfurt im Jahr 1983: Mitglieder der Grünen, darunter auch Fischer, blockierten ein US-Militärgelände.[1075]

4.9.3 Joseph Kardinal Fischer

Fischers Unterstützer werden von Ludger Volmer als *»Fischerman's Friends«*[1076] und dieser selbst als *»Schutzmacht«* der Ex-Maoisten[1077] tituliert. Oder auch so: *»Joseph >Kardinal< Fischer, wie Linke den Exministranten nun verspotteten, der die Realos sonst von Wiesbaden aus dirigierte, war höchstpersönlich anwesend* [bei der Bundesdelegiertenkonferenz im März 1990, MGR]. *Ehrfürchtig zog die Scharseiner Gläubigen hinter ihm über die Flure, jedem Richtungswechsel ergeben folgend.«*[107*]

»Den Realos wurde >das Streben nach Beteiligung an der Macht um jeden Preis< als Malus ins Stammbuch geschrieben.«[1079]
(Ludger Volmer)

Fischer wollte nicht als Parteipolitiker begriffen werden, sondern als »Prinzip«. Das *»Prinzip Fischer«,* das auf Vertrauen basierte.[1080]

Fischers politische Karriere:

- 1982: Eintritt in die Partei Die Grünen
- 1983-1985: Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen
- 1984-1987: Hessischer Staatsminister für Umwelt und Energie
- 1987: Fraktionschef der Grünen im hessischen Landtag
- 1991-1994: Stellvertretender Ministerpräsident von Hessen und Staatsminister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten
- 1994: Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag (mit Kerstin Müller)
- 1998-2005: Nach den Bundestagswahlen 1998 und 2002 Vizekanzler und Außenminister im Kabinett Schröder (SPD)
- 2006: Niederlegung seines Bundestagsmandats[1081]

Fischer, der Mann der klaren Worte: Im Oktober 1984 sagte er als Abgeordneter zum Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen: ***»Mit** Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.«*[1082] Aber das war noch nicht alles: Kaum vier Wochen im Bundestag, nannte er das Parlament *»eine unglaubliche Alkoholikerversammlung«*,[1083] Journalisten bezeichnete er auch als *»Fünf-Mark-Nutten«.*[1084]

Im Dezember 1985 wurde der *»ewige Rechthaber«*[1085], der *»rebellische Klein-Kissinger«*[1086] und *»Zuchtmeister der Grünen«*[10*7], Joschka Fischer, zum ersten grünen Umweltminister (Hessen) vereidigt. Er trug Turnschuhe und ein T-Shirt[1088], weswegen er von seinen politischen Gegnern auch den Spitznamen »Turnschuhminister« verliehen bekam.

4.9.4 »Verräter« und »Handlanger«

Doch nur ein paar Monate später wurde »Kardinal« Fischer von den Fundis in seiner eigenen Partei des ***»Verrats«*** und der ***»Zerstörung grüner Identität«***[10*9] bezichtigt, weil er einen sofortigen Ausstieg aus

der Atomkraft als *»irreal«* bezeichnete. Per Resolution wies ihn seine Fraktion daraufhin zurecht.[1090]

Doch 1994 sollte Fischer noch einmal grüne Grundsätze verraten. Es ging um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die er mit Wirtschaftswachstum beseitigen wollte. Ökonomisch ist das sinnvoll, doch wie Ludger Volmer schreibt, war dies für die eigene Partei die *»Negation des wichtigsten Grundsatzes der politischen Ökologie, der grünen Gründungsidee«.*[1091]

»Posten waren ihm wichtiger als Programme.«[1092]
(Ludger Volmer)

Mitte der 1990er-Jahre wollte Fischer die Grünen als »Partei der Mitte« konstituieren. Ludger Volmer erinnert sich daran: *»Wieder mal - wie so oft bei Joschka Fischer - begründet mit Auschwitz. Die zivilisatorische Katastrophe sei Ergebnis auch der Deklassierung der Mittelschichten in der Weimarer Republik gewesen. Wer wollte sich schon auf solch haarsträubende Diskussionen einlassen? Die Ideologie derEntideologisierung, getarnt als Antifaschismus. Als: grüner Kurswechsel zur Vermeidung erneuter Barbarei.«*[1093]

Als im Jahr 1998 die erste rot-grüne Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder gebildet wurde, steckte dieser jedoch die von ihm anvisierten Machtverhältnisse unmissverständlich ab: *»In einer rot-grünen Konstellation muss klar sein: Der Größere ist Koch, der Kleinere ist Kellner. Dies nicht zu akzeptieren ist eine typische Form grüner Überheblichkeit.«*[1094]

Der »machtbesessene« Fischer als Kellner des Bundeskanzlers? *Die Zeit* titulierte ihn sogar als *»Handlanger des Kanzlers«.*[1093] Undenkbar, aber wahr. Fischer schimpfte vor Journalisten über Schröder wegen dieses Zitats von einem *»arroganten Arsch«]*[096]

Und doch hatte er sich das selbst zuzuschreiben. Matthias Geis von der *Zeit: »Nachdem der Sponti und ehemalige Linksradikale 1981 zu den Grünen kam, kämpfte er gegen den erbitterten Widerstand der Parteilinken für ein Bündnis mit den Sozialdemokraten. Und von Anfang an begleitete ihn die argwöhnische Frage, ob es ihm dabei wirklich*

***um grüne Politik oder nur um die Durchsetzung eigener Machtansprüche** zu schaffen sei (...). **Er selbst war es ja, der den Verdacht, grünes Regieren sei Machtbeteiligung auf Kosten eigener Inhalte, immer wieder auf provokante Weise bestätigt hat.«*[1097]

4.9.5 Fischer, Fischer über alles

Fischer wurde unter Schröder trotzdem (oder deswegen?) zum Außenminister und Vizekanzler.

»Fischer kam mit ein paar Freunden, aber ohne Hausmacht
ins Auswärtige Amt. Vom ersten Moment an
hinterließ er eine breite Schleimspur und unterwarf sich
der herrschenden Ministerialbürokratie (,..).«[1098]
(Jutta Ditfurth)

Die Sozialdemokraten brauchten den Grünen, um dessen Partei zu domestizieren, und Fischer wollte das Amt unbedingt.[1099]

»Der frühere Gegner des >Systems< als sein Repräsentant.«[1100]
(Die Zeit)

Fischer, Fischer über alles. Das Amt machte ihn zum *»Herrscher«*, zum *»Kopf«* und zum *»Herz«* der Grünen.[1101] Und das nicht ohne Läuterung, wie *Die Zeit* erkannte:

»Der Mann, der das Nationale zeitlebens verdammte, erkennt, dass ersieh ihm verschrieben hat, ja, dass Abscheu und >Abarbeiten< nur die Kehrseite einer Fixierung waren. Was immer er tat, demonstrieren oder repräsentieren, Steine auf Bullen oder Bomben auf Serben werfen - er tat es mit Blick auf seine Heimat: für Deutschland, gegen Deutschland, trotz Deutschland. «[1102]

Hintergrund

Joschka Fischers neue Art von Auschwitzlüge?

»Auschwitz« ist DAS Synonym für die Ermordung von Juden durch die Nationalsozialisten und ihre europäischen Helfershelfer. Mit Auschwitz macht man keine Späße, Auschwitz instrumentalisiert man nicht. Auschwitz ist ein Tabu!

Und doch ***soll*** loschka Fischer **mit »Auschwitz« die erste militärische Intervention mit deutschen Soldaten nach 1945 begründet** haben. Und das ist der umstrittene Satz: ***»Ich habe nicht nur gelernt, nie wieder Krieg, sondern auch: Nie wieder Auschwitz. Die Bomben sind nötig, um die serbische*** *SS* ***zu stoppen.«***[1103]

Jutta Ditfurth schlug (natürlich) publizistisch auf Fischer ein: *»Der Vergleich - gerade aus dem Mund eines ehemaligen Linken und Antifaschisten -* ***relativierte die Vernichtung der Jüdinnen***[1104] *und die Blutspuren der Wehrmacht in Europa.«*[1105] Und an anderer Stelle: *»Nicht in meinen scheußlichsten Albträumen hätte ich mir vorgestellt, dass einmal ein Ex-Linker eine* ***neue deutsche Auschwitzlüge auf den Weg bringen*** *und so den NS-Faschismus entsorgen helfen würde.«*[1106]

Aber hat Fischer das tatsächlich so gesagt? Es war gar nicht einfach zu recherchieren, ob es eine seriöse Quelle für diese Behauptung gibt:

Indiz 1: Tatsächlich »erinnert« sich der jetzt zur Linkspartei gehörende Oscar Lafontaine in seinem Buch *Das Herz schlägt links*[1107] an den Satz von Fischer. Eine seriöse Quelle? Ich denke: Diese Erinnerung ist nicht gerade die beste Quelle.

Indiz 2: Joschka Fischer gab am 19. April 1999 ein Interview mit dem US-Magazin *Newsweek.* Dort sagte er als Parallele zu den Nationalsozialisten und den Zweiten Weltkrieg (ich gebe das im Original wieder, damit man mir keine Übersetzungsfehler unterstellen kann): ***»I*** *see a parallel to that primitive fascism. Obviously, the '30s are back, and we cannot accept that. (...) liiere are many*

pacifists who cannot accept it, but, on the other hand, my generation was brought up with two experiences. The first is >Never Again War<. And the second is >Never Again Auschwitz<. It means standing up against genocide (...). If we accept Milosevic as a winner, it would be the end of the Europe I believe in.«[108]

In diesem Interview jedenfalls bringt Fischer Auschwitz und Milosevic unter.

Indiz 3: Auschwitz-Überlebende veröffentlichten eine ganzseitige Anzeige in der *Frankfurter Rundschau,* darin hieß es u. a. (Hervorhebungen durch mich): *»Der Verteidigungsminister* [damals Rudolf Scharping, MGR] *hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, >ist die Bundeswehr in Bosniern, und dass sie darum >wohl auch in das Kosovo gehetu wird. In Erklärungsnot geraten, **berief** sich auch der **Außenminister** auf die **neue Art der Auschwitzlüge,** um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade aufgrund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UN-Charta zu begründen.*

Wir Überlebenden von A uschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Missbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens (,..).«[109]

Der *Tagesspiegel* veröffentlichte daraufhin die Antwort der betroffenen Scharping und Fischer: *»Sprecher des Außenministeriums und des Verteidigungsministeriums **wiesen die Vorwürfe als ungerechtfertigt zurück.** Fischer habe mehrmals klargestellt, dass er >keine Parallelisierung zwischen Auschwitz und den aktuellen*

Ereignissern vornehme. Die Hardthöhe verwies auf Äußerungen Scharpings, dass es solche >Parallelen< gebe.«[1110]

Indiz 4: Auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt ging in einem Interview auf »Fischer-Auschwitz« ein. Hören wir mal rein: *»Ich habe ihm **sehr** übel genommen, dass er die deutsche Beteiligung an der vom Sicherheitsrat der UN nicht genehmigten militärischen Intervention auf dem Balkan **mit dem Hinweis auf den millionenfachen Mord an den europäischen Juden in Auschwitz begründet** hat. Der Vergleich war absolut unangemessen.«*[1111]

Meinen Recherchen nach hat Fischer gegen diese Sicht von Helmut Schmidt nicht interveniert.

Indiz 5: Im Dossier »Regieren nach Auschwitz« der Bundeszentrale für politische Bildung ist Folgendes zu lesen: *»Aus >Auschwitz< hatte Schröders Außenminister Joschka Fischer lange abgeleitet, nie wieder dürften hierzulande Massenvernichtungswaffen stationiert werden und nie wieder dürfe >Krieg von deutschem Boden< ausgehen. Fast könnte man das den deutschen Nachkriegskonsens nennen. **Als Minister, der die Intervention im Kosovo mitverantwortete, deutete Fischer den historischen Auftrag vollmundig um: Auschwitz heiße, nie wieder dürften wir Deutsche stumm zusehen!«***[1112]

Und weiter: *»Das Kosovo war nicht Auschwitz, Fischer hat die Analogie in seinem Erinnerungs-Buch längst kassiert. Aber richtig bleibt gleichwohl, dass sich keine bequeme Handlungsanleitung mehr aus der Vergangenheit ableiten lässt. Verpflichtet die >Verantwortung< für die Vergangenheit, die Haltung der israelischen Regierung zum Iran bedingungslos zu übernehmen? Das wird auch Angela Merkel kaum so sagen wollen. Fischer seinerzeit suchte weiter, was das praktisch bedeutet, die Verantwortung für die Vergangenheit nahm er ja nicht weniger ernst. **So war es zu dem kleinen falschen Zungenschlag, der Auschwitz-Analogie, überhaupt erst gekommen.** Wir Deutsche, zumal die Linke, **predigte er, müssten begreifen, um was wir uns mit dem Mord an***

den Juden selbst gebracht hätten. *Wenn das verstanden sei, könne es einen unverdächtigen >Patriotismus< geben (...).«*[1113]

Das letzte Wort hat der »Angeklagte« Fischer und dann bilden Sie sich Ihr Urteil selbst: *»Niemand hat behauptet, dass Milosevic Hitler ist oder dass im Kosovo ein zweites Auschwitz geschehen ist.«*[1114]

4.9.6 Fischer, das Judentum und Israel

Fischer und das Judentum. Es scheint doch eine gewisse »Affinität« zu geben:

- Fischer ist beratend für den *World Jewish Congress* tätig.[1115]
- 2002 wurde er mit der Ehrendoktorwürde der Universität Haifa ausgezeichnet.[1116]
- 2005 erhielt er die höchste Auszeichnung des Zentralrats der Juden in Deutschland, den Leo-Baeck-Preis.[1117]
- 2006 wurde er mit der Ehrendoktorwürde der Universität Tel Aviv ausgezeichnet.[1118]
- Auch Fischers Geschäftspartnerin, die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright, entstammt einer jüdischen Familie, wie sie selbst erst im Alter von 59 Jahren erfahren hat.[1119]

»Viele Grüne hatten auf lokaler Ebene enge Kontakte zur jüdischen Gemeinde. Joschka Fischer betonte immer wieder, wie wichtig deren Einfluss für seine politische Bildung war.«[1120]
(Ludger Volmer)

Laut Jutta Ditfurth war Fischer aber 1978 *»ein Anhänger des iranischen Fundamentalismus gewesen und hatte für die >Glaubenskraft< der Mullahs geschwärmt«.*[1121] Ein Wendehals auch in diesem Fall?

4.9.7 Joschka und das große Geld

Im Jahr 2005 gab Fischer dann schließlich sein Bundestagsmandat auf, um bei Großkonzernen »anzuheuern«, wie Ludger Volmer lapidar erwähnt.[1122] Die Wirklichkeit sieht jedoch ein wenig komplexer aus:

- Anfang 2006 hielt Fischer zahlreiche Vorträge für Investmentbanken, darunter *Barclays Capital* und *Goldman Sachs.*[1123]
- 2007 gründete er eine Beraterfirma mit dem Namen *Joschka Fischer Consulting.*[1124]

»Sein Unternehmen, das sei eine kühl-rationale Geschäftsbeziehung. Das sei es mit seiner Partei nie gewesen, das sei doch eher eine Art St.-Pauli-Syndrom gewesen: ein Scheißverein, den man trotzdem liebt.«[1125]
(ZEITmagazin)

- 2007 war er Gründungsmitglied und Vorstand des *European Council on Foreign Relations,* einer neuen europäischen Denkfabrik, die sich den Namen vom großen US-Vorbild borgte, aber unabhängig agieren soll. Das alles dank der großzügigen Finanzierung des Milliardärs und Mäzens George Soros.[1126]
- 2008 nahm Fischer einen Beratervertrag bei der Madeleine Albright (der früheren US-Außenministerin) gehörenden Firma *The Albright Group LLC* (nach einer Fusion: *Albright Stonebridge Group)* an, die eine strategische Partnerschaft mit der *Joschka Fischer & Company GmbH* pflegt.[1127]
- 2009 schloss Fischer als politischer Berater einen Vertrag mit den Energieversorgern RWE und OMV für den geplanten Bau der 3300 km langen Nßfrwcco-Pipeline.[1128]
- 2009 wurde er Berater für den Autokonzern BMW.[1129]
- Mit Madeleine Albright wurde er Berater der Siemens AG in außenpolitischen und unternehmensstrategischen Fragen.[1130]
- Seit 2010 berät Fischer auch den Handelskonzern Rewe."[31]

- Er ist auch als Vortragsredner tätig. *Zeit online* schrieb dazu: »*Richtig kostspielig wird es, wenn ein Unternehmen einen Politiker vom Format eines Joschka Fischer anheuert: Etwa 35000 bis 50000 Euro koste ein Vortrag des ehemaligen Bundesaußenministers, verraten Insider.* «[n]1

»Joschka habe seine Ideale verraten und seine Partei, sagen seine Gegner, bei den Grünen sind viele enttäuscht. Er sei doch wie Schröder, großes Ego, opportunistischer Machtmensch.«"[33]
(Zeitmagazin)

Joschka Fischer, fünffacher Ehemann, lebt heute in einer schicken Villa in Berlin-Grunewald.[1134]

Joseph (»Joschka«) Martin Fischer

- War Betriebskämpfer
- War Häuserbesetzer
- War in Polizeigewahrsam
- Verkaufte anscheinend geklaute Bücher
- War »Feldkommandant« der »Putztruppe«
- Hat Polizisten geschlagen
- Hat Steine geworfen
- Zunächst belastet wegen des Mordversuchs an einem Polizisten (wieder auf freien Fuß gesetzt)
- Wollte zehn Jahre lang unter Einsatz von Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland umstürzen
- Er soll machtbesessen sein, ein Verräter grüner Ideologien
- Holocaust-Opfer warfen ihm vor, sich im Jugoslawienkrieg auf eine neue Art der Auschwitzlüge berufen zu haben
- Vom Staatsfeind zum Staatsrepräsentanten

4.10 OTTO SCHILY DER TERRORISTENVERTEIDIGER

Otto Schily, Jahrgang 1932, Sohn aus gutem Hause"[35], war 1980 Mitbegründer der Grünen. Er wurde 1932 in Bochum als Sohn des Hüttendirektors Dr. phil. Franz Schily geboren. Seine Eltern waren als Anthroposophen"[36] bekannt."[37] Nach dem Abitur absolvierte Schily ein Studium der Rechtswissenschaften in München und Hamburg sowie der Politikwissenschaften an der Hochschule für Politik in Berlin. 1962 schloss er die Studien mit dem zweiten juristischen Staatsexamen ab und praktizierte ein Jahr später als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei"[38] und verteidigte auch Terroristen (siehe Abschnitt 1.6 »Grüne und Terrorismus«).

Otto Schily heiratete im Jahr 1966 Christiane Hellwag.[1139] Die gemeinsame Tochter Jenny Schily ist Schauspielerin. Er ist in zweiter Ehe verheiratet und hat zwei Kinder."[40]

Schilys politisches Engagement:

- Anfang der 1960er-Jahre: Bereits während seines Studiums engagierte sich Schily politisch und stand dem »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) nahe.
- 1975-1977: Im Stammheim-Prozess verteidigte er als Vertrauensanwalt die RAF-Terroristin Gudrun Ensslin.
- 1980: Eintritt in die Partei Die Grünen.
- 1981: Kandidatur bei den Kommunalwahlen für die Grünen in West-Berlin.
- 1983-1986: Mitglied des Deutschen Bundestages.
- 1983: Mitglied des »Sprecherrates« der grünen Bundestagsfraktion (mit Petra Kelly und Marieluise Beck-Oberdorf).
- 1987-1989: Mitglied des Bundestages für die Grünen.
- November 1989: Schily trat bei den Grünen aus, legte sein Bundestagsmandat nieder und wurde Mitglied der SPD.
- 1990-1994: Mitglied des Bundestages für die SPD; Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft sowie des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Bundestages.

- 1993-1994: Vorsitzender des Treuhand-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages.
- 1994-1998: Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Mitglied im Vermittlungsausschuss, im Richterwahlausschuss, im Wahlausschuss für die im Bundestag zu berufenden Richter des Bundesverfassungsgerichts und stellvertretendes Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss.
- 1998-2005: Ernennung zum Bundesinnenminister im Kabinett Schröder (SPD)."[41]
- 2009: Schily kandidierte nicht mehr zur Bundestagswahl.

4.10.1 Der »grimmige« Otto

Ludger Volmer weiß über seinen ehemaligen Parteifreund Otto Schily Folgendes zu berichten: *»Die **Mehrheit** der von ihm mitbegründeten AL Berlin **mochte ihn nicht.** So hatte er es in Nordrhein-Westfalen versucht. Dort wurde heftig diskutiert, ob man den als **elitär geltenden Anthroposophen** unterstützen sollte. Ein Kreis von fünf informell führenden Leuten entschied hinter den Kulissen über sein politisches Schicksal: Drei zu zwei für Schily ergab ihr Meinungsbild. Eine Delegiertenmehrheit wurde organisiert, Schily gewählt. Er hat nie erfahren, wem er seinen politischen Aufstieg zu verdanken hat.«*[1142]

Und weiter: ***»Der anthroposophisch-elitäre Teil dagegen pflegte die Geringschätzung der Masse und fühlte sich zu charismatischer Führung durch erleuchtete Individuen berufen. Otto Schily beispielsweise verachtete den Händedruck von Gleich zu Gleich.*** *Er hielt beiläufig eine schlaffe Hand hin und schaute demonstrativ weg.«*[1143,]

Otto Schily, *»arrogant und grimmig«"*[44], der *»Ober-Realo«"*[45], der auftritt, wie einer, *»der alle Höflichkeit längst hinter sich gelassen hat«"*[46], konnte durch die Rotationsregelung in Nordrhein-Westfalen keine dritte Mandatszeit erreichen. Am 2. November 1989 trat er dann aus der Partei aus und bekam bei der SPD einen sicheren Wahlkreis.[1147]

4.10.2 Der »Polizeiminister«

Und Schily hatte es drauf: Am 27. Oktober 1998, unter der rot-grünen Koalition, wurde er zum **Bundesminister des Innern** ernannt (bis 2005).

Achtung!

Der **einstige Terroristenverteidiger verteidigte von nun an den Staat gegen Terroristen. Aber nicht mehr** in **der** grünen **Partei,** sondern **als** Sozialdemokrat.

Und der *»Polizeiminister«*[14]* langte richtig hin:

- Mehr Macht der Polizei
- Mehr Macht den Geheimdiensten
- Mehr V-Männer
- Überwachung ohne Verdacht
- Elektronisches Lauschen
- Gesichtsraster"[49]

Vom Terroristen-Anwalt zum Innenminister

Otto Schily galt für mich als »Hardliner«, der den Staat wehrhafter und stärker gemacht hatte, allerdings auch auf Kosten der Datensicherheit.

Lange war es still um ihn geworden. Doch in einem *Spiegel-Interview* meldete er sich Ende Januar 2015 zurück und gab ein Statement zum Thema »muslimische Zuwanderer« ab, das für seine ehemaligen grünen Parteifreunde wohl nicht ganz politisch korrekt war: ***»Natürlich gibt es Probleme mit muslimischen Zuwanderern in Deutschland.*** *Wenn sich in manchen deutschen Stadtteilen Parallelgesellschaften bilden, wenn muslimische Mädchen nicht am Sportunterricht teilnehmen dürfen, wenn manche Jungs aus türkischen Familien eine zum Teil*

frauenfeindliche Machokultur pflegen, dann müssen solche Probleme angesprochen werden.«[1150]

Genau das machen die PEGIDA-Bewegung, die CSU"[51] und die AfD"[52] und werden dafür von den Gutmenschen-Medien in die rechte Ecke gedrängt.

Otto Schily

- Vom Terroristenverteidiger zum Terroristenankläger
- Mehr Macht den Geheimdiensten
- Überwachung ohne Verdacht

Fazit

Terroristen verteidigen und unterstützen, Häuser besetzen, Steine werfen, Polizisten schlagen, weiche Drogen legalisieren, Inzest erlauben, Kriege befürworten, das Demonstrationsrecht angreifen, einvernehmlichen Sex mit Kindern befürworten, päderastische Gedankenspiele hegen, und, und, und ...

Sie sehen, wie »abstrus« manche der Grünen-Chefs in Wirklichkeit sind oder waren. **Einige von ihnen haben weiß Gott genug** »Dreck **am** Stecken« und sollten sich deshalb zurückhalten, mit dem moralischen Zeigefinger auf andere zu zeigen. Sehr schnell kann man ihn dabei verbrennen.

Seien Sie wachsam!

Wasser predigen, aber selbst Portwein »saufen«, das geht nicht, sowieso nicht, wenn man für sich den Status ***der*** Saubermann- und Gutmenschenpartei in Anspruch nimmt.

5. Und die Moral von der Geschicht': Traut den Grünen nicht!

Was Sie in diesem Kapitel erwartet:

- **Der Wolf im Schafspelz?**
- **Der Weg in die grüne Diktatur?**
- **Wozu die Grünen?**

Der Wolf im Schafspelz? Die Frauenpolitikerin Waltraud Schoppe erkannte schon im Jahr 1995 den »schrittweisen Aneignungsprozess der Grünen«"[53], und das in fünf Schritten:

1. Sie eigneten sich das verhasste Parteiensystem an.
2. Sie lösten sich als Bewegung auf.
3. Sie eigneten sich die verschmähten Institutionen an.
4. Sie übernahmen Ämter.
5. Sie machten Frieden mit dem Gewaltmonopol des Staates."[54]

Doch jeder dieser Schritte ist ein Verrat an grüner Ideologie, an den Gedanken der Gründer. Und so kann man den Moralwandel und die Politik der Grünen vielleicht mit der Formel des ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der Grünen, Werner Schulz, beschreiben: *»Ja zur Hochzeit, nein zum Heiraten.«""*

Achtung!

Mir kommt es so vor, als seien viele der grünen Grundüberzeugungen von einst auf dem Altar der Macht (sprich: Regierungskoalitionen) **geopfert worden.** Die selbst ernannte Avantgarde, die den linken Katechismus unter das Volk bringen wollte, scheitert mehr und mehr an sich selbst.

Altkanzler Helmut Schmidt resümierte in einem Interview: *»Was mir seinerzeit besonders negativ aufgefallen* ***ist,*** *war die* ***Gleichgültigkeit vieler Grüner gegenüber der Funktionstüchtigkeit der eigenen Stadt, des eigenen Staates, der eigenen Unternehmen, der eigenen Volkswirtschaft.*** *Diese Gleichgültigkeit existiert zum Teil heute noch,«*[1156]

»Die Grünen müssen Abschied nehmen von der Vorstellung einer >anderen<, alternativen Partei; sie müssen schmerzhaft lernen, dass Grüne ebenso neidisch, ehrgeizig, intrigant und bequem sein können wie die verabscheuten Etablierten.«[1157]
(Die Zeit)

Bereits 1987, also vier Jahre nach dem ersten Einzug in den deutschen Bundestag, war Ulrich Steger von der *Zeit* klar: *»Sie* [die Grünen] *langen an kalten Büffets genauso selbstverständlich zu, benutzen ohne Skrupel Dienstwagen und kennen alle politischen und parlamentarischen Tricks auch gegenüber ihren innerparteilichen Konkurrenten. (...) Obwohl sich nun herausstellt, dass die Eitelkeiten, der Opportunismus, die innerparteilichen Kämpfe und Intrigen, der Hang zum Taktieren mindestens genauso groß sind wie in den >etablierten< Parteien,* ***gehört es zu den bemerkenswerten Marketingerfolgen der Grünen, dies durch Symbolik, Wortradikalität und Pflege des >Underdog-Images< zu verdecken.«***[1158]

Die bereits erwähnte Zeitung brachte 1995 folgende Schlagzeile: *»Bündnis 90/Die Grünen: Von >alternativ< keine Spur mehr, politische Profis sind sie geworden, machtorientierter als die SPD,«*[1159]

Ich bin in der Bewertung der Politik der Grünen mit Professor Güllner einig, dass vieles, was auf Druck des »grünen« Zeitgeistes passiert ist oder noch passiert, ***nicht*** den Interessen der großen Mehrheit der Bürger, sondern ***nur*** den Interessen einer grünen Minderheit dient.[1160]

Meiner Meinung nach ist es den Grünen, dieser *»Betroffenheitsbewegung«*[116] \ dieser *»Partei des sozialen Gewissens«"*[61], bis heute geschickt gelungen, sich besser zu verkaufen, als sie sind. Als Vehikel dazu dienen grün-affine Journalisten, die deren Themen entspre-

chend aufgreifen und in den Medien breit thematisieren. Der *Zeit*-Journalist Bernd Ulrich vermutet, dass *»wahrscheinlich **die Hälfte** aller Journalisten und aller Gymnasiasten grün gefärbt sind«.*[1163] Und sein Kollege Matthias Geis resümiert, dass bei den Grünen der *»Hang zur Lebenslüge heute ausgeprägter* [ist] *als bei den >Altparteien<, gegen die sie sich einst etablierten«.*[1164]

Seien Sie wachsam!

Was bleibt also übrig?

Meiner Auffassung nach gehört der oppositionelle Hochmut der Grünen und das Verdrängen der eigenen Defizite zu ihrer Selbstwahrnehmung. Und die Grünen haben gezeigt: »Was über Jahre hinweg als Inventar grüner Identität verteidigt wurde, schmilzt (...) unter den Zwängen des Regierens wie Schnee unter der Sonne (...).«[u6s]

So wird sich die grüne Partei meiner Meinung nach auch weiterhin als Mehrheitsbeschafferin prostituieren und ihre einstigen Grundsätze verleugnen.

Für mich sind die Grünen *heute* stramm links, doppelzüngig, heuchlerisch und eine Gefahr für unseren Wohlstand. Meiner Ansicht nach schädigen sie (unter vielen anderen Punkten, die ich im Buch angeführt habe) das traditionelle Familienbild, verflachen die Bildung (nach dem Motto: »Man muss sich an dem Schwächsten ausrichten, nicht an dem Stärksten«, aber: Wenn die Starken schwach werden, werden die Schwachen nicht stark!) und verharmlosen Drogen.

Ich bin nicht gewillt, mich der »grünen Diktatur« zu beugen und mit in den »grünen Kommunismus« zu marschieren. Ihre Moral- und Zwangsbeglückungsansprüche sind, wie ich hoffentlich ausreichend belegt habe, für mich eine Gefahr für unsere Demokratie, weil die grünen Scheinheiligen einen Tugendstaat etablieren wollen, mit dem ich nicht einverstanden bin. Sie stellen so die nach dem Nationalsozialismus mühsam errungene parlamentarische Demokratie und ihre rechtsstaatliche Ordnung infrage."[66]

»Ich habe mir angesehen, wie die Grünen ihre Wähler einbinden, obwohl sie oft das Gegenteil von dem tun, was sie sagen: Bei der Atomkraft, in Kriegs- und in sozialen Fragen. Die Grünen sind Meister in der Kunst des Verrats.«"[67]
(Jutta Ditfurth)

Meine weitere Meinung will ich Ihnen auch nicht vorenthalten: **Die Grünen sind sozialistisch, antiliberal und haben ein totalitäres Programm, das die Menschen bevormunden und gängeln möchte.**

Die Grünen müssen ihre Identität neu definieren und zwar ohne politische Unzucht, zwangsmoralisierende Scheinheiligkeit und Heuchelei.

Ich persönlich traue den Grünen keinen Meter über den Weg. Keinen Meter! Ihr moralischer Anspruch, ihre Besserwisserei und **ihr** stets erhobener Zeigefinger gegen andere gehen mir gehörig auf die Nerven.

Deshalb kann ich nur mit Ironie abschließend sagen: **Wer nach dem Lesen dieses Buches noch »grün« wählt, sollte zum Psychiater gehen.**

Wozu die Grünen?

QUELLEN

Abkürzungen:
AGG (Archiv Grünes Gedächtnis)
ASM (Archiv des Schwulen Museums Berlin)
HISArch (Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung)

1 **Auf dem CDU-Konvent in Karlsruhe am 15./16. November 2010 (http://www.n-tv.de/politik/Gruene-wollen-an-die-Regierung-article1960676.html)**

2 **http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/alt-linke-jutta-ditfurth-gruenen-waehler-wollen-getaeuscht-werden-a-745943.html**

3 **http://zitate.net/bertolt%20brecht.html**

4 **http://www.zitate-online.de/literaturzitate/allgemein/1621/fuer-einen-politiker-ist-es-gefaehrlich-die.html**

5 **Aussage in:** *Anne Will* **(ARD), Sendung vom 25. Februar 2015**

6 **Franz Walter: »Die Grünen und die Last des Libertären Ausblicks«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 254**

7 **Matthias Horx: »Die Grünis sind das Allerletzte«** *(Die Zeit* **vom 19. April 1985), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 21**

8 **Vgl. dazu: Bernd Schmidbauer: »Anspruch und Wirklichkeit - Bilanz grüner Umweltpolitik«, in: Manfred Langner (Hrsg.):** *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei,* **Bergisch Gladbach 1987, S. 351 ff.**

9 **Siegfried Uhl:** *Die Pädagogik der Grünen,* **München/Basel 1990, S. 11**

10 **Vgl. Gunter Hofmann: »Was wollen sie, wofür stehen sie?« (***Die Zeit* **vom 17. März 1995), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 262**

11 **Vgl. Matthias Geis: »Wozu sind die Grünen noch gut?« (***Die Zeit* **vom 4. Juni 1998), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 276**

12 **Vgl. Thomas Schmid: »Zwischen oder auf den Tankern? Der schwierige Weg der GRÜNEN in die Reformpolitik«, in:** *Das Parlament* **(Beilage) vom 15. März 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation)**

13 **Vgl. Ebd.**

14 **Vgl. Manfred Güllner:** *Die Grünen, Höhenflug oder Absturz?,* **Freiburg 2012, S. 29, und Friedhelm Neidhardt: »Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen«, in: Stefan Hradil (Hrsg.):** *Sozialstruktur im Umbruch,* **Opladen 1985, S. 199**

15 **Güllner, S. 19f. (Hervorhebungen durch MGR)**

16 **Zum Beispiel: http://gruene-fraktion-nrw.de/blog/blogpost/nachricht/gegen-das-vergessen-und-fuer-eine-freie-gesellschaft-ohne-rassismus-und-antisemitismus.html; http://www.gruene-dinslaken.de/koffer-packen-gegen-das-vergessen/, http://www.gruene-wuppertal.de/fraktion/presse/grune-gegen-das-vergessen-und-gegen-rechtsextreme/**

17 Zehn Jahre lang hatte ich in diesen Kreisen als investigativer Journalist recherchiert.

18 Produzent George Weiss, Regisseure Petrus van der Let und Christian Schüller.

19 http://members.aon.at/vanderlet/english/kids.htm

20 Ludger Volmer: *Die Grünen,* München 2009, S. 401

21 Ebd.

22 Matthias Geis/Bernd Ulrich: »Über die grüne Grenze« (*Die Zeit* vom 13. Februar 2005), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 343

23 Vgl. Eva Grothe/Bernd F. Schnell: »Alternativentwurf zum Strafvollzug vom 7. April 1982«; Fachgruppe Knast und Justiz der GAL: »Gefängnisse leeren. Strafen abschaffen«; sowie: Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 164

24 Die Grünen (Hrsg.): »Bundesprogramm der Partei die Grünen«, Bonn 1980 (hier die unveränderte Fassung von 1985), S. 31, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 11

25 Die Grünen (Hrsg.): »Programm der Partei die Grünen zur Bundestagswahl 1987«, S. 11, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 13

26 Ludger Volmer: *Die Grünen,* München 2009, S. 213

27 Ebd.

28 Die Grünen (Hrsg.): »Programm der Partei die Grünen zur Bundestagswahl 1987«, S. 12, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 13

29 Die Grünen (Hrsg.): »Programm der Partei die Grünen zur Bundestagswahl 1987«, S. 11, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 13

30 Aus: »Wahlprogramm der Alternativen Liste« (auch »Berliner Grüne« genannt; zu dem Ausdruck vgl. die *Augsburger Allgemeine* vom 17. Februar 1983) zur Landtagswahl Berlin am 29. Januar 1989, in: Dr. Horst-Dieter Westerhoff/Heinz Neumann/Rudolf Seiters: »Rot-Grün - Berlin ist der endgültige Auftakt«, Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8/1989, S. 10

31 Ebd.

32 Ebd., S. 11

33 Ebd.

34 Ebd., S. 12; der Slogan lautete: »Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter«, vgl. Güllner, S. 56

35 Ebd., S. 13

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Ebd., S. 14

39 Forderung von Renate Künast, die 1989 auf der Kandidatenliste der AL zum Berliner Abgeordnetenhaus rangierte (vgl. *Der Spiegel* 9/1989, zitiert in: Dr. Horst-Dieter Westerhoff/Heinz Neumann/Rudolf Seiters: »Rot-Grün - Ber-

lin ist der endgültige Auftakt«, Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8/1989, S. 19, sowie: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13495257.html

40 **Ludger Volmer, S. 345**

41 **Ebd., S. 346**

42 **http://www.tagesschau.de/wirtschaft/gruener-punkt 100.html**

43 **Matthias Geis: »Wozu sind die Grünen noch gut?« (***Die Zeit* **vom 4. Juni 1998), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011,S. 267**

44 **Einführung unter der rot-grünen Koalition (http://www.oeko-net.de/kommune/kommunel-99/zzsellin.htm, sowie: http://www.gruene.de/ueber-uns/1999-2002.html)**

45 **Ludger Volmer, S. 378**

46 **Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.):** *Die Zukunft ist grün, Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;* **Berlin 2002, S. 128 (Das Grundsatzprogramm wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15. bis 17. März 2002 im Berliner Tempodrom beschlossen; dieses »Berliner Programm« tritt an die Stelle des »Saarbrücker Programms« aus dem Jahr 1980); abzurufen auf: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf**

47 **Ebd.**

48 **Zum »Gender Mainstreaming« als erklärtem Ziel der EU siehe: http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=192702.html**

49 **Dale O'Leary:** *The Gender Agenda - Redefining Equality,* **Lafayette 1997. (Vgl. ebenfalls: http://web.archive.org/web/20070928091433/http://dijg.de/pdf/bulletin_l3_2007_olearyl.pdf; http://web.archive.org/web/20070928091350/dijg.de/pdf/bulletin_l3_2007_oleary2.pdf)**

50 **Vgl.** *»Es ist so weit. Die Gender-Diskussion dreht jetzt offiziell ab ins Absurde. Vorreiter ist die Schweiz. Die Stadt Bern hat einen 22-seitigen Sprachleitfaden für die Stadtverwaltung herausgegeben, damit auch wirklich in jeder Situation geschlechtsneutral formuliert werden kann. Damit folgen die Schweizer der Beschlussvorlage 12267 des Ausschusses für Chancengleichheit von Frauen und Männern des Europarates, der unter anderem gegen die Verwendung des Mutterbegriffes in den Nationen kämpfen soll, um Gender-Gleichheit herzustellen. Die übergeordnete Behörde (weiblich?), die Schweizer Bundeskanzlei, hat einen Leitfaden für die Mitarbeitenden (statt Mitarbeiterinnen) beim Staat (sächlich?) verfasst. Der geht sogar noch weiter. Auf 192 Seiten wird erklärt, wie man in welcher Situation geschlechtergerecht korrekt formuliert. Da bleiben keine Fragen offen. Der Leitfaden ist für amtliche Publikationen verbindlich, wie Isabel Kamber, die Stellvertretende Leiterin Zentrale Sprachdienste, Sektion Deutsch, ausführt. (...) Mit dem Wort >Fußgängerstreifen< seien nur die Männer gemeint, erläutert Nadine Wenger, Projektmitarbeiterin bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann in Bern. Stattdessen solle man den Begriff >Zebrastreifen< verwenden, der sei neutral. Das Ziel sei die Gleichstellung von Mann und Frau. Und dazu*

gehöre eben auch eine geschlechtergerechte Sprache. Geschlechtergerecht geht es demnach nur in der Sächlichkeit zu. Dazu verbannen wir die männlichen und weiblichen Artikel aus unserer Sprache. Statt Herrlichkeit oder Dämlichkeit herrscht jetzt nur noch die Sachlichkeit. Das ist ja schon mal was. So wird aus Lehrerzimmer das Pausenzimmer, aus Anfängerkurs wird Einstiegskurs, aus Mannschaft (auch aus der Damenmannschaft) wird das Team, aus Mutter und Vater wird das Elter.«

Zitiert aus: https://www.freitag.de/autoren/gerosteiner/ich-bins-dein-elter

51 **Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.):** *Die Zukunft ist grün, Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;* **Berlin 2002, S. 126 (Das Grundsatzprogramm wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15. bis 17. März 2002 im Berliner Tempodrom beschlossen); auch abzurufen auf: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm- 2002.pdf**

52 **Zusammen mit der SPD in der rot-grünen Koalition (http://www.gesetze-im-internet.de/prostg/index.html)**

53 **http://www.volkerbeck.de/person-beck/biographie/**

54 **Ludger Volmer, S. 424**

55 **Ebd., S. 425**

56 **So Cem Özdemir (http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_16954310/die-gruenen-cem-oezdemir-fuer-tuerkisch-unterricht-an-schulen.html)**

57 **http://www.welt.de/wirtschaft/articlel2744556/Gruene-fordern-Tempolimit-statt-Biosprit-E10.html**

58 **http://www.zeit.de/2011 /22/Tugendstaat- Liberalismus**

59 **Von Renate Künast im Wahlkampf zum Ersten Bürgermeister Berlin gefordert, in: Moritz von Uslar: »99 Fragen an Renate Künast« (***ZElTmagazin* **vom 8. September 2011), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 86**

60 **Cem Özdemir: http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/oezdemir-spitzensteuersatz-prozent-zumutbar-1504693.html**

61 **Das forderten die Grünen in Rheinland-Pfalz (http://www.rhein-zeitung.de/region/politik-rheinland-pfalz_artikel,-Daniel-Koebler-Rheinland-pfaelzische-Gruene-wollen-die-Einheitsschule-_arid,365679.html#.VK6LJHs_lx4); für mich ist das eine Gleichschaltung der Bildungseinrichtungen, die mit einem Absenken des Leistungsniveaus einhergeht.**

62 **http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/9_Punkte-Karte_Bundestagswahl2013.pdf; siehe dazu auch meinen Beitrag »Das Märchen vom Mindestlohn« (http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/das-maerchen-vom-mindestlohn.html)**

63 **http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/9_Punkte-Karte_Bundestagswahl 13. pdf**

64 **Und nicht mehr »nur« 25 Prozent, wie Cem Özdemir darlegt (http://www.abgeordnetenwatch.de/cem_oezdemir-1031-71351 ,html#questions)**

65 **Ebd.**

66 Forderung von Katrin Göring-Eckardt: http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-03/gruene-minijobs-abgaben (siehe auch Kapitel 4 »Abstruse Grünen-Chefs«)

67 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fleischloser-tag-widerstand-gegen-veggie-day-der-gruenen-a-914949.html

68 »Abtreibung, Feminismus, Antidiskrimimerung« vom 18. September 2014 (http://www.gruene-bundestag.de/themen/frauen/fuer-sexuelle-selbstbestimmung_jD_4393011 .html)

69 Ebd.

70 Ebd.

71 http://www.bild.de/politik/inland/marihuana/politiker-will-kiifen-erlauben-38893728.bild.html

72 http://www.focus.de/politik/deutschland/union-empoert-ueber-gruene-kriegsgefangene-entschaedigen_id_4147903.html

73 Cem Özdemir bei *Maybrit Iiiner* (ZDF), Sendung am 11. Dezember 2014

74 Laut Katja Dörner, Stellv. Bundestags-Fraktionsvorsitzende der Grünen in: *N24* am 6. März 2015; lt. Medizinern ist diese Pille aber *kein* Mittel für einen Schwangerschaftsabbruch, deshalb wird vor Missbrauch gewarnt, in: *n-tv Nachrichten* am 6. März 2015; die rezeptfreie Pille setzte zwar dann die SPD/CDU-Regierungskoalition durch, aber die Grünen waren Vorreiter mit dieser Forderung.

75 Simone Peter, Bundesvorsitzende der Grünen, in der Nachrichtensendung *n-tv* am 26. Januar 2015 (12.30 Uhr), einen Tag nachdem die linke *Syriza* die Wahl in Griechenland gewonnen und der Wahlsieger in seinen Auftritten 190 Milliarden Euro Schuldenerlass gefordert hatte.

76 Volker Beck in der Sendung *Menschen bei Maischberger* (ARD) am 13. Januar 2015

77 In der Sendung *Menschen bei Maischberger* (ARD) am 13. Januar 2015

78 In der Sendung *hart aber fair* (ARD) am 12. Januar 2015

79 http://www.sueddeutsche.de/politik/kampfansage-die-gruenen-chefin-claudia-roth-zum-zuwanderungsgesetz-1.435496

80 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/kuenast-sarrazin-integration

81 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/kuenast-sarrazin-integration/komplettansicht

82 http://www.welt.de/print-welt/article630378/Koalition-veraergert-ueber-Tuerkei.html; sowie: *Hürriyet* vom 8. September 1998; der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Karl Lamers hatte diese Aussage scharf kritisiert.

83 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/juergen-trittin-der-gelaeuterte-11131332.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

84 Rede von Eckart von Klaeden, er zitiert Trittin wörtlich: *»Trittin hatte Anfang 1993 im Londoner Goethe-Institut eine Rede gehalten und dabei gesagt, Deutschland sei ein - ich zitiere - >in allen Gesellschaftsschichten und Generationen rassistisch infiziertes Land<. (...) Britische Zuhörer haben daraufhin den Saal verlassen, haben die Bundesrepublik Deutschland gegen einen niedersächsischen Minister in Schutz genommen* (...).«, in: *Deutscher Bundestag,* Plenarprotokoll 14/36 vom 23. April 1999, Seite 2916 (http://dip2l.bundestag.de/dip21 /btp/14/029/14036029.16)

85 **Bundestagsrede im September 1989, zit. in** *Der Spiegel* **8/1990 vom 19. Februar 1990 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507379.html)**

86 **1983-1990 Fraktionsmitarbeiterin der Grünen im Deutschen Bundestag; 1989-1990 Mitglied des Bundestages; 1984-1991 Sprecherin der grünen Gewerkschafter/-innen (vgl. Rudolf Vierhaus/Ludolf Herbst (Hrsg.):** *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002,* **Band 1, München 2002, S. 231)**

87 **Ausführlicher in: Wolfgang Brezinka:** *Die Pädagogik der Neuen Linken,* **München/Basel 1981, S. 26-65 und Karsten D. Voigt: »Zur Strategie systemüberwindender Reformen«, in: Hendrik Bussiek (Hrsg.):** *Wege zur veränderten Gesellschaft,* **Frankfurt/M. 1971, S. 71-102**

88 **Der Inhalt der Notstandsgesetze ist abrufbar auf: http://www.documentarchiv.de/brd/1968/grundgesetz-notstandsgesetze.html. Ein Ziel war es, einen Missbrauch wie er in der Weimarer Republik mit den Notverordnungen geschehen war, zu verhindern. In der Bevölkerung breitete sich allerdings die Sorge aus, die Notstandsgesetze seien ein neues Ermächtigungsgesetz. Die Studentenbewegung und andere außerparlamentarische Bewegungen demonstrierten heftig dagegen.**

89 *»frankfurter Schule< ist die heute übliche Bezeichnung für einen einflussreichen Kreis (anfangs fast ausschließlich jüdischer) Philosophen und Soziologen* **(vgl. dazu auch: Wolfgang Schirmacher: >Die Frankfurter Schule<, http://www.egs.edu/faculty/wolfgang-schirmacher/articles/die-frankfurter-schule/),** *die seit den frühen 30er-fahren dem Frankfurter Institut für Sozialforschung angehörten, in der Nazizeit in die USA emigrierten und ihre Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg an der Universität in Frankfurt a. M. fortsetzten. Die Frankfurter Schule entwickelte sich, u. a. weil sie mit ihren Gedanken die Studentenbewegung der 60er-Jahre maßgeblich prägte, zu einer der bedeutendsten soziologisch-philosophischen Strömungen dieses Jahrhunderts. Die Kernfiguren der Frankfurter Schule waren Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse (der allerdings wie Erich Fromm dem Institut nur bis Anfang der 40er-Jahre offiziell angehörte und nach dem Kriege in den USA blieb), Walter Benjamin (der 1940 auf der Flucht ums Leben kam) und (der eine Generation jüngere, von 1955 bis 1971 zum Institut gehörige) Jürgen Habermas. Im Zentrum der von der Frankfurter Schule selbst so genannten Kritischen Theorie steht die radikale Kritik des kapitalistischen Wirtschaftssystems, seiner Kultur und Ideologie sowie der ihm innewohnenden Rationalität.«*

(Zit. nach: https://www.uni-koblenz-landau.de/de/koblenz/fb2/ik/institut/philosophie/lehrende/meyer/frankfurter-schule.pdf, Literatur: Rolf Wiggershaus: *Die Frankfurter Schule,* **München 1988 und Martin Jay:** *Dialektische Phantasie,* **Frankfurt a. M. 1977)**

90 **Der Neomarxismus ist in Westeuropa während der 1960er-Jahre entstanden. Er beschreibt Entwürfe einer sozialistischen Gesellschaft aufgrund der Ablehnung der sowjetisch-bolschewistischen Marx-Interpretation (Bolschewismus). Daneben ist man bestrebt, die Basistheoreme von Marx den zwi-**

schenzeitlich eingetretenen sozioökonomischen Veränderungen anzupassen (vgl. http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neomarxismus.htnil).

91 Vgl. Siegfried Uhl: *Die Pädagogik der Grünen,* München/Basel 1990, S. 11

92 Ebd., S. 12

93 Volker Hauff (Hrsg.): *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft,* Villingen 1980

94 Vgl. dazu: Wolfgang Sternstein: »Brauchen wir eine grüne Partei?«, in: *Kritik,* Heft 16/1978, S. 16-23

95 Vgl. Klaus-Jürgen Scherer: »Die Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen - eine Bilanz«, in: Vera Konieczka/Norbert Kunz/Klaus-Jürgen Scherer (Hrsg.): *Sozialismus zwischen Ökonomie und Ökologie,* Berlin 1984, S. 16,19 und Joyce Marie Mushaben: »Reflections on the Institutionalization of Protest: The West German Peace Movements«, in: *Alternatives* 9,1984, S. 526 ff.

96 Vgl. Uhl, S. 14 f.

97 Zu diesem Themenkomplex siehe Christof Schorsch: *Die New-Age-Bewegung, Utopie und Mythos der Neuen Zeit,* Gütersloh 1988; sowie: Michael Grandt/ Guido Grandt: *Erlöser. Phantasten, Verführer, Vollstrecker,* Aschaffenburg 1998

98 http://www.duden.de/rechtschreibung/Sponti

99 http://www.duden.de/rechtschreibung/Anarcho

100 http://www.duden.de/rechtschreibung/Stadtindianer

101 http://www.duden.de/rechtschreibung/Lebensreform

102 http://www.duden.de/rechtschreibung/Kommune

103 Vgl. Christoph Schulte: Die Herkunft der Grünen, o.O. 1984, S. 22 f.

104 Vgl. Uhl, S. 16

105 Vgl. Fritjof Capra: »Die Bedeutung der Grünen für die Welt«, in: *Spretnak* 1985, S. 7ff,; sowie: http://www.globalgreens.org/literature/dann/chapterfive

106 Hans-Werner Lüdke: »Was ist ökologische Politik?«, in: Hans-Werner Lüdke/ Olaf Dinne (Hrsg.): *Die Grünen,* Stuttgart 1980, S. 56

107 Vgl. zu diesem Komplex: Hans G, Mittermüller: *Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung,* Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1987, S. 88 ff. und Lilian Klotzsch/Richard Stöss: »Die Grünen«, in: Richard Stöss (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980,* Band II, Opladen 1984, S. 1514ff.

108 Uhl, S. 19 ff.

109 So die Einschätzung von Uhl, S. 20

110 Ebd.

111 Vgl. Ludger Volmer, S. 99

112 Uhl, S. 21

113 Ebd.

114 Peter Graf Kielmansegg: »Der Einbruch der Grünen in die Politik«, in: *Der grüne Konservatismus,* o.O. 1983, S. 23ff.

115 Karltheodor Huttner/Alois Glück: *Grüne und Bunte. Die totalitäre Herausforderung,* München 1983, S. 9, zit. bei Uhl, S. 21

116 Ludger Volmer, S. 81

117 Zum Thema »Anthroposophie« vergleiche man auch meine Publikationen: *Schwarzbuch Anthroposophie,* Wien 1997 (mit G. Grandt); *Erlöser - Das Buch*

zum Film, **Aschaffenburg 1998 (mit G. Grandt);** *Waldorf-Connection,* **Aschaffenburg 1998 (mit G. Grandt) und** *Schwarzbuch Waldorf,* **Gütersloh 2008**

118 **Zu diesem Themenkomplex ausführlich in: Silke Mende:** *Nicht rechts, nicht links, sondern vom - Eine Geschichte der Gründungsgrünen,* **München 2011, sowie Manfred Güllner:** *Die Grünen, Höhenflug oder Absturz?,* **Freiburg 2012, S. 24 ff.**

119 **Ludger Volmer, S. 63 (Hervorhebungen durch MGR)**

120 **Ebd., S. 101**

121 **Darunter auch ehemalige Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB), der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Zentristen, des Kommunistischen Bunds Westdeutschlands (KBW), des Kommunistischen Arbeiterbunds Westdeutschlands (KABD), usw.; sehr viel ausführlicher in: Ludger Volmer:** *Die Grünen,* **München 2009**

122 **Uhl, S. 22; die Anhänger um Herbert Gruhl und Baidur Springmann gründeten 1981 die »Ökologisch-Demokratische Partei« (ÖDP). Vgl. dazu: Lothar Gassmann:** *Die Grünen - eine Alternative?,* **Neuhausen-Stuttgart 1987, S. 43 f.**

123 **Vgl. Bettina Krems-Hemesath: »Grüne Themen auf der Roten Liste«, in:** *Der Spiegel* **40/1986**

124 **Vgl. dazu: Bernd Schmidbauer: »Anspruch und Wirklichkeit - Bilanz grüner Umweltpolitik«, in: Manfred Langner (Hrsg.):** *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei,* **Bergisch Gladbach 1987, S. 351 ff.**

125 **Ebd.**

126 **http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/saarland-2012/75052/gruene; mehr zur »Revidierung des Parteiprogramms« im Kapitel 3 »Wasser predigen und Wein trinken: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?«**

127 **Zitat aus: Thomas Schmid: »Zwischen oder auf den Tankern? Der schwierige Weg der GRÜNEN in die Reformpolitik«, in:** *Das Parlament* **(Beilage) vom 15. März 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation)**

128 **Ebd.**

129 **Der sich »nicht unwesentlich aus der Konkursmasse der Ende der 70er-Jahre in Auflösung begriffenen K-Sekten« rekrutierte (Thomas Schmid: »Zwischen oder auf den Tankern? Der schwierige Weg der GRÜNEN in die Reformpolitik«, in:** *Das Parlament* **(Beilage) vom 15. März 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation))**

130 **Ebd.**

131 **Ebd.; zu »Ökologie über Politik stellen« ausführlich in Jochen Reiche: »Ökologie und Zivilisation. Der Mythos von den matürlichen Kreisläufen«, in: Lothar Baier u.a. (Hrsg.):** *Die Linke neu denken,* **Berlin 1984, S. 40ff.**

132 **So Uhl, S. 23**

133 **Vgl. Harro Honolka:** *Schwarzrotgrün. Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität,* **München 1987, S. 47**

134 **Helga Zepp-LaRouche: »Die historischen Wurzeln des grünen Faschismus«, in:** *Bundesvorstand der Europäischen Arbeiterpartei 1982,* **S. 7 (Hervorhebung durch MGR)**

135 »Die braune Substanz der grün-radikalen >Umweltschützer<«, in: *Bundesvorstand der Europäischen Arbeiterpartei 1982,* S. 54, 59, zit. nach Uhl, S. 23 (Hervorhebungen durch MGR)

136 http://www. n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/3415880/fdp-spitze-distanziert-sich-von-joerg-behlen.html (27. August 2013)

137 Tina Stadlmayer: »Was wäre, wenn die Grünen an die Macht kämen?«, in: *die tageszeitung* vom 5. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Haumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 63 (Hervorhebungen durch MGR)

138 »Parteitag der Grünen Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag«, in: *Frankfurter Allgemeine* vom 5. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 80

Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

139 Stadlmayer, S. 79 (Hervorhebungen durch MGR)

140 »Parteitag der Grünen Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag«, in: *Frankfurter Allgemeine* vom 5. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne*

141 *und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 80

Otto Graf Lambsdorff: »Der grüne Kurs ins Chaos«, in: *Quick* vom 3. Juli 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 82 f.

142 (Hervorhebungen durch MGR)

Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

Vgl. *Der Spiegel* 25/1981

Theo Romahn: *Die Grünen: Der sichere Weg in die Katastrophe,* Düsseldorf

143 1983, S. 38, 70, 76, zit. nach Uhl, S. 24

144 Uhl, S. 24 (Hervorhebungen durch MGR)

145

146 Vgl. Ludger Volmer, S. 105

147 Michael Opielka/Hans-Peter Hellermann: *Rechte Grüne? Zwischenbericht*

148 *der Kommission »Rechtsextreme Unterwanderung der GRÜNEN und nahestehender Vereinigungen der GRÜNEN Baden-Württemberg«,* Stuttgart, 1982, S. 13 und Uhl, S. 24

149 Ludger Volmer, S. 103

150 Gruhl hatte sich 1975 einen Namen durch sein Buch *Ein Planet wird geplündert* gemacht, in dem er die Vision einer autoritären ökologischen Überlebensdiktatur auf Basis hochgerüsteter Nationalstaaten ausmalte, die Gesundheit und Naturschutz nach innen und außen durchzusetzen hätten (vgl. Volmer, S. 59).

151 Ebd.

152 So schildert das Volmer auf S. 123

153 http://www.focus.de/politik/deutschland/dunkle-vergangenheit-ex-spitzenkandidat-der-gruenen-unterstuetzte-paedophile_aid_1068376.html

154 Vgl. Ludger Volmer, S. 155

155 Ebd.

156 Helmut Fogt: »Die Grünen und die Neue Linke«, in: *Langner* 1987, S. 151 f.

157 Vgl. Uhl, S. 25, dieser nimmt Bezug auf: Der Bundesminister des Inneren (Hrsg.): *Verfassungsschutzbericht 1987,* Bonn 1988, S. 54 ff.

158 *Zeit-Dossier* vom 24. Mai 1985: »Die Grünen vor der Zerreißprobe«; Faksimile-Abdruck in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 61 (Hervorhebungen durch MGR)

159 Ebd., S. 63 f.

160 Vgl. Fogt 1987, S. 130

161 Petra Bornhöft/Norbert F. Pötzl/Gerd Rosenkranz/Wilfried Voigt: »Salz in der grünen Suppe«, in: *Der Spiegel* 5/2001 vom 29. Januar 2001 (http://www.spiegei.de/spiegel/print/d-18370252.html)

162 Joschka Fischer: *Von grüner Kraft und Herrlichkeit,* Reinbek bei Hamburg 1984, S. 127 f.

163 Vgl. Fogt 1987, S. 130

164 Vgl. Uhl, S. 25 sowie Jens Siegert/Bernd Ulrich/Joachim Hirsch/Manfred Kühle: *Wenn das Spielbein dem Standbein ein Bein stellt,* Kassel-Bettenhausen 1986

165 Amt und Aufgabe der Parlamentsabgeordneten werden als »Mandat« bezeichnet. Man unterscheidet »freies« und »imperatives Mandat«. Letzteres bindet den Abgeordneten an den Wählerwillen oder an Weisungen von Partei oder Fraktion. Beim freien Mandat ist er an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen. Die Abgeordneten des Bundestages verfügen nach Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG über ein freies Mandat. Es schützt sie vor Einflussnahme von Wählern, Wählergruppen, Parteien bzw. Fraktionen oder anderen politischen und wirtschaftlichen Gruppen und garantiert ihre Unabhängigkeit (zit.: https://www.bundestag.de/service/glossar/M/mandat/245494).

166 Uhl, S. 26 und William E. Paterson: »West Germany: Between Party Apparatus and Basis Democracy«, in: Alan Ware (Hrsg.): *Political Parties. Electoral Change and Structural Response,* Oxford/New York 1987, S. 172 ff.

167 Vgl. Uhl, S. 26

168 http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42166/zusammensetzung-b90-gruene

169 Ebd.

170 http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42166/zusammensetzung-b90-gruene

171 Ebd.

172 Ebd.

173 http://www.welt.de/politik/deutschland/articlel 09133869/FDP-und-Gruene-haben-die-reichsten-Waehler.html (Hervorhebungen durch MGR)

174 Ebd.

175 Umfangreich in: Robert L. Pfaltzgraff jr.: »Preface«, in: Robert L. Pfaltzgraff/Kim R. Holmes/Clay Clemens/Werner Kaltefleiter: *The Greens of West Germany: Origins, Strategies and Transatlantic Implications, Cambridge,* Massachusetts/Washington, D.C., 1983 *(Institute for Foreign Policy Analysis)*

176 Uhl, S. 27

177 **Uhl (S. 28) geht noch von anderen Parametern aus, z. B. einer »programmatischen Unverbindlichkeit«, die ich aber heute bei den Grünen nicht mehr sehe, da sie Realpolitik machen müssen, um glaubhaft und vor allem wählbar zu sein.**

178 **Karl-Werner Brand/Harro Honalka: »ökologische Betroffenheit, Wahlkampf und Wahlentscheidung«, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.):** *Politische Willensbildung und Interessentenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim,* **Opladen 1984, S. 387**

179 **Hans-Joachim Veen: »Die Anhänger der Grünen - Ausprägungen einer neuen linken Milieupartei«, in: Manfred Langner (Hrsg.):** *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei,* **Bergisch-Gladbach 1987, S. 60 ff.; Franz Schuster/Matthias Zender/Bernhard Niemann/Hilmar von Wersebe/Horst Kanitz/Christine Kramer:** *Die Grünen in der Kommunalpolitik,* **Recklinghausen 1985, S. 10**

180 **Brand/Honalka, S. 387**

181 **http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Pressemitt/2014219.asp (Hervorhebungen durch MGR)**

182 **Vgl. Uhl, S. 33**

183 **Ebd.**

184 **Jan Ross: »Verschont uns!« (***Die Zeit vom* **26. Mai 2011), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 80**

185 **Vgl. dazu Edgar Piel:** *Im Geflecht der kleinen Netze,* **Zürich/Osnabrück 1987, S, 150, sowie Uhl, dieser wörtlich: »In der Weltdeutung der Grünen nehmen aber nicht nur Politiker und höhere Verwaltungsbeamte die Rolle der Kräfte des Bösen ein, sondern auch die Vertreter von Banken und Industrie.« (S. 35)**

186 **Vgl. dazu: Hannelore Saibold: »Widerstand durch den Einkaufskorb«, in:** *Die Grünen im Bundestag,* **Arbeitskreis Frauenpolitik 1987, S. 166**

187 **Uhl, S. 35**

188 **Jutta Ditfurth: »Der Preis des Fortschritts«, in: Jutta Ditfurth:** *Träumen - Kämpfen - Verwirklichen,* **Köln 1988, S. 24**

189 **Vgl. Uhl, S. 36**

190 **Im** *Bundestagswahlprogramm der Grünen 1987* **heißt es auf Seite 5: die Bundesbürger** *»erteilen entweder (...) einen Blankoscheck für Aushöhlung demokratischer Rechte, Industriewachstum und Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Rüstungs- und Kriegsgefahr (...) oder sie ermutigen die Kräfte, die dem Kurs der Zerstörung entschlossen entgegentreten«* **(zit. bei Uhl, S. 40)**

191 *Bundestagswahlprogramm der Grünen 1987,* **S. 34 (Ebd.)**

192 **Das führt Uhl (S. 37) noch viel ausführlicher aus.**

193 *»Die radikale Kritik und Verurteilung der bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der Gruppen, die an ihrer Ausgestaltung beteiligt sind, appelliert vor allem an die moralischen Gesinnungseinstellungen«,* **resümiert Uhl (S, 38) weiter.**

194 **Uhl, S. 39 und vertiefend zum Thema »weltanschaulicher Orientierung«: Gertrud Höhler:** *Gesinnungskonkurrenz der Intellektuellen,* **Zürich/Osnabrück 1978, S. 32 ff.**

195 **Uhl, S. 42 und Hermann Lübbe:** *Politischer Moralismus,* **Berlin 1987, S. 120 f. (Hervorhebungen durch MGR)**

196 **Vgl. Uhl, S. 42**

197 **Uhl, S. 40; sowie Giselher Schmidt:** *Die Grünen. Portrait einer alternativen Partei,* **Krefeld 1986, S. 103; und Peter Schneider: »Keine Lust aufs grüne Paradies«, in:** *Kursbuch* **Nr. 74 (1983), S. 186**

198 **Ebd.**

199 **Ebd.**

200 **Uhl, S. 43 (Hervorhebungen durch MGR); vgl. dazu auch: Stephan Eisel: »Die Gefahr des Irrationalen. Wie die Grünen der ideologischen Versuchung erliegen«, in: Manfred Langner (Hrsg.):** *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei,* **Bergisch Gladbach 1987, S. 252 f., 271 und Christoph Böhr: »Spätfolgen des Utopismus. Politik auf den Spuren des Alltäglichen«, in:** *Die politische Meinung* **Heft 240 (1988), S. 13 f.**

201 **Vgl. Lothar Gassmann:** *Die Grünen - eine Alternative?,* **Neuhausen-Stuttgart 1987, S. 127**

202 **Otto Kallscheuer: »Grüne Zeiten - verpasste Chancen?«, in: Otto Kallscheuer:** *Die Grünen - letzte Wahl?,* **Berlin 1986, S. 21 f.**

203 **Vgl. Ludger Volmer, S. 204**

204 **Wie Ludger Volmer feststellt (S. 204)**

205 **Hierbei geht es um die Frage, ob die Festlegung im Grundgesetz, dass alle Gewalt vom Volke, d.h. vom Staat ausgeht*, von den Grünen als demokratisches Grundprinzip anerkannt wird (vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 3)**

*** Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz lautet:** *»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.«*

206 **Uhl, S. 44, in Anlehnung an Stephan Eisel: »Zum Demokratieverständnis der Grünen«, in: Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen (Hrsg.):** *Die Grünen - Partei wider Willen,* **Mainz 1984, S. 95 ff. und Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987**

207 **Vgl. Ludger Volmer, S. 159**

208 **Ebd., S. 161**

209 *Programm der Partei DIE GRÜNEN in Bremen zur Bürgerschaftswahl 1983,* **S. 9, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 17 (Hervorhebungen durch MGR)**

210 **Ebd.**

211 *Programm der Partei DIE GRÜNEN zur Landtagswahl in Hessen 1984,* **S. 20, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 17 (Hervorhebungen durch MGR)**

212 **Wortwörtlich:** *»Wir stehen dazu, wir machen das auch ganz bewusst (...)«;* **vgl. Aussprache des Hessischen Landtags am 10. Oktober 1984; Plenarprotokoll 11. Wahlperiode, S. 1602; in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 23**

213 http://dejure.org/gesetze/StGB/240.html

214 http://www.utexas.edu/law/academics/centers/transnational/work_new/german/case.php?id=655 (engl.); zitiert in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 36 f.

215 Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 2 (Hervorhebungen durch MGR)

216 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

?17 Bereits auf der Bundesversammlung in Saarbrücken vom 21. bis 23. März 1980 beschlossen, aber 1985 noch in unveränderter Ausgabe existierend.

218 Die Grünen (Hrsg.): *Bundesprogramm der Partei Die Grünen,* Bonn 1980 (hier die unveränderte Fassung von 1985), S. 5, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 7f. (Hervorhebungen durch MGR)

219 Vgl. dazu: dpa-Meldung 143 »Anschläge/Kernenergie; Grüne verurteilen Vorgehen gehen Atomkraftgegner« (Ol 1335 dez 86), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 13 (Hervorhebungen durch MGR)

220 Ludger Volmer, S. 206 (Hervorhebungen durch MGR)

221 *Das Programm der Partei DIE GRÜNEN zur Bundestagswahl 1987,* beschlossen am 26./27. April 1987, S. 32,14f., in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 14 f. (Hervorhebungen durch MGR)

222 Elke Richardsen/Regina Michalik (Hrsg.): *Die quotierte Hälfte. Frauenpolitik in den grün-alternativen Parteien,* Berlin 1985, S. 62 f.

223 »Resolutionen zu Wackersdorf/Wiederaufbereitung« der GRÜNEN, verabschiedet auf der Bundesversammlung am 22./23. Juni 1985 in Hagen; Anlage 12 zum Protokoll der Bundesversammlung, *Hagener Protokolle,* S. 51 f., abgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 21

224 Programm der Alternativen Liste zur Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin am 29. Januar 1989, in: Dr. Horst-Dieter Westerhoff/Heinz Neumann/Rudolf Seiters: *Rot-Grün - Berlin ist der endgültige Auftakt,* Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8/1989, S. 9

225 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

226 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

227 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

228 Die Chronik ist angelehnt an die Zusammenstellung des NDR, abzurufen unter: http://www.ndr.de/kultur/geschichte/brokdorfchronik2.html; vgl. dazu auch: Kai von Appen/Fritz Storm/Uwe Zabel: »Das Symbol Brokdorf«, in: *taz* vom 28. Oktober 2006 (http://www.taz.de/l/archiv/?id=archivseite&dig=2006/10/28/a0104)

229 Vgl. dazu: *Innere Sicherheit* Nr. 4 vom 2. September 1986, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 120

230 Der Verfassungsschutz berief sich auf Berichte in der *taz,* vgl. Georg Bauer: »Brokdorf: Grüne stimmten Vorgehen mit Gewalttätern ab«, in: *Die Welt* vom 11. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile

in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 122

231 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

232 Vgl. »Die Gräben dürfen nicht tiefer werden«, Interview mit Otto Schily, in: *Stern* vom 26. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 123

233 »Absage an Gewalt gefordert«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 10. Juli 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 126

234 Bei der es zu einem großen Polizeieinsatz kam (siehe Chronik oben).

235 »Stellungnahme des Landesvorstandes der GRÜNEN SH zur >Gewaltdebatte<«, in: *Arbeiterkampf vom* 25. August 1986, Faksimile abgedruckt in: Friedräch-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 132 (Hervorhebungen durch MGR)

236 Ebd.

237 Vgl. dazu: »Masten als Symbole«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. Oktober 1986, Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 133

238 Vgl. »Kein Problem, wenn Scheiben kaputtgehen - Die grünen Frauen und die Gewalt - Wahlkampfthema in Hamburg«, in: *Der Spiegel* 45/1986 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519811.html); Christina Kukielka war lange Zeit Grünen-Aktivistin.

239 Interview *Frankfurter Rundschau,* wiedergegeben in der *Süddeutschen Zeitung* vom 14. Oktober 1986, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 25 f.; Zitat auch in: »Kein Problem, wenn Scheiben kaputtgehen«, in: *Der Spiegel* 45/1986 vom 3. November 1986 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13519811 .html).

240 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

241 Ebd.

242 Vgl. dazu: »Masten als Symbole«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. Oktober 1986, Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 133 (Hervorhebungen durch MGR)

243 Robert Jungk (1913-1994); Publizist, Journalist, Zukunftsforscher, Autor von *Die Zukunft hat schon begonnen* zu Fragen der Zukunft der Menschheit.

244 »Unter Verdacht des Landfriedensbruches«, in: *Frankfurter Allgemeine* vom 11. November 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 135

245 Ebd.

246 Ebd.

247 Ebd. (Hervorhebung durch MGR)

248 »Unter Verdacht des Landfriedensbruches«, in: *Frankfurter Allgemeine* vom 11. November 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 135 (Hervorhebungen durch MGR)

249 **Meldung AP 154 4 PL 231 APD0337 (011550 Dezember 1986); Urteil der 9. Zivilkammer des Landgerichts Bonn in einem Rechtsstreit der Bundespartei »Die Grünen« und der »Christlich Demokratischen Union Deutschlands« (CDU), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 136**

250 **Ebd.**

251 **Ebd.**

252 **Ebd.**

253 **Ebd.**

254 **Vgl, dazu:** *Der Spiegel* **vom 21. Juli 1986 und** *Abendzeitung* **vom 18. Mai 2011**

255 **Vgl.** *Der Spiegel* **vom 24. Juni 1989**

256 **Meldung AP 154 4 PL 231 Ol 1550 Dezember 1986; Urteil der 9. Zivilkammer des Landgerichts Bonn in einem Rechtsstreit der Bundespartei »Die Grünen« und der »Christlich Demokratischen Union Deutschlands« (CDU), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt*, **Königswinter 1987, S. 136 (Hervorhebungen durch MGR)**

257 *Die Kader der GRÜNEN,* **Dokumentation, herausgegeben von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22. Mai 1986, »Einleitung«, zitiert in: http://www.faz.net/aktuell/politik/schwarz-gruen-ein-bisschen-beschnuppert-1512698.html (Hervorhebungen durch MGR)**

258 **Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 28 (Hervorhebungen durch MGR)**

259 **Brigitte Heinrich (1941-1987, starb an einem Herzinfarkt); Journalistin und Politikerin der Grünen; 24.7.1984-29.12,1987: Regenbogen-Fraktion: Föderation von: Grün-Alternatives Europäisches Bündnis, Agalev-Ecolo, Dänische Volksbewegung gegen die Mitgliedschaft der Europäischen Gemeinschaft, Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament - Mitglied; 24.7.1984-29.12.1987: Bündnis 90/Die Grünen (Deutschland); 26.7.1984-20.1.1987: Ausschuss für die Rechte der Frau; 26.7.1984-12.12.1984: Ausschuss für Außenwirtschaftsbeziehungen; 13.12.1984-20.1.1987 Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit; 21.1.1987-12.3.1987: Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit; 13.3.1987-29.10.1987: Politischer Ausschuss (Quelle: http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1634/BRIGITTE_HEINRICH_home.html).**

260 **Gemeint ist die »Bewegung 2, Juni«.**

261 **Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 28. Als Quelle gibt die Stiftung an:** *Die Kader der GRÜNEN,* **Dokumentation, herausgegeben von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22. Mai 1986, S. 12**

262 **Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.):** *Strajjustiz und DDR-Unrecht: Spionage,* **Band 4, Berlin 2004, S. 19 (http://books.google.de/books?id=dkatj6AAB7QC8tpg=PA19&lpg=PA19#v=onepage&q&f=false).**

263 *»Inoffizielle Mitarbeiterin für das Ministerium für Staatssicherheit«* **(MfS) vgl. »Aufgelöst und hilflos«, in** *Der Spiegel* **39/1992 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682116.html)**

264 **MfS = Ministerium für Staatssicherheit (Stasi).**

265 **Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.):** *Straßustiz und DDR-Unrecht: Spionage,* **Band 4, Berlin 2004, S. 19**

266 **Peter Lorenz (1922-1987) CDU-Politiker; 1969-1981 Landesvorsitzender der Berliner CDU und 1982-1987 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.**

267 **Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 29 f. Als Quelle gibt die Stiftung an:** *Die Kader der GRÜNEN,* **Dokumentation, herausgegeben von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22. Mai 1986, S. 18; vgl. dazu auch** *ZDF-Magazin* **vom 22. Januar 1986; ebenso Dr. Horst-Dieter Westerhoff/Heinz Neumann/Rudolf Seiters:** *Rot-Grün - Berlin ist der endgültige Auftakt,* **Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8/1989, S. 22**

268 **»Berlin: Blockade durch die Alternativen?« in:** *Der Spiegel* **19/1981 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14332015.html).**

269 **Vgl.** *Die Zeit* **Nr. 22 vom 22. Mai 1981 (http://www.zeit.de/1981/22/eine-seltsame-wuerze)**

270 **Das Urteil gegen Klöpper war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht rechtskräftig; Anklage und Verteidigung hatten Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt.**

271 **http://www.zeit.de/1981/22/eine-seltsame-wuerze (Hervorhebungen durch MGR)**

272 **Dr. Horst-Dieter Westerhoff/Heinz Neumann/Rudolf Seiters:** *Rot-Grün - Berlin ist der endgültige Auftakt,* **Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8/1989, S. 22; sowie Deutscher Bundestag:** *Stenographischer Bericht* **(Plenarprotokoll 10/120), Bonn, Donnerstag, 7. Februar 1985, 8931 ff. (http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10120.pdf) und: http://www.kas.de/wf/doc/kas_27010-544-1-30.pdf?110826092626, S. 22**

273 **Deutscher Bundestag:** *Stenographischer Bericht* **(Plenarprotokoll 10/208). 208. Sitzung, Bonn, Freitag, 21. März 1986, 15998/15999 (http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10208.pdf), Unterstreichungen durch MGR**

274 **Erste Beratung des von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Zweiundzwanzigsten Strafrechtsänderungsgesetzes (22. StrÄndG) - Drucksache 10/2396 (http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10120.pdf); in: Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht (Plenarprotokoll 10/120), Bonn, Donnerstag, 7. Februar 1985, 8928**

275 **Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht (Plenarprotokoll 10/120), Bonn, Donnerstag, 7. Februar 1985, 8931 ff. (http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/10/10120.pdf)> Unterstreichungen durch MGR**

276 **Vgl. Stefan Aust:** *Der Baader Meinhof Komplex,* **Hamburg 2008, S. 384,470**

277 **Andreas Thewalt: »Das wilde Leben des Christian Ströbele«, in:** *Bild* **vom 1. November 2013 (http://www.bild.de/politik/inland/hans-christian-stroebele/das-wilde-leben-des-christian-stroebele-33217052.bild.html), Hervorhebungen durch MGR**

278 **RAF = »Rote Armee Fraktion«; 1970 gegründete linksextremistische Terrorgruppe, die für 34 Morde, mehrere Entführungen, zahlreiche Banküberfälle**

und Sprengstoffattentate mit einer Vielzahl von Verletzten und erheblichen Sachschäden verantwortlich war. Die RAF löste sich 1998 selbst auf (vgl. http://www.rafinfo.de/archiv/raf/raf-20-4-98.php).

279 **http://www.stroebele-online.de/person/biographie/index.html**

280 *Die Kader der GRÜNEN,* **Dokumentation, herausgegeben von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22. Mai 1986, S. 15, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 29**

281 **http://www.sueddeutsche.de/politik/-geburtstag-von-hans-christian-stroebele-gruenes-gewissen-1.1987416**

282 *Die Kader der GRÜNEN,* **Dokumentation, herausgegeben von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22. Mai 1986, S. 15, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 29**

283 *Frankfurter Rundschau* **vom 2. September 1975**

284 **Vgl.** *Neue Juristische Wochenschrift* **(NJW) 1982, Heft 44, S. 2508 ff. (Hervorhebungen durch MGR)**

285 *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* **vom 16. Februar 1985 und** *Süddeutsche Zeitung* **vom 25. März 1982 (Hervorhebungen durch MGR)**

286 *Berliner Zeitung* **vom 18. Juli 2009 (http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/gruener-stroebele-tief-im-raf-sumpf)**

287 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

288 *Berliner Zeitung* **vom 18. Juli 2009 (http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/gruener-stroebele-tief-im-raf-sumpf)**

289 **http://www.stroebele-online.de/person/793974.html; mir wurde - entgegen dem strengen Zitatsrecht - vom Büro Ströbele ausdrücklich erlaubt, den ganzen Text hier zu zitieren (siehe Mail vom 9. März 2015, gez. von C. Busold, Archiv Grandt).**

290 **Helmut Markwort: »Tagebuch. Alte Sympathie für Terroristen«, in:** *Focus-Magazin* **Nr. 12/2007 vom 19. März 2007 (http://www.focus.de/magazin/tagebuch/tagebuch-alte-sympathie-fuer-terroristen_aid_221404.html), Hervorhebungen durch MGR**

291 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

292 **Mail vom 10. Februar 2015 (Archiv Grandt)**

293 **Mail vom 2. März 2015 (Archiv Grandt)**

294 **http://www.antje-vollmer.de/biografie.htm (Hervorhebungen durch MGR)**

295 **»Inzwischen haben wir die Gefangenen auch besucht (...)«; in: Antje Vollmer: »Und dann kommt nichts, nichts, nichts ...«, in:** *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* **vom 15. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.):** *Grüne und Gewalt,* **Königswinter 1987, S. 115f.; Ludger Volmer sieht das so: »Im** *März 1985 schrieben Antje Vollmer und Christa Nickels unabgesprochen mit der Grünen-Fraktion einen Brief an RAF-Häftlinge, die sich im Hungerstreik befanden, um sich damit selbst zu einer politischen Auseinandersetzung im Knast einzuladen.***« (S. 205.)**

296 **Antje Vollmer: »Und dann kommt nichts, nichts, nichts ...«, in: Deutsches** *Allgemeines Sonntagsblatt* **vom 15. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Presse-**

dokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 115 f. (Hervorhebungen durch MGR)

297 Dr. Heinrich Heinen: »Wer darf für Gewalttäter Gnade erbitten?«, in: *Bonner Rundschau* vom 17. Juli 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 102 (Hervorhebungen durch MGR)

298 Ebd.

299 Antje Vollmer: »Und dann kommt nichts, nichts, nichts ...«, in: *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* vom 15. Juni 1986 (Deutscher Bundestag, Pressedokumentation), Faksimile in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 115 f. (Hervorhebungen durch MGR)

300 Ebd., S. 116 (Hervorhebungen durch MGR)

301 Ebd., S. 117 (Hervorhebungen durch MGR)

302 Mail vom 10. Februar 2015 (Archiv Grandt)

303 Jochen Bölsche: »Die verlorene Ehre der Apo«, in: *Der Spiegel* 5/2001 vom 29. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370244.html)

304 http://www.rp-online.de/politikydeutschland/vom-raf-anwalt-zum-eisernen-otto-aid-1.2916528 (Hervorhebungen durch MGR)

305 Mit »Wahlverteidiger« wird ein Verteidiger bezeichnet, den sich der Angeschuldigte selbst ausgewählt hat (http://www.lexexakt.de/index.php/glossar?title=wahlverteidiger.php)

306 Stefan Aust/Helmar Büchel: »Der letzte Akt der Rebellion«, in: *Der Spiegel* 37/2007 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-52909294.html)

307 Ebd. Hervorhebungen durch MGR

308 http://www.welt.de/politik/article854507/Die-furchtbaren-Anwaelte-der-Roten-Armee-Fraktion.html

309 Sabine Rückert: »Der doppelte Otto« *(Die Zeit* vom 22. Nov. 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 282

310 Ebd., S. 285

311 Ebd., S. 290

312 http://www.raf-in-stammheim.de/Prozess.html (Hervorhebungen durch MGR)

313 Vgl. §68, Abs. 1, zitiert in: Sabine Rückert: »Der doppelte Otto« *(Die Zeit* vom 22. November 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 292

314 Vgl. Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 163

315 Ebd., S. 164

316 Ebd.

317 »Hitzige Gefechte«, in: *Der Spiegel* 39/1980; »Grüne Ortsvereine in den Knästen sehen sich an Arbeit gehindert«, in: *Grüner Basisdienst* 7 (1985), S. 6; Fachgruppe Knast und Justiz der GAL Hamburg: »Knackies in die Parlamente«, in: *GAL-Rundbrief 1* (1985) S. 13; Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göt-

tingen 2015, S. 164; Giselher Schmidt: *Die Grünen,* Krefeld 1986, S. 87; Gerd Langguth: *Der grüne Faktor,* Osnabrück 1984, S. 33

318 Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 164

319 Ebd.

320 Vgl. Eva Grothe/Bernd F. Schnell: »Alternativentwurf zum Strafvollzug vom 7. April 1982«; Fachgruppe Knast und Justiz der GAL: »Gefängnisse leeren. Strafen abschaffen«; sowie: Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 164

321 Siegfried Uhl: *Die Pädagogik der Grünen,* München 1990, S. 85

322 Ilse Lenz: »Subsistenzproduktion, Moderne und Freiheit. Einige Thesen«, in: *Die GRÜNEN im Bundestag,* Arbeitskreis Frauenpolitik, 1987, S. 72, 74; sowie: Siegfried Uhl: *Die Pädagogik der Grünen,* München 1990, S. 85

323 Vgl. Elke Richardsen: »Kuchen mit Zuckerguss oder: Zweite Gedanken zum Bonner Weiberrat«, in: *grüner basis-dienst,* Jahrgang 1984, Heft 5/6, S. 28; und Uhl, S. 86

324 Uhl, S. 86

326 Ebd., S. 88

Siehe dazu auch die Gedanken zum »Gender-Mainstream« im Abschnitt 4.6 »Volker Beck«.

327 Darüber gibt es viele Abhandlungen, z. B. die der Familienforscherin Gisela Anna Erler: *Frauenzimmer. Für eine Politik des Unterschieds,* Berlin 1985, S. 161 ff.; auch Uhl, S. 113

328 Diese Diskussion würde den Rahmen dieses Buches sprengen, Uhl zählt auf S. 121 in der Fußnote 205 verschiedene dieser Wissenschaftler auf.

329 Das ist auch heute noch so; vgl. Gabriela Walterspiel: »Die Umwertung der weiblichen Werte«, in: Monika Häusler/Cornelia Helferich/Gabriela Walterspiel/Angelika Wetterer: *Bauchlandungen. Abtreibung - Sexualität - Kinderwunsch,* München 1983, S. 110 f.

330 Das haben Feministinnen bereits 1988 erkannt, vgl. Barbara Gissrau: »Wenn der Bauch die Seele aufreißt«, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis,* 1988, Heft 21/22, S. 108

331 Meves, S. 24, 71 f.

332 Vgl. Meves, S. 71 f.

333 So nachzulesen in: Susan Zimmermann: »Weibliches Selbstbestimmungsrecht und auf >Qualität< abzielende Bevölkerungspolitik«, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 1988, Heft 21/22, S. 59.

334 Vgl. Uhl, S. 110

335 Torsten Mann: *Rot-Grüne Lebenslügen,* Rottenburg 2005, S. 192 f.

336 Uhl, S. 123 (Hervorhebungen durch MGR)

337 »Abtreibung, Feminismus, Antidiskriminierung« vom 18. September 2014 (http://www.gruene-bundestag.de/themen/frauen/fuer-sexuelle-selbstbestimmung_ID_439301 l.html)

338 Ebd.

339 Ebd.

340 Vgl. Mann, S. 189

341 Vgl. dazu auch: Christa Meves: *Verführt. Manipuliert. Pervertiert - Die Gesellschaft in der Falle moderner Irrlehren,* Gräfelfing 2004, S. 8

342 Uhl, S. 89 (Hervorhebung durch MGR)

343 Das Zitat lautet: *»Die tax fasste die öffentliche Empörung über den Vorgang damals in dem Satz >die Grünen sind alle Kinderficker< zusammen. Dass Teile der Grünen Pädophile zu den schutzwürdigen Minderheiten zählten, war allerdings keine Schrulle der Partei.«* Zitat aus der *taz,* wieder verwendet in: »Die Grünen und ihr Umgang mit Pädophilie«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 16. Mai 2013 (http://www.fr-online.de/politik/daniel-cohn-bendit-die-gruenen-und-ihr-umgang-mit-paedophilie,1472596,22778608.html) und: »Torso von SchwuP«, in: *Der Spiegel* 13/1985 vom 25. März 1985 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13513384.html).

344 http://www.welt.de/politik/deutschland/article11639474 0/Die-Gruenen-wie-ein-Honigtopf-fuer-Paederasten.html

345 http://www.welt.de/politik/deutschland/article11639474 0/Die-Gruenen-wie-ein-Honigtopf-fuer-Paederasten.html

346 »Schatten auf dem grünen Zeitgeist«, in: *Die Welt* vom 15. Mai 2013

347 »Die grüne pädophile Kröte«, in: *Wirtschaftswoche* vom 28. Mai 2013 (http://www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-die-gruene-paedophile-kroete-/8264396-all.html)

348 Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): *Die Zukunft ist grün,* Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Berlin 2002, S. 136 (das Grundsatzprogramm wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15. bis 17. März 2002 im Berliner Tempodrom beschlossen); auch abzurufen auf: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf

349 Stephan Klecha/Alexander Hensel: »Irrungen oder Zeitgeist?«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 8

350 Ebd.

351 Franz Walter: »Die Grünen und die Last des Libertären - Ausblick«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 253

352 http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Claudia-Roth-Bischof-Mixa-verhoehnt-die-Opfer-id7322146.html

353 Ebd.

354 Franz Walter: »Die Grünen und die Last des Libertären - Ausblick«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 254 (Hervorhebungen durch MGR)

355 Ebd.

356 Ebd., S. 267

357 http://www.gruene.de/ueber-uns/wir-wollen-unsere-geschichte-besser-verstehen.html?type=erThu%2C

358 Franz Walter: »Die Grünen und die Last des Libertären - Ausblick«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 254

359 Herausgegeben von Franz Walter, Stephan Klecha und Alexander Hensel. Der komplette Bericht ist seltsamerweise nur als Buch erhältlich (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen). Nur ein *sehr* kleiner Teil des Berichts ist auf der Website der Grünen kostenlos einzusehen (https://www.gruene,de/index.php?id=18043).

360 Etymologisch wird der Begriff »Pädophilie« als Freundschaft, Liebe oder Zuneigung mit oder zu Kindern verstanden (vgl. Stephan Klecha/Alexander Hensel: »Irrungen oder Zeitgeist?«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 11).

361 Infos von der Website *Kein Täter werden:* Seit 2005 läuft am Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin das Projekt (http://www.sexualmedizin.charite.de/forschung/kein_taeter_werden/dissexualitaet_und_paraphilien/) »Kein Täter werden«, das seit 2011 als Präventionsnetzwerk ein deutschland weites Netz von spezialisierten Ambulanzen umfasst (https://www.kein-taeter-werden.de/story/26/3826.html) (Hervorhebungen durch MGR)

362 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

363 Dies ist in der Forschung heute Usus: Kinder gelten als unfähig, in sexuelle Handlungen einzuwilligen, und aufgrund des Machtungleichgewichts zwischen Erwachsenen und Kindern ist die Möglichkeit *einvernehmlicher* sexueller Handlungen prinzipiell als »inakzeptabel« zurückzuweisen. Kindern fällt es schwer, sich erwachsenen Autoritätspersonen zu widersetzen, denn von ihnen wird Gehorsam erwartet. Zudem wissen sie nichts oder nur wenig über das, was mit ihnen bei einer sexuellen Handlung geschieht. Ausführlich darüber in: David Finkelthor: »What's Wrong with Sex Between Adults and Children?«, in: *American Journal of Orthopsychiatry* Nr. 49,1979, S. 692ff.; Martin Dannecker: »Pädosexualität«, in: Dirk Bange/Wilhelm Körner (Hrsg.): *Handwörterbuch Sexueller Missbrauch,* Göttingen 2002, S. 390 ff. und Volkmar Sigusch: *Auf der Suche nach der sexuellen Freiheit,* Köln 2011, S. 23 f.; Danny Michelsen: »Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 25

364 Infos von der Website *Kein Täter werden* (http://www.sexualmedizin.chante.de/forschung/kein_taeter_werden/dissexualitaet_und_paraphilien/) und (https://www.kein-taeter-werden.de/story/26/3826.html) (Hervorhebungen durch MGR)

365 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

366 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

367 http://www.gruene.de/ueber-uns/wir-wollen-unsere-geschichte-besser-verstehen.html?type=er'Ihu%2C

368 Ebd.

369 **Ein neueres Buch dazu: Ulrike Heider:** *Vögeln ist schön. Die Sexrevolte von 1968 und was von ihr bleibt,* **Berlin 2014**

370 **Vgl. dazu: Wolfgang Kraushaar: »Bewegte Männer?«, in:** *Die Zeit* **vom 27. Mai 2010 (http://www.zeit.de/2010/22/Missbrauch-Paedophilie)**

371 **Vgl. dazu: Sebastian Haunss:** *Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen in der Schwulenbewegung,* **Wiesbaden 2004, S. 217**

372 **Ebd.**

373 **Vgl. Danny Michelsen: »Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 46**

374 **Danny Michelsen: »Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 46 (Hervorhebungen durch MGR)**

375 **Helmut Kentier: »Von Lust ist nicht die Rede«, in:** *Die Zeit* **vom 7. Februar 1969 (http://www.zeit.de/1969/06/von-lust-ist-nicht-die-rede) sowie Danny Michelsen: »Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 46 (Hervorhebungen durch MGR)**

376 **Danny Michelsen: »Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 47**

377 **Ebd.**

378 **Michael Foucault:** *Schriften in vier Bänden,* **Band 3 (1976-1979), Frankfurt/M. 2003, S. 969; auch in seinem Buch** *Sexualität und Wahrheit* **(Erster Band), Frankfurt/M. 1977, verrät Foucault eine befremdliche »Nonchalance« gegenüber Themen wie Pädophilie und Kindesmissbrauch (vgl. dazu: Johanna Oksala: »Sexual Experience: Foucault, Phenemonology, and Feminist Theory«, in:** *Hypatia* **Nr. 26 (2011), S. 207 ff.)**

379 **Danny Michelsen: »Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 47**

380 **Ebd.**

381 **Vgl. Tobias Neef/Daniel Albrecht: »Sexualität und Herrschaft«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 66**

382 **Ebd., S. 67**

383 **Ebd., S. 66 f.**

384 **Ebd., S. 70**

385 **Ebd.**

386 **Ebd.**

387 **Ebd.**

388 **Sehr viel ausführlicher in: Karl-Heinz Ignatz Kerscher:** *Emanzipatorische Sexualpädagogik und Strafrecht,* **Neuwied 1973, S. 1; sowie Tobias Neef/Daniel Albrecht: »Sexualität und Herrschaft«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 74**

389 **Neef/Albrecht, S. 77**

390 *Der Kinderschutzbund,* **zitiert in »Torso von SchwuP«, in:** *Der Spiegel* **13/1985 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13513384.html)**

391 **Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«,' in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 147**

392 **Ebd.**

393 **Vgl.** *Tätigkeitsbericht derDSAP 1979,* **ASM, Bestand DSAP Nr. 1; auch: Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 148**

394 **Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 149**

395 **Zitat von Stephan Klecha in: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 171 (Hervorhebungen durch MGR)**

396 **»Für Kinderemanzipation und Pädophilie«, in:** *Betrifft Beziehung 1* **(1981), S. 4 ASM, Bestand DSAP Nr. 7, sowie: Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 150**

397 **Die seiner Ansicht nach aber nicht so »zwingend« gewesen wäre.**

398 **Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 165 (Hervorhebungen durch MGR)**

399 **Ebd., S. 166**

400 **Vgl. Klaus Schuster: »Schrei in der Stille«, in: Plärrer 1981, S. 32, sowie Katharina Trittel/Jöran Klatt: »Stück für Stück holen wir uns unsere Kindheit zurück«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 96**

401 **Vgl. Jan von Reinighof: »Es grünt so grün, wenn die Kommunen blühn«, in:** *taz* **vom 9. Juli 1984**

402 **Alle Forderungen aus: »Rundbrief der Indianerkommune« (Frühjahr 1980), in:** *Trittel/Klatt,* **S. 96**

403 **Vgl. Ekkehart Rotter: »Indianerkommune, Schreiben an die Mitglieder des Landesvorstands vom 14. Februar 1984 AGG, C Bayern 1.1,11«, in: Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 179**

404 **Klecha, S. 178**

405 **Vorschlag der Arbeitsgruppe »Kinder und Jugendliche für eine Resolution >Menschenrechte< auch für Kinder«, AGG, B. I. 1,16 (Klecha, S. 178f.)**

406 **»Das Treiben der Stadtindianer«, in:** *Frankfurter Allgemeine Zeitung* **vom 24. März 1980 (http://de.wikimannia.org/images/Analyse_der_paedophilen_Vergangenheit_der_Gruenen.pdf)**

407 **Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 207**

408 **Oskar Niedermayer: »Parteimitgliedschaften im Jahre 2012«, in:** *Zeitschrift für Parlamentsfragen* **2/2013, S. 368, 380**

409 **Der von den Grünen finanziert wurde (vgl. Franz Walter: »Die Grünen und die Last des Libertären - Ausblick«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte,* **Göttingen 2015, S. 252**

410 **Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität. Eine bundesdeutsche Geschichte,* **Göttingen 2015**

411 **Vgl. Stephan Klecha/Alexander Hensel: »Irrungen oder Zeitgeist?«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 9**

412 **Vgl. Protokoll Programmkommission vom 11. bis 13. Dezember 1979, AGG, B.1.1,406, zitiert in: Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 167 (Hervorhebungen durch MGR)**

413 **Ebd.**

414 *Rundbrief* **4/1979 an alle Mitglieder der Kreis- und Landesverbände, in: Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 167**

415 **Klecha, ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

416 **Protokoll der Mitgliederversammlung der AL vom 5. Juni 1980, AGG, C Berlin 1.1„ 1, in: Klecha, S. 175 (Hervorhebungen durch MGR)**

417 **Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 169**

418 **Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015; er verweist als Quelle auf: Anträge und Wortmeldungen AGG, B.I.l,10(1); Protokoll Bundesversammlung vom 21. bis 23. März 1980, AGG, B. I. 11 (Hervorhebungen durch MGR)**

419 **Resolution zur Bundesversammlung in Saarbrücken 1980, AGG, B.I.l., 10 (1); Klecha (ebd.), S. 170**

420 **Sogar »produziert«, vgl. Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 149**

421 **Vgl. Bereich Schwule der Alternativen Liste Berlin: »Ein Herz für Sittenstrolche«, Berlin 1980, ASM, Politische Gruppierungen und Parteien, Alter-**

native Liste Berlin; auch: Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 149.

422 Ann-Katrin Müller: »Ein Herz für Sittenstrolche«, in: *Der Spiegel* 34/2013 vom 19. August 2013 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-107728895.html), Hervorhebungen durch MGR

423 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

424 Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 149

425 »Dicker Hammer«, in: *Der Spiegel* 29/1980 vom 14. Juli 1980 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14331869.html)

426 Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 176 (Hervorhebungen durch MGR)

427 Ebd. und vgl. Dieter F. Ullmann: »Der Anfang lag im Deutschen Herbst«, in: *BVH Magazinchen* 4/1989, S. 75 und Klecha, S. 176

428 Vgl. 7. Mitgliederrundbrief der AL (1980), AGG, A Peter Sellin 2 und: Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 149

429 Protokoll des Gründungsparteitags, AGG, B., 1.1,4; Michael Schroeren: *Die Grünen. 10 bewegte Jahre,* Wien 1990, S. 97 und Klecha, S. 178 (Hervorhebungen durch MGR)

430 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

431 Wahlprogramm der Grünen in Nordrhein-Westfalen von 1980, AGG, Bibliothek, Grün 044, NW-5a, in: Klecha, S. 173 (Hervorhebungen durch MGR)

432 Vgl. »Pädosexueller kandidiert für Alternative Liste«, in: *Arbeiterkampf* vom 27. April 1981, sowie: Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 149

433 Vgl. »Kommentar zur Wahlbewegung der Schwulen und Lesben«, in: *Betrifft Beziehung 2* (1980), sowie: Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 149

Wahlprogramm der Alternativen Liste Berlin 1985, S. 49 (Klecha, S. 177)
Klecha, S. 177 (Hervorhebungen durch MGR)

434 http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Paedophilendebatte-

436 auch-bei-Hannovers-Gruenen

437 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

438 Protokoll Landesmitgliederversammlung vom 20. Februar 1982, AGG, C-Hamburg 1.1. LaVo/LGst, 19 (Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädose-

xualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 176

439 Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 181

440 Vorlage der Programmkommission, Kinder, Jugendliche, alte Menschen, AGG, C Hessen 1.1, 45, in: Klecha, S. 178 (Hervorhebungen durch MGR)

441 Klecha, S. 178

442 GAL Programm für Hamburg (1982), in: Klecha, S. 177 (Hervorhebungen durch MGR)

443 Ebd.

444 Ebd.

445 Vgl. Beschluss des Amtsgerichts Krefeld in der Vereinsregistersache Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie e. V., S. 2-6, ASM Bestand DSAP Nr. 9, sowie: Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 150

446 Alexander Hensel/Tobias Neef/Robert Pausch: »Von >Knabenliebhabern< und >Power-Pädos<«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 150

447 Die Grünen, Faltblatt: »Zur Kinder- und Jugendfrage«, AGG, C NRW 1.1 LaVo/LGst, 424 (3), zitiert in: Trittel/Klatt, S. 96

448 Schreiben an den Kreisverband Kaiserslautern, Landesprogrammteil Homosexualität, vom 1. Juli 1982 (Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 175).

449 Bundesdelegiertenkonferenz Hannover, Resolution und Entwurf zur Erweiterung des Bundesprogramms, AGG, B. II. 1, 3222, Protokoll der Bundesarbeitsgemeinschaft SchwuP, August 1983, AGG, B. II. 1,5360 in: Klecha, S. 180

450 Klecha, S. 180

451 http://www.welt.de/politik/deutschland/articlell8234356/Der-alltaegliche-Missbrauch-in-einer-gruenen-Kommune.html

452 Ebd.

453 Protokoll aus der Arbeitsgruppe »Sexualität«, AGG, B. II. 1, 5360 (vgl. Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 179 (Hervorhebungen durch MGR)

454 Klecha, S. 179

455 Schreiben von Stephan Schilde, ohne Datum (1983), AGG, C Baden-Württemberg 1,136, in: Klecha, S. 181

456 »Offen und hemmungslos«, in: *Die Tagespost* vom 3. Juni 2013 (http://de.wikimannia.org/images/Analyse_der_paedophilen_Vergangenheit_der_Gruenen.pdf)

457 Jan Fleischhauer/Ann-Katrin Müller/Rene Pfister: »Schatten der Vergangenheit«, in: *Der Spiegel* 20/2013 vom 13. Mai 2013 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-94865572.html)

458 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

459 Schreiben der BAG SchwuP an den Arbeitskreis 3 (Recht 8c Gesellschaft) der Fraktion Die Grünen im Bundestag, AGG, B II. 1., 228, in: Klecha, S. 181

460 Protokoll der BAG SchwuP, 3. bis 5. Februar 1984, AGG, B. II. 1, 5360, in: Klecha, S. 182

461 Klecha, S. 195

462 Entwurf der LAG SchwuP für das Landeswahlprogramm NRW, AGG, C NRW 1,1267 (1/2), in: Klecha, S. 186 (Hervorhebungen durch MGR)

463 Arbeitsgruppe »Betrifft Sexualität und Herrschaft«, AGG, C NRW 1,105 (3), in: Klecha, S. 187

464 »Frieden ist nur möglich ohne Erziehung.« So steht es 1984 im Europa-Programmentwurf »Kinder und Jugendliche« der Grünen, zu finden im »Archiv Grünes Gedächtnis« (Quelle: http://www.welt.de/politik/deutschland/article 118234356/Der-alltaegliche-Missbrauch-in-einer-gruenen-Kommune.html)

465 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

466 »Für eine freie und vielfältige Sexualiät«, Diskussionsvorschlag der Fachgruppe »Rosa Biber« der Grün-Alternativen Liste Hamburg vom 4. Februar 1984, AGG, B. II. 1, 5622, 2/2, in: Klecha, S. 181

467 http://www.welt.de/politik/deutschland/articlell8234356/Der-alltaegliche-Missbrauch-in-einer-gruenen-Kommune.html (Hervorhebungen durch MGR)

468 Stephan Klecha, S. 180

469 Schreiben Michael Vesper: »Finanzierung der Bundesarbeitsgemeinschaften«, AGG A Dieter Bricke, 2; Schreiben von Waltraud Schoppe an Ulrich Reschke, 21. Dezember 1983 AGG B. II. 1, 3833; Vermerk von Michael Vesper, AGG, A-Petra Kelly (PKA), 3874, in: Klecha, S. 180

470 Gesetzentwurf der Fraktion Die Grünen: »Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes (StrÄndG)« vom 4. Februar 1985, Bundestags-Drucksache 10/2832 (http://de.wikimannia.org/images/Analyse_der_paedophilen_Vergangenheit_der_Gruenen.pdf) und: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/10/028/1002832.pdf

471 Gesetzentwurf der Fraktion Die Grünen: »Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes (StrÄndG)« vom 4. Februar 1985, Bundestags-Drucksache 10/2832 (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/10/028/1002832.pdf)

472 Ebd.

473 Die öffentliche Empörung war jedoch so groß, dass dieser Beschluss wieder rückgängig gemacht wurde (vgl. Jan Fleischhauer/Ann-Katrin Müller/Rene Pfister: »Schatten der Vergangenheit«, in: *Der Spiegel* 20/2013 vom 13. Mai 2013 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-94865572.html)

474 Wahlprogamm der Alternativen Liste Berlin 1985, S. 49, AGG, C Berlin I. 1. 76 (1/2); in: Stephan Klecha: »Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität,* Göttingen 2015, S. 184

475 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

476 Antrag J 29, Die Grünen Bundesverband, außerordentliche Bundesvesammlung am 22./23. Juni 1985 in Hagen, AGG, Bibliothek, Grün 130-2, in: Klecha, S. 184

477 Antrag J 30, Die Grünen Bundesverband, außerordentliche Bundesversammlung am 22./23. Juni 1985 in Hagen, AGG, Bibliothek, Grün 130-2, in: Klecha, S. 184 f.

478 Klecha, S. 185

479 Vgl. dazu: Gerhard Krusat: »Zum Zusammenhang von Ökologie und Emanzipation. Dokumentation der Kinder- und Jugendrechtstagung der Grünen Baden-Württemberg, 16. bis 17. März 1985«, Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Baden-Württemberg, S. 9 (Klecha, S. 185)

480 Ebd.

481 »Sexualität beginnt mit der Geburt«, Dokumentation der Kinder- und Jugendrechtstagung der Grünen Baden-Württemberg, 16. bis 17. März 1985, Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Baden-Württemberg, S. 9 (Klecha, S. 185), Hervorhebungen durch MGR

482 Antragsbuch zur Landesversammlung, 10. bis 12. Mai 1985, Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Baden-Württemberg, S. 33, in: Klecha, S. 185 (Hervorhebungen durch MGR)

483 Ebd., S. 29 (Hervorhebungen durch MGR)

484 Vgl. Klecha, S. 190

485 Antragsbuch zur Landesversammlung vom 10. bis 12. Mai 1985, Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Baden-Württemberg, S. 32, in: Klecha, S. 189

486 Monika Herz: »Kinder-Kinder-Kinder«, AGG, C Bayern I. 1,82, in: Klecha, S. 204 (Hervorhebungen durch MGR)

487 Der Landesverband lehnte diesen Antrag ab; Klecha, S. 204

488 Protokoll der Bundesversammlung in Hannover vom 16. bis 19. Mai 1986, in: Klecha, S. 199

489 Antragsunterlagen zur Bundesversammlung vom 16. bis 19. Mai 1986 in Hannover, AGG, B. I. 1,53 (2/2), in: Klecha, S. 199

490 Bundestagswahlprogramm 1987: Die Grünen. Farbe bekennen. Bonn 1987, S. 9 (http://de.wikimannia.org/images/Analyse_der_paedophilen_Vergangenheit_der_Gruenen.pdf), S. 12 und http://www.novayo.de/wp-content/uploads/2013/03/1987_Wahlprogramm_Gruene.pdf, S. 9

491 Die Grünen Schleswig-Holstein: *Mut zum politischen Frühling, Grüne Alternativenfür Schleswig Holstein 1987,* S. 67 f., zit. in: Klecha, S. 205

492 Albert Eckert: »Lustvoll leben in Berlin«, in: Stachlige Argumente 57/1989, S. 44, Zitat in: Klecha, S. 206 (Hervorhebungen durch MGR)

493 Schreiben von Fred Karst, Datum unklar (wahrscheinlich 1993), Privatarchiv Thomas Birk, in: Klecha, S. 206

494 Klecha, S. 206

495 Vgl. Julia Naumar: »Kindesmissbrauch war kein Thema für Grüne«, in: *taz* vom 13. Februar 1995 und Klecha, S. 206

496 **Vgl. Klecha, S. 206;** *»Das Ganze sei für die Grünen eine >schmerzhafte Debatte<, sagte Thomas Birk, schwulenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Ein Umdenken habe spätestens begonnen, nachdem 1995 ein Parteimitglied wegen Missbrauchs verurteilt worden war«* **(vgl. »Grüne wollen Vergangenheit aufarbeiten«, in:** *Oberhessische Presse* **vom 3. Mai 2013).** *»Es bedurfte folglich erst der strafrechtlichen Verurteilung eines Kinderschänders aus den Reihen der Parteimitglieder des betreffenden Landesverbandes, ehe dort eine Abkehr von den bizarren Rechtsvorstellungen eingesetzt hatte.«* **(www.google.de/url?sa=t8crct=j8cq=&esrc=s8csource=web&cd=l&ved=0CCEQFjAA&url=http%3A%2F%2Fde.wikimannia.org%2Fimages%2FAnalyse_der_paedophilen_Vergangenheit_der_Gruenen.pdf&ei=TojHVLPgNcyP7Aac9YDgAg&usg=AFQjCNGWgkcBqkAwx6mX5A4R8rU8K7-L3g&bvm=bv.84607526,bs.1,d.ZWU)**

497 **Bündnis 90/Die Grünen Berlin: »Aufklärung und Schutz vor sexueller Gewalt«, Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz vom 5. Juni 2010, in: Klecha, S. 206 f.**

498 **Eine Stellungnahme von Jürgen Trittin anlässlich des in der** *taz* **am 16. September 2013 veröffentlichten Artikels von Prof. Franz Walter (http://www.gruene.de/partei/juergen-trittin-zum-taz-artikel-von-prof-franz-walter.html)**

499 **Ebd.**

500 **Ebd.**

501 **http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article134263043/Gruene-entschuldigen-sich-fuer-Paedophilie-Beschluesse-der-80er-Jahre.html**

502 **http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2013-08/martenstein-inzest-wahlkampf**

503 **Antrag A-19: »Liebe legalisieren - Gegen Strafandrohung bei Inzest«, Antragstellerinnen: GRÜNE JUGEND Brandenburg (Beschluss vom 17. Mai 2008) und GRÜNE JUGEND Niedersachsen (Beschluss vom 6. April 2008) (http://www.gruene-jugend.de/node/15260)**

504 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

505 **Ebd.**

506 **http://dejure.org/gesetze/StGB/173.html**

507 **http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2013-08/martenstein-inzest-wahlkampf**

508 **http://www.focus.de/politik/deutschland/er-muss-weg-gruenen-politiker-stroebele-will-inzest-paragrafen-abschaffen_aid_736743.html**

509 **Zitiert auf** *Focus Online:* **http://www.focus.de/politik/deutschland/er-muss-weg-gruenen-politiker-stroebele-will-inzest-paragrafen-abschaffen_aid_736743.html**

510 **Ebd.**

511 **Gabriele Hoell: »Gutmenschenpolitik«, in: FAZ vom 30. März 2005 (http://faz archiv.faz.net/?q=gabriele+hoell+&search_in=q8ttimePeriod=timeFilter8rtimeFilter=&DT_from=&DT_to=8cKO=&crxdefs=&NN=&CO=&CN=&BC=&submitSearch=Suchen&sext=0&maxHits=8csorting=&toggleFilter=&dosearch=new#hitlist), Hervorhebungen durch MGR**

512 **Vgl. Helmut Berschin: »Liebe Freundinnen und Freunde! Über die Sprache der Grünen im Bundestag«, in: Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen (Hrsg.):** *Die Grünen - Partei wider Willen,* **Mainz 1984, S. 73 ff. und Güllner, S. 28.**

513 Güllner, S. 29 (Hervorhebungen durch MGR)

514 Vgl. Güllner, S. 29 und Friedhelm Neidhardt: »Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen«, in: Stefan Hradil (Hrsg.): *Sozialstruktur im Umbruch,* Opladen 1985, S. 199

515 Ludger Volmer, S. 141 (Hervorhebungen durch MGR)

516 Ditfurth, S. 39

517 Tina Hildebrandt/Hope Gangloff: »Fischers viertes Leben« (*ZEITmagazin* vom 2. September 2010), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 356

518 http://www.faz.net/aktuell/politik/friedensinitiative-gruenen-pazifisten-gruenden-fluegel-1433692.html

519 Vgl. http://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/publikationen/1980_001 _Grundsatzprogramm_Die_Gruenen.pdf

520 Vgl. Ditfurth, S. 137

521 Viel ausführlicher in: Angelika Beer/Reinhard Kaiser: »Die Grünen und die NATO - eine Frage, die keine ist«, in: Jochen Hippler/Jürgen Maier (Hrsg.): *Sind die Grünen noch zu retten?,* Köln 1988, S. 198 ff.

522 Es gibt viele Bücher zu diesem Thema, eines sei stellvertretend genant: Joseph J. Collins: *Understanding War in Afghanistan,* Washington 2011

523 Ludger Volmer, S. 199

524 Vgl. Ludger Volmer, S. 199 f.

525 Durch die Einkreisungspolitik Frankreichs, Großbritanniens und Polens (vgl. dazu: Michael Grandt: *Das Hitler Tribunal Band 1,* München/New York 2006 und *Das Hitler Tribunal Band 2,* München/New York 2007).

526 http://www.bpb.de/apuz/31042/der-zerfall-jugoslawiens-und-dessen-folgen?p=5

527 Archiv Grandt

528 Ludger Volmer, S. 320, auch in: *Der Spiegel* 35/1992: »Bundesvorstandsmitglied Helmut Lippelt und die Europaabgeordnete Claudia Roth hatten sich in Ex-Jugoslawien über den Bürgerkrieg informiert und kamen sinnesgewandelt zurück. Die in Lagern festgehaltenen Menschen müssten sofort befreit werden, forderten sie, wobei völlig klar sei, >dass das nicht ohne Gewalt geht< (Lippelt).« (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13689912.html)

529 Ditfurth, S. 136

530 Ludger Volmer, S. 347

531 »Bellizist« = Anhänger und Befürworter des Krieges, Kriegstreiber (http://www.duden.de/rechtschreibung/Bellizist).

532 Der »Bomben auf Belgrad« forderte (vgl. Ludger Volmer, S. 347) und *»mit Leidenschaft (...)für eine militärische Intervention in Bosnien-Herzegowina plädierte«* (vgl. Klaus Härtung: »Zurück zur reinen Moral« (*Die Zeit vom* 15. Oktober 1993), in: Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen (Hrsg.): *Die Grünen - Partei wider Willen,* Mainz 1984, S. 208)

533 Nachzulesen in: Ludger Volmer, S. 333

534 Ebd.

535 Ebd.

536 Ditfurth, S. 139

537 http://www.idc.org.ba/project/the_myth_of_bratunac.html

538 So wortwörtlich in Ludger Volmer, S. 347

539 Ebd.

540 Ebd., S. 348

541 Ebd., S. 350

542 »Warten auf den nächsten Parteitag«, in: *die tageszeitung* vom 30. Dezember 1994; zit. in: Ditfurth, S. 140

543 Jochen Buchsteiner: »Der Gesamtminister« (*Die Zeit* vom 20. Dezember 2000), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 336

544 Ludger Volmer, S. 395

545 Vgl. zu diesem Krieg: Klaus Neumann: »Der nächste Konflikt wird kommen«, in: *Europäische Sicherheit* Nr. 11 vom 1. November 1999

546 http://www.neues-deutschland.de/artikel/145916.es-geschah-in-unserem-namen.html

547 *Es begann mit einer Lüge - Wie die NATO im Krieg um Kosovo Tatsachen verfälschte und Fakten erfand;* ein Film von Jo Angerer und Mathias Werth (WDR), ausgestrahlt im *Ersten Deutschen Fernsehen* am 8. Februar 2001. Sendemanuskript abzurufen auf: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO-Krieg/ard-sendung.html (Hervorhebungen durch MGR)

548 Ditfurth, S. 154

549 Ludger Volmer, S. 387; Volmer selbst hielt das ohne einen UN-Beschluss für völkerrechtswidrig, wobei er recht hatte. (Ebd.)

550 Ebd., S. 392 ff., 396

551 Ebd., S. 396

552 Vgl. Jochen Buchsteiner: »Edel Leiden« (*Die Zeit* vom 29. April 1999), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 217

553 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

554 Ebd., S. 218

555 Ludger Volmer, S. 397

556 Jochen Buchsteiner: »Das grüne Theater« (*Die Zeit* vom 12. Mai 1999), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 220

557 Jochen Bölsche: »Die verlorene Ehre der Apo«, in: *Der Spiegel* 5/2001 vom 29. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370244.html)

558 Matthias Geis: »Der Triumph des ewigen Zweiten« (*Die Zeit* vom 13. September 2007), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 365

559 Ludger Volmer, S. 399

560 Über die Hunderte von Ungereimtheiten bei der Aufklärung dieser Terrorakte möchte ich an dieser Stelle nicht spekulieren. Dazu gibt es ausreichend Literatur.

561 Gunter Hofmann: »Die Zerreißprobe« (*Die Zeit* vom 27. September 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 223

562 Matthias Geis: »Der Handlanger des Kanzlers« *(Die Zeit* vom 22. November 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 226

563 Markus Bickel: »Kriech und Frieden«, in: *Jungle World* Nr. 49 vom 28. November 2001 (http://jungle-world.com/artikel/2001/48/24828.html)

564 Ebd.

565 Ditfurth, S. 191

566 Matthias Geis: »Der Handlanger des Kanzlers« *(Die Zeit* vom 22. November 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 227

567 »ISAF« *(International Securitiy Assistance Force)* steht als Abkürzung für die internationale Afghanistan-Truppe unter Kommando der NATO

568 Dann aber nicht immer mit Billigung der Grünen (http://www.bild.de/politik/inland/afghanistan/bundeswehr-bilanz-am-hindukusch-30067658.bild.html)

569 Ludger Volmer, S. 406 (Hervorhebungen durch MGR)

570 Markus Bickel: »Kriech und Frieden«, in: *Jungle World* Nr. 49 vom 28. November 2001 (http://jungle-world.com/artikel/2001/48/24828.html)

571 Ralf Beste/Horand Knaup/Alexander Neubacher/Hartmut Palmer/Gerd Rosenkranz/Gabor Steingart/Alexander Szandar: »Staatsmann oder Spieler?«, in: *Der Spiegel* 47/2001 vom 19. November 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20794713.html)

572 Ditfurth, S. 188 (Hervorhebungen durch MGR)

573 Markus Deggerich: »Vertrauensfrage: Der Höhepunkt als Vorspiel«, auf: *Spiegel online* vom 16. November 2001 (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/vertrauensfrage-der-hoehepunkt-als-vorspiel-a-168014.html), Hervorhebungen durch MGR

574 Matthias Geis: »Der Triumph des ewigen Zweiten« *(Die Zeit* vom 13. September 2007), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 365

575 Ebd.

576 Ludger Volmer, S. 447

577 Ebd.

578 Ditfurth, S. 195

579 Vgl. zu den Opferzahlen: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Terrorismus/tote.html

580 Durch verschiedene Terrorgesetze, etc.

581 http://www.heise.de/tp/artikel/35/35036/1.html

582 Ebd.

583 Ditfurth, S. 187

584 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-10/islamischer-staat-bundeswehreinsatz-un-gruene

585 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

586 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-10/islamischer-staat-bundeswehreinsatz-un-gruene (Hervorhebungen durch MGR)

587 http://www.tagesspiegel.de/politik/kampf-gegen-den-islamischen-staat-gruene-halten-bundeswehreinsatz-fuer-moeglich/10833062.html (Hervorhebungen durch MGR)

588 http://www.stern.de/politik/ausland/islamischer-staat-kampf-gegen-den-is-um-die-stadt-kobane-2144875.html

589 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/bundestag-bundeswehr-irak-einsatz

590 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/bundeswehr-einsatz-irak-verfassungsrecht

591 http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestag-stimmt-mit-mehrheit-bundeswehreinsatz-im-irak-zu-13397742.html

592 http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/gruene-beck-waffen-ukraine (Hervorhebungen durch MGR)

593 http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-osteuropa-expertin-der-gruenen-kritisiert-prinzipielles-nein-zu-waffenlieferungen-1.2341468 (Hervorhebungen durch MGR)

594 *Menschen bei Maischberger* (ARD), Sendung vom 24. Februar 2015, aufgearbeitet auf: http://www.bild.de/politik/inland/menschen-bei-maischberger/menschen-bei-maischberger-lautstarker-krach-um-putins-ukraine-politik-39913976.bild.html

595 http://de.sputniknews.com/german.ruvr.ru/2014_05_29/Maidan-Faschismus-Deutschland-der-Westen-und-die-Braune-Revolution-in-der-Ukraine-4908/; sowie: http://ukraine-nachrichten.de/zusammensetzung-ministerkabinetts-arsenij-jazenjuk_3953_politik (Hervorhebungen durch MGR)

596 http://www.berliner-zeitung.de/politik/rechte-parteien-ukraine-npd-und-swoboda-gegen-europa, 10808018,26505664.html

597 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

598 http://de.sputniknews.com/german.ruvr.ru/2014_05_29/Maidan-Faschismus-Deutschland-der-Westen-und-die-Braune-Revolution-in-der-Ukraine-4908/; das Treffen mit der NPD dokumentiert diese auf ihrem *Facebook*-Account selbst: https://www.facebook.com/npd.de/posts/10151517662984584

599 http://de.sputniknews.com/german.ruvr.ru/2014_05_29/Maidan-Faschismus-Deutschland-der-Westen-und-die-Braune-Revolution-in-der-Ukraine-4908/ (Hervorhebungen durch MGR)

600 http://de.sputniknews.com/german.ruvr.ru/2014_08_13/photo-Asow-Donbass-Rechter-Sektor-Ukrainische-Variantionen-der-SS-Symbolik-6315/?slide-l

601 http://www.berliner-zeitung.de/politik/rechte-parteien-ukraine-npd-und-swoboda-gegen-europa, 10808018,26505664.html

602 http://rada.gov.ua/news/Novyny/Povidomlennya/99432.html

603 http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-oleh-ljaschko-mit-rechten-parolen-vor-wahlerfolg-a-998540.html

604 http://www.nzz.ch/international/endgueltige-resultate-der-parlamentswahlen-publiziert-1.18421202

605 Geschätztes Privatvermögen: 1,6 Milliarden US-Dollar (http://web.de/magazine/politik/petro-poroschenko-praesident-ukraine-18978608)

606 http://www.fr-online.de/ukraine/ula-aine-timoschenko-und-die-ultranationalisten,26429068.26695204.html

607 Ebd.

608 http://de.sputniknews.com/german.ruvr.ru/2014_05_29/Maidan-Faschismus-Deutschland-der-Westen-und-die-Braune-Revolution-in-der-Ukraine-4908/

609 Vgl. auch Ditfurth, S. 192

610 Ditfurth, S. 209

611 http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/077/1407727.pdf und http://dipbt.bundestag.de/dip21 /gesta/14/B098.pdf

612 Ditfurth, S. 248

613 Frank Drieschner: »Gorleben ist Nirgendwo« *(Die Zeit* vom 1. März 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 119

614 Ebd., S. 122

615 Brigitte Fehrle: »Hintern auf die Straße« *(Die Zeit* vom 6. November 2008), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 124

616 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruene-mit-dem-hintern-wieder-fest-auf-der-strasse-1642863.html sowie Jutta Ditfurth: *Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen,* Berlin 2011, S. 8
Ditfurth, S. 9

617 http://www.stern.de/politik/deutschland/juergen-trittin-wir-wollten-einen-anderen-staat-316606.html

618 Aktuelle Stunde des Bundestages vom 29, März 2001 (Plenarprotokoll 14. WP, 161. Sitzung, S. 15722)

619 Foto in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 125

620 Claudia-Roth-Interview in *Berlin direkt* (ZDF) vom 28. Januar 2001; sowie *Die Welt* vom 20. Februar 2001 und Ditfurth (2011), S. 9; siehe auch: http://www.cdu-soe.de/wp-content/uploads/101108-infoblatt_Zitate_Castor.pdf

621

622 Jutta Ditfurth: *Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen,* Berlin 2011, S. 12

623 http://www.zeit.de/2008/46/Gorleben-Gruene

624 Ebd.

625 Jutta Ditfurth: »Profiteure der Flaute« *(Die Zeit* vom 27. Oktober 1989), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 177 (Hervorhebungen durch MGR)

626 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

627 Jutta Ditfurth: *Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen,* Berlin 2011, S. 239

628 Georg Löwisch: »Ein frisches Lächeln fürs Nikotin«, in: *die tageszeitung* vom 15. März 2008-, sowie Ditfurth, S. 240

629 Ditfurth, S. 240

630 http://www.focus.de/politik/deutschland/rezzo-schlauch_aid_106332.html, sowie Ditfurth, S. 240

631 Aus: Wahlprogramm der Alternativen Liste (auch »Berliner Grüne« genannt; zudem Ausdruck vgl. die *Augsburger Allgemeine vom* 17. Februar 1983) zur Landtagswahl Berlin am 29. Januar 1989, in: Dr. Horst-Dieter Westerhoff/ Heinz Neumann: Rudolf Seiters: *Rot-Grün - Berlin ist der endgültige Auftakt,* Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8/1989, S. 13 f.

632 Ebd.

633 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: »Die Agenda 2010. Eine wirtschaftspolitische Bilanz« (http://www.bpb.de/apuz/28920/die-agenda-2010-eine-wirtschaftspolitische-bilanz?p=all)

634 Vgl. dazu auch: Ditfurth, S. 218ff.

635 FAZ vom 30. Juni 2004

636 http://www.zeit.de/2013/12/Goering-Eckhardt-Trittin-Agenda2010

637 http://www.n-tv.de/politik/Breite-Mehrheit-fuer-Schroeder-articlel07543.html

638 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

639 Hervorhebungen durch mich, Quelle: Stenografischer Bericht der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 17. März 2003, Anlage 3, S. 5828

640 Ditfurth, S. 212

641 http://www.gruene-bundestag.de/themen/arbeit/zehn-jahre-agenda-2010-die-arbeitsmarktreformen/gruene-bilanz-aus-heutiger-sicht-hartz-4_ID_4387740.html

642 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-11/ gruene-hartz-iv-aussetzung-Sanktionen

643 Selbstständige zum Beispiel fallen gleich auf Hartz-IV-Niveau, wenn sie Pleite machen.

644 Zu diesem Themenkomplex mit vielen Hintergrundinformationen und dazu, wie Sie Ihr Vermögen schützen können, habe ich zahlreiche Bücher veröffentlicht: *Der Crash der Lebensversicherungen,* Rottenburg 2009; *Der Staatsbankrott kommt!,* Rottenburg 2010; *Europa vor dem Crash* (mit U. Ulfkotte und G. Spannbauer), Rottenburg 2011; *Der Euro-Crash kommt!,* Rottenburg 2012; *Vorsicht Lebensversicherung!,* Rottenburg 2012; *Die ökologische Lösung der Schuldenkrise* (mit T. Meier zu Evenhausen), o.O. 2013; *Deutschland vor dem Kollaps,* Rottenburg 2013, und zur Strategie der US-Notenbank: *Federal Reserve - 100 Jahre Lügen,* Rottenburg 2014.

645 Interview in der Sendung *Phoenix - Vor Ort* am 25. Februar 2015 *(Phoenix)*

646 In der Talkshow *Maybritt Iiiner* am 19. März 2015

647 http://www.bild.de/politik/inland/griechenland-krise/welcher-politiker-wuerde-fuer-griechen-buergen-39909684.bild.html (Hervorhebungen durch MGR)

648 https://www.wsws.org/de/articles/2013/04/05/anel-a05.html

649 http://www.wsws.org/de/articles/2015/01/29/ingr-j29.html (Hervorhebungen durch MGR)

650 Ebd.

651 Zum Beispiel: »Kammenos hat bei mehreren Anlässen seine rechten Positionen zur Schau gestellt. Erst vor einem Monat behauptete er, die scheidende ND-Regierung habe >die meisten ihrer Entscheidungen gegen die griechisch-orthodoxe Kirche getroffen - Einäscherung, zivile Partnerschaften für Homosexuelle und Steuern nur für den orthodoxen Glauben. Buddhis-

ten, Juden, Moslems müssen keine Steuern zahlen ...<. Der Verein der jüdischen Gemeinden in Griechenland bezeichnete dies als >stark antisemitische Haltung<.« (http://www.wsws.org/de/articles/2015/01*1291* ingr-j29.html)

652 Ebd.

653 Ebd.

654 Ebd.

655 http://www.huffingtonpost.de/2015/03/08/panos-kammenos-fluechtlin_n_6828612.html

656 http://www.bild.de/politik/ausland/griechenland-krise/irre-drohungen-aus-athen-mit-fluechtlingen-und-isis-mitgliedern-40095436.bild.html

657 http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/cem-oezdemir-die-ersten-kopftuecher-sah-ich-in-schwaben-11112659.html

658 http://www.zeit.de/2003/06/85zdemirText/seite-3

659 http://www.welt.de/welt_print/artick775490/Europa-macht-Spass.html sowie: »Cem Özdemir«, in: Internationales Biographisches Archiv 47/2008 vom 18. November 2008

660 http://www.zeit.de/2001/43/Risikonatur/seite-2

661 http://www.spiegel.de/panorama/leute/nachwuchs-cem-oezdemir-zum-zweiten-mal-vater-a-665370.html

662 Vgl. Annette Treibel: *Migration in modernen Gesellschaften,* Weinheim/München 2003, S. 67 und http://www.rhein-zeitung.de/startseite_artikel.-Vita-Bei-Cem-Oezdemir-gehts-multikulturell-zu-_arid,1030l86.html#.VQgkV-E_lx4

663 http://www.oezdemir.de/biografie.html

664 Ebd.

665 http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/articlel334085/Gruenen-Chef-Cem-Oezdemir-CSU-unsaeglich.html

666 Ditfurth, S. 181

667 Ditfurth, S. 237

668 http://www.welt.de/politik/article2730225/Oezdemir-und-Roth-neue-Doppelspitze-der-Gruenen.html

669 http://www.oezdemir.de/biografie.html

670 http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_16954310/die-graenen-cem-oezdemir-fuer-tuerkisch-unterricht-an-schulen.html

671 *Der Spiegel* 15/2008 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-56479852.html)

672 http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/oezdemir-spitzensteuersatz-prozent-• zumutbar-1504693.html

673 http://www.wiwo.de/politik/ausland/gruenen-chef-cem-oezdemir-jeder-weiss-dass-euro-bonds-kommen-werden/5154050.html

674 Zu diesem Themenkomplex und dazu, wie Sie Ihr Vermögen schützen können: Meine Publikationen *Vorsicht Lebensversicherung!,* Rottenburg 2012; *Der Euro-Crash kommt,* Rottenburg 2012 und *Deutschland vor dem Kollaps,* Rottenburg 2013.

675 http://www.sueddeutsche.de/politik/gruenen-chef-cem-oezdemir-kaltes-wasser-gruener-hanf-1.2106761

676 http://www.oezdemir.de/themen/tuerkei_eu/2890871.html

677 Matthias Geis: »Özdemir fliegt« (*Die Zeit* vom 1. August 2002), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 293

678 http://www.faz.net/aktuell/politik/zeitungsbericht-faIl-oezdemir-sechs-private-fluege-mit-bonusmeilen-172490.html (Hervorhebungen durch MGR)

679 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

680 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

681 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-comebacks-da-bin-ich-wieder-a-748437-7.html (Hervorhebungen durch MGR)

682 Matthias Geis: »Özdemir fliegt« (*Die Zeit* vom 1. August 2002), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 293

683 So wurden Menschen im »Anti-PEGIDA-Aufruf« betitelt, die sich den Demonstrationen anschlossen (vgl. http://www.fr-online.de/pegida/pegida-anti-pegida-aufruf,29337826,29573500.html)

684 Zitiert von der FAZ (http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/gehoert-pegida-zu-deutschland-gabriel-ganz-offensichtlich-13408423.html)

685 Dazu verweise ich auf den Bestseller meines Kollegen Udo Ulfkotte: *Gekaufte Journalisten,* Rottenburg 2014

686 Vgl. Friedrich Tenbruck: *Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder die Abschaffung des Menschen,* Graz 1984, S. 247

687 Herbert Marcuse: *Repressive Toleranz,* Frankfurt 1966

688 Siehe dazu auch den *Freedom of Information Act,* der jedem Staatsbürger das Recht auf die Einsicht von staatlichen Akten gewährt. Die Amerikaner können auch damit umgehen, wenn der Ku-Klux-Klan, Nazi- oder ultralinke Parteien in ihren Straßen demonstrieren.

689 http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/2302654/maybrit-illner-vom-11-Dezember

690 http://www.duden.de/rechtschreibung/Mischpoke

691 Quelle: http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/10324

692 https://guidograndt.wordpress.com/2014/12/15/grunen-skandal-cem-ozdemir-bedient-sich-nazi-hetzjargon-gegen-juden-bei-seiner-pedigda-Beschimpfung/

693 Mail vom 16. Februar 2015 (Archiv Grandt)

694 *Der Spiegel* 3/2015, S. 36

695 Die Grünen (Hrsg.): *Programm der Partei die Grünen zur Bundestagswahl 1987,* S. 11, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Grüne und Gewalt,* Königswinter 1987, S. 13

696 *Maybrit Iiiner* (ZDF) vom 15. Januar 2015 (Hervorhebungen durch MGR)

697 »Es braucht mehr Polizisten«, in: *Der Spiegel* 12/2015

698 http://www.tagesspiegel.de/berlin/stadtleben/berliner-und-tuerken-tuerkisch-fuer-fortgeschrittene/1497172.html; zum Ausdruck »Bio-Deutscher« durch Özdemir auch: http://www.zeit.de/campus/2012/04/meinung-rassismus (Hervorhebungen durch MGR)

699 Vgl. *Menschen bei Maischberger* (ARD), Sendung vom 11. März 2015, Titel: »Gute Muslime, böser Islam?«

700 http://www.tagesspiegel.de/berlin/stadtleben/berliner-und-tuerken-tuerkisch-fuer-fortgeschrittene/1497172.html

701 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

702 http://www.sueddeutsche.de/politik/gruenen-chef-cem-oezdemir-kaltes-wasser-gruener-hanf-1.2106761

703 Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.): *Die Zukunft ist grün, Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,* Berlin 2002, S. 126 (Das Grundsatzprogramm wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15. bis 17. März 2002 im Berliner Tempodrom beschlossen); auch abzurufen auf: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf (Hervorhebungen durch MGR)

704 Meinen Recherchen nach die einzige Cannabis-Studie über solch einen langen Zeitraum hinweg.

705 http://www.dailymail.co.uk/health/article-2782906/The-terrible-truth-cannabis-British-expert-s-devastating-20-year-study-finally-demolishes-claims-smoking-pot-harmless.html

706 Ebd. und http://www.express.de/gesund-fit/cannabis-studie-ueber-20-jahre-suchtwirkung-wie-heroin—so-gefaehrlich-ist-kiffen-wirklich-,9567976,28777730.html

707 http://www.gruene-bundestag.de/themen/drogen/vernunft-statt-ideologie/seite-2-faq-cannabiskontrollgesetz_ID_4394703.html

708 http://www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/gruene-wollen-haschisch-freigeben-aid-1.3618271

709 http://www.gruene-bundestag.de/themen/drogen/vernunft-statt-ideologie/seite-2-faq-cannabiskontrollgesetz_ID_4394703.html

710 Ebd.

711 http://www.gruene-bundestag.de/themen/drogen/vernunft-statt-ideologie-das-gruene-cannabiskontrollgesetz/ seite-1 -die-prohibition-ist-gescheitert_ID_4394702.html und http://www.gruene-videos.de/repository/initiativen/GE_CannKontrollG_F42-15.pdf

712 http://www.welt.de/politik/deutschland/articlel36484794/Ermittlungen-gegen-Oezdemir-wegen-Hanf-Anbaus.html

713 Ebd.

714 http://www.n-tv.de/politik/Ermittler-lassen-Oezdemir-seinen-Hanf-article14444561. html

715 http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.oezdemir-ein-kurzer-flug-wird-zur-bauchlandung.ea9426c4-2618-4606-987a-40aa2916b757.html

716 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/portraet-goermg-eckardt-gruene

717 http://www.karriere.de/service/die-maechtigen-von-morgen-116253/

718 »Göring-Eckardt und ihre Jugend in der DDR. Das eher aufmüpfige Mädchen und das Mitwirken in der FDJ«, in: *Thüringische Landeszeitung* vom 10. Dezember 2012

719 Literatur zur FDJ (Auswahl): Hanns-Peter Herz: *Freie Deutsche Jugend. Berichte und Dokumente zur Entwicklung und Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisation,* München 1957; *Dokumente zur Geschichte der Freien*

Deutschen Jugend, **4 Bände, Berlin 1960-1963; Ulrich Mählert:** *Die Freie Deutsche Jugend 1945-1949,* **Paderborn 1995; Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan:** *Blaue Hemden Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend,* **Opladen 1996.**

720 **Vgl.** *Bundesanzeiger Nr.* **124 vom 30. Juni 1951; sowie: Karl-Heinz Jahnke:** *Sechsundzwanzigster Juni 1951 - Verbot der Freien Deutschen Jugend,* **Essen 1996.**

721 **http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ein-makel-im-lebenslauf-deutsche-spitzenpolitiker-verschleiern-ihre-studienabbrueche-12194627.html**

722 **http://www.tagesspiegel.de/politik/interview-mit-katrin-goering-eckardt-claudia-roth-hat-leidenschaftliche-fans-/6730568-3.html, sowie: Patrick Krug: »35 Jahre in Ingersleben«, in:** *Thüringische Landeszeitung* **vom 1./2. Mai 2013, sowie: http://www.wvr-law.de/lg-berlin-bild-durfte-ueber-scheidung-von-goering-eckeardt-berichten/**

723 **http://www.wvr-law.de/lg-berlin-bild-durfte-ueber-scheidung-von-goering-eckeardt-berichten/**

724 **http://www.gruene-bundestag.de/fraktion/abgeordnete_ID_4389869/abgeordnete/goering-eckardt.html**

725 **Ebd.**

726 **http://www.ekd.de/ekd_kirchen/rat/goering_eckardt.html**

727 **Ebd.**

728 **Ebd.**

729 **Ebd.**

730 **Ebd.**

731 **Ebd.**

732 **Ebd.**

733 **Ebd.**

734 **Ebd.**

735 **http://www.spiegel.de/politik/deutschland/urwahl-gruene-kueren-goering-eckardt-und-trittin-zu-spitzenkandidaten-a-866433.html**

736 **http://www.spiegel.de/politik/deutschland/katrin-goering-eckardt-und-anton-hofreiter-werden-gruenen-fraktionschefs-a-926745.html**

737 **Ditfurth, S. 238**

738 **http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete 18/biografien/G/goering_eckardt_katrin/258372**

739 **http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/portraet-goering-eckardt-gruene**

740 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

741 **http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/portraet-goering-eckardt-gruene/seite-2**

742 **»Weiter Streit um Agenda 2010«, Katrin Göring-Eckardt im Interview** *(Deutschlandfunk* **vom 6. Mai 2003); http://www.deutschlandfunk.de/weiter-streit-um-agenda-2010.694.de.html?dram:article_id=59035 (Hervorhebungen durch MGR)**

743 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

744 **http://www.welt.de/politik/deutschland/article 110906606/Ein-seltsames-Paar-fuer-den-gruenen-Wahlkampf.html (Hervorhebungen durch MGR)**

745 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/portraet-goering-eckardt-gruene/seite-2 und http://www.zeit.de/2013/12/Goering-Eckhardt-Trittin-Agenda2010 und http://www.spiegel.de/politik/deutschland/katrin-goering-eckardt-der-politische-werdegang-der-gruenen-politikerin-a-866438.html

746 Katrin Göring-Eckardt/Jürgen Trittin: »Über das Ziel hinausgeschossen«, in: *Die Zeit* vom 14. März 2013 (http://www.zeit.de/2013/12/Goering-Eckhardt-Trittin-Agenda2010)

747 http://www.zeit.de/karriere/beruf/2013-03/studie-minijobs und http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-03/gruene-minijobs-abgaben

748 http://www.dielinke-bremen.de/nc/politik/aktuell/detail/zurueck/bremen news/artikel/noch-ein-nachschlag-die-gruenen-und-hartz-iv/

749 Zitiert auf: http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-03/gruene-minijobs-abgaben

750 Ebd.

751 Göring-Eckardt gibt das im Interview mit dem *Tagesspiegel* selbst zu (http://www.tagesspiegel.de/politik/interview-mit-katrin-goering-eckardt-wenn-man-fehler-macht-muss-man-die-auch-zugeben/11117038.html)

752 Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes.

753 Siehe dazu auch den Bestseller meines Kollegen Udo Ulfkotte: *Gekaufte Journalisten,* Rottenburg 2014

754 In der Sendung *hart aber fair* (ARD) vom 12. Januar 2015

755 Ebd.

756 https://www.facebook.com/GoeringEckardt (gepostet am 9. März 2015)

757 http://www.taz.de/1125172/ (Hervorhebungen durch MGR)

758 Mail vom 16. Februar 2015 (Archiv Grandt)

759 Vgl. http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/articlel 10912423/Claudia-Roth-praegend-polarisierend-verletzlich.html

760 http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/claudia-roth-in-zitaten-die-wundertuete-leider-hat-mama-nur-nieten-reingetan/8837960.html?slp=false8<p=88ia=false#image

761 http://www.spiegel.de/forum/politik/polizeigewalt-istanbul-mit-knueppeln-gegen-die-wutbuerger-vom-gezi-park-thread-91842-13.html

762 http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/articlel68970/CSU-nennt-Gruenen-Chefin-Claudia-Roth-Heulsuse.html

763 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/claudia-roth-mit-einem-staatsamt-beworfen-12619093.html

764 http://www.politik-forum.eu/viewtopic.php?p=2222644

765 http://www.berliner-zeitung.de/archiv/mit-fischer-in-mazedonien, 10810590,9921158.html

766 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mixa-und-roth-augsburger-unfrieden-1492376.html

767 http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnetel8/biografien/R/roth_claudia/258898

768 Claudia Roth: *Das Politische ist privat. Erinnerungen für die Zukunft,* Berlin 2006, S. 58 f.

769 Ebd., S. 63

770 Ebd., S. 87

771 http://vww.riolyrics.de/song/id: 146

772 http://www.shz.de/schleswig-holstein/kultur/ein-ideologischer-scherben haufen-id2599976.html

773 http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-28091/gruenen-chefin-bleibt-im-amt-deshalb-kann-claudia-roth-nicht-loslassen_aid_858688.html

774 http://claudia-roth.de/

775 http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/parlamentariergruppen/pg.html

776 Saskia Richter: »Führung ohne Macht? Die Sprecher und Vorsitzenden der Grünen«, in: Daniela Forkmann/Michael Schlieben (Hrsg.): *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005,* Wiesbaden 2005, S. 201

III http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-11 /gruene-claudia-roth-parteivorsitz

778 http://www.hauptstadtjournalisten.de/pdf/Machtnetz_ClaudiaRoth.pdf

779 http://www.sueddeutsche.de/politik/kampfansage-die-gruenen-chefin-claudia-roth-zum-zuwanderungsgesetz-1.435496

780 http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnetel 8/biografien/R/roth_claudia/258898

781 http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-ll/gruene-claudia-roth-parteivorsitz

782 http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnetel8/biografien/R/roth_claudia/258898

783 http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article 12109 7776/Die-sechs-neuen-Bundestagsvizepraesidenten.html

784 https://www.youtube.com/watch?v=fmmXEELqs2Y

785 http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/claudia-roth-in-zitaten-die-wundertuete-leider-hat-rnama-nur-nieten-reingetan/8837960.html?slp=false&p=5&a=false#image

786 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/durchgeknallter-oberfundi-roth-soll-sich-bei-bischof-mixa-entschuldigen-a-512865.html

787 Ebd.

788 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/durchgeknallter-oberfundi-roth-soll-sich-bei-bischof-mixa-entschuldigen-a-512865.html

789 Talkrunde »Links-Rechts« *(N24)* vom 12. Mai 2009 mit den Moderatoren Hajo Schumacher und Hans-Hermann Tiedje (https://www.radio-utopie.de/2009/09/26/durchgeknallt-claudia-roth-und-ihre-grune-partei-der-besserverdienenden/); die Passage zu sehen auf: https://www.youtube.com/watch?v=JXETKZCd6fw (Abgerufen am 9. März 2015.)

790 http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/claudia-roth-in-zitaten-die-wundertuete-leider-hat-mama-nur-nieten-reingetan/8837960.html

791 https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/bombardierung-von-dresden-1945.html

792 https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/bombardierung-von-dresden-1945.html

793 Deren Forschungen auch kritisiert wurden.

794 http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-17204/dresdner-bomben nacht-die-dreifache-schaendung-der-toten_aid_479122.html

795 John Keegan: *The Oxford Companion to World War II,* Oxford 2005, S. 242

796 http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-17204/dresdner-bomben nacht-die-dreifache-schaendung-der-toten_aid_479122.html

797 *Facebook-Eintmg* vom 13. Februar 2015, 15:15 Uhr (https://www.facebook.com/Roth?fref=ts).

798 Heimo Schwilk in der *Welt: »Bei einem Rundgang durch das türkisch dominierte Berlin-Kreuzberg überraschte die Politikerin Claudia Roth ihre Gesprächspartner mit einem Geistesblitz der besonderen Art. Man könne doch, meinte die Bundesvorsitzende der Grünen, am 3. Oktober nicht nur die deutsche Einheit, sondern auch den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei feiern.* ***Ihre Vision: Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen.«*** (http://www.welt.de/print-wams/article122863/Hinter-List.html, Hervorhebungen durch MGR)

799 Angeblich in der *Münchner Runde* (BR am 5. Oktober 2004), https://www.youtube.com/watch?v=UpAUQY4Wwlo (nicht mehr verfügbar), sowie: http://brandenburger-rundschau.de/cms/zeigeBereich/15/zeigeText/76/wir-treten-an-die-wahlurne-doch-wen-waehlen-wir.html

800 Mail vom 16. Februar 2015 (Archiv Grandt)

801 Mail vom 16. Februar 2015, Hervorhebungen durch MGR (Archiv Grandt)

802 Mail vom 16. Februar 2015 (Archiv Grandt)

803 Mail vom 17. Februar 2015, Hervorhebungen durch MGR (Archiv Grandt)

804 Mail vom 17. Februar 2015, Hervorhebung durch MGR (Archiv Grandt)

805 Mail vom 17. Februar 2015 an BR (Archiv Grandt)

806 Nach dem Krieg gab es rund sieben Millionen mehr Frauen als Männer in Deutschland. Die Gründe: Millionen gefallene und vermisste Soldaten.

807 Vgl. dazu beispielsweise: Trade Unruh (Hrsg.): *Trümmerfrauen - Biografien einer betrogenen Generation,* Essen 1987; Angela M. Arnold (Hrsg.): *Trümmerbahn und Trümmerfrauen,* Berlin 1999

808 http://www.merkur-online.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/truemmerfrauen-denkmal-gruener-fordert-beseitigung-4509814.html

809 Ebd.

810 Plenarprotokoll 18/62. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 62. Sitzung. Berlin, Mittwoch, 5. November 2014 http://www.bundestag.de/blob/339170/57e608c62e2eea7elcceea0a2102668f/18062-data.txt

811 http://www.morgenpost.de/berlin/abgeordnetenhauswahl/article1735410/Renate-Kuenast-muss-kaempfen.html

812 http://www.morgenpost.de/berlin/abgeordnetenhauswahl/article1735410/Renate-Kuenast-muss-kaempfen.html

813 http://www.renate-kuenast.de/renate-kuenast/lebenslauf/

814 Martin Sebaldt: »Künast, Renate Elly«, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1998-2005,* Wiesbaden 2008, S. 224 ff.

815 http://www.n24,de/n24/Nachrichten/Panorama/d/1321570/renate-kuenast--verheimlichte-hochzeit.html und http://www.welt.de/print-welt/article266622/Renate-Kuenast-gesteht-ihre-Liebe.html

816 Ebd., S. 226

817 Mail vom 18. Februar 2015 (Archiv Grandt)

818 Mail vom 18. Februar 2015 an den Autor (Archiv Grandt). Hervorhebungen durch MGR

819 Ebd.

820 Mail vom 18. Februar 2015 (Archiv Grandt), Hervorhebungen durch MGR

821 http://www.gorleben-archiv.de/Huettendorf- 1004.htm

822 Ebd.

823 Rede von Renate Künast im Herbst 2010 in Berlin, zitiert in: Jutta Ditfurth: *Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen,* Berlin 2011, S. 33; dortige Quelle: Constanze von Bullion: »Künast will Berlin regieren«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. November 2010

824 http://www.renate-kuenast.de/renate-kuenast/lebenslauf/ sowie: Martin Sebaldt: »Künast, Renate Elly«, in: Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.): *Kanzler und Minister 1998-2005,* Wiesbaden 2008, S. 220 ff.

825 Jutta Ditfurth: *Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen,* Berlin 2011.S.33

826 http://www.morgenpost.de/berlin/abgeordnetenhauswahl/article1735410/Renate-Kuenast-muss-kaempfen.html

827 Diesen Ausdruck verwendet *Die Welt:* http://www.welt.de/welt_print/article1632662/Lasst-tausend-Blumen-bluehen-Juergen-Trittin.html

828 Zu seiner Haltung zu den umstrittenen Castor-Transporten siehe Abschnitt 3.3 »Castor-Transporte und die Doppelmoral«

829 Jürgen Trittin: Internationales Biographisches Archiv 50/2012 vom 11. Dezember 2012 (http://www.munzinger.de/search/go/document.jsp?id=00000019603)

830 Mitgliedsnummer 496535 (http://www.stern.de/politik/deutschland/gruenen-spitzenkandidat-trittins-vater-war-bei-waffen-ss-1926382.html).

831 Mitgliedsnummer 9563639 (http://www.stern.de/politik/deutschland/gruenen-spitzenkandidat-trittins-vater-war-bei-waffen-ss-1926382.html).

832 Jens König: »Die Wandlung. Linksradikaler, Rüpel, ökostalinist - das war gestern. Heute gibt der grüne Spitzenkandidat den Staatsmann. Der lange Marsch des Jürgen Trittin«, in: *Stern* 47/2012, S. 53 ff. und http://www.stem.de/politik/deutschland/gruenen-spitzenkandidat-trittins-vater-war-bei-waffen-ss-1926382.html

833 http://www.stern.de/politik/deutschland/gruenen-spitzenkandidat-trittins-vater-war-bei-waffen-ss-1926382.html

834 *Der Spiegel* 48/2012 vom 26. November 2012 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-89801833.html)

835 Christoph Hickmann: »Ich und ich«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 25. April 2013

836 Jochen Bölsche: »Die verlorene Ehre der Apo«, in: *Der Spiegel* 5/2001 vom 29. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370244.html)

837 Ebd.

838 Jochen Bölsche: »Die verlorene Ehre der Apo«, in: *Der Spiegel* 5/2001 vom 29. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370244.html) Trittin selbst: *»Ich war gewähltes AStA-Mitglied, Mitglied auf der Liste der Sympathisanten des Kommunistischen Bundes.«* (http://www.stern.de/politik/deutschland/juergen-trittin-wir-wollten-einen-anderen-staat-316606.html)

839 http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-pflasterstein-pflasterstein-da-wird-doch-einer-locker-sein_aid_631963.html

840 http://www.stern.de/politik/deutschland/juergen-trittin-wir-wollten-einen-anderen-staat-316606.html (Hervorhebungen durch MGR)

841 http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-pflasterstein-pflasterstein-da-wird-doch-emer-locker-sein_aid_631963.html

842 Ebd.

843 Ebd.

844 Ebd.

845 Quelle für beide Zitate: http://www.stern.de/politik/deutschland/juergen-trittin-wir-wollten-einen-anderen-staat-316606.html

846 http://www.faz.net/aktuell/politik/portraets-personalien/juergen-trittin-goettinger-verhaeltnisse-12580083-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

847 Ebd.

848 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

849 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/juergen-trittin-der-gelaeuterte-11131332.htmi?printPagedArticle=true#pageIndex_2

850 Vgl. Jochen Bölsche: »Die verlorene Ehre der Apo«, in: *Der Spiegel* 5/2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370244.html)

851 Ebd.

852 Ebd.

853 Jens König: »Die Wandlung. Linksradikaler, Rüpel, ökostalinist - das war gestern. Heute gibt der grüne Spitzenkandidat den Staatsmann. Der lange Marsch des Jürgen Trittin«, in: *Stern* 47/2012

854 Ebd.

855 Ebd.

856 Ebd.

857 Ebd.

858 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-debatte-um-gruene-volker-beck-taeuschte-oeffentlichkeit-a-923357.html

859 http://www.spiegel.de/politik/deutschiand/forscher-brmgt-trittin-in-verbindung-mit-paedophilie-programm-a-922376.html (Hervorhebungen durch MGR)

860 Zitiert auf: http://www.spiegel,de/politik/deutschland/forscher-bringt-trittin-in-verbindung-mit-paedophilie-programm-a-922376.html

861 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

862 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

863 So Ludger Volmer, S. 168

864 Matthias Geis: »Der Triumph des ewigen Zweiten« (*Die Zeit* vom 13, September 2007), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 363

865 Ebd.

866 http://www.welt.de/debatte/kommentare/articlell4830965/Die-Gruenen-werden-zur-buergerlichen-Linkspartei.html

867 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/juergen-trittin-der-gelaeuterte-11131332.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

868 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/juergen-trittin-der-gelaeuterte-11131332.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Hervorhebungen durch MGR)

869 Ebd.

870 Ebd.

871 Christoph Hickmann: »Ich und ich«, in: *Süddeutsche Zeitungvom* 25. April 2013

872 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-fraktionschef-trittin-schockiert-vom-herzinfarkt-a-684819.html

873 http://www.mopo.de/politik---wirtschaft/medienbericht-gruenen-politiker-juergen-trittin--heimliche-hochzeit,5066858,25705340.html

874 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruener-juergen-trittin-rechtfertigt-teilnahme-an-bilderberg-konferenz-a-837110.html

875 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruener-juergen-trittin-rechtfertigt-teilnahme-an-bilderberg-konferenz-a-837110.html und http://www.welt.de/politik/deutschland/articlel06419336/Trittin-nach-Bilderberg-Konferenz-in-Erklaerungsnot.html

876 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ein-makel-im-lebenslauf-deutsche-spitzenpolitiker-verschleiern-ihre-studienabbrueche-12194627.html

877 http://www.express.de/politik-wirtschaft/gruenen-politiker-volker-beck-sein-ehemann-starb-an-krebs,2184,864212.html

878 http://www.volkerbeck.de/kontakt/team-beck/

879 http://www.volkerbeck.de/person-beck/biographie/

880 Auf seiner Homepage nachzulesen: http://www.volkerbeck.de/

881 http://www.volkerbeck.de/person-beck/biographie/

882 http://www.volkerbeck.de/person-beck/auszeichnungen/

883 http://www.volkerbeckde/person-beck/nebentaetigkeiten-und-nebeneinkuenfte/

884 Ebd.

885 In der Sendung *Menschen bei Maischberger* (ARD) am 13. Januar 2015

886 Ebd.

887 *Bundesgesetzblatt Teil I,* 2001 Nr. 9 vom 22. Februar 2001, »Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften« (http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start. xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl 101 s0266.pdf#__bgbl___%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl 101 s0266.pdf%27%5D__1421659250551); das Gesetz wurde im November 2000 durch den Bundestag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU-Fraktion und FDP beschlossen und trat am 1. August 2001 in Kraft.

888 http://www.volkerbeck.de/person-beck/biographie/

889 **Derzeit rund 30000 in Deutschland (siehe n-iv-nachrichten vom 17. März 2015)**

890 **Vgl. §9 Abs. 6 LPartG, in: Bundesgesetzblatt Teil I 2001 Nr. 9 vom 22. Februar 2001, »Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften« (http://www.bgbl.de/banzxaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbll01s0266.pdf#___bgbl%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbll01s0266.pdf%27%5D___1421659250551)**

891 **Ebd.**

892 **Christa Meves:** *Verführt. Manipuliert. Pervertiert - Die Gesellschaft in der Falle modischer Irrlehren,* **Gräfelfing 2004, S. 45 f.**

893 **Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.):** *Die Zukunft ist grün, Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,* **Berlin 2002, S. 139 (Das Grundsatzprogramm wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15. bis 17. März 2002 im Berliner Tempodrom beschlossen); auch abzurufen auf: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf**

894 **Zum »Gender Mainstreaming« als erklärtem Ziel der EU siehe: http://www.bmfsij.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=192702.html**

895 **Dale O'Leary:** *The Gender Agenda - Redefining Equality,* **Lafayette 1997 (vgl. ebenfalls: http://web.archive.Org/web/20070928091433/http://dijg.de/pdf/bulletin_13_2007_oleary1.pdf; http://web.archive.org/web/20070928091350/dijg.de/pdf/bulletin_13_2007_oleary2.pdf)**

896 **Vgl.** *»Es ist so weit. Die Gender-Diskussion dreht jetzt offiziell ab ins Absurde. Vorreiter ist die Schweiz. Die Stadt Bern hat einen 22-seitigen Sprachleitfaden für die Stadtverwaltung herausgegeben, damit auch wirklich in jeder Situation geschlechtsneutral formuliert werden kann. Damit folgen die Schweizer der Beschlussvorlage 12267 des Ausschusses für Chancengleichheit von Frauen und Männern des Europarates, der unter anderem gegen die Verwendung des Mutterbegriffs in den Nationen kämpfen soll, um Gender-Gleichheit herzustellen. Die übergeordnete Behörde (weiblich?), die Schweizer Bundeskanzlei, hat einen Leitfaden für die Mitarbeitenden (statt Mitarbeiterinnen) beim Staat (sächlich?) verfasst. Der geht sogar noch weiter. Auf 192 Seiten wird erklärt, wie man in welcher Situation geschlechtergerecht korrekt formuliert. Da bleiben keine Fragen offen. Der Leitfaden ist für amtliche Publikationen verbindlich, wie Isabel Kamber, die Stellvertretende Leiterin Zentrale Sprachdienste, Sektion Deutsch, ausführt. (...) Mit dem Wort >Fußgängerstreifen< seien nur die Männer gemeint, erläutert Nadine Wenger, Projektmitarbeiterin bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann in Bern. - Stattdessen solle man den Begriff »Zebrastreifen' verwenden, der sei neutral. Das Ziel sei die Gleichstellung von Mann und Frau. Und dazu gehöre eben auch eine geschlechtergerechte Sprache. Geschlechtergerecht geht es demnach nur in der Sächlichkeit zu. Dazu verbannen wir die männlichen und weiblichen Artikel aus unserer Sprache. Statt Herrlichkeit oder Dämlichkeit herrscht jetzt nur noch die Sachlichkeit. Das ist ja schon mal was. So wird aus >Lehrerzimmer< das >Pausenzimmer<, aus >Anfängerkurs< wird >Einstiegskurs<, aus >Mannschaft< (auch aus der Damenmannschaft) wird das >Team<, aus >Mutter< und*

>Vater< wird das >Elter<.« **(Zitiert aus: https://www.freitag.de/autoren/gero steiner/ich -bins-dein-elter.)**

897 **»Keine Wende bei Haschisch, aber ...«, Interview der *taz* mit Volker Beck vom 3. Juni 2002 (http://www.taz.de/l/archiv/?dig=2002/06/03/a0079), Hervorhebungen durch MGR**

898 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

899 **In Anlehnung an das Grüne Bundestagswahlprogramm 2013, Seite 228 (http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf)**

900 **https://de-de.facebook.com/VolkerBeckMdB/posts/10151777408077698, gepostet am 10. August 2013 (Hervorhebungen durch MGR)**

901 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

902 **http://blog.zdf.de/zdflogin/2012/04/19/beck-die-auswirkungen-des-bge-sind-unsozial/ (Hervorhebungen durch MGR)**

903 **Interview in der *Frankfurter Rundschau* vom 18. Mai 2013 (http://www.fr-online.de/politik/volker-beck--falscher-solidarisierungs-reflex-mit-paedophilen-,1472596,22778134.html), Hervorhebungen durch MGR**

904 **Angelo Leopardi (Hrsg.):** *Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner,* **Berlin/Frankfurt 1988**

905 **Volker Beck: »Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik«, in: Angelo Leopardi (Hrsg.):** *Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner,* **Berlin/Frankfurt 1988, S. 255 (www.google.de/url?sa=t&rct=j8cq=8cesrc=s8csource=web&cd=1&ved=0CCEQFjAA&url=http%3A%2F%2Fde.wikimannia.org%2Fimages%2FAnalyse_der_paedophilen_Vergangenheit_der_Gruenen.pdf&ei=TojHVLPgNcyP7Aac9YDgAg&usg=AFQjCNGWgkcI(qkAwx6mX5A4R8rU8K7-L3g8cbvm=bv.84607526,bs.1,d.ZWU), Hervorhebungen durch MGR; Faksimile des Beitrages: http://www.spiegel.de/media/media-32291.pdt**

906 **Volker Beck: »Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik«, in: Angelo Leopardi (Hrsg.):** *Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner,* **Berlin/Frankfurt 1988, S. 266 (Hervorhebungen durch MGR); Faksimile des Beitrags: http://www.spiegel.de/media/media-32291.pdf; im Originalmanuskript steht dies auf Seite 13 (http://www.spiegel.de/media/media-32292.pdf)**

907 **Volker Beck: »Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik«, in: Angelo Leopardi (Hrsg.):** *Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner,* **Berlin/Frankfurt 1988, S. 263; Faksimile des Beitrages: http://www.spiegel.de/media/media-32291.pdf; im Originalmanuskript steht dies auf Seite 9 f. (http://www.spiegel.de/media/media-32292.pdf)**

908 **Volker Beck: »Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik«, in: Angelo Leopardi (Hrsg.): Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner, Berlin/Frankfurt 1988, S. 264, Hervorhebungen durch MGR (www.google.de/url?sa=t8crct=j8cq=8cesrc=s&source=web&cd=l&ved=0CCEQFjAA8curl=http%3A%2F%2Fde.**

wikimannia.org%2Fimages%2FAnalyse_der_paedophilen_Vergangenheit_der_Gruenen.pdf&ei=TojHVLPgNcyP7Aac9YDgAg&usg=AFQjCNGWgkcBqkAwx6mX5A4R8rU8K7-L3g&bvm=bv.84607526,bs.l,d,ZWU); Faksimile des Beitrags: http://www.spiegel.de/media/media-32291.pdf; Originalmanuskript S. 10 (http://www.spiegel.de/media/media-32292.pdf)

909 http://www.welt.de/politik/deutschland/articlell6529890/Beistand-fuer-Volker-Beck-im-Paedophilie-Streit.html

910 Inhaltsverzeichnis abrufbar auf: http://d-nb.info/880307943/04

911 Interview in der *Frankfurter Rundschau* vom 18. Mai 2013 (http://www.fr-online.de/politik/volker-beck--falscher-solidarisierungs-reflex-mit-paedophilen-,1472596,22778134.html), Hervorhebungen durch MGR

912 http://www.abgeorclnetenwatch.de/volker_beck-650-5916--f70338.html#q70338 (Hervorhebung durch MGR)

913 Interview in der *Frankfurter Rundschau* vom 18. Mai 2013 (http://www.fr-online.de/politik/volker-beck—falscher-solidarisierungs-reflex-mit-paedophilen-, 1472596,22778134.html)

914 Ann-Katrin Müller: »Grüne: Volker Beck täuschte Öffentlichkeit über Pädophilie-Text«, in: *Der Spiegel* 39/2013 (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-debatte-um-gruene-volker-beck-taeuschte-oeffentlichkeit-a-923357.html)

915 Ebd.

916 »Im Hinblick auf eine Entkriminalisierung der Pädosexualität« wurde auf dem Manuskript handschriftlich hinzugefügt; ich konnte nicht verifizieren, von wem (Herausgeber oder Volker Beck?); vgl. Originalmanuskript, S. 1 (http://www.spiegel.de/media/media-32292.pdf)

917 Inhaltsverzeichnis (http://d-nb.info/880307943/04) und Aufsatz ab S. 255

918 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-debatte-um-gruene-volker-beck-taeuschte-oeffentlichkeit-a-923357.html

919 Ebd.

920 Originalmanuskript, S. 7

921 Angelo Leopardi (Hrsg.): *Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner,* Berlin/Frankfurt 1988, S. 260

922 Außer ein paar grammatikalischen Änderungen

923 Ann-Katrin Müller: »Grüne: Volker Beck täuschte Öffentlichkeit über Pädophilie-Text«, in: *Der Spiegel* 39/2013 (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-debatte-um-gruene-volker-beck-taeuschte-oeffentlichkeit-a-923357.html)

924 Ebd.

925 http://www.fr-online.de/bundestagswahl---hintergrund/gruene-und-paedophilie-debatte-nach-juergen-trittin-nun-volker-beck,23998104,24376272.html

926 http://www.stroebele-online.de/person/biographie/index.html

927 Ebd.

928 Siehe Abschnitt 1.6 »Grüne und Terrorismus«

929 http://www.stroebele-online.de/person/biographie/index.html

930 http://www.stroebele-online.de/person/mein_einkommen/index.html

931 http:// www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete 18/biografien/S/stroebele_hans_christian/259044

932 http://www.stroebele-online.de/person/biographie/index.html

933 http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnetel8/biografien/S/stroebele_hans_christian/259044

934 http://www.stroebele-online.de/person/biographie/index.html

935 http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete 18/biografien/S/stroebele_hans_christian/259044

936 Ebd.

937 http://www.stroebele-online.de/person/biographie/index.html

938 http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnetel8/biografien/S/stroebele_hans_christian/259044

939 Ebd.

940 http://www.stroebele-online.de/person/biographie/index.html; NSU = Nationalsozialistischer Untergrund, eine rechtsextreme terroristische Vereinigung.

941 http://www.zeit.de/1991/10/unfriede-unter-den-pazifisten (Hervorhebungen durch MGR)

942 Vgl. Ludger Volmer, S. 305 f.

943 http://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-stroebele-will-islamischen-feiertag-1.777794

944 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/integration-stroebele-will-tuerkische-version-der-nationalhymne-a-414122.html

945 http://www.stroebcle-online.de/themen/buergerrechte/129925.html (Hervorhebungen durch MGR)

946 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

947 http://www.stroebele-online.de/themen/buergerrechte/129925.html (Hervorhebungen durch MGR)

948 http://www.focus.de/politik/deutschland/er-muss-weg-grueiien-politiker-stroebele-will-inzest-paragrafen-abschafFen_aid_736743.html (Hervorhebungen durch MGR)

949 Ebd.

950 Später erklärte Cohn-Bendit jenen, die die Juden nur als Religionsgemeinschaft sehen wollten: *»Ich gehöre nicht dazu, zur Religion, aber ich bin trotzdem ein Jude.«* Das sei Lebensschicksal, (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13514757.html)

951 Sabine Stamer: *Cohn-Bendit. Die Biografie,* Hamburg 2001, S. 34

952 Daniel Cohn-Bendit: *»Ich lebe da, wo ich verliebt bin. Rede über das eigene Land«* (leicht gekürzte Fassung einer Rede, die Cohn-Bendit in der von der Stadt München, vom Bertelsmann Verlag und von den Münchner Kammerspielen veranstalteten Reihe »Reden über das eigene Land: Deutschland« gehalten hat), veröffentlicht am 5. Dezember 1986, nachzulesen auf: *Zeit online* (http://www.zeit.de/1986/50/ich-lebe-da-wo-ich-verliebt-bin/komplettansieht), Hervorhebungen durch MGR

953 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

954 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

955 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**
956 **Stamer, S. 55, 63-65**
957 **Philip M. Williams:** *French Politicians and Elections 1951-1969,* **Cambridge 2010, S. 238**
958 **Claudia Hangen:** *Die Partei der Grünen in Frankreich. Ideologie und Bewegung,* **Wiesbaden 2005, S. 66**
959 **Susanne Kailitz:** *Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage,* **Wiesbaden 2007, S. 142**
960 **Jan C. Suntrup:** *Formenwandel der französischen Intellektuellen: Eine Analyse ihrer gesellschaftlichen Debatten von der Libération bis zur Gegenwart,* **Münster 2010, S. 215**
961 **Ebd., S. 222**
962 **Zitiert nach Emil-Maria Ciaassen, Louis-Ferdinand Peters:** *Rebellion in Frankreich,* **München 1968, S. 47 (Hervorhebung durch MGR)**
963 **Mehr dazu in: Bruno Frei:** *Die anarchistische Utopie,* **o.O„ 1971, S. 96 110**
964 **Stamer, S. 87 f.**
965 **Kailitz, S. 142 ff.**
966 *Die Zeit* **vom 31. Mai 1968 (http://www.zeit.de/1968/22/das-spektakel-von-forbach)**
967 **Ebd.**
968 **Christoph Kalter:** *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich,* **Frankfurt/New York 2011, S. 210f.**
969 **Detlef Siegfried:** *Time Is on My Side: Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er-Jahre,* **Göttingen 2006, S. 496**
970 **»Liebe anders«, in:** *Der Spiegel* **40/1968 vom 30. September 1968 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46056027.html)**
971 **Stefan Aust:** *Der Baader Meinhof Komplex,* **München 2013, S. 92**
972 **Anne Ameri-Siemens:** *Durch die Institutionen oder in den Terrorismus: die Wege von Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Hans-Joachim Klein und Johannes Weinrich,* **Frankfurt 2006, S. 135**
973 **Manfred Kittel:** *Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt nach 1968,* **München 2011, S. 51**
974 **Ebd.**
975 **Daniel Cohn-Bendit:** *»Ich lebe da, wo ich verliebt bin. Rede über das eigene Land«* **(leicht gekürzte Fassung einer Rede, die Cohn-Bendit in der von der Stadt München, vom Bertelsmann Verlag und von den Münchner Kammerspielen veranstalteten Reihe »Reden über das eigene Land: Deutschland« gehalten hat), veröffentlicht am 5. Dezember 1986, nachzulesen auf:** *Zeit online* **(http://www.zeit.de/1986/50/ich-lebe-da-wo-ich-verliebt-bin/komplettansicht)**
976 **http://www.zeit.de/1987/43/ihr-wollt-menschen-schuetzen-wir-auch/komplettansicht (Hervorhebungen durch MGR)**
977 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**
978 **Genauso grammatikalisch falsch steht dies in der Originalquelle.**
979 **http://www.zeit.de/1987/43/ihr-wollt-menschen-schuetzen-wir-auch/komplettansicht (Hervorhebungen durch MGR)**

980 **http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40615891 .html**

981 **Stamer, S. 170 f.**

982 **http://www.zeit.de/1987/43/ihr-wollt-menschen-schuetzen-wir-auch/komplettansicht (Hervorhebungen durch MGR)**

983 **FAZ vom 15. September 1998**

984 **http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP// TEXT+REPORT+A5-2003-0246+0+DOC+XML+VO//DE**

985 **Wörtlich:** *»Ihr Freund Daniel Cohn-Bendit hat gestern in n-tv gesagt, dass er den Terroristen Hans-Joachim Klein bei seiner Flucht und in seinem Versteck finanziell unterstützt hat.«* **Auszüge aus der Befragung, Plenarprotokoll 14/142 (Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht, 142. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 17. Januar 2001 (http://www.glasnost.de/docs01/0117befrag.html)**

986 **http://www.europarl,europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A5-2003-0246+0+D0c+XML+V0//DE**

987 **http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204046.html**

988 **Sibylle Krause-Burger:** *Joschka Fischer: Der Weg durch die Illusionen,* **München 1999, S. 128**

989 **»>Die EU ist nicht israelkritisch genug<«, auf:** *Juedische-allgemeine.de* **vom 6. Mai 2010 (http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/7375).**

990 **http://www.tagesspiegel.de/politik/frankreich-keine-stimme-fuer-hollande/7174616.html**

991 **http://www.nzz.ch/aktuell/international/uebersicht/cohn-bendit-eelv-austritt-1.17876277**

992 **Ebd.**

993 **http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-politiker-daniel-cohn-bendit-im-interview-a-884569.html**

994 **Vgl. z.B. Oliver Tolmein/Detlef zum Winkel:** *Herr P. und die Bombe: Vom Krieg der Polemiker,* **Hamburg 1991, S. 76; Ludger Volmer, S. 333**

995 **Ebd.**

996 **Stamer, S. 211**

997 **Ulrike Ackermann/Fran^ois Bondy:** *Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute,* **Stuttgart 2000, S. 30 f. und** *die tageszeitungv***om 20. April 1994**

998 **Cohn-Bendit auf** *Zeit online: »Vielleicht sollte man jetzt, nach sechs Wochen, die Luftschläge aussetzen und gleichzeitig mit der Mobilisierung von Bodentruppen beginnen.«* **(http://www.zeit.de/1999/21/199921 ,cohn-bendit_.xml/seite-3)**

999 **Ralf Fücks und Daniel Cohn-Bendit in der** *taz: »Man muss klar aussprechen, dass der politische, militante Islamismus - nicht der Islam als Religion - eine totalitäre Bewegung tst(...)«,* **vgl.** *»Grüne müssen Brücken bauen«,* **in: taz vom 12. November 2001 (http://www.taz.de/l/archiv/?id=archivseite8cdig=2001/l 1/12/aOl 13)**

1000 **Waltraud Wara Wende (Hrsg.):** *Krieg und Gedächtnis: Ein Ausnahmezustand im Spannungsfeld politischer, literarischer und filmischer Sinnkonstruktion,* **Würzburg 2005, S. 405; sowie Interview mit Daniel Cohn-Bendit in:** *Frankfurter Rundschau* **vom 19. April 2004**

1001 **Ditfurth, S. 70**

1002 **Daniel Cohn-Bendit:** *Der große Basar,* **München 1975**

1003 **Vgl. Jan Fleischhauer/Rene Pfister: »Die sind alle meschugge«, in:** *Der Spiegel* **20/2013 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-94865575.html).**

1004 **Daniel Cohn-Bendit:** *Der große Basar,* **München 1975, S. 143 (Hervorhebungen durch MGR)**

1005 **Sabine Stamer:** *Cohn-Bendit. Die Biografie,* **Hamburg 2001, S. 132f. und Stephan Klecha/Alexander Hensel: »Irrungen oder Zeitgeist?«, in: Franz Walter/Stephan Klecha/Alexander Hensel (Hrsg.):** *Die Grünen und die Pädosexualität,* **Göttingen 2015, S. 9**

1006 **Jan Fleischhauer/Rene Pfister: »Die sind alle meschugge«, in:** *Der Spiegel* **20/2013 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-94865575.html), Hervorhebungen durch MGR**

1007 **Vgl.** *Berliner Tageszeitung* **(BZ) vom 31. Januar 2001**

1008 **http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/die-kinkel-cohn-bendit-kontroverse**

1009 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

1010 **http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cohn-bendits-paedophile-aeusserungen-danys-phantasien-und-traeume-12164560-p2.html (Hervorhebungen durch MGR)**

1011 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

1012 **http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cohn-bendits-paedophile-aeusserungen-danys-phantasien-und-traeume-12164560-p2.html (Hervorhebungen durch MGR)**

1013 **Vgl. Jan Fleischhauer/Rene Pfister: »Die sind alle meschugge«, in:** *Der Spiegel* **20/2013 (http://www.spiegel.de/spiegel/pi int/d-94865575.html), Hervorhebungen durch MGR**

1014 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

1015 **Ebd.**

1016 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

1017 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

1018 **Ebd.**

1019 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

1020 **http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vorwurf-des-kindesmissbrauchs-mutter-korrigiert-ihre-entlastung-cohn-bendits-12155537.html**

1021 **Schreiben des Vereins Glasbrechen e. V. an die Fraktionen des Landtages von Baden-Württemberg und die Theodor-Heuss-Stiftung vom 19. April 2013 (http://glasbrechen.de/2013/04/zur-preisvergabe-des-theodor-heuss-preises-an-daniel-cohn-bendit-am-20-april-2012-in-stuttgart/), Hervorhebungen durch MGR**

1022 **Wieder nach dem Motto:** *»Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?«*

1023 **http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/theodor-heuss-preis-proteste-bei-auszeichnung-cohn-bendits-12156121.html (Hervorhebungen durch MGR)**

1024 **http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/theodor-heuss-preis-proteste-bei-auszeichnung-cohn-bendits-12156121.html (Hervorhebungen durch MGR)**

1025 **http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/daniel-cohn-bendit-in-der-defensive-eine-ehrung-voller-entschuldigungen-12157282.html**

1026 http://www.faz.net/aktuell/politikyinland/theodor-heuss-preis-proteste-bei-auszeichnung-cohn-bendits- 12156121.html

1027 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/daniel-cohn-bendit-in-der-defensive-eine-ehrung-voller-entschuldigungen-12157282-p2.html

1028 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/theodor-heuss-preis-proteste-bei-auszeichnung-cohn-bendits-12156121 .html

1029 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/daniel-cohn-bendit-in-der-defensive-eine-ehrung-voller-entschuldigungen-12157282.html

1030 Ebd.

1031 Odenwaldschule, an der auch Kinder missbraucht wurden

1032 Presseerklärung von Glasbrechen e.V. vom 19. April 2013 zur Preisvergabe des Theodor-Heuss-Preises an Daniel Cohn-Bendit am 20. April 2013 in Stuttgart (http://glasbrechen.de/2013/04/presseerklarung-von-glasbrechen-e-v-zur-preisvergabe-des-theodor-heuss-preises-an-daniel-cohn-bendit-am-20-april-2012-in-stuttgart/), Hervorhebungen durch MGR

1033 Michael Sontheimer: »Zynisch, drastisch und unentbehrlich« *(Die Zeit* vom 13. Januar 1984), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 323; Gerhard Spörl: »Ein Sponti spielt Vabanque« *(Die Zeit* vom 13. Dezember 1985), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 326

1034 So Ludger Volmer, S. 122

1035 Jutta Ditfurth: »Profiteure der Flaute« *(Die Zeit* vom 27. Oktober 1989), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 175

1036 Ludger Volmer, S. 122, 336 (Hervorhebungen durch MGR)

1037 Ebd., S. 163

1038 Dirk Kurbjuweit/Gunther Latsch: »Ich hab gekämpft«, in: *Der Spiegel* 2/2001 vom 8. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204046.html)

1039 Ebd.

1040 Ebd.

1041 Ebd.

1042 Ebd., Fischer sah das im *Spiegel-Gespräch* ein wenig anders: » *Wir haben im Wald ausprobiert, wie man sich gegen Schilde und Knüppel wehren kann. Das führte zu Verstauchungen und blauen Flecken.«* (Ebd.)

1043 Dirk Kurbjuweit/Gunther Latsch: »Ich hab gekämpft«, in: *Der Spiegel* 2/2001 vom 8. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204046.html, Hervorhebungen durch MGR)

1044 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

1045 Ebd.

1046 Michael Sontheimer: »Zynisch, drastisch und unentbehrlich« *(Die Zeit* vom 13. Januar 1984), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 322. (Das Foto zeigt eindeutig den langhaarigen Fischer.)

1047 Dirk Kurbjuweit/Gunther Latsch: »Ich hab gekämpft«, in: *Der Spiegel* 2/2001 vom 8. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204046.html)

1048 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

1049 Ebd.

1050 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

1051 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

1052 Ebd.

1053 http://www.tagesspiegel.de/politik/joschka-fischer-der-aussenminister-bekennt-wir-haben-steine-geworfen/190976.html; Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes (Aktenzeichen 61/50/4 Js 546/76)

1054 Mail vom 19. Februar 2015 (Archiv Grandt)

1055 Gemeint waren die gewalttätigen Ausschreitungen linksextremer Gewalttäter anlässlich der Einweihung des neuen EZB-Gebäudes am 18. März 2014. Fast 200 Menschen wurden dabei verletzt

1056 Mail vom 19. März 2015 (Archiv Grandt)

1057 http://www.stern.de/politik/deutschland/3-65-geburtstag-der-gruenen-ikone-joschka-fischer-und-das-grosse-schweigen-1996174.html (Hervorhebungen durch MGR)

1058 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

1059 http://www.stern.de/politik/deutschland/3-65-geburtstag-der-gruenen-ikone-joschka-fischer-und-das-grosse-schweigen-1996174.html (Hervorhebungen durch MGR)

1060 Dirk Kurbjuweit/Gunther Latsch: »Ich hab gekämpft«, in: *Der Spiegel* **2/2001 vom 8. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204046.html, Hervorhebungen durch MGR)**

1061 Zitiert in: http://www.welt.de/print-welt/article434426/Welche-Aussage-stimmt.html (Hervorhebungen durch MGR)

1062 Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)

1063 Dirk Kurbjuweit/Gunther Latsch: »Ich hab gekämpft«, in: *Der Spiegel* **2/2001 vom 8. Januar 2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204046.html), sowie: Christian Y. Schmidt:** *Wir sind die Wahnsinnigen: Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang,* **Verbrecher-Verlag, Berlin 1998/2013**

1064 Hervorhebungen durch MGR; O-Ton Fischer: *»Im Übrigen habe ich nie bestritten, dass ich fast zehn Jahre lang auch unter Einsatz von Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik umstürzen wollte. Wir haben uns nicht an die Regeln des Strafgesetzbuchs gehalten«,* **in: Olaf Ihlau/Paul Lersch: »Tapfer gegen den Strom. Grünen-Fraktionschef Joschka Fischer über seine wilden Jahre in Frankfurt, die Chancen von Rot-Grün und Gerhard Schröder«,** *Der Spiegel* **32/1998 vom 3. August 1998 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7956046.html)**

1065 http://www.tagesspiegel.de/politik/joschka-fischer-der-aussenminister-bekennt-wir-haben-steine-geworfen/ 190976.html (Hervorhebungen durch MGR)

1066 Ludger Volmer, S. 380

1067 Plenarprotokoll 14/142 (Deutscher Bundestag Stenographischer Bericht, 142. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 17. Januar 2001. Quelle: Der Bundestag, 17. Januar 2001 (http://www.bundestag.de/pp/zip/140142a.zip))

1068 Matthias Geis/Bernd Ulrich: »Über die grüne Grenze« (*Die Zeit* vom 13. Februar 2005), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 340

1069 »Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen«, hatte er in den 70ern verkündet, in: Hans Joachim Schöps: »Gespenster aus der Putzgruppe«, *Spiegel online* vom 14. Dezember 2001 (http://www.spiegel.de/jahreschronikya-171817.html)

1070 Dirk Kurbjuweit/Gunther Latsch: »Ich hab gekämpft«, in: *Der Spiegel* 2/2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18204046.html)

1071 Zitiert in: Jochen Bölsche: »Die verlorene Ehre der Apo«, in: *Der Spiegel* 5/2001 (http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-18370244.html)

1072 Ebd.

1073 Ebd.

1074 Vgl, Michael Sontheimer: »Zynisch, drastisch und unentbehrlich« (*Die Zeit* vom 13. Januar 1984), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 323

1075 Jochen Buchsteiner: »Der Gesamtminister« *(Die Zeit* vom 20. Dezember 2000), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 338

1076 Ludger Volmer, S. 167

1077 Ebd., S. 202

1078 Ebd., S. 292

1079 Ebd., S. 275

1080 Jochen Buchsteiner: »Das Prinzip Fischer« (*Die Zeit* vom 8. Dezember 1995), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 211

1081 http://www.hdg.de/lemo/biografie/joschka-fischer.html

1082 Ludger Volmer, S. 212

1083 Michael Sontheimer: »Zynisch, drastisch und unentbehrlich« (*Die Zeit* vom 13. Januar 1984), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 321

1084 Tina Hildebrandt/Hope Gangloff: »Fischers viertes Leben« (*ZEITmagazin* vom 2. September 2010), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 346

1085 Jochen Buchsteiner: »Das Prinzip Fischer« (*Die Zeit* vom 8. Dezember 1995), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 214

1086 Gerhard Spörl: »Ein Sponti spielt Vabanque« (*Die Zeit* vom 13. Dezember 1985), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 327

1087 Michael Sontheimer: »Zynisch, drastisch und unentbehrlich« (*Die Zeit* vom 13. Januar 1984), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 321

1088 Jochen Buchsteiner: »Risiko Sonnenblume« (*Die Zeit* vom 1. Oktober 1998), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 269

1089 Ludger Volmer, S. 245

1090 Ebd., S. 283

1091 Ebd., S. 341

1092 Ebd., S. 309

1093 Ebd., S. 341 (Hervorhebungen durch MGR)

1094 http://www.sueddeutsche.de/politik/joschka-fischer-szenen-einer-ehe-wenn-der-kellner-vom-koch-erzaehlt-1.788643

1095 Mathias Geis: »Der Handlanger des Kanzlers« (*Die Zeit* vom 22. November 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 225

1096 http://www.stern.de/politik/deutschland/berlin-vertraulich-die-wahrheit-des-kellners-599619.html

1097 Ebd., S. 228 f. (Hervorhebungen durch MGR)

1098 Ditfurth, S. 159

1099 Jochen Buchsteiner: »Risiko Sonnenblume« (Die *Zeit* vom 1. Oktober 1998), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 269

1100 Ebd.

1101 Ebd., S. 27

1102 Jochen Buchsteiner: »Der Gesamtminister« (*Die Zeit* vom 20. Dezember 2000), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 334

1103 Zitiert in Ditfurth, S. 178, sie gibt als Quelle an: Christian Schneider: »Gefühlte Wirklichkeit«, in: *die tageszeitung,* Ausgabe vom 21. Dezember 2007 (http://www.taz.de/U0011/, Hervorhebungen durch MGR)

1104 Ditfurth benutzt nur die feministische Schreibweise

1105 Ditfurth, S. 176

1106 Ditfurth, S. 179 (Hervorhebungen durch MGR)

1107 Oscar Lafontaine: *Das Herz schlägt links,* München 1999, S. 248

1108 »We have to win this«, in: *Newsweek* vom 19. April 1999 (http://www.newsweek.com/we-have-win-164834)

1109 Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping. »Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge«; Erstveröffentlichung Ende März 1999, als ganzseitige Anzeige ist dieser Text am 23. April 1999 in der *Frankfurter Rundschau* erschienen; der gesamte Text ist abzurufen auf: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Landesvereinigung NRW (http://www.nrw.wn-bda.de/texte/auschwitz-lu_ge.htm). Hervorhebungen durch MGR

1110 http://www.tagesspiegel.de/politik/neue-art-von-auschwitz-luege/76394.html (Hervorhebungen durch MGR)

1111 **Giovanni di Lorenzo: »Verstehen Sie das, Herr Schmidt?«** *(ZEITmagazin* **vom 28. Juli 2011), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 312 (Hervorhebungen durch MGR)**

1112 **http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39822/regieren-nach-auschwitz?p=all (Hervorhebungen durch MGR)**

1113 **Ebd. (Hervorhebungen durch MGR)**

1114 **In:** *die tageszeitung* **vom 19. Juli 1999; siehe auch: Tobias Wilke:** *German Strategie Culture Revisited: Linking the Past to Contemporary German,* **Berlin 2007, S. 108 (https://books.google.de/books?id=QTFIYsiy6YQC&pg=PA1088dpg=PA108&dq=ich+kann+es+nicht+mehr+h%C3%B6ren.+niemand+hat+behauptet,+dass+mUosevic&source=bl8cots=W5DeZpQGhm8tsig=ege9Nwukyl2rzuQOn4tyU6jfqe48dil=de&sa=X8cei=H3a2VOblKsm5acWNgLgD8ved=0CCEQ6AEwAA#v=onepage&q=ich%20kann%20es%20nicht%20mehr%20h%C3%B6ren.%20niemand%20hat%20behauptet%2C%20dass%20milosevic8tf=false)**

1115 **https://web.archive.org/web/20060827152649/http://www.worldjewishcongress.org/about/aboutus_policy.html**

1116 **http://www.welt.de/print-welt/article391712/Joschka-Fischer-erhaelt-Ehrendoktorwuerde.html**

1117 **http://www.zentralratdjuden.de/de/article/163.html**

1118 **http://www.welt.de/welt_print/regionales/article6461779/Zweifacher-Ehrendoktor.html**

1119 **http://www.zeit.de/gesellschaft/2013-04/madeleine-albright-juedische-herkunft**

1120 **Ludger Volmer, S. 315**

1121 **Ditfurth, S. 73; sie gibt als Quelle Fischers Artikel »Durchs wilde Kurdistan« in:** *Pflasterstrand 47* **vom 10. Februar 1979 an.**

1122 **Ludger Volmer, S. 439**

1123 **Entgeltliche Tätigkeiten neben dem Mandat, Webseite des Deutschen Bundestages (Version vom 23. Oktober 2009): https://web.archive.org/web/20091023074325/http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete/bio/F/fischjo0.html**

1124 **http://www.sueddeutsche.de/politik/ex-aussenminister-fischer-meldet-sich-zurueck-joschkas-rueckkehr-1.890303; in der Selbstbeschreibung heißt es: »Joschka Fischer** *Sc* **Company** *berät Unternehmen zu den Rahmenbedingungen internationaler Märkte, zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen sowie nachhaltigen Wachstumschancen. Die politischen und gesellschaftlichen Dimensionen globaler Gestaltungsaufgaben beeinflussen das unternehmerische Handeln unmittelbar. Es gilt, Geschäftsfelder verantwortlich zu entwickeln und dabei einen positiven Lösungsbeitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten. Mit langjähriger Expertise und persönlicher Erfahrung hilft* **Joschka Fischer & Company** *seinen Kunden dabei, politische Entwicklungen weltweit einzuschätzen und dieses Wissen verantwortungsvoll für die internationale Geschäftsentwicklung zu nutzen. Die* **Joschka Fischer 8t Company GmbH** *wurde von Joschka Fischer und Dietmar Huber im Jahr 2009 gegründet und ar-*

beitet im Rahmen einer strategischen Partnerschaft mit der **Albright Stonebridge Group** *in Washington, D.C. zusammen.«* **(http://www.jfandc.de/de/about/)**

1125 **Zitiert in: Tina Hildebrandt/Hope Gangloff: »Fischers viertes Leben«** *(ZEITmagazin* **vom 2. September 2010), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 357**

1126 **http://www.sueddeutsche.de/politik/ex-aussenminister-fischer-meldet-sich-zurueck-joschkas-rueckkehr-1.890303**

1127 **https://web.archive.Org/web/20071221202326/http://www.thealbrightgroupllc.com/Who_We_Are.htm, sowie: http://www.spiegel.de/politik/ausland/joschka-fischers-neuer-beraterjob-die-gruene-raupe-nimmersatt-a-580872.html; http://www.albrightstonebridge.com/**

1128 **Quelle:** *tagesschau.de* **vom 6. Juli 2009 (Seite nicht mehr aufrufbar); http://www.zeit.de/online/2009/28/fischer-berater-gas;http://www.focus.de/politik/deutschland/eu-extra-joschka-fischer-berater-fuer-nabucco-projekt_aid_416346.html**

1129 **http://www.bild.de/politik/2009/berater-bei-bmw-9804566.bild.html**

1130 **http://www.welt.de/politik/deutschland/article4950020/Joschka-Fischer-jetzt-auch-Lobbyist-fuer-Siemens.html**

1131 *Tagesschau* **(ARD) vom 7. September 2010 (https://web.archive.org/web/20100909122638/http://www.tagesschau.de/wirtschaft/fischerl52.html)**

1132 **http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-l 1/politiker-redner**

1133 **Tina Hildebrandt/Hope Gangloff: »Fischers viertes Leben«** *(ZEITmagazin* **vom 2. September 2010), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 349**

1134 **http://www.spiegeI.de/panorama/fischers-fuenfte-hochzeit-nach-dem-ja wort-gab-s-vivaldis-fruehling-a-382415.html**

1135 **Sabine Rückert: »Der doppelte Otto« (***Die Zeit* **vom 22. November 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 289**

1136 **Die Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP):** *»Anthroposophie (griech. anthropos, Mensch; sophia, Weisheit); von Rudolf Steiner (1861-1925) begründete Weltanschauung, die Elemente des Okkultismus mit verschiedenen Traditionen verbindet. Steiner bezeichnete seine Lehre, die Anthroposophie, auch als >Geisteswissenschaft<, was jedoch nicht im modernen akademischen Sinn verstanden werden darf. Unter diesem Begriff wird vielmehr ein Erkenntnisweg verstanden, dessen elementare Vorstellungen sich der objektiven Bewertung entziehen. Dazu gehört etwa der Glaube an übersinnliche Kräfte, kosmische Rhythmen und geistige >Wirkprinzipien<. Kritiker haben in den letzten Jahren auf irrationale, rassistische und antisemitische Tendenzen in Steiners Werken hingewiesen«* **(https://www.gwup.org/inhalte/62-themen/anthroposophie/631-anthroposophie); siehe auch: Michael Grandt/Guido Grandt:** *Schwarzbuch Anthroposophie,* **Wien 1997; Michael Grandt/Guido Grandt:** *Waldorf-Connection,* **Aschaffenburg 1998; Michael Grandt/Guido Grandt:** *Erlöser - das Buch zum Film,* **Aschaffenburg 1998; Michael Grandt:** *Schwarzbuch Waldorf,* **Gütersloh 2008**

1137 **http://hdg.de/lemo/html/biografien/SchilyOtto/index.html**

1138 **http://www.whoswho.de/bio/otto-schily.html**

1139 **Unda Hörner:** *Die Architekten Bruno und Max Taut. Zwei Brüder - zwei Lebenswege,* **Berlin 2012.**

1140 **http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13493338.html**

1141 **http://hdg.de/lemo/html/biografien/SchilyOtto/index.html**

1142 **Ludger Volmer, S. 121**

1143 **Ebd., S. 136**

1144 **Ebd., S. 375**

1145 **Ebd., S. 291**

1146 **Sabine Rückert: »Der doppelte Otto«** *(Die Zeit* **vom 22. November 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 282.**

1147 **Ludger Volmer, S. 291**

1148 **Sabine Rückert: »Der doppelte Otto« (***Die Zeit* **vom 22. November 2001), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 281**

1149 **Ebd.**

1150 **»Gefühle sind Tatsachen«, Interview mit Otto Schily, in:** *Der Spiegel* **5/2015 vom 24. Januar 2015 (Hervorhebungen durch MGR)**

1151 **Zum Beispiel am politischen Aschermittwoch (18. Februar 2015), als Horst Seehofer (Parteivorsitzender der CSU) sagte, wir seien kein** *»Sozialamt für den Balkan«* **(ausgestrahlt in** *Phoenix* **am 18. Februar 2015)**

1152 **Partei »Alternative für Deutschland«**

1153 **Jochen Buchsteiner: »Das Prinzip Fischer« (***Die Zeit* **vom 8. Dezember 1995), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 212**

1154 **Ebd.**

1155 **Ebd.**

1156 **Giovanni di Lorenzo: »Verstehen Sie das, Herr Schmidt?« (***ZEITmagazin* **vom 28. Juli 2011), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 315 (Hervorhebungen durch MGR)**

1157 **Horst Bieber/Michael Sontheimer/Gerhard Spörl: »Abschied von den Blütenträumen« (***Die Zeit* **vom 20. Januar 1984), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 248**

1158 **Ulrich Steger: »Zähmung per Aktenzeichen«** *(Die Zeit* **vom 15. Mai 1987), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 255 f. (Hervorhebungen durch MGR)**

1159 **Gunter Hofmann: »Was wollen sie, wofür stehen sie?«** *(Die Zeit* **vom 17. März 1995), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011, S. 260**

1160 **Güllner, S. 121**

1161 **Gunter Hofmann: »Was wollen sie, wofür stehen sie?« (***Die Zeit* **vom 17. März 1995), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.):** *Die Grünen - Das Buch,* **Hamburg 2011,S. 262**

1162 Matthias Geis: »Wozu sind die Grünen noch gut?« (*Die Zeit* vom 4. Juni 1998), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 276

1163 Bernd Ulrich: »So grün wie wir« (*Die Zeit* vom 11. November 2010), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 380 (Hervorhebungen durch MGR)

1164 Matthias Geis: »Die regierende Lebenslüge« (*Die Zeitw*om 4. März 1999), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 268,278

1165 Matthias Geis: »Die regierende Lebenslüge« (*Die Zeit* vom 4. März 1999), in: Christoph Amend/Patrik Schwarz (Hrsg.): *Die Grünen - Das Buch,* Hamburg 2011, S. 268, 278

1166 Das haben auch die beiden Autoren Klaus Gotto und Hans-Joachim Veen bereits im Jahr 1984 beobachtet (vgl. Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen (Hrsg.): *Die Grünen - Partei wider Willen,* Mainz 1984).

1167 http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/alt-linke-jutta-ditfurth-gruenen-waehler-wollen-getaeuscht-werden-a-745943.html

Abstoßend und hässlich: Das wahre Gesicht der grünen Partei

Sie lassen sich vor Sonnenblumen ablichten. Sie nennen sich Friedenspartei. Sie treten als glühende Verfechter von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit auf. Und sie verurteilen Kindesmissbrauch, vor allem die vor einigen Jahren bekannt gewordenen Vorfälle in der katholischen Kirche. Doch wer hinter die Kulissen der Partei Bündnis 90/Die Grünen schaut, dem erst offenbart sich ihr wahres Gesicht – die hässliche Fratze einer Moralpartei ohne jede Moral.

Wie glaubwürdig sind die grünen »Moralapostel« und »Wertevernichter« in Wirklichkeit? Bestsellerautor und Enthüllungsjournalist Michael Grandt beleuchtet die Hintergründe und legt schonungslos die Fakten offen. Wissen Sie wirklich alles ...

- über die Vergangenheit grüner Parteimitglieder in Sachen Kindersex?
- über die Bestrebungen der Partei, Inzucht zu legitimieren?
- über die Kriegstreiberei der angeblichen Friedensaktivisten?
- über deren dunkle Machenschaften bei Terror und linkem Extremismus?
- über die schnelle Abkehr von grünen Idealen, wenn es ums schnöde Geld geht?